

AIB

D7426 E

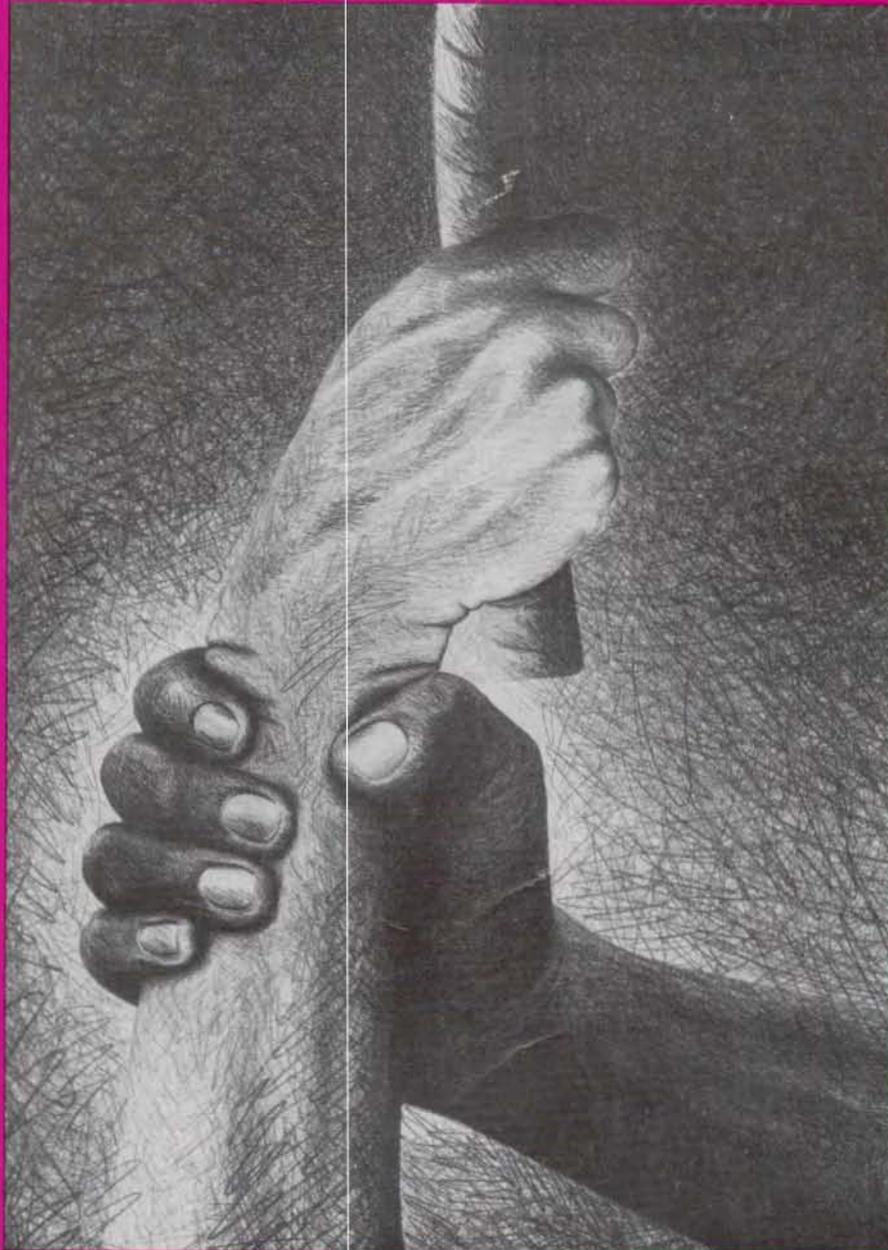
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 8-9/Aug.-Sept. 1986

17. Jahrgang

5 DM

- China
- Nikaragua
- Philippinen
- Krieg Iran - Irak



Ausnahmezustand in Südafrika

Inhalt

Kommentar Südafrika braucht Sanktionen	3
Südafrika Ausnahmestand – Bothas Gratwanderung	4
Gespräch mit Umkhonto-Gründer R., Kasrils über Volkskrieg und Aufstand	7
Kamerun Biyas leere Versprechungen	14
Nikaragua Die Kongreß-Bewilligung der US-Contra-Hilfe: Ein Votum für den Krieg	16
Rede Präsident Ortegas zur US-Bewilligung	17
Kampagne „Nikaragua muß überleben!“	19
Die Kirche der Armen macht mobil	20
Mittelamerika Tagebuch einer Reise von Nicaragua nach Guatemala (I)	22
Sonderheftteil IRAN-IRAK. Krieg ohne Ende?	25
Chile Interview mit Gewerkschaftsführer A. Martinez über die Unregierbarkeit und den Sturz Pinochets	53
China Über Reformen zum Kapitalismus?	55
Tian Jiyun zum Zweck von Reformen	59
Philippinen Die Weichen sind noch nicht gestellt	61
Ökologie „Nuklearer Winter“ – das ökologische Ende	63
Diskussionsforum Sowjetunion – Dritte Welt	65
Kultur Theaterstück „Oscar Romero“	67
„Exoten“ und Fußball-WM in Mexiko	69
Rezension Guatemalteakisches Tagebuch vom Anfang einer Guerilla	71
Lesermeinungen	72
BRD-Infodienst: Buchtips zu Reagan, politische Thriller, UNIMOG-Umrüstung für die SWAPO, Asylrecht, tdh zu Südkorea, Anti-Apartheid-Aktionen	73
Kurzinformationen: Sozialistische Internationale, Haiti, Peru, Paraguay, Libanon/Palästina, ASEAN, Sri Lanka	00



Südafrika

S.3

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes hat das Apartheidregime die Notbremse gezogen. Man tat dies just vor dem zum 16. Juni d.J. anstehenden 10. Jahrestag des Soweto-Massakers, den die schwarze Mehrheit dennoch mit einem landesweiten Generalstreik beging. Vermag Pretoria die Apartheidgegner mit einer noch härteren Repression kleinzukriegen? Wie sind die Möglichkeiten des bewaffneten Widerstands? Sind die EG und Bonn jetzt zu Sanktionen bereit?

Nikaragua

S.16

Mit der Vergabe von 100 Mio Dollar an die Contras wollen die USA den militärischen Druck auf Nicaragua weiter erhöhen. Die Sandinistas reagierten mit Einschränkungen gegen die Freunde der Contra im eigenen Land. Wir dokumentieren die Rede Daniel Ortegas nach der Washingtoner Entscheidung, schätzen die aktuelle Lage ein und informieren über die politischen Auseinandersetzungen in der katholischen Kirche.

Krieg Iran-Irak

S.25

Seit 6 Jahren lodert in der Ölregion Persischer Golf der Krieg Iran-Irak. Seit dem Vietnamkrieg ist dies der langwierigste, zerstörerischste und verlustreichste Konflikt. Wie ist der Stand des Golfkriegs? Wie stehen die Chancen auf eine Verhandlungslösung? Wer sind die eigentlichen Kriegsgewinnler?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, B. Bouresh, F. Braßel, V. Himmer, E. M. Hinterwirth, V. Klose, G. Schucher

Redaktionsschluß: 3. 7. 1986

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: AfricaAsia, pad, Sahara-Info, Plambeck, Team-Reisen, Weltkreis Verlag, links, iz3w, Horizont, Pahl Rügenstein Verlag

Fotografische Nachweise: SIPRI, Time, South, USNWR, ANC, AIB-Archiv, The Middle East, Afrique-Asie, G. Blank, I. Schneider, Kayhan

Titel: Zeichnung von Hartmut Schröter (als Plakat erhältlich)

Kommentar: Südafrika braucht Sanktionen!

Lewis Carroll hätte es heute schwer. Sein Märchen über ein Traumreich der Absurditäten, „Alice im Wunderland“, geschrieben vor rund 100 Jahren, müßte z.B. mit dem ganz realen Wahnsinn der Argumentationen konkurrieren, die von bestimmten Regierungen (assistiert von „ihrer“ freien Presse) gegen Sanktionen, die gegen das rassistische Südafrika gefordert werden, vorgebracht werden.

Da erklärte US-Außenminister Shultz jüngst — angesichts der erneuten Verhängung des Ausnahmezustands und einer Terrorwelle des Regimes, kurz nach den Überfällen auf mehrere Nachbarländer — es dürften keine Maßnahmen gegen Pretoria ergriffen werden, die der Wirtschaft Südafrikas schaden.

In ähnlicher Form erklärten sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und drei weitere Wirtschaftsverbände aus der BRD: „Ziel aller Bemühungen“ müsse „die Überwindung der Apartheid sein, nicht aber eine weitere Beeinträchtigung der südafrikanischen Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung.“

In Südafrika sind über 3,5 Mio Afrikaner arbeitslos; allein die Automobilbranche entließ 1985 über 40.000 Arbeitskräfte. 6.278 Unternehmenskonkurse machten 1985 zum traurigen Rekordjahr des südafrikanischen Wirtschaftssystems, von dem sein Zentralbankchef in den 70er Jahren noch stolz sagte, es sei „fast ideal kapitalistisch“.

Aber in Washington, London und Bonn redet man scheinheilig von Schäden, die erst durch Sanktionen entstünden. Die Behauptung erhellt freilich, was mit „Wirtschaft“ gemeint ist — Umsätze, Gewinne und Besitzverhältnisse, Menschen indessen nur insoweit, als sie für Produktion und Konsum unentbehrlich sind.

Nichts anderes steckt auch hinter der neuen Liebe zu den unterdrückten und ausgebeuteten Schwarzen Südafrikas, die ein Boykott träfe. Vor 15 Jahren sprach man da noch Klartext. Da waren schwarze Wanderarbeiter für den VW-Chef in Südafrika „Zufuhr“ und das ganze Terrorsystem nur „eine Frage des Geschäfts“. Basta.

Heute votieren drei Viertel der südafrikanischen Schwarzen für Sanktionen. Doch man zitiert lieber Häuptling Buthelezi, dessen Claqueure und SA-Kommandos auf Spruchbändern „Investiert für unsere Befreiung“ fordern. Sage dabei niemand, daß nicht auch in Bonn, London und Washington gelesen würde, daß etwa die Katholische Bischofskonferenz in Südafrika wirtschaftlichen Druck fordert!

Wenn der eindeutige Mehrheitswille ei-

Unterstützt den Freiheitssender Mandela!

Damit die Wahrheit
unüberhörbar
wird



nes Volkes von den Aposteln der „Demokratie“ (freilich ihrer Version, nämlich à la Gräfin Dönhoff, 1977: „normale Verhältnisse zwischen oben und unten“ für Südafrika) derart souverän ignoriert wird, dann gibt es dafür nur einen Grund: Es geht ums Eingemachte. Es geht um die Durchsetzung einer Lösungsvariante in Südafrika, die dem „westlichen“ Interesse entspricht. Um ein Südafrika mit „freier Marktwirtschaft“ also, und damit fest im westlichen Lager stehend. Das hat nichts mit faschistischen Nostalgien oder beinhaltenem Rassismus zu tun, sondern ist eine Frage von politischer und strategischer Konsequenz.

Und deshalb — und weil Strauß & Co eben klar sehen, daß der Befreiungskampf des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) ein antiimperialistischer ist und weil glaubwürdige schwarze „Reformpolitiker“ einfach nicht da sind — läuft letztlich jegliche Politik der wichtigsten Partner Südafrikas auf eine fortgesetzte Unterstützung des Apartheidregimes hinaus.

Grund für schlimme Erwartungen gibt es genug. Eine Erhebung in 10 städtischen Zentren Südafrikas ergab, daß frapierende 77% der Schwarzen einem sozialistischen System den Vorzug geben — nur 22% sehen das Heil in einem kapitalistischen.

Harry Oppenheimer, Senior des Anglo-American/DeBeers-Konzerns und „liberaler“ Vordenker, verließ der Besorgnis seiner Interessengemeinschaft mit dem Satz Ausdruck, es sei „unglücklich, den Kampf gegen die Diskriminierung mit dem anderen Kampf gegen das System der freien Marktwirtschaft zu verfrachten“.

Da aber genau dies zunehmend geschieht, und da durch effektive Sanktionen der Befreiungskampf zwar nicht „gewonnen“, wohl aber im Sinne des Sieges der Befreiungsbewegung beschleunigt werden könnte, ist selbst angesichts der gegenwärtigen dramatischen Entwicklungen in Südafrika nicht mit entsprechenden Maßnahmen der Hauptmächte des Westens zu rechnen.

Daß Pretoria dies weiß, deutete die vom Commonwealth eingesetzte Untersuchungsgruppe „herausragender Persönlichkeiten“ in ihrem Abschlußbericht an: „Das Ausbleiben (von Maßnahmen) und Pretorias Auffassung, keine befürchten zu müssen, verhindern Wandel.“

Wenn das Botha-Regime eines Hinweises auf die „Festigkeit“ der USA, Großbritanniens und der BRD in dieser Frage noch bedurft hätte, so war es das Veto Londons und Washingtons im UN-Sicherheitsrat gegen begrenzte wirtschaftliche Sanktionen nach dem Überfall auf den angolanischen Hafen Namibe und die arrogante Abwesenheit beider Länder sowie der BRD auf der Pariser UN-Weltkonferenz über Sanktionen im Juni d.J.

Man ließ westliche Statthalter an entscheidenden Stellen Formulierungen aus der Schlußresolution hinausholen, reduzierte die Forderung nach umfassenden und verbindlichen Sanktionen auf eine Wunschvorstellung. Und man ignorierte im EG-Ministerrat selbst die Teilsanktionen, denen man in Paris hatte zustimmen lassen.

Die Pointe: Vor ziemlich genau 50 Jahren, am 1. Juli 1936, initiierten England und Frankreich im Völkerbund eine Abkehr von den Sanktionen, die gegen das faschistische Italien wegen seines Überfalls auf Äthiopien verhängt worden waren. Eine Regierung votierte dagegen mit der Begründung, man könne „nicht ohne Protest einer Erklärung an die Welt beitreten, die ... auf Generationen hinaus jegliches internationales Vertrauen erschüttern“ werde. Es war die der Südafrikanischen Union. Jürgen Ostrowsky



Marianne Kolter Ausnahmezustand – Bothas Gratwanderung



Massiver Truppenaufmarsch zum Soweto-Jahrestag und Verhaftung protestierender Frauen und Kinder in Kapstadt (r.)

Am 12. Juni d.J., 5 Tage vor dem 10jährigen Gedenktage an den Schüleraufstand von Soweto im Jahr 1976, verhängte der südafrikanische Staatspräsident Pieter W. Botha über das ganze Land den Ausnahmezustand. Er tat dies vorsorglich, um die befürchteten Aktionen am 16. Juni d.J. zu verhindern.

Gedenkverbot zum 16. Juni

Der Ausnahmezustand wurde verbunden mit einer nochmaligen Verschärfung der Sicherheitsgesetze, die es ohnehin schon jedem Polizisten ermöglichen, Verdächtige ohne richterlichen Beschluß festzunehmen. In der Haft können Festgenommene 180 Tage zum Verhör festgehalten werden, ohne daß sie einen Anwalt sprechen können, jedermann – Verwandten, Rechtsanwälten – kann der Zugang zu ihnen verwehrt werden.

Schon vor dem 12. Juni konnten Polizei- und Armeemitglieder wegen ihres Verhaltens in den Unruhegebieten erklärt werden. Mit dem neuerlichen Aus-

nahmezustand gilt dies für das ganze Land.

Um sicherzustellen, daß im In- und Ausland die neue Repressionswelle, die der Verhängung des Ausnahmezustandes folgte, wenig Berichterstattung in den Massenmedien finden sollte, wurde die Pressezensur verschärft.

Keine Berichte dürfen über die Townships, die schwarzen Vorstadt-Ghettos gebracht werden, die Namen von Verhafteten dürfen nicht genannt werden usw. Wie ernst es Pretoria mit dieser Maßnahme war, erfuhren auch ausländische Korrespondenten am eigenen Leibe, als sie versuchten, über die Vorgänge in Crossroads einen Kamerabericht anzufertigen.

Selbst der Korrespondent der bundesdeutschen ARD, mußte – obgleich deren Berichterstattung vom südafrikanischen Botschafter in Bonn noch im Mai d.J. als „fair“ bzw. er mit seiner Kritik am Apartheidregime sehr zurückhaltend eingestuft worden war – zum 3. Juli das Land verlassen.

Begleitet wurde die Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen von einer beispiellosen Verhaftungswelle. Ihr fielen

wahrscheinlich in den Tagen vor dem 16. Juni d.J. 3.000 Menschen zum Opfer: Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Aktivisten der Schüler- und Studentenbewegung, der Frauen und der Initiativgruppen in den Townships. Schwarze und weiße Mitglieder der Anti-Apartheid-Organisationen wurden gleichermaßen hinter Gitter gebracht.

Ihr besonderes Augenmerk richteten die Sicherheitskräfte auf die Mitglieder der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und – das ist neu – der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere auf die COSATU-Gewerkschaften. Aber auch Angehörige kleinerer Anti-Apartheid-Organisationen wie der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) wurden verhaftet.

Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen, ja selbst Gedenkgottesdienste für die Opfer der Soweto-Unruhen wurden verboten.

Gewarnt durch die Ereignisse des 1. Mai d.J., an dem Südafrika einen Generalstreik erlebte, versuchte die Regierung Botha also, für den 16. Juni bereits im Vorfeld Friedhofsruhe herzustellen. Der Aufmarsch massiver Kräfte der Polizei und Armee in den schwarzen Ghettos sollte den Widerstand in Schach halten. Die Apartheidgegner hatten für den 16. Juni d.J. Aktionen angekündigt, um den 10. Jahrestag würdig zu begehen, auch im Gedenken an die etwa 1.000 Menschen, die durch die Sicherheitskräfte



1976 ermordet wurden. Die UDF, COSATU und das Nationale Komitee zur Erziehungskrise (NECC), ein Komitee von Eltern und Erziehern, hatten zu einem eintägigen Generalstreik in Betrieben, Schulen und Universitäten am 16. Juni 1986 aufgerufen. Ihre Forderung ist, daß der 16. Juni ein nationaler Feiertag werden soll, ebenso wie der 1. Mai. Auch der Rat südafrikanischer Gewerkschaften (CUSA), der der COSATU wegen ihrer befürwortenden Position zur Mitgliedschaft Weißer nicht beigetreten war, unterstützte den Streikaufruf. Er wollte es jedoch Einzel- und regionalen Gewerkschaften offenlassen, auch an den folgenden Tagen zu streiken.

Bemerkenswert ist sicherlich, daß auch der Generalsekretär des Gewerkschaftsrates von Südafrika (TUCSA), Fred Roux, bekanntgab, daß eine Reihe von TUCSA-Mitgliedern für den Streik eintreten. Die TUCSA verfolgte in den vergangenen Jahren eher eine Politik der Verhandlungen und hielt sich von der Radikalisierung des Widerstandes in Südafrika fern.

Desmond Tutu, Bischof von Johannesburg, forderte zu Aktionen zum und am 16. Juni auf.

Der Generalstreik am 16. Juni 1986 wurde in den großen Industriezentren des Landes von 80-90% der Arbeiter befolgt. Aber auch in kleineren Städten und in den sog. Homelands bzw. Bantustans folgten zahlreiche Menschen dem Aufruf der Anti-Apartheid-Organisationen. Diese regionale Ausweitung der Anti-Apartheid-Aktionen ist seit Beginn des Jahres immer deutlicher geworden. Zahlreiche Homeland-„Regierungen“ haben große Schwierigkeiten. Ihre Reaktion entspricht teils voll und ganz der harten Linie Pretorias, doch haben sich auch einige der Homeland-Chefs mit der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) getroffen.

11 Menschen wurden in Auseinandersetzungen mit der Polizei oder mit Kollaborateuren im Laufe dieses Tages getötet. Unter den Opfern befand sich ein schwarzes Kind, das in einer Panik, die von Polizeikräften ausgelöst wurde, zu Tode getrampelt wurde.

Es kam jedoch nicht zu den massiven und spektakulären Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und dem Widerstand, die manche vielleicht erwartet hatten.

Dies ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Organisationen des Widerstandes sich nicht auf die Provokationen des Regimes in Pretoria ein-

ließen. In richtiger Einschätzung der Möglichkeiten der Apartheid-Gegner verzichteten sie auf eine totale Konfrontation. Diese hätte unter den gegenwärtigen Bedingungen in Südafrika zu nichts anderem als Massenmorden an zu schwach bewaffneten Gegnern der Apartheid durch die Sicherheitskräfte führen können.

Trotz dieser relativen Schwäche des Widerstandes, die einen offenen Schlagabtausch für den Widerstand noch immer als selbstmörderisch erscheinen läßt, wertete Winnie Mandela die erneute Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung Botha als Zeichen der Schwäche: „Es ist die Bestätigung dessen, was wir die ganze Zeit gesagt haben, daß die Regierung nämlich in den letzten Jahren völlig die Kontrolle verloren hat, daß sie nicht einmal mehr in der Lage ist, die eigene Polizei zu kontrollieren, daß der Rest des Kabinetts die Kontrolle über die Situation in den Townships verloren hat.“

Kontrollverlust in den Townships

Auch gelang es zahlreichen Apartheidgegnern trotz der scharfen Kontrollen in den Untergrund zu gehen, ein Zeichen dafür, daß es bis heute eine Infrastruktur des Widerstandes in Südafrika gibt.

Ebenso wurden in zahlreichen Townships Komitees aufrechterhalten, die die Verwaltung dieser schwarzen Wohngebiete organisieren.

Diese im Entstehen begriffene Selbstverwaltung ist sicherlich nicht zu vergleichen mit den befreiten Gebieten, die in Befreiungskämpfen etwa in Vietnam, Kuba oder Angola eine wichtige Rolle spielten. Dennoch stellt diese Selbstverwaltung und der damit verbundene Schutz der Bevölkerung und der Aktivi-

sten der Widerstandsbewegung vor der Willkür der Rassisten eine wichtige Etappe im Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika dar.

Gegen diese Entwicklungen in den schwarzen Siedlungen hat sich nun ein neuer, in vielem wesentlich effektiverer Feind als die Polizei, gestellt. Dies sind die sog. Vigilantes, Truppen von Kollaborateuren, die mit Terror gegen die schwarze Bevölkerung vorgehen.

Vigilantes gegen die Selbstverwaltung

Schon gibt es Meldungen, daß heute in Südafrika „Todesschwadronen“ ihr Unwesen treiben. Schon werden die Namen von Aktivisten und Funktionären des Widerstandes genannt, die ermordet, bedroht oder zusammengeschlagen, deren Häuser durch Molotow-Cocktails oder Brandstiftung zerstört wurden.

Diese Gruppen arbeiten – wie Augenzeugen berichteten – manchmal Hand in Hand mit der Polizei. Sie haben jedoch den großen Vorteil, daß sie nicht an die – wenngleich minimalen – gesetzlichen Grenzen der Polizei gebunden sind.

In der internationalen Presse werden diese Vigilantes, ebenso wie die Sturmtruppen des Gatsha Buthelezi, des öfteren als Beweis für die Feindschaft Schwarzer gegen Schwarze, als Argument für die angebliche Gefahr eines Blutbades unter den Schwarzen bei Übernahme der Regierungsmacht genannt.

Es ist nicht anzuzweifeln, daß sich auch Schwarze an der Bekämpfung des Anti-Apartheid-Widerstandes beteiligen. Aber diese verbinden meist eigene Interessen damit.

Sie gehören zu der ehemaligen Township-Bürokratie, den Homeland-Verwaltungen und haben zum Teil nicht schlecht an der Kollaboration mit den

Erhobene Fäuste auf einem Soweto-Gedenkgottesdienst in der Kathedrale St. Mary (l.) und bei der Rücknahme einer Verratsanklage gegen Gewerkschafter (r.)





Demonstration der burisch-ultrarechten AWB mit E. Terre Blanche (l.)

Rassisten verdient. Es handelt sich mitnichten um Stammesrivalitäten.

Auch die Auseinandersetzungen im Mai und Juni d.J. in der Squattersiedlung Crossroads, die Zehntausende obdachlos machten und Dutzende Tote forderten, haben diesen Hintergrund. In Crossroads hatte sich eine Gruppe von ehemals illegalen Siedlern mit der Regierung arrangiert und eine Art Mafiaterror über weite Teile der Siedlung aufgebaut. Die einträglichen Geschäfte dieser Gruppe wurden durch die neuentstehenden Selbstverwaltungsstrukturen, die der Widerstand dort aufbauen wollte, bedroht.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Südafrika gibt es auch in allen Landesteilen, den städtischen und ländlichen Gebieten ausreichend Nährboden, um Schläger- und Terrortrupps aus völlig verelendeten Gruppen der schwarzen Bevölkerung aufzubauen. Dieses Lumpenproletariat kann jedoch kein Argument für die Unfähigkeit der Schwarzen sein, an der politischen Entscheidungsfindung in ihrem Land beteiligt zu werden.

Doch trotz all dieser Schwierigkeiten gibt sich der Widerstand in Südafrika optimistisch. Der letzte Generalstreik

und derjenige vom 1. Mai d.J. haben bewiesen, daß es durchaus machbar ist, die Arbeiterklasse des Landes für politische Ziele zu Aktionen zu gewinnen.

Andere Aktionsformen wie der Konsumentenboykott, eine stärkere Bewaffnung der Township-Bewohner, die sicher noch nicht ausreicht, usw. konnten im ersten Halbjahr 1986 erfolgreich angegangen werden. Auch auf der internationalen Ebene hatte der Widerstand Erfolge zu verbuchen, wengleich die Schlüsselländer der Kollaboration mit dem Apartheidstaat noch immer nicht zu umfassenden Sanktionen bereit sind (siehe Kommentar in diesem Heft).

Unter den Weißen Südafrikas wächst die Verunsicherung. So forderten die großen Wirtschaftsverbände des Landes die Regierung auf, die Repressionswelle gegen die Gewerkschafter zu unterlassen, da dies für die Betriebe nur nachteilige Folgen habe.

Verunsicherung unter Weißen

Die End Conscription Campaign, eine Wehrdienstverweigererorganisation, konnte zahlreiche junge Weiße gewinnen, die im südafrikanischen Militär nicht dienen wollen. Auch die Studentenbewegung hat sich inzwischen mit dem ANC in Lusaka getroffen, und zwar im Anschluß an Studentenvollversammlungen an nahezu allen weißen Universitäten des Landes, die ihre studentischen Vertreter beauftragten, sich mit dem ANC zu treffen.

Doch es gibt auch eine andere Reaktion unter der weißen Bevölkerung, insbesondere unter den ärmeren Gruppen, die sich für eine rechtsradikale Lösung für Südafrikas Zukunft einsetzen. Die Afrikaanse Widerstandsbewegung (AWB) unter Eugene TerreBlanche hat der regierenden Nationalen Partei den Kampf

wegen angeblichen Verrats der weißen Rasse angesagt. Sie marschieren mit Swastika-Fahnen, einem dreiarmigen hakenkreuzähnlichen Symbol, gegen jede Reform, und sei sie noch so halbherzig.

Ihre Forderungen richten sich auf eine Wiedereinrichtung der „alten“ Apartheid. In den vergangenen Wochen sprengten sie mehrere Großveranstaltungen der Nationalen Partei, wobei sie u.a. Außenminister Roelof Botha an einer Rede hinderten. Augenzeugen berichten, daß Anhänger dieser extrem rechten Organisationen Lynchmorde an Schwarzen begingen. Sie sollen auch Mitglieder der Todesschwadronen stellen.

Besorgniserregend für die Regierung, die eine Gratwanderung unternimmt zwischen den Forderungen der Wirtschaft, die durchaus zu Konzessionen an die Schwarzen im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems bereit wäre, der drohenden internationalen Isolierung des Apartheidstaates sowie dem schwarzen Widerstand einerseits und diesen Organisationen der Weißen andererseits, ist der Einfluß rechtsextremer Organisationen unter den Sicherheitskräften, insbesondere in der Polizei.

Diese Gratwanderung muß, da der Anti-Apartheid-Widerstand heute nicht mehr mit Versprechungen abzuspeisen ist, für die Regierung Botha letztendlich in eine Sackgasse führen. Bislang hat sie demonstriert, daß sie als letztes Mittel immer noch an den alten Vorstellungen von Gewalt und Terror gegen die eigene Bevölkerung festhält. Eine Ausweitung dieser Gewalt möglichst zu verhindern, gleichzeitig den Weg abzukürzen, der zu einer Befreiung Südafrikas von der Apartheid führt, ist Ziel des Widerstandes in Südafrika. Und es kann von außen durch wirksame Sanktionen und eine breite Isolierung des Apartheid-Südafrika unterstützt werden.

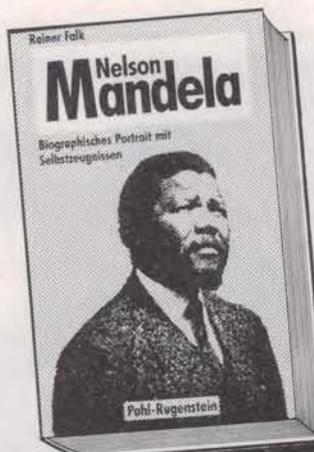
Geschichte, Situation und Perspektiven der Befreiungsbewegung. Texte von Nelson Mandela, Albert Luthuli, Allan Boesak und Desmond Tutu. Dokumente der Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendbewegung.

„...Umfassend und übersichtlich. Nützlich im Anhang die UNO-Liste deutscher Firmen mit Geschäftsbeziehungen zu Südafrika.“

Hessischer Rundfunk



Rainer Falk
Südafrika
Widerstand und Befreiungskampf
Kleine Bibliothek
384. 259 Seiten,
DM 14,80.



Wer ist dieser Mann, der die Hoffnung von Millionen verkörpert; in dem nicht nur die Mehrheit der Schwarzen den ersten Ministerpräsidenten sieht? Was bestimmt sein Denken und Handeln? Was sind seine politischen und moralischen Grundsätze? Was macht ihn zur Leitfigur und zum Symbol des Widerstandes gegen die Apartheid? Neben dem ersten ausführlichen biographischen Portrait in deutscher Sprache enthält das Buch eine kommentierte Auswahl der wichtigsten Reden und Schriften Mandelas. Auch Zeitgenossen, Gefährten und Mitgefängene kommen zu Wort. Zahlreiche Fotos ergänzen den Text.

Erstmals in deutscher Sprache:
Lebensgeschichte und Selbstzeugnisse

Rainer Falk **Nelson Mandela**
Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen.
Kleine Bibliothek 395.
285 Seiten mit zahlreichen Fotos, DM 12,80

NELSON MANDELA

Pahl-Rugenstein



Jeder Steinwerfer ein potentieller Umkhonto-Kämpfer (l.); der bisher spektakulärste Anschlag des MK richtete sich gegen das Sasöl-Kohleverflüssigungswerk (1980)

Gespräch mit Ronnie Kasrils

Volkskrieg, Aufstand und Revolution

Im Zuge des Aufschwungs des Befreiungskampfes gegen das Apartheidregime Südafrikas kommt der Organisation des bewaffneten Widerstands ein erhöhter Stellenwert zu. Mit dem Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), dem vor 25 Jahren gegründeten bewaffneten Arm des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), stehen dem aufständischen Südafrika indessen im Landesinnern verankerte und kampferprobte Guerillakräfte zur Verfügung. Über den wechselhaften Werdegang des Umkhonto, seine Erfahrungen und neuen Aufgaben gibt ein Gespräch des ANC-Organs Sechaba mit dem Umkhonto-Mitgründer Ronnie Kasrils Aufschluß.

FRAGE: Was kannst Du uns über das Wachstum des Umkhonto we Sizwe (MK) in den letzten 25 Jahren, hinsichtlich seiner zahlenmäßigen Stärke, seiner Bewaffnung und Ausbildung sowie seines Einflusses im Volk von Südafrika erzählen?

R. KASRILS: Der MK hat riesige Fortschritte in einem zugegebenermaßen langen, aber sehr schwierigen Zeitraum unserer Geschichte gemacht.

Er ist aus einigen kleinen Sabotageeinheiten hervorgegangen, die im Jahre 1961 in den Hauptzentren unseres Landes stationiert waren. Ein paar hundert tapfere Kader bildeten den Vortrupp der kommenden Volksarmee und vollbrachten heldenhafte Taten. Einige hundert weitere wurden in diesem Zeitraum zur Ausbildung im Ausland herangezogen und verließen das Land.

Erste Sabotageakte 1961

Wir hatten Stützpunkte innerhalb unseres Landes, waren verwurzelt in unserem Volk.

Wir hatten die politische Basis des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), auf die wir uns stützen konnten.

Wir hatten Verbindungen zum Volk, zu den politischen Organisationen und zur Führung. Das war ein großer Vorteil dieser Zeit.

Diese ersten Einheiten erhielten eine rudimentäre Ausbildung innerhalb Südafrikas. Wir stellten unsere eigenen Sprengstoffe aus chemischen Pulvern her. Wir schmuggelten Dynamitstangen aus den Bergwerken heraus. Oder wir stahlen Sprengstoff bei Überfällen auf Steinbrüche. Wir setzten große Hoffnungen auf den ersten Abschnitt unseres bewaffneten Kampfes, und das waren Sabotageaktionen.

Unsere Führung hatte beschlossen, sich auf die Form des bewaffneten Kampfes einzulassen, weil alle Formen des friedlichen Kampfes erschöpft waren. Und es war notwendig zu zeigen, daß wir zu einer neuen Kampfform übergingen.

Die Sabotagekampagne war dazu bestimmt, uns Erfahrungen in dieser neuen Kampfform zu verschaffen und uns in die Lage zu versetzen, Schläge gegen das Regime und seine Wirtschaft zu führen (die durch solche Aktionen verwundbar ist). Sie hatte den Zweck, unser Volk zu begeistern und unsere Kräfte, den Kern einer künftigen Volksarmee, aufzubauen. Das war ein Zeitabschnitt bewaffneter Propaganda, Propaganda durch Gewalt.

Wir warteten schnsüchtig auf die Rückkehr derer, die ins Ausland gegangen waren, um sich die fortgeschrittenen Kenntnisse der Kriegführung anzueignen. Mit ihrer Rückkehr würde die Zeit für den Beginn des eigentlichen bewaffneten Kampfes gekommen sein.

Es gab Aktionen gegen die Verbindungslinien des Landes, die Eisenbahnen, Elektrizitätseinrichtungen – Hochspannungsmasten waren ein Hauptziel. Und gelegentlich wurden Städte in Dunkelheit getaucht. Es gab wagemutige Schläge gegen Regierungsgebäude wie z.B. Paßbüros. 1962 wurde das Amt des Landwirtschaftsministers in Pretoria, das Herz des Regierungszentrums, in die Luft gesprengt und verwüstet. (...)

Natürlich wurden unsere frühen Hoffnungen und Erwartungen durch die Grausamkeit des Gegenangriffs des Feindes zunichte gemacht. Wir mußten die Beherrschung von Untergrundmethoden auf harte Weise erlernen.

Rückschlag Rivonia-Verhaftungen

Es ist Geschichte, daß unsere Führung mit den Rivonia-Verhaftungen 1963 ins Gefängnis geworfen oder ins Exil gezwungen wurde, wodurch unsere Bewegung in der Heimat gelähmt war. In einem gewissen Ausmaß war das Volk dadurch demoralisiert.

In jenen unmittelbar folgenden Jahren war der Massenkampf sicher auf einem Tiefpunkt. Das Regime dachte, es hätte die Bewegung zerschlagen und brüstete sich wiederholt damit.

Natürlich wurde ihnen bewiesen, daß sie Unrecht hatten. Aber all das war ein großer Rückschlag für unsere Pläne. Es gab keine Kapitulation; wir rangen darum, den Kampf weiterzutreiben. Im schwierigsten Zeitraum gelang es einem Genossen wie Wilton Mkwayi, der den Umkhonto in der Zeit von 1963-64 führte, mit einigen Aktionen weiterzumachen. Aber schließlich wurden er und seine Gruppe auch festgenommen.



Einheit des MK, die 1967-68 auf seiten der simbabwischen Befreiungsbewegung kämpfte (oben); Nelson Mandela, erster Führer des MK, bei einem Informationsbesuch in Algerien (1962)

Der Geist unserer Entschlossenheit und unserer Verpflichtung zum Kampf wurde am besten in der Zimbabwe-Kampagne 1967-68 und in den Taten des Luthuli-Kommandos veranschaulicht. Ihr Ziel war es selbstverständlich, nach Hause zu gelangen und Guerillaaktionen zu beginnen. (...)

Ein Problem dieser Zeit war die Tatsache, daß wir weit von unserem Land entfernt waren. Auch unser Untergrund innerhalb des Landes hatte praktisch aufgehört zu bestehen und die Lage zu Hause war sicher keine stürmische Zeit des Massenkampfes.

Wir versuchten es die folgenden Jahre hindurch trotzdem weiter. Wir stellten den Prozeß des Einsickerns nie ein. Aber das Vorankommen war langsam.

Es war der Aufschwung des Kampfes in der Heimat im Zeitraum 1973-74, d.h. die großen Streiks und dann die neue Stimmung der Jugend, der Soweto-Aufstand von 1976, der die Lage veränderte. Der Soweto-Aufstand war wie ein Blitz, der einer ganzen Generation die Notwendigkeit von Waffen vor Augen führte und der einen Zeitabschnitt einleitete, in dem der Massenkampf einmal mehr einen Aufschwung nahm. Dieser Kampf unseres Volkes ist Jahr für Jahr dramatisch angewachsen und wächst jetzt Monat für Monat, praktisch Woche für Woche.

Im Ergebnis sind hunderte und sogar tausende von Rekruten in den Umkhonto eingetreten. Unsere Volksarmee ist gewaltig angewachsen. Wir besitzen nun viele Fähigkeiten. Und dank unserer Freunde in der sozialistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion, haben wir alle Arten von modernen Waffen, die für unsere Kampf geeignet sind, zu unserer Verfügung.



Diese Zeit war Zeuge eines großen und dramatischen Anwachsens unserer Kampfhandlungen in der Heimat, darunter viele glänzende und tapfere. Da waren die Angriffe auf SASOL und Voortrekkerhoogte, Koeberg, die Bombenexplosion vor dem Hauptquartier der südafrikanischen Luftwaffe in Pretoria, die Angriffe auf die Verbindungslinien des Feindes, die Angriffe mit Haft- und Landminen an seinen Grenzen und tief im Landesinnern.

Sehr bezeichnend war die kürzliche Landminenaktion in Mamelodi, wo ein Schützenpanzerwagen voller Soldaten zerstört wurde. Granatangriffe finden jetzt in vielen Townships (schwarze Vorstadtghettos; d. Red.) vom Kap bis zum Reef statt.

Es gab kürzlich die tollkühne Bombenexplosion auf dem John Vorster-Platz. Es gab physische Angriffe auf Soldaten und Polizisten, so daß es jetzt zunehmen-

de Verluste auf seiten des Feindes gibt. All das führt die Wirksamkeit unserer Kämpfer vor Augen, und einige der Handlungen zeigen außerordentliche Fähigkeiten.

Der MK war bei Alt und Jung noch nie so populär wie jetzt. Und wir sind Zeuge, wenn die Leute bei Demonstrationen und Begräbnissen Khaki-Uniformen und Barette tragen, hölzerne AK-Gewehre mitführen und MK-Lieder singen.

„Hamba Kahle, Mkhonto!“ ist zum Lied der Straße und der Barrikaden geworden. Und es ist offensichtlich, daß sich all diejenigen, die Steine werfen und Benzinbomben schleudern, selbst als mögliche Soldaten des Umkhonto we Sizwe betrachten. (...)

FRAGE: Du hast beschrieben, wie der MK seine Rolle in der Verbreitung der Idee bewaffneter revolutionärer Gewalt spielte. Was bleibt bei den anderen Zielen des MK selbst noch zu tun übrig?

R. KASRILS: Ein Ziel war die Ausbildung und Organisation unseres Volkes zu bewaffneten Kämpfern und seine Bewaffnung. Das ist nun unser Hauptziel. Unsere Armee ist existent. Wir haben einen Kern von ausgebildeten Kämpfern, die innerhalb des Landes kämpfen oder im Ausland eine Ausbildung erhalten.

Aber wenn wir unser Volk sehen, das Volk von Südafrika, wie es immer noch weithin dem Feind mit Steinen in der Hand gegenübersteht, müssen wir natürlich zugeben, daß es noch ein langer Weg bis zu unserem Ziel ist, das Volk zu bewaffnen.

Die Armee der Steinewerfer muß in eine Armee unter Waffen verwandelt werden. Unser Volk besitzt den Mut und den Geist. Jeder Steinewerfer wünscht sich ein Gewehr. Wir müssen ihnen Gewehre in die Hände geben.

Ein anderes Ziel war es, eine wirkungsvolle Methode zum Sturz der weißen Übermacht und des Apartheidstaates aufzuzeigen. Ohne ein Mittel der Gewalt verhielte es sich mit uns wie mit dem sprichwörtlichen zahnlosen Hund, der bellt und nicht beißt. Deshalb ist für uns ein weiteres wesentliches Ziel der Aufbau unserer revolutionären Volksarmee. Wir erreichen auch das Verschmelzen unserer Kämpfer mit dem Volk, was nach alledem eine Vorbedingung für den erfolgreichen bewaffneten Kampf und die Revolution ist. Wir werden erst dann alle unsere Ziele erreicht haben, wenn wir die Übernahme der Macht bewerkstelligt haben.

FRAGE: Nicht alle Handlungen revolutionärer Gewalt können heute in Südafrika dem MK zugeschrieben werden; viele sind mitten aus dem Volk hervorgegangen. Wie schätzt Du diese ein?

R. KASRILS: In den letzten 2 Jahren ist die aufständische Stimmung unseres Volkes gewachsen. Wir haben gesehen,

wie das Volk zu Gewaltakten Zuflucht nimmt.

Solche Handlungen sind durch das Beispiel des MK und durch den Aufruf des ANC an die Nation inspiriert worden. Und unser Volk hat seine Bereitschaft gezeigt, einen solchen Weg zu gehen.

Natürlich reagieren die Menschen auf ihre Lebensbedingungen, sie zeigen, daß sie eine Änderung verlangen. Wo die Menschen keine demokratischen politischen Ausdrucksmöglichkeiten haben, müssen sie – das ist nur natürlich – andere Wege finden, ihr Verlangen nach veränderten Lebensbedingungen zum Ausdruck zu bringen, sogar bis zum Punkt der Selbstaufopferung, sogar bis zum Punkt des Todes.

Selbstverteidigung der Townships

Wir haben die Entwicklung von Formen der Kriegführung innerhalb unseres Volkes gesehen, und unsere Menschen zeigen eine gewaltige Schöpferkraft.

Wir haben das Anwachsen der Barrikadentaktik und das Schaufeln von Gräben und Fallen für die Hippos und Casspirs (LKWs mit gepanzertem Aufsatz und mit Infanteriewaffen zur Aufstands-bekämpfung, Fahrgestelle oft bundesdeutscher Herkunft; d. Red.) gesehen. Wir haben gesehen, wie Stacheldraht über die Straßen gespannt wurde, um gegnerische Kräfte zu fangen.

Wir haben die Entwicklung eines taktisch sehr klugen und geschickten Straßenkampfes gesehen, wobei die Menschen das Labyrinth von Straßen und Gassen der Townships dazu benutzen, den Feind in einen Hinterhalt zu locken. Wir haben gesehen, wie der Stein gegen die Benzinbombe und die Handgranate getauscht wurde, wie die Menschen Mes-

ser benutzen, um Polizisten und Soldaten zu töten, wie sie dem Feind die eigenen Waffen abnehmen, um sie gegen ihn selbst zu richten.

Letztes Jahr gab es einen Bericht in der Cape Times über einen Jungen in Fort Beaufort, der seine Schleuder dazu benutzte, einen Hubschrauber zu beschädigen, der über seinem Kopf flog. Das ist ein wunderbares Beispiel für die Waffen, die unser Volk zu improvisieren und zu benutzen in der Lage ist.

Neben Haftminen, Handgranaten und AKs kommt selbstgemachten Waffen eine sehr wichtige Rolle in unserem Kampf zu.

Wir haben auch Menschen gesehen, die in den weißen Vorstädten und Stadtzentren Gegenangriffe durchführten, wobei sie Verwirrung und Angst in die Reihen des Feindes trugen.

Wir haben gesehen, wie sie die Gemeinderäte und die Informanten angriffen – und hier mußten sie zu harten Gerichtsmaßnahmen greifen, denn der Staat stützt sich auf seine widerliche Armee von Verrätern und Spitzeln. Wenn ein Volk, das sich erhebt, seine Gemeinschaft nicht vom inneren Feind säubern kann, ist es nicht möglich vorwärtszuschreiten.

Auf diese Weise wurden die Townships zu Gebieten gemacht, die der Feind nicht betreten kann.

Die erste Linie der Kontrolle des Feindes in den Townships ist zerstört worden. Der Feind kann diese Townships nur in massiven Konvois betreten.

Ständig werden diese gepanzerten Konvois von einem Steinhaagel überschüttet und mit Benzinbomben beschossen, so daß nur für die wenigen Minuten, in denen der Konvoi die Straße entlangfährt, eine staatliche Kraft gegenwärtig ist. Im zurückbleibenden Vakuum haben wir ge-

sehen, wie im Ansatz Organe der Volksmacht geschaffen wurden.

Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, weil unsere Menschen beginnen, die Kontrolle über ihr Leben zu übernehmen, ob das nun die Frage der Sauberhaltung der Straßen ist, oder die Frage, auf die Todesschwadron und Spitzel des Feindes zu reagieren.

In dieser Lage sehen wir, wie sich eine Volksmiliz, eine Selbstverteidigungs-Streitmacht des Volkes herausbildet, die sich ebenfalls in ihrem Anfangsstadium befindet.

Solche Entwicklungen sind von ungeheurer revolutionärer Bedeutung. Sie sind Teil des ganzen Klimas, der Stimmung des Aufstandes.

FRAGE: Gegenwärtig sehen wir, wie das Volk die Armee und Polizei mit behelfsmäßigen Waffen bekämpft. Und auf der anderen Seite sehen wir den MK, der eine andere Art von Operationen ausführt.

Du hast vorher davon gesprochen, daß der MK mit dem Volk „verschmilzt“. Wie soll das bewerkstelligt werden? Ist der MK eine Volksarmee oder ist er der Kern einer Volksarmee?

Mit dem Volk verschmelzen...

R. KASRILS: Mit der Umwandlung der Lage in der Heimat ist unsere Basis erneut innerhalb des Landes, inmitten unseres Volkes.

Das, was über 25 Jahre hinweg ein Krieg niedriger Intensität war, verwandelt sich nun in einen voll entfaltenen bewaffneten Kampf und Volkskrieg, in den unser Volk zu hunderttausenden einbezogen ist. Der Massenkampf und der bewaffnete Kampf verschmelzen miteinander in dem Sinn, daß der bewaffnete Kampf unter den Massen seinen Platz findet, und daß unsere ausgebildeten Kämpfer nun in der Lage sind, mit dem aufständischen Volk zu verschmelzen, aus dem mehr und mehr Menschen in die MK-Einheiten in der Heimat eintreten.

Wir waren nie der Ansicht, daß eine Elite-Streitmacht von Guerilleros, von Berufskämpfern, alleine das Werkzeug des Sieges sein würden.

Es ist das Volk, das die Geschichte, das Revolutionen macht, nicht eine Elite-Streitmacht. Unsere Bewegung hat seinen Blick immer auf das Volk gerichtet. Unser Ziel war es immer, die aktive Unterstützung des Volkes und seine Einbeziehung zu erreichen. Das ist es, warum wir sagen, unser Krieg ist ein Volkskrieg. Nun benötigt ein Volkskrieg sicher eine Volksarmee. Was wir gegenwärtig sehen, ist die vorläufige Form dieser revolutionären Volksarmee.

Wie Du sagst, sehen wir gegenwärtig MK-Aktionen auf der einen Seite und auf der anderen die manchmal spontane,

Demonstration in Queenstown: Noch sind die Gewehre Attrappen



manchmal organisierte Gewalt des Volkes. Während der Massenkampf die Elemente revolutionärer Gewalt aufweist, die wir genannt haben, können wir nicht sagen, daß er in vollem Maße eine bewaffnete Macht darstellt.

Steinewerfen bleibt nun einmal Steine werfen, und keine ausgereifte militärische Handlung. Deshalb gibt es die Lücke, die Du erwähnt hast.

Unser Volk ist zum Handeln erwacht und das, was es wirklich darstellt, ist eine erwachte politische Kraft. Unsere Aufgabe ist es, die politische Kraft in eine revolutionäre Volksarmee umzuwandeln.

Lenin hat das als Umwandlung der „politischen Armee der Revolution“ in die „revolutionären bewaffneten Kräfte“ oder als „das Volk in Waffen“ bezeichnet. Das ist es, was unsere Bewegung „Volksarmee“ genannt hat.

MK – Kern der Volksarmee

FRAGE: Genosse, kannst Du den Begriff einer revolutionären Volksarmee genauer erklären?

R. KASRILS: Ich würde sagen, eine revolutionäre Volksarmee kann aus drei Teilen bestehen.

Zunächst einmal gibt es die organisierten Vorausabteilungen – die Vorhut; zweitens das revolutionäre bewaffnete Volk, und drittens jene Bestandteile der feindlichen Streitkräfte, die für die Seite der Revolution gewonnen werden können. Der erste und der zweite Teil würden alleine eine Volksarmee ausmachen. Aber wo Bestandteile von drei vorhanden sind, wird eine sehr erwünschte drit-

te Dimension, – wie geschehen in den bolschewistischen, den chinesischen und den kubanischen Erfahrungen – erreicht.

Die organisierte Vorhutabteilung – in unserem Fall der MK – ist im Sinne Deiner vorhergehenden Frage der Kern der Volksarmee. Das ist der Bestandteil, der von Anfang an in Kampfeinheiten verschiedener Typen organisiert ist.

Das können städtische Kampfgruppen sein, Sabotageeinheiten, Attentatsgruppen und andere Spezialkräfte, die irgendwo auf dem Land, in der Stadt oder in der Großstadt stehen und die notwendigerweise auf verdeckte, geheime Weise handeln.

Auch die Guerilla-Einheiten auf dem Lande sind Teil dieser Vorhut. Sie können offener operieren, je nach Art des Geländes auf dem Lande.

Das Gelände bestimmt die Größe einer Gruppe, ihre Operationsweise und so weiter. Da die ländliche Guerilla-Kriegführung oft für die Hauptform des bewaffneten Kampfes gehalten wird, möchte ich hierbei betonen, daß sie nur ein Bestandteil sein kann, und vielleicht noch nicht einmal die führende oder vorherrschende Form.

Ein anderer Bestandteil dieser Vorhut wird die Selbstverteidigungs-Miliz des Volkes sein, die Stützpunkte im Betrieb, in der Township oder im Dorf hat. Diese Einheiten können legal, halblegal oder illegal sein, je nach den Bedingungen und Möglichkeiten.

Der zweite Bestandteil, das revolutionäre bewaffnete Volk, ist ein aktiver, bewußter Teil der politischen Armee, bereit sich mit der Waffe in der Hand mit und unter dem organisierten Kommando

und der Führung der Vorausabteilungen der revolutionären Armee zu vereinigen, sich am bewaffneten Kampf um die politische Macht zu beteiligen.

Der dritte Bestandteil, die Einheiten der feindlichen Streitkräfte, die sich der Revolution anschließen, ist vielleicht ein schwierig zu organisierender Abschnitt. Er bleibt aber nichtsdestoweniger eine lebenswichtige Zutat. (...)

Wir sprechen nicht davon, eine riesige Anzahl von Mitgliedern der feindlichen Armee für uns zu gewinnen, aber davon, so auf sie einzuwirken, daß sie zweifellos für den Staat weniger wirkungsvoll zur Verfügung steht.

In unserer Lage, wo wir jetzt Bantustan-Armeen haben und der Staat mehr und mehr Schwarze braucht, die ihre schmutzige Arbeit für sie leisten, haben wir die Chance, innerhalb der Streitkräfte des Feindes zu arbeiten. Wir haben so die Chance, wenigstens einige schwarze Soldaten und Polizisten für uns zu gewinnen, wenn nicht sogar einige fortschrittlich gesinnte Weiße. Wir sehen, daß es mit Sicherheit Möglichkeiten gibt, auf die Truppen in der weißen Wehrpflichtigenarmee einzuwirken.

Untergrundgruppen beim Feind

Das würde die Organisation spezialisierter Strukturen bedeuten, die sich mit der Arbeit innerhalb der Streitkräfte des Feindes beschäftigen. Diese Arbeit erfordert die Schaffung von Untergrundgruppen und -organen der Bewegung innerhalb der Streitkräfte des Feindes, die Schaffung patriotischer und demokratischer Gruppen und Organisationen, die auf die Streitkräfte des Feindes einwirken, wie die Bewegung der Streitkräfte in Portugal. Und sie erfordert ebenso die Durchführung von Agitations- und Propagandaarbeit unter den Streitkräften des Feindes und unter der Zivilbevölkerung.

Wo diese Arbeit erfolgreich ist, werden die feindlichen Streitkräfte und die Polizei untergraben und von innen zersetzt, Bestandteile neutralisiert. Zu entscheidenden Zeiten kann die revolutionäre Armee des Volkes ihre Reihen durch einige Elemente der Streitkräfte des Feindes verstärken, die bereit sind, auf die Seite der Revolution überzugehen.

Während dieses Prozesses sammeln wir unsere Kräfte, bauen Kampfeinheiten auf und entwickeln uns von einem Kern zu einer voll entfaltenen Volksarmee, die einen Volkskrieg führt. Das Stadium einer bewaffneten Erhebung kann durchaus während dieses Prozesses entstehen, bei dem das Ziel der Eroberung der politischen Macht erreicht werden wird.

Die Zeitspanne kann sich in die Länge

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/April-Mai 1986

Schwerpunkt: Angola – im 11. Jahr der Unabhängigkeit ● Wirtschaftliche Entwicklung zwischen Kriegs- und Planwirtschaft ● Die Landwirtschaftspolitik der MPLA ● Unterstützung der Reagan-Administration für die UNITA ● Auszug aus dem Roman „Mayombe“ des angolanischen Autors Pepetela: ein Beitrag zur Diskussion um Befreiungsbewegungen an der Macht ● Außerdem: Beiträge zu Südafrika ● Namibia ● Zimbabwe

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

ila-info, Nr. 96/Juni 1986

Schwerpunktthema: Wir und Nicaragua: Die Destabilisierungskampagne gegen das freie Nicaragua ● Es enthält Beiträge zur US-Strategie gegen Nicaragua, zur rechten Propagandakampagne gegen Nicaragua in der BRD, zur Rolle der SPD, zur sog. „kritischen Solidarität“, zur Entwicklung von Kunst und Kultur in Nicaragua und den Bericht eines ausgestiegenen Contra ● Weitere Beiträge: Mexico vor der Fußball-WM ● Geschichte des Fußballs in Brasilien ● BUKO in Bremen ● Staatsterrorismuskongreß in Frankfurt ● Programmentwurf der Grünen

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 134/Juni 1986

Schwerpunkt Nicaragua: Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua ● Stellen Sie sich vor, Sie wären Nicaraguaner... ● Menschenrechte in Nicaragua ● Sozialdemokratie und Nicaragua ● Ein Contra packt aus ● Die Miskito Indianer ● Außerdem: Nachrichten und Berichte zu Kurdistan, Iran, Westsahara, Guatemala und Beiträge zur Internationalismus-Diskussion, zur Problematik von Großstaudämmen, zu Pestiziden ● Interview mit Ed de la Torre, einem engagierten philippinischen Theologen

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 50 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 149/Juni 1986

Chile: Santiago am 1. Mai: eine besetzte Stadt ● Interview mit dem Gewerkschaftsführer Manuel Bustos ● Kultur des Widerstands oder Widerstand der Kultur ● Guatemala: 3 Monate Christdemokratie ● Dominikanische Republik: Zuckerrohr und Menschenrechte ● Peru: Alan García und die Sozialistische Internationale

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ziehen, oder es kann schneller gehen, als wir uns das vorstellen.

FRAGE: Nach dem, was Du gesagt hast, Genosse, sieht es so aus, daß wir ein beträchtliches Stück von der klassischen Form der Guerilla-Kriegführung weggekommen sind.

Die Aufgabe des MK in Südafrika hat sich immer von den Aufgaben von Guerilla-Bewegungen anderswo im Südlichen Afrika und der Welt unterscheiden – das Gelände ist nicht dicht bewaldet, es fehlen Freundesgrenzen, viel MK-Arbeit muß in den Städten getan werden. In welchem Ausmaß haben diese Bedingungen für den MK Probleme aufgeworfen? Oder in welchem Ausmaß haben sie die Arbeitsweise des MK bestimmt?

R. KASRILS: Es wäre hilfreich uns daran zu erinnern, daß es vielfältige Formen revolutionärer Gewaltanwendung gibt, nicht nur die Guerilla-Kriegführung.

Genosse Mandela hat im Rivonia-Prozeß vier genannt: bewaffnete Erhebung oder Aufstand, Sabotage, Bürgerkrieg, Terrorismus. Eine revolutionäre Volksarmee kann irgendeine dieser Formen von Gewalt oder irgendeine Kombination von ihnen anwenden. Und die Wahl wird von den bestehenden Bedingungen in einem Land abhängen.

Die Guerilla-Kriegführung beinhaltet in ihrem klassischen Sinn Vorstellungen von befreiten Gebieten, Freundesgrenzen, rückwärtigen Stützpunkten, großen Truppeneinheiten, Zufluchtgebieten in Wäldern und Bergen, die in unserer Lage offenbar nicht erreichbar sind.

Das soll die Möglichkeiten von Guerillaaktionen in den ländlichen Gebieten oder in den Bantustans nicht ausschließen. Südafrika ist groß, hat lange Grenzen, einige gebirgige Gegenden und genug, wenn auch nicht ausgedehnte Buschgegenden.

Den größten Teil des Jahres 1984 haben es einige unserer Kämpfer fertiggebracht, unter den Menschen in den Lebombo-Bergen im Gebiet von Ingwavuma zu leben und zu organisieren. Dieses Beispiel liefert uns das Verständnis und die Anregung, solche Aktivitäten zu wiederholen. Die ländlichen Gebiete bieten uns die Möglichkeiten, Guerillaaktionen zu entwickeln, obwohl die Bedingungen und das Gelände notwendigerweise die Größe unserer Einheiten verringern, die in solchen Gebieten operieren.

Es ist eine Frage der Erlangung des richtigen Gleichgewichtes. Natürlich sind die städtischen Gebiete ein lebenswichtiges Feld unseres Kampfes, und das Jahrzehnt der Auflehnung hat uns sicher daran erinnert. Gleichzeitig müssen wir uns über unsere Schwäche auf dem Land und besonders in den Bantustans im Klaren sein, obwohl es ermutigend ist zu sehen,



MK-Einheit bei Übungen im Buschland

daß sich die Revolte der Townships auf viele ländliche Siedlungen ausgeweitet hat.

Erst kürzlich haben wir gesehen, wie sich der Kampf in Bophuthatswana entwickelt hat, im nördlichen und östlichen Transvaal, so wie er sich schon vorher in den kleinen Dörfern und Siedlungen des östlichen Kaps entwickelt hatte. Zur Entwicklung unseres Volkskrieges müssen wir Seite an Seite vorwärtsschreiten, die Menschen in den Städten und die Menschen auf dem Land.

Die große Schwäche des Feindes ist seine Zahl. Sie ist zu klein im Vergleich mit dem Volk. Hinzu kommen seine Isolierung und die riesige Ausdehnung unseres Landes und seiner Grenzen, die er polizeilich überwachen und kontrollieren muß. Dies führt dazu, daß Aktivitäten, bewaffnete Schläge und Volkswiderstand irgendwo in unserem Land die Ressourcen und das Menschenpotential des Feindes in einem gewaltigen Maße übersteigen.

Stark in den Stadtzentren

Das ist in der Tat seine Achillesferse, und unsere Strategie muß mit einer Herangehensweise erfüllt sein, die ihn dazu zwingt, seine Kräfte über das ganze Land hinweg zu zerstreuen.

Auf unserer Nationalen Konsultativkonferenz (des ANC von Kabwe im Juni 1985, siehe AIB-Sonderheft 1/1986, S. XVIII; d. Red.) hat die Kommission, die sich mit Strategie und Taktik befaßte, hierzu einen – wie ich denke – wichtigen Beitrag geleistet. Sie stellte fest, daß wir in unserer gegebenen Lage in der ganzen Frage der Weiterentwicklung des bewaffneten Kampfes unsere Strategie

innerhalb von zwei Gegebenheiten mit Schlüsselcharakter einordnen sollten, eine davon ungünstig, die andere günstig. Die negative Seite ist die, daß wir bis jetzt nicht die Möglichkeit einer Freundesgrenze hatten, mit rückwärtigen Stützpunkten im wahrsten Sinne des Wortes. Das war eine ungünstige Bedingung für uns. Der positive, günstige Umstand ist unsere Stärke in den städtischen Gebieten, gestützt auf die Menschen in den Townships, auf die Arbeiterklasse, auf die Jugend.

Diese städtischen Zentren sind auf tausendfache Weise mit den Bantustans und den ländlichen Gebieten verbunden. Und wir sollten unsere Stärke in den Städten, unsere Stärke in den Townships, unsere Stärke in der Arbeiterklasse als Sprungbrett zur Entwicklung unserer organisatorischen Stärke und unserer bewaffneten Stärke innerhalb des Landes selbst benutzen.

Mdantsane zum Beispiel, die große städtische Township des östlichen Kaps, ist das Hauptsprungbrett in die Ciskei. KwaMashu und Umlazi haben die gleiche Beziehung zu KwaZulu und so weiter. Die städtischen Stützpunkte können zu den rückwärtigen Stützpunkten unseres Kampfes auf dem Land werden.

Natürlich werden wir alle Möglichkeiten nutzen, die es nur gibt, um die Bantustans und das Land zu erreichen. Aber die Lage in den Städten erlaubt uns sicherlich diesen anderen Weg, unseren Kampf zu entwickeln.

Wir sollten uns daran erinnern, daß zum Beispiel in Kuba der Guerillakampf, der weitgehend auf dem Land, in den Bergen beheimatet war, sein Sprungbrett in den städtischen Zentren hatte, in der Großstadt, wo die Bewegung hauptsächlich ihre Hochburgen hatte.



Wehrpflichtige der Rassistenarmee

Aber wir dürfen niemals die Tatsache aus den Augen verlieren, daß der bewaffnete Aufstand, ob im Lauf eines Guerilla-Buschkriegs, eines Bürgerkrieges oder durch Stadtguerilla-Kampf, der Hauptweg sein muß, auf dem die Macht letztlich ergriffen werden kann.

Denn, anders als die FRELIMO oder MPLA (heute regierende Befreiungsbewegungen Moçambiques und Angolas; d. Red.) kämpfen wir keinen Buschkrieg gegen eine Kolonialmacht, die zuletzt nach Verhandlungen die Unabhängigkeit gewähren und sich zurückziehen kann.

Aufstand als Schlußakt...

In unserer Lage müssen wir, wenn eine wirkliche Veränderung erreicht werden soll, der Frage der Staatsmacht ins Auge sehen.

Wie werden die bestehenden Staatsstrukturen und Machtmittel zerstört? Wie wird die Revolution verteidigt werden? **FRAGE:** Welche Bedingungen sind für die bewaffnete Erhebung, für den Auf-

stand notwendig? Wie wird er Deiner Ansicht nach stattfinden? Ist er in Südafrika, mit seiner mächtigen Militärmaschinerie, möglich?

R. KASRILS: Bewaffneter Aufstand in dieser oder jener Form ist eher als ein Guerillakrieg, aber oft als Höhepunkt eines Guerillakrieges, die klassische Methode, eine Revolution zu machen.

Es scheint zwei Hauptkategorien zu geben, in die Aufstände gehören: die spontane Massenerhebung, wie im Iran, und die geplante Erhebung, wie in Petrograd, Oktober 1917. Diese stehen an den entgegengesetzten Enden einer Skala von verschiedenen Möglichkeiten.

In der ersten Kategorie gibt es keinen vorher abgestimmten Plan, kein Datum. Ein völlig unerwartetes, selbst ein äußeres Ereignis kann den Brand entzünden. In einer solchen Situation kämpfen die Revolutionäre darum, die Kontrolle zu erlangen, und die Eroberung der Macht zu organisieren.

In der zweiten Kategorie ist der Aufstand wohlüberlegt als Schlußakt in einem sorgfältig vorbereiteten Plan revolu-

tionärer Aktion zeitlich festgelegt, in dem das Kräfteverhältnis genau berechnet wurde. Die Bolschewiki kämpften darum, die Kontrolle über die Kräfte zu erlangen, die von der Februarrevolution freigesetzt wurden, ein unvorhergesehenes Ereignis. Und sie führten diese Kräfte zur geplanten Übernahme der Macht im Oktober 1917. Worin wir sicher sein können, ist, daß jede Revolution, die in ihrem Enderfolg von der Unterstützung des Volkes abhängen muß, eine aktive revolutionäre Lage erfordert, bevor ein Aufstand sicher begonnen werden kann. Sie braucht auch eine Bewegung, die Kräfte und Mittel besitzt, die machtvoll genug sind, die bestehende Ordnung zu stürzen.

Nun haben wir über die Jahre hinweg gearbeitet, um diese revolutionäre Lage hervorzubringen und die Kräfte aufzubauen, die für den Sieg notwendig sind. Unser Kampf war in der Tat ein schwieriger und langwieriger.

...einer Abfolge von Erhebungen

Wieviel Zeit noch benötigt wird, bis eine aktive revolutionäre Lage herangereift ist, kann nicht genau vorhergesagt werden. Ein Bolschewik hat zur Februarrevolution festgestellt: „Die Idee auf die Straße zu gehen, war lange unter den Arbeitern gereift, nur zu diesem Zeitpunkt hatte niemand eine Vorstellung, wohin sie führen würde.“

Wir müssen uns daran erinnern, daß wir nicht jede Handlung des Volkes oder jede Reaktion der feindlichen Behörden kontrollieren. Aber der Massenkampf schreitet mit einer solchen Geschwindigkeit voran, daß wir uns darauf vorbereiten müssen, jede Wendung der Lage auszunutzen und mit höchstmöglicher Geschwindigkeit daran zu arbeiten, den erforderlichen Typ von Organisation aufzubauen.

Diese muß bereit sein, die Kontrolle zu übernehmen und jegliche Erhebung zu leiten, die sehr wohl ziemlich spontan beginnen kann. Vor allem bedeutet das, daß eine politische Armee der Revolution (der ANC und die Massenorganisationen des Volkes) und eine revolutionäre Volksarmee vorhanden sein müssen. Wenn wir von unserem Volk lernen sollen, von den Township-Revolten, dem Jahrzehnt der Auflehnung 1976-86, dann müssen wir bestimmt eine Strategie ersinnen, die sich auf einen „aufstandsorientierten“ Ansatz gründet. Diese würde aus einer Verknüpfung des politischen und bewaffneten Kampfes aller Spielarten bestehen, der Guerilla-Kriegführung auf dem Land, der bemerkenswerten Erscheinung von Volkserhebungen in den Großstädten und Städten.

Eine solche Strategie würde vielleicht

Schwarze Soldaten bei der Ausbildung



eine Aufeinanderfolge von örtlichen und allgemeinen Erhebungen vorausplanen müssen, und auch das Unerwartete.

Das Unerwartete wird auch reformistische oder ultrarechte Versuche von Teilen der herrschenden Klasse beinhalten, den Weg der Revolution umzulenken oder zu blockieren.

Das könnten sehr wohl unerwartete Verschiebungen in der politischen Lage sein, die uns eine revolutionäre Lage oder eine ernste Bedrohung bieten können. Wir müssen uns auch daran erinnern, daß die Geschichte nicht oft eine revolutionäre Lage bietet.

Nun zu den Südafrikanischen Verteidigungskräften (SADF) und der Südafrikanischen Polizei (SAP), den Säulen der weißen Vorherrschaft. Die Geschichte zeigt, daß letzten Endes Erfolg oder Mißerfolg von der Haltung abhängen, die die bewaffneten Kräfte der Status-quo-Regierung gegenüber dem Aufstand einnehmen werden.

Revolutionäre Bewegungen erreichen ihre Ziele selten, wenn sie nicht die Soldaten, deren Pflicht es ist, das bestehende Regime aufrechtzuerhalten, umdrehen oder ihre Moral schwächen können. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir, wenn wir auch nicht eine große Anzahl von weißen Soldaten umdrehen können, doch darin erfolgreich sein können, die Stimmung und die Moral

eines guten Teils zu schwächen. Und ich erwähnte, daß wir schwarze Soldaten und Polizisten für uns gewinnen können. Während die Bolschewiki sich darauf konzentrieren konnten, die bereits unzufrieden gewordene russische Armee zu untergraben, wobei sie schwankende Truppenteile auf ihre Seite zogen, werden wir die SADF schwächen und eine starke aufständische Streitmacht vervollkommen müssen.

Die Rassistentruppen lähmen!

Der verstorbene David Rabkin schrieb in Umsebenzi: „Obwohl die SADF eine machtvolle militärische Maschinerie ist, braucht sie doch eine politische Anleitung, wenn sie funktionieren soll. Aber die Politik muß neben der Gewalt auch andere Umstände in Betracht ziehen. Wir können die politische Leitung hinter der SADF lähmen, so daß sie handlungsunfähig wird.“

Die SADF ist hauptsächlich eine Wehrpflichtigen-Armee, die alldem Druck und den Spannungen der südafrikanischen Gesellschaft unterworfen ist – politisch, moralisch und materiell. Geraso, wie sie für MK-Geschosse nicht unerreichbar sind (und unglücklicherweise ist das der Hauptweg, auf dem die Augen des weißen Südafrika geöffnet

werden), so sind sie letztlich auch nicht unerreichbar für den Massenkampf und die Politik des ANC.

Die SADF ist kein Monolith, und während einer reolutionären Krise wird ihre Struktur einer ungeheuren Belastung ausgesetzt sein. Differenzen zwischen den wehrpflichtigen 'Troopies' und dem Offizierskorps werden ebenso verstärkt werden wie die alten Sprachspaltungen zwischen Englisch und Afrikaans und die Streitigkeiten zwischen denjenigen Offizieren und Mannschaften, die der Reform nach Art von Botha-Malan anhängen, und denen, deren Treue bei den unberechenbaren HNP-CP-Rebellen (Ultrarechte; d. Red.) liegt.

Unter den Bedingungen einer revolutionären Krise ist es durchaus denkbar, daß die Sicherheitskräfte des Staates nicht mit voller Stärke operieren werden, unter Fahnenflucht und Demoralisierung leiden, unter Meuterei in schwarzen Truppenteilen, unter Unentschlossenheit und Streitigkeiten an der Spitze. Das hieße, daß sie nicht fähig wären, mit der Lage fertig zu werden.

Zu diesem Zeitpunkt, wenn die zivile und die militärische Maschinerie nicht machtvoll genug sind, dem steigenden revolutionären Druck zu widerstehen, wird unser Kampf triumphieren. (...)

(Quelle: Sechaba, London, Mai 1986, S. 2-10)

Nelson Mandela

Der Kampf ist mein Leben

Reden und Schriften Mandelas –
mit neuesten Beiträgen aus dem Gefängnis

Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
416 Seiten
mit zahlreichen Fotos
18,- DM



Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 46 Dattmund 1

Weltkreis

Interview mit Nguo Woungly-Massaga

Biyas leere Versprechungen



Paul Biya (stehend) wurde am 24. 3. 1985 zum Präsidenten der regierenden Partei gewählt

Seit Oktober 1985 sind im westafrikanischen „Prosperitätshort“ Kamerun mehrere hundert Menschen nach Demonstrationen und im Zusammenhang mit einer Flugblatt-Kampagne gegen das Biya-Regime verhaftet und teilweise gefoltert worden. Ein großer Teil der Verhafteten sind Anhänger der oppositionellen Union der Völker Kameruns (UPC).

Diese Partei wurde bereits 1948 gegründet. 1955 führte die UPC die landesweiten Demonstrationen gegen die französische Kolonialmacht an, die mit einem Blutbad reagierte, das 5.000 Todesopfer und weitere 10.000 Verletzte forderte. Der Kolonialmacht gelang es in der Folgezeit auch, mit Unterstützung des von ihr eingesetzten neokolonialen Regimes den bewaffneten Kampf mit der UPC, die sogar nach Eingeständnis der Kolonialmacht selbst in den 50er Jahren über 80% der Bevölkerung hinter sich hatte, zu ihren Gunsten zu entscheiden und das seitdem herrschende halbfaschistische Ahidjo-Regime abzusichern. Der Gründer und Generalsekretär der UPC, Ruben Um Nyobe, fiel 1958 im Kampf. Sein Nachfolger, Dr. Félix Roland Moumié, wurde 1960 in Genf von der „Roten Hand“, einer Geheimorganisation der französischen Armee, vergiftet. Sein Mörder, Wilhelm Betchel, konnte später unbehelligt in der Schweiz leben. Moumiés Nachfolger, Ernest Ouandié, der in den 60er Jahren erneut den Guerillakampf im Land organisierte, wurde 1971 in Kamerun öffentlich erschossen. Die starke Repression sowie die ziemlich ungebrochene ökonomische und politisch-militärische Herrschaft Frankreichs über seine einstige Kolonie haben dazu beigetragen, daß Kamerun und die UPC für Jahre aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden waren. Seit einiger Zeit ist die UPC verstärkt an die Öffentlichkeit gegangen, namentlich um zunächst die demokratischen Versprechungen des Ahidjo-Nachfolgers Paul Biya einzufordern und schließlich um dessen undemokratische Praxis offenzulegen.

Nach fast einjähriger Vorbereitung gelang es unserem Mitarbeiter L.A. Heinrich im Frühjahr 1986 in Bonn den Nachfolger Ouandiés, Nguo Woungly-Massaga, über die Situation seines Landes und die Politik der UPC zu befragen. Diese lange Vorbereitung war nötig, weil W. Massaga seit Jahren gezwungen ist, in völliger Illegalität zu leben. Ohne Asylpaß irgendeines Landes kann er sich nur deswegen international bewegen, weil kein Land ihn offiziell ausweisen kann, läßt ihn doch kein anderes offiziell über die Grenzen. Seine Frau und seine Kinder, die in Kuba leben, hat er schon 16 Jahre lang nicht mehr besuchen können.

AIB: Sie bereisen derzeit die BRD... Um wem was zu sagen?

N. WOUNGLY-MASSAGA: Ich bin als Leiter einer UPC-Delegation in die BRD gekommen. Wir haben bereits Gespräche mit der DKP, der engeren Umgebung des SPD-Vorsitzenden Brandt und mit der SJD – Die Falken geführt. Ein Gespräch mit der Fraktion der Grünen ist geplant. Wir wollen möglichst viele politische und humanitäre Kräfte treffen, um vor allem auf die dramatische Situation der Men-

schenrechte in unserem Land hinzuweisen. Dort hat Ende 1985 eine Verhaftungswelle stattgefunden, die drei Kategorien betroffen hat: Anhänger der UPC, Anglophone, die sich gegen die Diskriminierung schon seit Ahidjos Zeiten gewehrt haben, und Jehovas Zeugen.

Wir möchten, daß aus dem Ausland Anwälte entsandt werden. Gegen die Verhafteten sind bislang keine Anklagen erhoben worden. Sie sind gefoltert worden, und von mehreren von ihnen hat

man schon seit Monaten nichts mehr gehört und gesehen. Insgesamt wurden ca. 100 im anglophonen West-Kamerun und 200 in Ost-Kamerun verhaftet.

Zwei Fälle schwerer Folter sind namentlich bekannt: Elisabeth Mendomó und Jean-Pierre Boum.

AIB: Das Ahidjo-Regime wurde von der UPC als neokolonial und sogar faschistisch bezeichnet. Nach über 3 Jahren Biya, gibt es da einen Unterschied in der Einschätzung?

N. WOUNGLY-MASSAGA: Heute stimmen alle darin überein, daß das Ahidjo-Regime diktatorisch und sogar faschistisch war, selbst in Frankreich, was man seinerzeit dort natürlich keineswegs getan hat.

Heute kommen wir Schritt für Schritt zu einer ähnlichen Haltung betreffs des Biya-Regimes. Als er an die Macht kam, hat er ein paar Erklärungen abgegeben. Er hat gesagt, daß die Oppositionellen zurückkehren könnten. Er hat sogar ein Mehrparteiensystem nicht ausgeschlossen.

Die UPC wollte nicht von Anfang an eine a-priori-Position einnehmen, die von der Bevölkerung nicht verstanden worden wäre. Wir waren uns natürlich darüber im klaren, daß man auf dieses Regime nicht zählen kann, daß es eine Fortsetzung des Ahidjo-Regimes ist.

Wir wollten, daß sich die Bevölkerung in der Praxis selbst davon überzeugen konnte. Deshalb haben wir wirklich nur Minimalforderungen gestellt. Wir haben gesagt: Er soll doch die politischen Gefangenen befreien; er soll den Multipartismus (Mehrparteiensystem; d. Red.) der schließlich in der Verfassung verankert ist, anerkennen; er soll außerdem die Menschenrechte achten und die Situation beenden, daß Leute einfach auf der Straße verhaftet werden, weil sie nicht das Parteibuch der Einheitspartei haben. Schritt für Schritt konnten sich seitdem die Kamerunesen davon überzeugen, daß Biya nichts davon durchführen will, daß er dieselbe alte Politik durchführt, wieder die Leute verhaften läßt und das mit derselben politischen Polizei, denselben Verantwortlichen und Folterknechten. Der Direktor des Folterzentrums der „Mobilien Gemischten Brigaden“ (BMM) ist der gleiche Mann wie zu Ahidjos Zeiten und so auch alle seine Gehilfen.

Biya ist natürlich noch nicht Ahidjo, aber jeder fängt mal klein an. Wenn man ihn gewähren läßt – und darum bemühen sich die „liberalen“ Kräfte Frankreichs, die ihn noch immer als demokratisch hinstellen – kann er die Schreckensbilanz Ahidjos in Zukunft durchaus noch überbieten.

Nicht nur die unmittelbaren Folterknechte sind uns schließlich gut bekannt, auch Biya selbst ist ja nicht jungfräulich. Er war schließlich jahrelang

Ahidjos Ministerpräsident.

AIB: Gibt es auf anderer Ebene, z.B. der wirtschaftlichen, Unterschiede?

N. WOUNGLY-MASSAGA: Eines der Biyaschen Versprechen war, eine moralisch saubere und gesunde Wirtschaftsführung einzuführen. In einer zeitweiligen Atmosphäre offener Kritik mußten aber selbst die Organe des Regimes wie die Cameroon Tribune feststellen, daß unter ihm die Korruption sogar noch zugenommen habe.

Das zweite Beispiel ist die Frage der Erdöleinnahmen. Eine der Praktiken Ahidjos, der mit französischer Komplizenschaft eine Zeitlang überhaupt die Existenz von Erdöl in Kamerun verschwiegen hatte, bestand darin, die Einnahmen nicht im Budget zu führen, sondern von ihm alleine kontrollieren zu lassen.

Im Mai 1972 war übrigens die UPC die einzige Kraft, die das damalige sog. Referendum im anglophonen Westkamerun, das in Wirklichkeit nichts anderes als eine Annexion war, verurteilt hat. Der Grund für diese Annexion — so schon damals die UPC — war die Tatsache, daß man dort Erdöl und Erdgas gefunden hatte. Nach der Annexion wurde das auch zugegeben.

Die Menge und die Verwendung der Einnahmen wurden jedoch weiter verschwiegen. Und unter Biya hat sich daran bis heute nichts geändert.

Die Korruption nahm zu

AIB: Welche Folgen hat die allgemein neokoloniale und speziell korrupte Wirtschaftspolitik des Regimes für die Bevölkerung?

N. WOUNGLY-MASSAGA: In den Großstädten wie Douala und Yaoundé ist 1/4 der Bevölkerung arbeitslos.

Auf den Dörfern ist die Lage der Bauern dramatisch. Während das Regime eine große Propaganda um die agrarische Selbstversorgung macht, gibt es in Wirklichkeit Gegenden, in denen Hunger herrscht, vor allem im Norden. In den fruchtbaren Gegenden des Südens und Südwestens sind die Bauern mit dem Problem der völligen verkehrstechnischen Abgeschlossenheit mancher Gebiete konfrontiert. Hier können sie ihre Produkte nicht zum Markt bringen. In anderen Gegenden scheitert die Kommerzialisierung an der Desorganisation. Im Süden ziehen die Bauern es vor, ihre Produkte nach Gabun zu bringen.

So und durch die Spekulationen der Großhändler gibt es in den Städten schwere Versorgungsengpässe. Douala ist eine der teuersten Hauptstädte der Welt.

Ein weiteres Problem ist das der Jugend. Über 50% der Bevölkerung sind unter 25

Jahre alt. Die Lage der Schulbildung ist höchst beklagenswert. Die Grundschulen sind alle in den Händen der Kirche. In den Universitäten sitzen 1.000 Mann in einer Vorlesung, zu der sie schon 3 Stunden vor Beginn gehen müssen, um auch einen Platz zu bekommen.

Eines der Ergebnisse dieser miserablen Lage der Jugend ist die hohe Delinquenz (Verbrechensrate; d. Red.) in den Städten.

AIB: Stützt sich das Biya-Regime auf die gleichen sozialen Kräfte wie Ahidjo?

N. WOUNGLY-MASSAGA: Ja, aber das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie ist unterschiedlich. Unter Ahidjo herrschte die neokoloniale Bourgeoisie des Nordens. Unter Biya ist es die Fraktion des Betsammes aus dem Süden.

Aber die Leute Ahidjos sind keineswegs ausgeschaltet. Ahidjo wollte zunächst ein bizaphales (zweiköpfiges; d. Red.) System errichten, bei dem Biya Präsident werden sollte und er selbst als Parteivorsitzender im Hintergrund die wahre Macht behalten würde. Das war der Punkt, in der sich die Situation zuspitzte.

Die UPC hat einige Initiativen ergriffen, die das Mißtrauen zwischen beiden Fraktionen vertieft haben. Als Biya Präsident wurde, haben wir ihm einen Brief geschrieben, in dem wir unter gewissen Bedingungen unsere Unterstützung anboten. Biya ist mit diesem Brief sofort zu Ahidjo gelaufen, um ihm zu versichern, daß er nicht darauf eingehen werde.

Aber Ahidjo hielt es für nötig, öffentlich darauf hinzuweisen, daß er der Chef bleibe und Biya seine Politik durchzuführen habe. Biya betonte demgegenüber die Herrschaft des Staatsapparates gegenüber der Partei und fand dabei die Unterstützung der Technokraten und auch die der französischen Sozialisten.

Ahidjo hat dann mit Hilfe von Teilen der Armee und der französischen Rechten seine Herrschaft gewaltsam durchsetzen wollen, was aber gescheitert ist.

AIB: Ihre Avancen an Biya waren demnach taktischer Natur. Hat der bewaffnete Kampf für die UPC, die sich heute als marxistisch-leninistische Partei versteht, nach wie vor einen strategischen Stellenwert?

N. WOUNGLY-MASSAGA: Während des Unabhängigkeitskampfes hatte die UPC nach Einschätzung der Kolonialisten über 80% der Bevölkerung hinter sich. Sie war damals eine nationalistische Organisation, deren wichtigste Führer allerdings von der Notwendigkeit überzeugt waren, ihr eine progressive Perspektive zu geben.

In dem Maße, wie die Repression zunahm, verließen die Kräfte, die etwas zu verlieren hatten — Reiche, Häuptlinge,

Staatsbeamte und Kader — größtenteils die Partei, so daß vor allem Bauern, Arbeiter und Studenten blieben. Der bewaffnete Kampf hat schon damals eine Schwächung unserer Organisation im städtischen Bereich mit sich gebracht.

Das hat Schritt für Schritt zur Umwandlung der UPC von einer Massenorganisation mit Frontcharakter in eine Partei geführt, eine Umwandlung, die auch eine entsprechende Theoretisierung erfahren hat und zwar in der Form, daß nunmehr der Sturz des neokolonialen Regimes und der Kampf für den Sozialismus zum Ziel wurde. Wie fügt sich der bewaffnete Kampf da ein?

Als wir 1967/68 im Südwesten eine zweite Front aufbauen wollten, haben wir eine Reihe Schwierigkeiten erlebt.

Wir mußten feststellen, daß der bewaffnete Kampf den Massen nicht als eine Botschaft nahegebracht werden kann. Es genügt nicht, daß die Massen meinen, die Partei käme, um sie zu befreien; sie müssen den Willen haben, sich selbst zu befreien. Solange die Leute z.B. aus Angst selbst verhaftet zu werden, ihre verhafteten Verwandten im Gefängnis nicht besuchen, oder solange sie auf einen Putsch der Armee warten, sind sie für den bewaffneten Kampf nicht reif.

Im übrigen sind wir nicht der Meinung, daß der bewaffnete Kampf der absolut einzige Weg zur Beseitigung neokolonialer Regimes ist. Es ist z.B. möglich, daß sich aus bestimmten Gründen revolutionäre Ideen auch innerhalb der Armee entwickeln, und diese Entwicklung zu fördern, ist eine der Pflichten der Revolutionäre.

Eine andere Möglichkeit ist eine Volkshebung unter der Bedingung, daß die revolutionäre Organisation vor allem unter den Arbeitern fest verwurzelt ist. In anderen Fällen kann der Guerillakampf eine Situation deblockieren.

AIB: Wenn man normalerweise gut informierten Zeitungen wie *Le Monde* glaubt, hat man den Eindruck, daß die UPC in Kamerun selbst nicht viel tun kann und darstellt.

N. WOUNGLY-MASSAGA: Dieser von interessierten Kreisen geförderte Eindruck ist falsch. Schon die Tatsache der Verhaftungen zeigt, daß die Herrschenden — vor allem, wenn es sich um solche wie Biya handelt, der sich bemüht, sich einen demokratischen liberalen Anschein zu geben — Angst haben.

Sie haben nur Angst, wenn die Aktivitäten der Kader auf Resonanz im Volk stoßen. Um unsere Kader zu verhaften, hat man Razzien in ganzen Schulen und ganzen Dörfern durchgeführt. Die meisten unserer Kader sind immer im Land gewesen und haben dort den Kampf weitergeführt und Streiks, Demonstrationen usw. organisiert.

Nico Biver Votum für den Krieg



Von einer karnevalsartigen Stimmung wußten Korrespondenten aus den Contra-Lagern in Honduras zu berichten. Das Fußvolk hatte Grund zum Feiern, denn durch die Bewilligung von weiteren 100 Mio Dollar durch das US-Repräsentantenhaus am 25. Juni d.J. ist der Sold zumindest für ein weiteres Jahr gesichert.

„Jetzt werden wir Resultate bieten können“, erklärte Alfonso Robelo, einer der Contra-Chefs. Es werde zu „massiven Desertionen, Volksaufständen und Rebellionen von sandinistischen Militärkommandanten kommen.“¹

Wenngleich der zur Schau getragene Contra-Optimismus auch diesmal den Tatsachen nicht gerecht werden wird, ist mit der Entscheidung in Washington ein entscheidender Schritt zur Eskalation der US-Aggression gegen Nicaragua getan worden. Dies umso mehr, da der CIA – nach Angaben der US-Zeitschrift Newsweek – weitere 400 Mio Dollar Geheimhilfe zur Verfügung stellen will.² Nachdem im März d.J. das Repräsentantenhaus die Contra-Gelder noch mit 222 gegen 210 Stimmen abgelehnt hatte, ergab sich jetzt eine Mehrheit von 221 zu 209 Stimmen. Obwohl dieses Ergebnis nicht gerade einer überparteilichen Gemeinsamkeit entspricht, die von Reagan behauptet wurde, gelang es ihm dennoch, durch eine massive Propaganda- und Erpressungskampagne 51 Abgeord-

nete der Mehrheitspartei der Demokraten auf seine Seite zu ziehen.

Seit Anfang des Jahres hatte er die Parlamentarier darauf hingewiesen, daß die Contra-Millionen nötig seien, um Nicaragua zu Verhandlungen zu zwingen: „Die einzige Methode, um Mittelamerika einen wirklichen Frieden und die Sicherheit zu bringen“, so Reagan in einer Fernsehansprache vor der Abstimmung, „ist, Nicaragua die Demokratie zu bringen.“

Er warnte erneut, Nicaragua könnte „ein sowjetischer Brückenkopf innerhalb unseres Verteidigungsbereiches werden...“

Contra-Rekruten bei der Ausbildung in Honduras



Wollen wir die ersten gewählten Führer in der US-Geschichte sein, die unsere Grenzen in Gefahr bringen?“³

Mehrmals ließ er durchblicken, daß, wenn jetzt nicht die Contras unterstützt würden, später ein direktes Eingreifen der USA notwendig werden würde. Abgeordneten, die gegen die Contra-Hilfe waren, wurde unterstellt, unpatriotisch bzw. kommunistenfreundlich zu sein. Diese „Argumentation“ sollte schließlich Erfolge zeigen, vor allem weil einige Abgeordnete, angesichts der im November d.J. anstehenden Kongreßwahlen, nicht in Widerspruch zum sehr populären Präsidenten geraten wollten.

Gerichtshofurteil ignorieren

Auch Informationen von ehemaligen Contra-Offizieren und von US-Untersuchungskommissionen, daß die Contra-Führer einen Großteil der 27 Mio Dollar des letzten Jahres auf ihre Privatkonten eingezahlt haben, konnte die Mehrheit der Abgeordneten nicht umstimmen. In der Zielsetzung, nämlich dem Sturz der nikaraguanischen Regierung, ist man sich in der übergroßen Mehrheit ohnehin einig.

Differenzen gibt es lediglich, was die Methode angeht. Viele Abgeordnete befürchten, daß sich die USA gerade durch eine weitere Steigerung der Contra-Hilfe, ähnlich wie bei Vietnam, schrittweise immer stärker in einem Krieg engagieren, dessen Ausgang mehr als ungewiß ist. Die Washington Post beschrieb treffend die jetzige Situation: „(Die USA) haben sich erneut auf einen Krieg gegen eine Regierung festgelegt, mit der sie sich formell nicht im Krieg befinden und mit der sie diplomatische Beziehungen unterhalten. Sie tun dies überdies nicht nur mit Zustimmung des Kongresses, sondern in aller Öffentlichkeit.“⁴

Und sie tut dies im Widerspruch zum internationalen Recht, wie es jetzt höchst offiziell vom internationalen Gerichtshof festgelegt wurde.

Nach einem zweijährigen Verfahren hat er am 27. Juni d.J. einer Klage Nikaraguas vollständig stattgegeben. Sowohl die Verminung der nikaraguanischen Häfen (Anfang 1984), die Finanzierung, Bewaffnung und Ausbildung des Contras sowie das Handelsembargo sind nach dem Urteil des Gerichtshofs völkerrechtswidrig.

Doch die US-Regierung beabsichtigt, keinen Schadenersatz zu zahlen. Sie hat bereits vor 2 Jahren erklärt, sie würde das Urteil des Gerichtshofes nicht anerkennen.

Daß Washington sich immer offener über alle Normen des friedlichen Zusammenlebens der Völker hinwegsetzt, ist u.a. auf die zustimmende oder zumindest

neutrale Haltung der meisten westeuropäischen Regierungen zurückzuführen. Hier beginnt die Propagandakampagne zugunsten der Contras Früchte zu tragen.

Dies gilt besonders auch für die Bundesrepublik, wo anlässlich der Entführung von acht bundesdeutschen Internationalisten in Nicaragua die Contras mittlerweile zu einer „Bürgerkriegspartei“ (Genscher) avanciert sind. Folgerichtig dürfte der geplanten Eröffnung eines Büros der Contras in der BRD, um ihre Propagandakampagne zu verstärken, von Regierungsseite nichts mehr im Wege stehen.

In Lateinamerika hingegen haben anti-interventionistische Haltungen an Boden gewonnen. Dies liegt nicht nur daran, daß mehrere Länder zu demokratischen Verhältnissen zurückgekehrt sind, sondern auch an den wachsenden Widersprüchen zu den USA, vor allem aufgrund der Schuldenkrise.

Doch konnte der Druck für eine friedliche Lösung im Rahmen der Contadora-Initiative bisher nicht zum Tragen kommen – ganz im Gegenteil.

Ein neuer Entwurf eines Friedensver-



Vier Contras starben am 17. Mai d. J. bei der Entführung bundesdeutscher Brigadisten in Jacinto Vaca

trags, der von den Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Panama und Kolumbien) sowie der Unterstützergruppe (Brasilien, Argentinien, Peru, Uruguay) am 8. Juni d.J. vorgelegt wurde, ist von den US-Verbündeten El Salvador, Honduras, Kostarika und Guatemala erneut abgelehnt worden.

Nachdem die neugewählten Regierungen der letzten drei Staaten anfangs noch

Vorbehalte gegen die weitere Unterstützung der Contras vorgebracht hatten, haben sie sich jetzt alle wieder den US-Wünschen gebeugt. Bedeutsam ist dabei, daß auch Guatemala, daß bisher eher eine neutrale Haltung eingenommen hatte, mit den anderen Staaten jetzt einen Gegenvorschlag zum Contadora-Entwurf mitunterstützt. Ihnen geht es vor allem darum, einen vorgesehenen militä-

Daniel Ortega

Der Mißbrauch des Pluralismus wird beendet

2 Tage nach dem Beschluß des US-Repräsentantenhauses, den Contras 100 Mio Dollar zukommen zu lassen, kündigte der nikaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega am 27. Juni d.J. in einer Rede vor einer Massenkundgebung in Managua schärfere Maßnahmen gegen jene an, die die US-Interventionspolitik im Lande unterstützen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede.



(...) Gleich zweimal innerhalb 30 Stunden hat die Welt von zwei niederschmetternden Nachrichten Kenntnis genommen.

Kenntnis von dem entwürdigenden und ungerechten Beschluß des US-Kongresses, jene Söldner, die unser Land terrorisieren, weiterhin zu finanzieren, zu trainieren und sie mit Waffen zu versorgen. Und Kenntnis von jenem historischen Urteil des internationalen Gerichtshofes von Den Haag, das mit aller Deutlichkeit die Folgen dieser Aggressionspolitik der USA aufzeigt, der Nicaragua ausgesetzt ist. (...)

Was bedeutet dies für das nikaraguanische Volk? Es bedeutet, daß die US-Regierung Nicaragua praktisch den Krieg erklärt hat. Und das Gefährliche daran ist, daß in Zukunft die USA nun ihre Militärberater direkt an die Front schicken, um die Völker Mittelamerikas in Blut zu baden. Die USA werden nicht ruhen, die Regierungen von Honduras,

Kostarika und El Salvador zu einer gemeinsamen Aktion gegen Nicaragua zu bewegen, damit der Traum Ronald Reagans einer direkten Invasion in Erfüllung gehen möge. Jede der einzelnen Regierungen Mittelamerikas hat überdies dafür vom US-Kongreß zusätzlich 75 Mio zugesprochen bekommen. (...) Die Gefahr einer Direktintervention der USA ist in der Tat größer als je zuvor. (...) Dies auferlegt uns noch größere Opfer. Ist es unter diesen Bedingungen noch möglich, das Leben des Landes zu normalisieren? Kann unter diesen Umständen der politische Pluralismus, die gemischte Wirtschaft, die Pressefreiheit, die wir verteidigt haben und weiter verteidigen werden, noch normal funktionieren?

Zwischenrufe: *Nein, nein...*

Kann unter diesen Umständen von der Regierung weiterhin ein Maximum an Toleranz und Flexibilität verlangt werden? (...) Können wir es unter diesen Bedingungen der US-Regierung erlauben, in unserem Lande eine Zeitung (La Prensa; d. Red.) zu betreiben? Dürfen wir es zulassen, daß diejenigen, die sich zum Instrument der terroristischen Politik der US-Regierung gemacht haben, weiterhin den politischen Pluralismus in unserem Lande schamlos mißbrauchen können? Und müssen wir ihnen mit besonderer Toleranz begegnen, bloß weil sie kraft ihres Amtes eine gewisse Anerkennung genießen? Zwischenrufe: *Nein, nein ... raus mit Obando (Kardinal Obando y Bravo; d. Red.), er soll gehen, er soll gehen...*

Wer Nicaragua liebt, die Heimat, das Volk, der soll bleiben. Wer aber Reagan und seine Politik liebt, der kann getrost nach Miami gehen. (...)

Ja, wenn Reagan sein Sprachrohr in Nicaragua wiederhaben will, da braucht er bloß den Krieg gegen Nicaragua einzustellen. Wir haben keine Angst vor ideologischen Auseinandersetzungen, vor dem politischen Ringen. In unserem Land begegnen wir den Ideologen Reagans innerhalb des politischen Pluralismus. Doch wer glaubt, daß wir unter den Bedingungen des Krieges, jenen politischen und religiösen Anführern, die sich zu Handlangern der USA erniedrigt haben, weiterhin Spielraum für ihre Aktivitäten gewähren können, sieht sich getäuscht. Wir werden nicht so naiv sein, ihnen diese Ebene des Kampfes bedingungslos zu überlassen, denn es ist längst nicht mehr ein ziviler Kampf. Und Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden. (...)

Wenn Reagan also die Prensa, den COSEP (nationaler Unternehmerverband; d. Red.) und die sie umgebenden politischen Gruppierungen so liebt und ihm der Kardinal oder gewisse Bischöfe so ans Herz gewachsen sind, und er möchte, daß sich all diese Leute in völliger Freiheit bewegen können, dann sollte er dazu beitragen, daß in unserem Land wieder normale Zustände herrschen. Wenn er mit dem Krieg aufhört und Nicaragua zur Normalität zurückfindet, wird es mit diesen Herren auch keine Probleme geben.

Zwischenruf: *Er (Obando y Bravo; d. Red.) soll Pfarrer im Weißen Haus werden...*

Ja, er könnte durchaus Pfarrer im Weißen Haus werden.

(Quelle: Die Wochenzeitung, Zürich, 4.7.1986)

NICARAGUA: DER AUFBAU GEHT WEITER!



Seit 1983 fahren Arbeitsbrigaden nach Nicaragua. Sie wollen

- ihre Solidarität mit der nicaraguanischen Bevölkerung demonstrieren, mithelfen, auf dem Land das aufzubauen, was die Contra zerstört hat,
- durch ihre Anwesenheit den Krieg gegen Nicaragua erschweren.

Die Entführung der 8 Contra im Mai sollte die Solidaritätsbewegung davon abhalten, weiter vor Ort zu arbeiten. Die Bundesregierung stützt diese Contra-Taktik, indem sie vor Reisen in die Kriegsgebiete warnt, statt ihrerseits gegen die Politik der USA zu protestieren. Da • die Solidaritätsbewegung weiter Verantwortung für den Aufbau in Nicaragua trägt, • der Contra-Krieg mit unverminderter Schärfe weitergeht, • eigene Erfahrungen in Nicaragua nötig sind, um die meist verzerrte Berichterstattung zu korrigieren — fahren Arbeitsbrigaden nach Nicaragua, um in den Projekten im Pantasma-Tal und in Jacinto Baca zu arbeiten.

Öffentlichkeitsarbeit und Organisation der Arbeitsbrigaden kosten viel Geld. Wir bitten um Spenden auf das Konto 976 738 bei der Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, unter dem Stichwort „Arbeitsbrigaden“ (Spendenquittung möglich).

Informationsbüro
Nicaragua e. V.
Hofaue 51
5600 Wuppertal 1

Arbeitsbrigaden

rischen Rückzug der USA aus der Region zu verhindern, Nicaragua unakzeptable Abrüstungsforderungen abzuverlangen und dem Land zudem eine „Demokratie“ nach Washingtons Wunschvorstellungen aufzuzwingen.

Diese Haltung der vier Staaten wurde jetzt erneut von den USA belohnt. Bei der Abstimmung über die Contra-Gelder, die den Contadora-Prozeß noch stärker in Frage stellen, wurden ihnen je 75 Mio Dollar zusätzliche Wirtschaftshilfe zugestanden.

Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Contadora-Gruppe ist jedoch auch darauf zurückzuführen, daß sie vor allem aufgrund einer tiefen Wirtschaftskrise für den Druck aus den USA besonders anfällig geworden sind. Dies gilt besonders für Venezuela und Mexiko.

Zudem hat der neue kolumbianische Präsident bereits angekündigt, daß sein Land keine aktive Rolle mehr bei den Friedensbemühungen spielen werde. Gegen Panama läuft überdies eine offene Kampagne der Reagan-Administration, die sich auf eine angebliche Beteiligung des Generalstabschefs Noriega am internationalen Drogen- und Waffenhandel stützt. Gleichzeitig werden gegen ihn wie auch die mexikanische Regierung Korruptionsvorwürfe erhoben.

Es ist zusehends deutlicher geworden, daß innenpolitische Zugeständnisse der Sandinistas nicht dazu beitragen, die Reagan-Administration zu einer Einstellung bzw. Abschwächung ihres Interventionismus zu bewegen.

Vielmehr werden sie von den inneren Verbündeten der Contras genutzt, um die Revolution auf nichtmilitärischem Wege zu schwächen. Folgerichtig hat die nicaraguanische Regierung gleich nach der Abstimmung in Washington eine schärfere Auslegung des Ausnahmezustandes angekündigt. „Wir haben Dinge toleriert“, so das Mitglied der sandinistischen Führung, Bayardo Arce, „die kein Land in unserer Lage oder ein Land, das nicht mal in unserer Lage ist, tolerieren würde.“⁵

Am 26. Juni d.J. wurde der von US- und bundesdeutschen Stiftungen finanzierten rechten Tageszeitung La Prensa („die letzte unabhängige Zeitung“, so die US-Regierung) ein weiteres Erscheinen untersagt. 2 Tage später wurde dem Rechtsaußen und Sprecher des Erzbistums Managua, Bismarck Carballo, die Rückreise aus den USA verwehrt. Er hatte bei einer Konferenz in Paris die Unterstützung der Contras durch die US-Regierung begrüßt.

Ein ähnliches Schicksal ereilte sodann den stellvertretenden Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega, der am 5. Juli d.J. nach Honduras abgeschoben wurde. Er hatte 2 Tage zuvor auf einer Pressekonferenz den Kampf

der Contras als „legitim und wertvoll“ bezeichnet. Und er hatte gar eine US-Invasion für vertretbar gehalten, sei sie doch in der Einmischung der anderen Seite (gemeint waren die Sowjetunion und Kuba) begründet.⁶ Tags darauf fielen dem „legitimen“ Kampf der Contras 34 Menschen — darunter 12 Kinder — zum Opfer, als ihr Lastwagen auf eine Mine fuhr.

Vega hatte bereits im März d.J. in den USA an einem Seminar der ultrakonservativen Heritage-Stiftung teilgenommen — gemeinsam mit mehreren Contra-Führern. Nichtsdestotrotz wurde diese Maßnahme vom Papst und den Bischofskonferenzen mehrerer Länder als Kirchenverfolgung verurteilt.



Ausgewiesener Contra-Bischof Vega

Die sandinistische Regierung hat den Zeitpunkt für ihr Vorgehen gegen die innere Konterrevolution gut gewählt. Vor dem Hintergrund der Bewilligung der Contra-Gelder wird vielen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen, im Inland wie auch im Ausland, einleuchten. Dies dürfte die Contras im Inneren zu stärkerer Zurückhaltung veranlassen.

Militärisch wird die Revolution auch einer stärkeren Aktivität der Contras begegnen können, vor allem aufgrund der Waffenhilfe aus der Sowjetunion. Nichtsdestotrotz wird der Druck auf die Revolution zunehmend größer, und es ist notwendig, daß die Solidaritätsbewegung nicht nur ihre materielle Unterstützung verstärkt, sondern offensiv gegen jene angeht, die einer weiteren verstärkten US-Intervention das Wort reden.

Anmerkungen:

- 1) El Pais, Madrid, 27.6.1986
- 2) Vgl. Newsweek, New York, 7.7.1986
- 3) Le Monde, Paris, 26.6.1986
- 4) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 28./29.6.1986
- 5) IHT, 3.7.1986
- 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung und Die Tageszeitung, 4.7.1986; Süddeutsche Zeitung, 7.7.1986

Spendenkampagne der Solidaritätsbewegung Nikaragua muß überleben!

Im Herbst 1985 wandten sich die Basisorganisationen Nikaraguas mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit, eine Kampagne einzuleiten, um die durch die US-Aggression verursachte Wirtschaftskrise teilweise zu lindern. Am 12. Dezember 1985 trafen sich in Hamburg Vertreter verschiedener Organisationen, um in der Bundesrepublik eine breitangelegte Kampagne zur Sammlung von Spenden für die von Nicaragua am dringendsten benötigten Güter zu organisieren. Wir dokumentieren im folgenden den bundesdeutschen Aufruf aus Nicaragua und informieren über die praktische Umsetzung der Kampagne in der Bundesrepublik.

Nicaragua ist aus geschichtlichen Gründen ein unterentwickeltes Land. Am 19. Juli 1979 begann es seinen wirklichen Unabhängigkeitsweg, indem es interne Umwandlungen vornahm – und das in einem von einem Befreiungskrieg fast zerstörten Land, der wirtschaftliche Schäden in Höhe von 2 Mrd \$ verursachte.

Zwischen 1979 und 1983 konnte man die Wirtschaft um 15% reaktivieren. Die Umverteilung des Reichtums wurde im Bereich der Volksversorgung, Gesundheit und Erziehung sichtlich verbessert und ein gewisses Kapital wurde gesammelt, um die Wirtschaft kurzfristig anzukurbeln.

Unsere Wirtschaft beruht auf dem Export von Basiserzeugnissen landwirtschaftlicher Herkunft. Verursacht durch den niedrigen Welthandelspreis, liegen die Exporterlöse bei 400 Mio \$. Der Import hat sich auf das Lebensnotwendige beschränkt, ca. 800 Mio \$. Inbegriffen sind landwirtschaftliche Geräte, sowie verschiedene Grundelemente für die Industrie. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dieser Export-Import-Relation entstehen, sind verantwortlich für die Probleme unseres Volkes, lebensnotwendige Güter zu erhalten.

Die Situation unseres Landes wird durch die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Aggressionen seitens der USA immer dramatischer, da die Vereinigten Staaten jegliche nationale Gesetze anderer Länder und internationale Gesetze mißachten, und offen die CIA einschalten. Diese Regierung hat auch vor Lügen und Manipulationen nicht zurückgeschreckt, um Nicaragua in Mißkredit zu bringen.

Im wirtschaftlichen Bereich – im Bezug auf das Wirtschaftsembargo – ergreift die Regierung der USA diskriminierende Maßnahmen, blockiert unsere internationalen Finanzierungsquellen sowie Importe von wichtigen Ersatzteilen aus anderen Ländern. Damit schwächen sie erheblich unsere Produktion. Die USA üben Druck auf andere Staaten aus, um uns zu isolieren.

Die wirtschaftlichen Schäden durch Zerstörungen betragen 386 Mio \$. Zu dieser Summe muß man noch 321 Mio \$ an Exporten, die wegen Zerstörungen nicht stattfinden konnten, dafür aber importiert werden mußten, hinzuzählen. Das entspricht etwa 20% des gesamten Exports des Landes während der letzten drei Jahre. Durch die Schäden in der Wirtschaft wird unsere Entwicklungskapazität geschwächt, und so entstehen ernste Probleme bei der Verteilung von Basis- und Versorgungsgütern.

Dies alles entspricht den Zielen der Sabotageakte auf wirtschaftlich wichtige Bereiche. So z.B. die Verminung der Häfen, die Sprengung von Brücken, Zerstörung von Produk-

tionsstätten, Lagerhäusern und Maschinen, um nur einige zu nennen. Die entstandenen Schäden bei sozialen Einrichtungen belaufen sich auf 6,7 Mio \$. 41 Gesundheitszentren, 70 Agrarproduktionsstätten und 840 Volkserziehungszentren sind zerstört. Auf 1 Mio \$ allein belaufen sich die Schäden an Kindergärten. Dies alles entspricht Millionenschäden, die unsere Wirtschaft nicht verkraften kann.

Leidtragende dieser Machtpolitik ist die arbeitende Klasse unseres Landes, die mit Fleiß, Zähigkeit und großer Anteilnahme für bemerkenswerte Fortschritte in der sozialen Entwicklung gesorgt hat und die jetzt von der Reagan-Administration in einen Überlebenskampf gezwungen wird. Das nikaraguanische Volk, das täglich Morde hinnehmen muß, sieht eine Zukunft voller Hoffnung, die es für die Entsaugungen des täglichen Überlebens entschädigen wird.

Die Opfer, die unsere Bevölkerung hat bringen müssen, sind folgende: 142.980 Bauern und Indianer mußten umgesiedelt werden, 7.300 wurden Opfer militärischer Aktionen, von denen 3.346 Kinder und Jugendliche sind. 2.817 sind gefallen, 3.020 verwundet und schwerverletzt, 2.825 entführt worden, 6.239 Waisen. 247 Lehrer sind ermordet worden.

Unser gerechter Kampf ums Überleben ist vergleichbar mit dem ungleichen Kampf zwischen David und Goliath. Unser Kampf wurde von der internationalen Solidarität unter-

Praktische Organisation der Kampagne

An der Kampagne können sich alle Gruppen, Organisationen, Institutionen und öffentliche Einrichtungen beteiligen. Die gesammelten Spenden können an ein Mitglied des am 10.12.1985 gegründeten Koordinierungsausschusses (s.u.) übergeben werden oder auf Konten von Organisationen, die die Kampagne unterstützen, eingezahlt werden. Mit den Geldern werden dann die von Nicaragua benötigten Güter (Medikamente, Unterrichtsmaterial, Baumaterial und Geräte für die Landwirtschaft) angeschafft und nach Nicaragua geschickt.

Der Koordinierungsausschuß bittet alle Organisationen, sich an der Kampagne, die 2 Jahre laufen soll, zu beteiligen oder sich ihr anzuschließen, wenn eigene Projekte ausgelaufen sind. Er betont jedoch, daß Städtepartnerschaften als eine sinnvolle Ergänzung der Kampagne angesehen werden. Wer sich an der Kampagne beteiligt, sollte möglichst schnell den Koordinierungsausschuß darüber informieren, damit die nikaraguanischen Behörden über den zu erwartenden Gesamtbetrag aus der Bundesrepublik informiert werden können. Bisher wurden über 100.000 DM gesammelt. Zusätzliche Informationen, Plakate und die Liste der benötigten Materialien können bei den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses angefordert werden:

Botschaft der Republik Nicaragua, z.Hd. Frau Luisa Amanda Aviles, Konstantinstr. 141, 5300 Bonn 2

Informationsbüro Nicaragua e.V., z.Hd. Frau Isabel Carcamo, Hofaue 51, 5600 Wuppertal
Wirtschaftsstelle der Evangelischen Missionsgesellschaften, z.Hd. Frau Elvira Friedrich, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Spendenkonto 527055-602, Postgiro Frankfurt

ASK Sonderkonto Erich Wulff, Stichwort: „Nikaragua muß überleben!“



Vierfarbiges DIN-A4-Plakat, erhältlich beim Infobüro Nicaragua (s. u.)

stützt. Diese Solidarität spielte eine wichtige und entscheidende Rolle im Kampf gegen die Diktatur bis zum Sieg.

Angesichts der Verarmung unserer Nation und der Ausbeutung, unter der wir Jahrzehnte lang gelitten haben, angesichts der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aggression der US-Regierung, der wir Tag für Tag ausgesetzt sind, wenden wir uns heute an die internationale Solidarität und fordern sie auf, die Kampagne „Nikaragua muß überleben!“ zu Ihrer Kampagne zu machen, und dadurch ganz konkret den Überlebenskampf Nikaraguas zu unterstützen.

Guillermo Melendez

Die Kirche der Armen macht mobil

Am 28. Februar d.J. fand auf dem Platz der Revolution in Managua eine neue Etappe des von Pater Miguel D'Escoto im Juli 1985 initiierten „Aufstands des Evangeliums“ (insurrección evangélica) ihren Höhepunkt: Die „Kreuzwegprozession für das Leben, den Frieden und gegen das Imperium“, bei der in nur 2 Wochen 320 km zwischen Jalapa und der Hauptstadt zurückgelegt wurden.

Vom 7. Juli – 6. August 1985 hatte D'Escoto ein „Fasten und Beten für den Frieden, für das Leben und gegen den Staatsterrorismus“ der Reagan-Administration durchgeführt.

D'Escoto, ein Geistlicher der US-amerikanischen Kongregation Maryknoll, vom Vatikan im Januar 1985 „a divinis“ suspendiert, weil er nicht von seinem Posten als Außenminister zurückgetreten war, unterstrich den religiösen Charakter seines Fastens, das er eine „prophetische Geste“ nannte.

Das Fasten setzte eine Reihe von Kräften in Nicaragua und auf der ganzen Welt in Bewegung. In diesen Stellungnahmen und Verpflichtungen für den Frieden sah D'Escoto den Beginn eines, wie er ihn nannte, „Aufstands des Evangeliums“. (...) Die Gemeinde Monsenor Lezcano in Managua, zu der der Geistliche gehört, wurde zum religiösen Ziel Tausender von Nicaraguanern, die ihre Solidarität mit der von Pater Miguel begonnenen Geste zum Ausdruck bringen wollten.

International wurde von kirchlicher Seite die Wirkung dieser prophetischen Geste am deutlichsten dokumentiert durch den Aufenthalt des spanisch-brasilianischen Bischofs Pedro Casaldáliga in Nicaragua. Er hatte in 17 Jahren als Missionar und Bischof noch nie seine Diözese Sao Felix do Araguaia im brasilianischen Mato Grosso verlassen. Und das Fasten des Außenministers bewog ihn zur Reise nach Nicaragua.

Casaldáliga kam mit Vertretern von 200 kirchlichen, gewerkschaftlichen, indianischen und anderen Organisationen sowie mit einer Delegation von 23 katholischen Bischöfen aus Brasilien. Mit dieser Geste drückten sie die Verbundenheit der Kirchen Brasiliens und Nicaraguas aus...

Mit dem Ende von Pater Miguels Fasten begann die zweite Etappe des „Aufstands“.

Mit ihr wurde die Mobilisierung unter der christlichen Bevölkerung in verschie-



Eine Kirchengemeinde begeht den Jahrestag der Revolution mit einer Messe im Freien

denen Landesteilen mit Vigilien, Fastentagen, Prozessionen und anderen Veranstaltungen fortgesetzt. Sie fand ihren Höhepunkt in einer internationalen Woche für den Frieden in Nicaragua vom 8.-15. September 1985. (...)

Die Kreuzwegprozession hatte in Nicaragua mit der Teilnahme von mindestens 100.000 Personen eine noch größere Wirkung als das Fasten. (...) Die Ankunft auf dem Platz der Revolution war beeindruckend, denn nach einem so schnellen und anstrengenden Marsch kamen viele Teilnehmer hinkend, mit wunden Füßen und zerfetzten Schuhen an. Die Messe fand im Vorhof der Kathedrale statt und wurde von 72 Priestern zelebriert – mehr als bei der Messe anlässlich der Ernennung von Erzbischof Obando y Bravo zum Kardinal.

Die kirchlichen Basisgemeinden fühlen sich durch all dies gestärkt und zuversichtlich.

Die Stärkung und der moralische Auftrieb für die Kirche der Armen in Nicaragua vollzieht sich in der besonderen Situation, in der sich dieses mittelamerikanische Land seit dem letzten Jahr befindet.

Sie ist durch zwei entscheidende Faktoren gekennzeichnet: Die strategischen Schläge der sandinistischen Revolution gegen die Contra sowie die Verschärfung des ideologischen Kampfes, besonders im Bereich der Religion.

Was den ersten Aspekt betrifft, sind hier besonders die politischen Maßnahmen der sandinistischen Regierung für die

Bauern hervorzuheben. Dies hat zu einer neuen Art von Präsenz der Revolution in den von der Contra am meisten betroffenen Gebieten geführt. Jetzt werden nicht nur wie bisher militärische Säuberungsaktionen durchgeführt, sondern man richtet auch militärische Stützpunkte ein, um die Rückkehr der Konterrevolutionäre zu verhindern. Sie stehen im übrigen zur Unterstützung der Bevölkerung zur Verfügung.

In manchen Gebieten (Jinotega, Matagalpa usw.), wo die Agrarreform bisher nicht recht vorangekommen ist, weil die Regierung den Bruch mit den großen Landwirten fürchtete, hat die Verteilung von Land an die Bauern Fortschritte gemacht. Weitere wichtige Maßnahmen sind der Plan für die Autonomie der Atlantikküste, ferner die Befriedung der Teile der Bevölkerung in anderen Gebieten mit relativ guten Verhältnissen, die sich direkt mit der Contra einlassen.

Auf der rein militärischen Ebene sind der

M. d'Escoto, Pater und Außenminister; Obando y Bravo (r.), Kardinal und Contra



Erfolg (zahlenmäßiger Zuwachs) des Patriotischen Militärdienstes (SMP) hervorzuheben, das neue Straßennetz, das die sandinistische Armee beweglicher macht, aber auch die Transportmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte verbessert, sowie schließlich die Verstärkung der Luftstreitkräfte (vor allem Hubschrauber).

Der zweite Aspekt steht in direkter Beziehung zu dem Vorhaben der Contra, eine innere Front zu schaffen, mit der sie den Krieg in die Städte tragen kann. Hierbei ist die Ernennung von Erzbischof Obando zum Kardinal ... (am 25.5.1985; d. Red.), von besonderer Bedeutung.

Pater D'Escoto wollte daher mit seinem „Aufstand des Evangeliums“ neben den anderen Frontlinien – der militärischen, der wirtschaftlichen, der diplomatischen und der juristischen – eine neue eröffnen: die „theologische Front“. „Die USA“, erklärte er während seines Fastens, „wollen, daß wir niederknien und sie anbeten wie das goldene Kalb... Wir sind Zeugen, daß sie wiederholt versucht haben, uns zu kaufen... Sie, die amerikanischen Zivilisatoren, ernennen sich selbst zum Guten. Und wir sind für Reagan das Böse.“

Tatsächlich erscheint bei dieser theologischen Offensive die Figur des Kardinals Obando als Schlüsselfigur der Reagan-Administration und des Vatikans. Seit Juni letzten Jahres hat Obando die Zahl seiner „Pastoralreisen“ durch das ganze Land erheblich gesteigert.

Der Kardinal – ein „Frevler“

Er hat dabei überall das Schauspiel seiner Ankunft in Managua mit dem Kardinalshut wiederholt, wohlthätige Einrichtungen eröffnet, die herrschende Situation als von „Haß und Mangel an Freiheit“ dramatisiert und seinen Aufruf „zum Dialog und zur Versöhnung aller Nikaraguaner“ wiederholt.

Die Reisen des Kardinals stellten für die revolutionäre Regierung in Wahrheit kein quantitatives Problem dar.

4.000 Personen war das höchste, was er bei einer seiner Reisen zusammenbrachte, und dies in einer der konservativsten Gegenden Nikaraguas. Vielmehr waren sie ein qualitatives Problem, denn sie hätten ihm die Möglichkeit eröffnen können, eine gewisse Organisationsstruktur aufzubauen – nach Art von „Keimzellen des Widerstandes“ –, die später eine Front im Innern hätte stärken können.

Der finanzielle und organisatorische Rahmen dieser Reisen wurde von der Kommission der Erzdiözese für Soziale Förderung (COPROSA) zur Verfügung gestellt. Ihre Verbindungen zur Agentur

für Internationale Entwicklung (AID) der US-Regierung wurden von der argentinischen Sozialforscherin Ana María Ezcurra in einer im Februar 1983 in Mexiko veröffentlichten Studie nachgewiesen.

Nach dieser Studie waren die COPROSA-Programme, die sich vor allem an Randgruppen und ländliche Kreise richteten, wo es der Revolution schwerfiel sich durchzusetzen, Bestandteil einer Strategie mit dem Ziel, den Sandinismus zu desavouieren, die persönlichen Führungsansprüche von Obando und die religiöse Autorität der Bischöfe zu stärken sowie die katholische Kirche als eine gemäßigte Alternative „im Dienst der Armen“ zu legitimieren.

Dieses konspirative Vorhaben der „obandistischen Kirche“ war ein entscheidender Faktor, der die Regierung Nikaraguas veranlaßte, die schwerwiegende Entscheidung zu fällen, den Notstand am 15. Oktober 1985 erneut zu verhängen.

Noch am selben Tag besetzten Einheiten der Staatssicherheit die Büros der COPROSA und beschlagnahmten dabei 10.000 Exemplare der ersten Nummer einer neuen Wochenzeitung der Erzdiözese Managua, weil die entsprechende Registrierung bei der Direktion für Pressewesen fehlte.

Die Besetzung der COPROSA bedeutete einen schweren Schlag für die Reisen des Kardinals und für die neue Wochenzeitung, d.h. für das Vorhaben des Vatikans, in Nikaragua ein Kirchenmodell nach der Art von Polen zu etablieren. Freilich war der Vatikan nicht bereit, das Scheitern seines Projekts so ohne weiteres hinzunehmen.

Er ging daher mit einem neuen Schreiben des Papstes an die Bischöfe Nikaraguas – das erste war vom 29. Juni 1982 – zum Gegenangriff über. Es trägt das Datum des 8. Dezember 1985, des wichtigen Fests der unbefleckten Empfängnis.

Das Schreiben sollte den Aufstieg der Kirche der Armen, die Wurzel des Aufstands des Evangeliums, aufhalten, vor allem aber die Kirche Obandos gegen die Offensive der Regierung schützen. Trotz seiner Bedeutung blieb das Schreiben jedoch weitgehend ohne Beachtung. Dazu kam noch die Schließung von „Radio Católica“, weil es sich nicht rechtzeitig der Senderkette angeschlossen hatte, die die Neujahrsbotschaft von Präsident Daniel Ortega übertrug.

Als Kardinal Obando sah, daß ihm seine Einflußmöglichkeiten immermehr beschnitten wurden (COPROSA zerschlagen, die Wochenzeitung ohne Erfolg, die Rundfunkstation geschlossen), ging er auf internationaler Ebene zur Offensive über.

Er reiste zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), zur UNO und zum

US-Kongreß, wo er offen von „religiöser Verfolgung“ sprach. Dies ist ein Thema, das sonst nur gelegentlich von den nikaraguanischen Bischöfen angesprochen wurde.

Seltsamerweise fiel diese Kampagne zeitlich mit dem Beginn von Präsident Reagans Offensive für die 100-Mio-Dollar-Hilfe an die Contra zusammen. Auf all diese Bekundungen Obandos – und besonders seine Aussage vor einem Ausschuß des US-Kongresses, er würde eine Invasion von Truppen dieses Landes in Nikaragua nicht verurteilen – antwortete Pater D'Escoto mit einer flammenden prophetischen Rede in der Messe zum Abschluß der Kreuzwegprozession für den Frieden und für das Leben.

Vor der beeindruckenden Kulisse des Vorhofs der Kathedrale von Managua, dem Geruch brennender Kienspähne (Symbol für den Aufstand des Evangeliums), der fußkranken Marschteilnehmer und der gewaltigen Menschenmenge, die sich auf dem Platz der Revolution unter Rufen „Wir wollen Frieden!“ versammelt hatten, nannte D'Escoto, wie vom Geist Gottes besessen in einem Moment, der sicher ein Markstein in der Geschichte der Kirche der Armen in Lateinamerika sein wird, Kardinal Obando einen „Frevler“. Er beschuldigte ihn, „blutbefleckte Hände zu haben“ und rief ihn zur Reue in dieser Fastenzeit auf. (Quelle: Dialogo Social, Panama, Nr. 188/April 1986, S. 53-55)

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!


team
reisen

Solidaritätsreise Nicaragua

12.10.86 - 31.10.86 oder 18.12.86 - 03.01.87
Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/Berlin-Schönefeld, Doppelzimmer, Halbpens.

DM 3279,-

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bieten wir an:

Studienreisen nach Cuba

- Das Bildungswesen in C. 04.10.86 - 18.10.86
- Leben und arbeiten in C. 08.11.86 - 22.11.86
- Frauen in Cuba 13.12.86 - 27.12.86/03.01.87
- C... Modell für die 3.Welt 23.12. - 06.01.87

jeweils DM 2800,-

Cuba-Informationsreisen

Preiswert und informativ, würde auch Che sagen... Diese Reisen können wir nur deshalb so günstig anbieten, weil wir am "Luxus" gespart haben. Vollpension, je an/ab Berlin-West
07.10.86 - 21.10.86 oder 28.10.86 - 11.11.86
18.11.86 - 09.12.86 oder 25.11.86 - 09.12.86

jeweils DM 2385,-

Fordern Sie unsere Infos an!

Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20



Baumwollpflückerinnen in Nicaragua

Verena Himmer

Mittelamerika-Tagebuch Von Nicaragua nach Guatemala (I)

Am 18.9.1984 flogen meine Schwester Tina und ich mit der Aero Cubana – über die noch zu berichten sein wird – von Berlin-Schönefeld nach Havanna und von dort aus weiter nach Nicaragua.

In Managua feuchte Hitze, als wir aus dem Flugzeug stiegen. Wir wollten Klaus besuchen, der als Arzt in einer Gesundheitsbrigade in der Nähe von Matiguas arbeitete. Nach zwei Tagen in Managua in der Hospitaje „Santos“ machten wir uns auf den Weg.

Zuerst mit dem Bus nach Matagalpa, dort stehen wir plötzlich mitten in der Pampa – es gibt keine Busse, die noch weiter nach Matiguas fahren. Ein LKW-Transporter nimmt uns dann schließlich mit.

Die Landschaft wirkt wie im tiefsten Frieden und doch wissen wir, daß wenige Kilometer entfernt in den Bergen gekämpft wird. (In dieser Zeit war es ein strategisches Ziel der Contras, Matiguas einzunehmen. Sie trauten sich aber nicht direkt bis an den Ort heran. Die übliche Taktik besteht darin, plötzlich irgendwo, an einer Straße oder auf einer Bauernkollektive aufzutauchen, einige Menschen zu foltern und zu erschießen und dann wieder zu verschwinden.)

Die Gesundheitsbrigade besteht aus vier Ärzten, drei davon Deutsche, eine Ärztin kommt aus Bolivien, einer Krankenschwester und einem Pfleger.

Fast alle wohnen zusammen in einer Blockhütte; es gibt drei Räume zum Schlafen und einen Aufenthaltsraum.

Mary, die Ärztin aus Bolivien, sagt, das schlimmste für sie wäre, wenn sie eingeschlossen würden von den Contras und nicht mehr rauskönnen: „Dann würde ich durchbrechen.“ Sie beklagt sich, daß die Regierung die Ärzte nicht in die Gefahrenzone schickt, denn dort würden sie am dringendsten gebraucht. Als ich einwende, daß die Regierung auch vorsichtig sein muß, denn es wäre ein gefundenes Fressen für die Gegner der Sandinisten, wenn einem Arzt was passierte, sagt sie: „Es ist bequemer, vorsichtig zu sein.“

Eine tolle Frau, sehr zierlich und mit einer faszinierenden Kraft.

Opfer der Contras

In einer Nacht wird ein Soldat erschossen, der vor dem Krankenhaus Wache hielt, gezielt in den Hinterkopf. Und in diesen Tagen wird ein Transporter mit Müttern, die ihre Söhne an der Front besuchen wollen, von den Contras überfallen, die Frauen erschossen oder schwer verwundet.

„Asesinan a las madres porque no pueden doblegar a sus hijos.“ Sie töten die Mütter, weil sie die Söhne nicht gefügig machen können.

Das „centro de salud“ in Matiguas besteht aus einigen großen Räumen mit jeweils 8-15 „Betten“, d.h. Pritschen, auf denen die Kranken liegen. Daneben mindestens einer aus der Familie, der

den Kranken mit Essen versorgt. Die Infusionsbeutel hängen an einem Nagel an der Wand. Es gibt einen OP-Raum und einen Raum für die chirurgische Ambulanz.

Für unsere Verhältnisse alles mit äußerster Dürftigkeit ausgestattet. Mindestens jeder Dritte steckt sich im Krankenhaus mit Malaria an. Es werden immer wieder in Sandsäcke eingenahte tote Soldaten aus den Bergen gebracht, meist noch halbe Kinder, die in Gefechten mit den Contras gefallen sind, erzählen die Ärzte.

An einem Nachmittag werfen wir einen Blick in die Ambulanz. Dort drängen sich die Massen, in meiner Erinnerung scheinen es Hunderte von Menschen zu sein. Die Ambulanz wird erst so in Anspruch genommen, seit die Gesundheitsbrigade hier arbeitet.

In der Regel kommt irgendwann erst mal einer aus der Familie, meist mit dem Maultier stundenlanger Weg aus den Dörfern in den Bergen, nach und nach wird dann die ganze Familie mitgeschleppt. Es ist für fast alle das erstmal in ihrem Leben, daß ihnen ihr Recht auf Behandlung bewußt oder besser gesagt: daß eine medizinische Versorgung für sie aufgebaut wird.

Einige Tage später nimmt uns der Ambulanzwagen mit zurück nach Matagalpa. Dort bleiben wir zwei Tage, ich habe Durchfall und eine Erkältung, die von dem Wechsel zwischen der feuchten Hitze und den schweren Regengüssen an den Nachmittagen kommt.

Andrang bei der Ambulanz

Dann weiter nach Managua, wir leben diesmal in der Hospitaje „Meza“. Von dem Ehepaar, das die Hospitaje führt, lasse ich mir mal den Weg erklären. Als der Mann anfangen will, eine Skizze zu machen, nimmt ihm seine Frau den Stift aus der Hand und beschriftet die Skizze; jeden einzelnen Buchstaben malt sie mit großer Mühe und gibt mir dann voller Stolz das Blatt. Ich denke darüber nach, was es für diese Frau bedeutet, mit vielleicht 40 oder 50 Jahren das Schreiben gelernt zu haben.

In der Hospitaje hält sich eine Delegation von Amerikanern auf. Mit einem habe ich ein sehr gutes Gespräch. Er erzählt, daß sich die Delegation die Woche über in Esteli aufhält, dort finden Diskussionen mit den Einwohnern statt, zum Beispiel mit Frauen, die Männer und Söhne in diesem Krieg verloren haben und die sich nachts an den Wachen beteiligen, um die Stadt vor Überfällen der Contras zu schützen: „Die wissen ganz genau, wofür sie leben, nämlich dafür, daß ihre Kinder in Zukunft Essen und Bildung haben und daß jeder auf der Straße gehen kann ohne Angst, einen

Schuß in den Hinterkopf zu kriegen.“
Er erzählt dann auch von Jugendlichen in den USA, die ihr Leben als sinnlos empfinden.

Mir fällt bei dem Gespräch wieder eine Szene aus einer Verfilmung von Maxim Gorki ein: Die Frau des Fabrikbesitzers sagt bei einem Aufstand der Arbeiter: „Die da draußen wissen ganz genau, was sie wollen und wir leben nebeneinander her, durch nichts verbunden.“

Anfang Oktober verlassen wir Nikaragua, eine Tagesreise mit dem Bus nach San José, Kostarika. In diesen Tagen Träume, daß wir nur in Sandsäcke eingeknüllt die Grenze passieren durften.

Zuerst an die Karibikküste nach Cahuita. Dort leben auch viele Schweizer, die sich zum Teil Land gekauft haben, das dort sehr billig ist. Sie roden den Dschungel, um dann selber anzubauen. Die Vegetation ist hier ungeheuer üppig, man kann sich Orangen, Zitronen und Kokosnüsse pflücken, der Strand ist sehr schön. Trotzdem habe ich mich in dieser paradiesischen Landschaft umso weniger wohlgefühlt, je mehr wir von dem Leben dort mitgekriegt haben. (...)

Abstecher nach Kostarika...

Wir werden hier ganz direkt konfrontiert, vor allem jedesmal dann, wenn wir nicht ganz deutlich sagen, was wir wollen und was wir nicht wollen und wenn wir nicht deutlich genug eine Forderung ablehnen.

Das hat jetzt schon öfters dazu geführt, daß wir am Anfang freundlich waren und dann total ablehnend, wenn wir uns vereinnahmt gefühlt haben. Wir stoßen hier auf andere Sitten und auf andere Verhaltensweisen als die, die uns geprägt haben.

„Wehrdorf“ im guatemalteckischen Ixil-Dreieck

Manchmal kriege ich einen Haß, wenn ich mich ausgenommen oder vereinnahmt fühle, dann sehe ich wieder Menschen, die nachts auf der Straße schlafen (müssen).

Auf einem bestimmten Fleck der Erde in einer bestimmten sozialen Klasse geboren zu sein, stellt schon die Weichen für das, was einer vom Leben zu erwarten hat.

Weiter nach San Jose, wo ich Manfred kennenlerne. Ende Oktober fliegen Tina und ich nach Guatemala. 70 Minuten Flug entlang der Pazifikküste, wir genießen die Aussicht von oben.

Den November über lebe ich in Antigua bei einer Familie und gehe täglich 4 Stunden zur Schule „Tecun Uman“, um Spanisch zu lernen bei meinem Lehrer Mario.

...und Mexiko-City

Mitte November bricht Tina nach Mexiko auf, um dort einen Freund zu besuchen, mir fällt der Abschied von ihr schwer; ich weiß, daß diese Reise für sie sehr wichtig ist.

Ende November kommt Manfred nach Guatemala; wir reisen zusammen mehrere Wochen durch das Land, an den Lago-Atitlan, nach Champerico an die Pazifikküste, nach Livingstone an die Karibikküste, nach Chichicastenango, nach Quetzaltenango (Xele) und dann über Hehuetenango nach Mexiko. Mitte Januar treffen wir uns in Mexiko-City, er fliegt nach Deutschland zurück und ich mache mich wieder auf den Weg Richtung Guatemala. 30.1.1985

Endlich wieder in Guatemala!
Heute über die Grenze von Tapachula

aus, habe gestern im Bus Perry aus den USA — er ist vom Peace Corps aus nach Honduras unterwegs, um dort zu arbeiten — kennengelernt. Zu zweit in einem Zimmer, weil ein Einzelzimmer unbezahlbar ist, geschlafen, jeder in seiner Ecke, im Moment will ich mich nicht näher einlassen. (...)

3.2.1985

Hier in Antigua ist vieles vertraut, aber nachdem ich meine Wäsche gewaschen und die inzwischen auf der Post angekommenen Briefe gelesen habe, langweile ich mich sehr. Morgen will ich wieder nach Guate (Guatemala-City), um zu sehen, was in bezug auf Deutschunterricht läuft. Ich muß was machen!

Tina ist noch immer in Mexiko — das kann noch eine Zeitlang dauern, bis sie kommt.

7.2.1985

Habe einen Job an der Uni! In „San Carlos“, der einzigen öffentlichen Universität in der Hauptstadt. Zwei Kurse für Deutschunterricht. Gestern abend das 'erstmal, von Montag bis Freitag von sieben bis acht abends und am Samstagvormittag. Würde gerne in Antigua hier in der „Posada Refugio“ wohnen bleiben, da wird es aber Schwierigkeiten mit der Rückfahrt abends geben, der letzte Bus fährt um halb neun von Guate nach Antigua und der Kurs geht bis acht; muß also wohl nach Guate umziehen.

Hector kennengelernt, der an San Carlo Philosophie studiert und mir auch den Job vermittelt hat.

12.2.1985

Tina ist wieder da!

Es war eine tolle Begrüßung abends in der Posada nach drei Monaten Trennung; sie ist heilfroh, daß sie wieder in Guatemala ist.

Jetzt sind wir schon wieder getrennt, sie geht in Antigua auf die Schule „Tecun Uman“ zu Mario, um Spanisch zu lernen, ich gehe auf die Uni...

Vor einigen Tagen habe ich Nicolas kennengelernt, Journalist aus den USA.

Er kommt aus El Salvador, wo er einige Monate mit der Guerilla zusammenlebte; er spielte mit Kassetten mit Interviews vor, die Leute der Guerilla wissen nach seinen Erfahrungen ganz genau, warum und wofür sie kämpfen, egal, ob Kinder, Frauen oder Männer. Wenn er mit Angehörigen des Militärs sprach, erhielt er immer nur verschwommene Antworten. Nachtrag:

In den folgenden Wochen und Monaten traf ich Nicolas noch ein paarmal mehr zufällig, wenn ich am Wochenende in Antigua war; er hatte vor, auch in Guatemala Kontakte mit der Guerilla aufzunehmen. Einige Monate später las ich morgens auf dem Weg zur Uni in der Zeitung die Schlagzeile: Journalist aus den USA seit zwei Wochen verschwunden.



Es war Nicolas; in den folgenden Wochen wurde in der Zeitung mehrmals darüber berichtet, daß er vom Militär gesucht wurde – ohne Erfolg. Die offizielle Version lautete, das Militär wolle ihn aus den Händen der Guerilla „befreien“ – das heißt, diese „Befreiung“ hätte er bestimmt nicht überlebt, denn es war klar, daß er inzwischen viele Informationen hatte über die Mordstrategien des Militärs und diese auch dann später im Ausland veröffentlichen würde.

Keiner seiner Bekannten glaubt noch daran, daß er lebend das Land verlassen könnte. Mich machte die Nachricht sehr betroffen, weil es das erstmal in so einem Zusammenhang um einen Menschen ging, den ich persönlich kannte.

Wieder einige Wochen später kam im Radio die Nachricht, er sei in den USA wieder aufgetaucht. Er mußte also in einer Nacht- und Nebelaktion heimlich über die Grenze nach Mexiko gekommen sein.

26.2.1985

Im Moment bin ich total genervt, die Angst ist dem Gefühl der Wut gewichen. Die Berichte in den Zeitungen täglich, wer wieder verschwunden ist... Allmählich wird mir klar, daß das keine „kriminellen“ Delikte sind, wie die Darstellung lautet...

Seit einigen Wochen lebe ich in Guatemala im „Chalet Suizo“, die dueña ist

Schweizerin; an den Wochenenden bin ich dann mit Tina in Antigua zusammen. Die Schule macht ihr unheimlich viel Spaß; sie hat aber immer häufiger Anfälle von hohem Fieber, manchmal glaube ich, es ist Malaria. Allmählich kriege ich schon Angst, wenn ich in Antigua aus dem Bus steige. Während der 50 Schritte bis zur Posada haben mir das letztmal alle Bekannten – wir sind schon sehr bekannt in der Stadt – zugerufen: tu hermana esta muy enferma (deine Schwester ist sehr krank). Wir waren schon in der Ambulanz des Krankenhauses, die Antibiotika haben nichts geholfen.

Ausnahme Esperanza

28.2.1985

Die Kontakte in Guatemala entwickeln sich langsam, langsam...

An der Uni habe ich Esperanza kennengelernt, sie ist Guatemaltekin und unterrichtet Französisch. Es war gegenseitige Sympathie auf den ersten Blick.

Inzwischen treffen wir uns jede Woche ein paarmal und trinken Kaffee im „Austria“, wo es den eindeutig besten Kaffee in der Stadt gibt. Sie studiert Philosophie, eine der wenigen Frauen und eine der ganz wenigen Indigenas an der Uni.

Eine tolle Frau, sehr intensiv in allem, was sie tut; wir sprechen oft über die herrschende Moral in diesem Land, für sie als Frau allein zu leben, was sie aus Überzeugung tut, ist nicht einfach. Sie sagt, sie muß praktisch ein Doppelleben führen: nach außen hin angepaßt.

Sie hat einen vor allem für guatemalteki-sche Frauen sicher sehr ungewöhnlichen Lebensweg hinter sich. In ihrer Familie bekam sie wenig Liebe von den Eltern, schon als Kind schlug sie sich allein in der Hauptstadt eine Zeitlang durch, bis sie den Hunger nicht mehr aushielt und wieder mit den Eltern Kontakt aufnahm. Die steckten sie dann in ein Nonnenkloster, in dem sie die totale Außenseiterin war.

In der Zeit hat sie psychisch überlebt, indem sie den ganzen Tag las und französisch lernte. Später bekam sie dann ein Stipendium an der Uni, studierte erst Biologie, ging dann später für ein Jahr nach Frankreich wegen einem Mann, die Beziehung ging dann schief, als sie das Geld für das Flugticket zusammenhatte, kehrte sie nach Guatemala zurück. Sie arbeitete dann auch literarisch, schrieb Gedichte, die nie gedruckt wurden, weil der Verleger von ihr verlangte, vorher müsse sie mit ihm ins Bett gehen (diese Praxis ist in Guatemala sehr verbreitet). *Wird fortgesetzt*



Der Schoß ist fruchtbar noch...

Dieser Ausspruch Bertolt Brechts hat nichts an Aktualität verloren. Im Gegenteil. Neonazistische und faschistische Umtriebe gehören schon wieder zum Alltag in der Bundesrepublik – vielfach geduldet.

Die **Uz** duldet nichts, sie klagt an. Nennt Ursachen, klärt auf. Damit niemand sagen kann, er habe nichts gewußt.

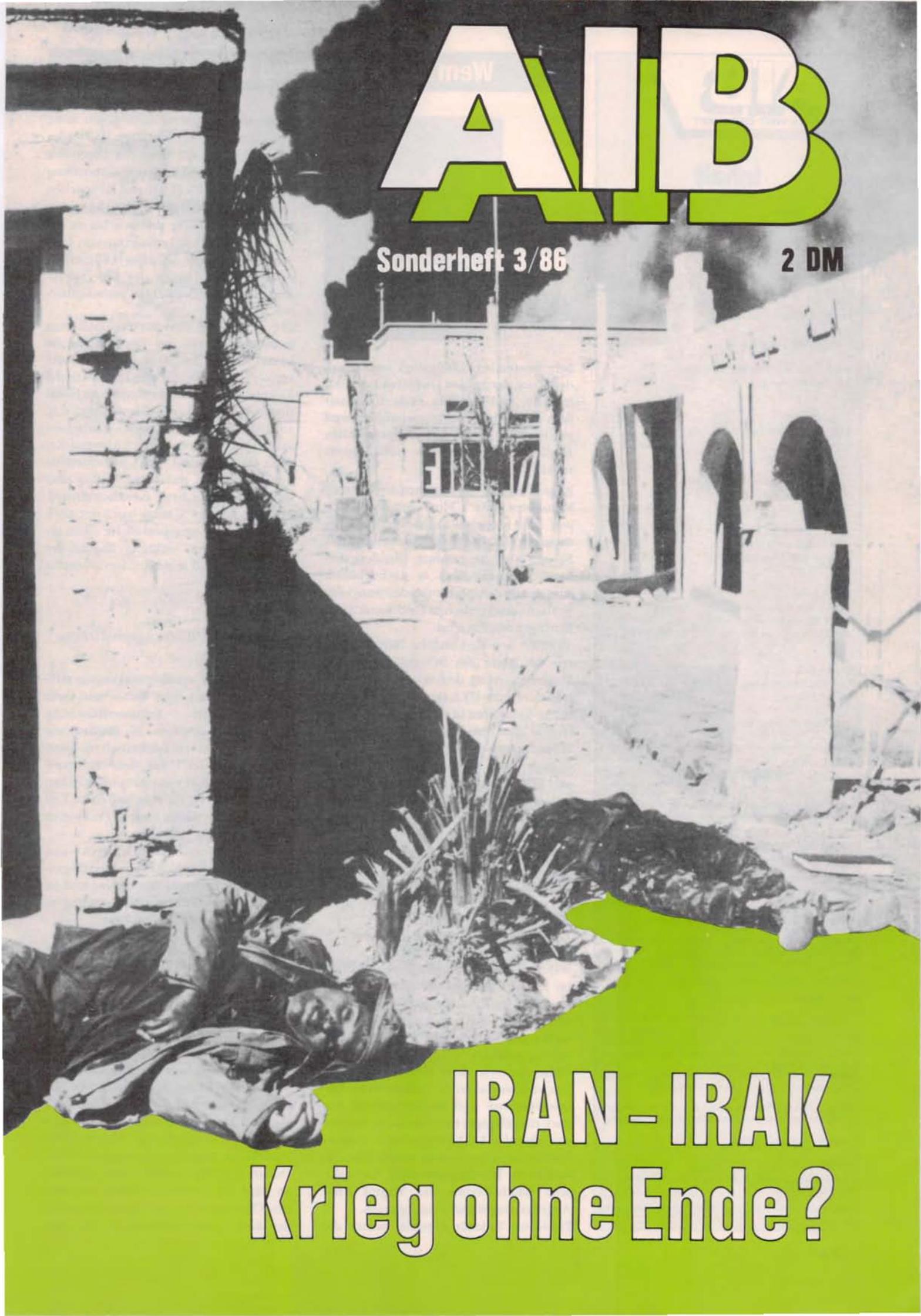


Die **Uz** können Sie probelesen: 14 Tage kostenlos und unverbindlich. 021 01/59 03 21, Kollege Duisberg. Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

AIB

Sonderheft 3/86

2 DM



**IRAN - IRAK
Krieg ohne Ende?**

Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Wem nutzt der Krieg Iran-Irak	26/II
<i>Bettina Bouresh</i> Der Golfkrieg im siebten Jahr - eine Zwischenbilanz	28/V
Vergleichsdaten Iran-Irak	30/VI
Einsatz von C-Waffen	32/VIII
Resolution 582/Februar 1986 des UN-Sicherheitsrats	33/IX
<i>Jürgen Reents</i> Rüstungsexporte verlängern den Krieg!	35/XI
<i>Erklärung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg</i> Den Krieg sofort beenden!	36/XII
<i>BUKO-Kampagne</i> „Stoppt den Rüstungsexport!“	41/XVII
<i>Nima Mina</i> Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik - Innenwirkungen des Golfkriegs im Iran	42/XVIII
<i>Dieter Falk</i> Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern	46/XXII
Wer sind die Kurden?	49/XXV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter: B. Bouresh, Nima Mina

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto), Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2, DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 3. 7. 1986

Anzeigen: pad

Fotonachweis: The Middle East, Time, South, USNWR, Kayhan, AIB-Archiv

Titel: Straßenszene in Fao nach der Eroberung durch die Iraner

Wem nutzt der Krieg Iran - Irak ?



Seit September 1980 wogt nun schon der Krieg der beiden Ölstaaten Iran und Irak hin und her. Ein Ende dieses seit dem Indochinakrieg langwierigsten und zerstörerischsten zwischenstaatlichen Konflikts zeichnet sich noch immer nicht ab.

Angesichts der gigantischen Verluste an Menschen (über 1 Mio Tote und Krüppel) und Material, angesichts der fortwährenden Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf die gesamte Ölregion und darüber hinaus muß es nachdenklich stimmen, daß hierzulande von der Schlacht am Persischen Golf kaum noch Notiz genommen wird.

1979/80 war dies anders. Damals rückten der Sturz des Schah-Regimes, die Dauerbelagerung der verlorenen Bastion Iran durch die USA und dann das sowjetische Eingreifen in Afghanistan das Gebiet in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses.

Damals taten die herrschenden Kreise und Medien der NATO-Allianz alles, um mit diesen breit ausgeschlachteten Szenarien ihren Schwenk zum globalen Konfrontationskurs, zur Stationierung neuer Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu rechtfertigen.

Bagdad zum Angriff ermuntert

Während die Afghanistankrise als „Pfahl im Fleische der Sowjetunion“ (F. Mitterrand) weiter kräftig mit angerührt wird, ist eine der ausschlaggebenden Ursachen des Golfkrieges der Vergessenheit anheim gefallen:

Ohne die seit dem Herbst 1979 auf Hochtouren laufende antiiranische US-Interventions- und Boykottpolitik, um dort ein gefügiges neokoloniales Regime und die alte US-Militärpräsenz wiederherzustellen, sowie ohne insgeheime Zustimmung Washingtons wäre das irakische Baath-Regime das Wagnis eines Angriffskrieges kaum eingegangen. Präsident Saddam Hussein suchte die

Gunst der Stunde zu nutzen, um seine Ansprüche auf die iranische Hälfte des Shatt al-Arab, die iranische Ölprovinz Khuzistan und auf die Vormachtstellung am Persischen Golf geltend zu machen (siehe AIB 11-12/1980 und 1/1981). Die irakischen Eroberer drangen bis zu 60 km auf feindliches Territorium vor, wurden aber seit der im März 1982 eröffneten Gegenoffensive des Iran schubweise auf die Grenzlinie zurückgetrieben.

Die iranischen Streitkräfte besetzten ihrerseits gegnerisches Territorium, zuletzt 1986 den Brückenkopf Fao. Heute verfolgt Teheran das expansionistische Kriegsziel, das irakische Regime zu beseitigen und durch ein islamisches, d.h. schiitisches Regime nach iranischem Muster zu ersetzen. Das Khomeini-Regime stellt damit das Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volkes über seine Regierung bzw. Gesellschaftsordnung in Abrede. Und es blockiert auch jeden Verhandlungsprozeß für einen gerechten Frieden, während Bagdad ihn befürwortet und seine Territorialansprüche fallen ließ.

Hochzeit der Rüstungsprofiteure

Angesichts des annäherungsweise militärischen Patts beider Seiten und ihrer wirtschaftlichen Selbstzerfleischung können die Regimes in Bagdad wie Teheran nur einen zweifelhaften, kurzlebigen „Nutzen“ aus dem Kriegszustand ziehen. Auf einer nationalistischen Woge können sie für eine begrenzte Zeit von den gravierenden inneren Problemen ablenken.

Und sie können das Kriegsrecht ausschlagen, um Schläge gegen die illegale demokratische Opposition und gegen die kurdische Nationalbewegung im eigenen Land auszuteilen.

Wo aber sind die wahren Nutznießer des iranisch-irakischen Krieges?

Zunächst einmal heizte der Golfkrieg die Konkurrenz unter den Erdölexportierenden Ländern kräftig an. Weiter führten die Entzweiung gerade des radikalen Flügels der OPEC und die Dezimierung seiner Ölwirtschaften zum relativen Stärkezuwachs der Saudis und der anderen konservativen Golfmonarchien.

Sie sind als Topexporteure und wegen ihrer Kapitalanlagen im Westen (1985 hielt Saudi Arabien noch immer 90 Mrd Dollar, Kuwait 75 Mrd Dollar, Emirate 35 Mrd Dollar) am ehesten imstande, den Ölpreisverfall und Einnahmeverlust der 80er Jahre aufzufangen. Der Irak

und der Iran, d.h. die einzigen Nichtmonarchien der Golfregion, sehen sich durch die Zerstörung ihrer ehrgeizigen Industrieprojekte (Wiederaufbaukosten ca. 200 Mrd Dollar!) und ihre finanzielle Auszehrung in ihrer wirtschaftlich-sozialen Entwicklung weit zurückgeworfen.

Zum anderen hat mit dem Krieg der Militarisierungsgrad der Golfanrainer die Weltspitze erklommen. Der Iran, der Irak, Saudi Arabien und der Oman haben trotz der Öleinnahmeverluste ihre Rüstungsbudgets nicht gekürzt, sondern sie allesamt auf über 30% ihrer Staatsausgaben erhöht.

Frühzeitiger US-Gewalteinsatz

Allen voran die Rüstungskonzerne der NATO-Mächte profitieren durch Waffenverkäufe in Zig-Mrd-Dimensionen.

Bundesdeutsche Firmen wie MBB, Rheinmetall, Daimler-Benz, Magirus usw. lieferten – teils auf Schleichwegen oder in Gemeinschaftsproduktion – in großem Stil mit, darunter Hubschrauber, TAM-Panzer, elektronisches Gerät und Transportfahrzeuge an beide Kriegsparteien (siehe J. Reents); letztere im Wert von je über 6 Mrd DM.

Zuletzt haben der „Tankerkrieg“ und der iranische Vorstoß dicht an Kuwait heran neue Anstöße für gigantische Aufträge der Saudis gegeben: Der bundesdeutschen Rüstungsindustrie fiel die Lieferung einer Munitionsfabrik mit modernstem Know how im Wert von über 12 Mrd DM oder ein Anteil von 42% am 7-Mrd-DM-Geschäft mit den Kampfflugzeugen Tornado zu.

Der wohl größte Brocken aber steht den US-Konzernen ins Haus, die über 1.500 Raketen (Stinger, Sidewinder, Harpoon), hunderte Kampfpanzer M1A1 Abram und fünf Luftüberwachungsstationen AWACS (5,8 Mrd Dollar) an die Saudis liefern.

US-Exportgut für die Saudis: schultergestützte Stinger-Luftabwehrraketen

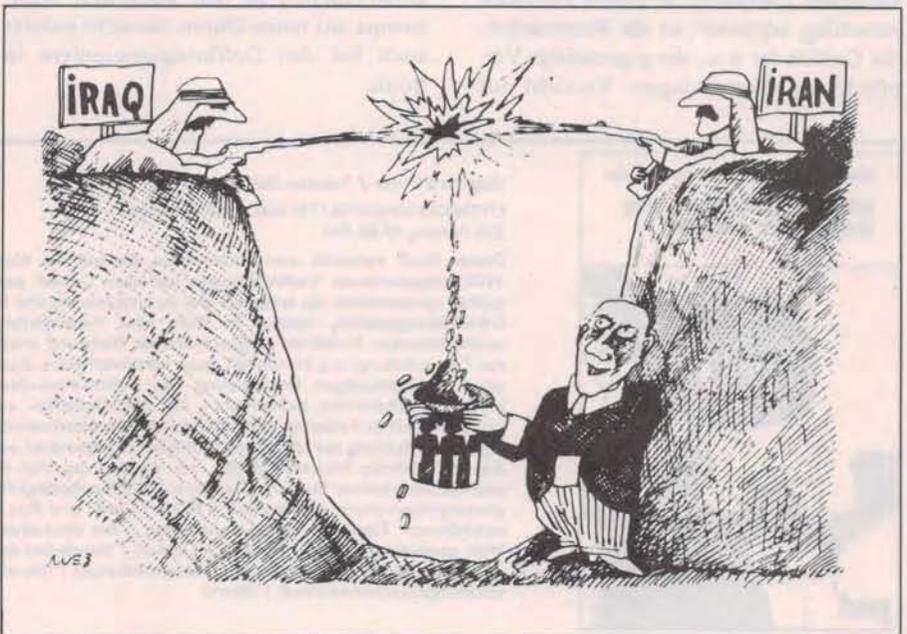


Desweiteren bot der Golfkrieg Washingtons regionalem Hauptverbündeten Saudi Arabien die Gelegenheit, die anderen Ölscheichtümer (Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrain, Oman und m.E. Kuwait) über den 1981 gegründeten Golfirat unter seiner Regie zusammenzuschließen.

Dies wiederum begünstigte das Vorhaben des Pentagon, sich als „Schutzmacht“ der vom Golfkrieg, vom islamischen Revolutionsexport des Iran und vom „sowjetischen Expansionismus“ angeblich gleichermaßen „bedrohten“ Golfmonarchien anzudienen.

Jede Zuspitzung im Golfkrieg lieferte Washington einen Vorwand mehr, um ihnen seine militärische „Hilfe“ aufzudrängen. Das aber heißt in Wahrheit, die eigene Militärpräsenz im „vitalen US-Interessengebiet“ Golf (so J. Carter 1980) stetig auszubauen, um sie nötigenfalls zum direkten US-Gewalteinsatz zu gebrauchen.

Zielstrebig nutzten sodann die globalen Interventionsverfechter der Reagan-Administration den Dauerkrieg Iran-Irak:



Ausweitung der Eingreiftruppe auf neuerdings über 400.000, der Schaffung eines Zentralkommandos Südwestasien (CENTCOM, vorgeschobene Einheit des Hauptquartiers an Bord der „La Salle“ im Golf!), Stationierung von AWACS in Saudi Arabien, Pressionen auf die Golfmonarchen, der US-Eingreiftruppe noch mehr Stützpunkt-Nutzungsrechte zuzugestehen, Ausstattung der US-Kriegsflotte in Südwestasien mit Cruise Missiles und anderen atomaren Trägerwaffen usw.

Hieran wird deutlich, daß es der Reagan-Administration heute um zwei Kernziele geht: einesteils darum, ihre Fähigkeiten zur direkten Militärintervention um der

Wahrung der westlichen Ölmultiinteressen und des sozialen Status quo Willen zu optimieren; andernteils die Verlegung einer möglichst großen Zahl von US-Kampftruppen und von atomaren Waffensystemen nach Südwestasien.

In der Tat ist die Region in den Pentagonplänen wegen ihrer Nähe zur Sowjetunion zur dritten strategischen Zone, sprich zum Aufmarschgebiet für den atomaren Erstschlag geworden. Das Leitlinien-Dokument 1984-88 betont, daß man sich künftig „mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten“ habe.

Und C. Weinberger rückt klar, daß „unser Gesamtstrategie gegen einen sowjetischen Zugriff auf die Ölfelder des Persischen Golfes einen frühzeitigen Einsatz von US-Streitkräften erfordert“. Also im Klartext auch „Vorbeuge“-Schläge, Ersteinsatz...

In der denkbar engen Verzahnung des Interventionismus der USA gegen Befreiungsprozesse in der Ölregion mit ihrem atomaren Erstschlagsplan gegen die UdSSR steckt denn auch das größte Ge-

fahrenmoment jeder Eskalation des Golfkrieges. Nicht nur wegen der Schreckensbilanz des iranisch-irakischen Krieges, nicht nur wegen der Schädlichkeit der (BRD-)Waffenexporte sind die Friedenskräfte hierzulande zum stärkeren Engagement für einen Verhandlungsfrieden geordert. Sie müssen auch stärker in Rechnung stellen, daß durch die Reagan-Administration die Übergänge vom Regionalkrieg in Südwestasien zum weltweiten atomaren Schlagabtausch fließend werden.

In diesem Kontext ist es mehr als irreführend, den Anteil der UdSSR am Golf-Konfliktgeschehen mit dem der Westmächte gleichzusetzen. Die ohnehin mit

der Afghanistankrise belastete UdSSR konnte kein Interesse an einem zusätzlichen Konfliktherd an ihrer Südgrenze hegen. Sie wandte sich denn auch 1980 offen gegen den Aggressionskrieg des Irak, stoppte trotz des Freundschaftsvertrags (1972) die Waffenhilfe für den Irak und drängte ihn auf einen gerechten Verhandlungsfrieden.

Desinteresse an Friedenspflichten

Ob es richtig war, daß Moskau die Waffentlieferungen nach der Kriegswende 1982, nun in geringerem Umfang, an den Irak wiederaufnahm, sei dahingestellt. Im Gegensatz zu den USA aber hat sie keine Kriegsflotte, keine Eingreiftruppen o.ä. in die Region entsandt, macht sie keinerlei Ansprüche auf Ölquellen oder Kapitalien der Golfstaaten geltend.

Die Sowjetregierung hat auch, anders als die Westmächte, einen frühzeitigen Vorstoß zum Stopp des Krieges Iran-Irak und zur Entmilitarisierung der Golfregion unternommen. Im Dezember 1980 hatte Leonid I. Breschnew vor dem indischen Parlament in einem Friedensvorschlag, adressiert an die Westmächte, die Golfländer u.a., die gegenseitige Verpflichtung vorgeschlagen: Verzicht auf



Saudi-Arabien-Besuch Kohls 1983

jegliche ausländischen Militärbasen und Atomwaffenstationierung, keine Androhung von Gewalt oder Einmischung in innere Angelegenheiten, Respektierung der Souveränitätsrechte über die Naturreichtümer (Öl!) usw.

Jene Initiative wie die kürzliche Erinnerung Moskaus daran, stießen bei den Verantwortlichen in den USA und Westeuropa auf taube Ohren. So nicht zuletzt auch bei den Golfkriegsgewinnern in Bonn.

Mit der engeren Einbindung der BRD als Drehscheibe für US-Interventionseinsätze in der Ölregion (WHNS-Abkommen, AirLand Battle 2000 im Jahr 1982) und mit dem von Kohl forcierten Rüstungsexportboom in das Kriegsgebiet leistet man dort einen nicht unerheblichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Spannungszustandes. Wenn der CDU/CSU-Fraktionsvizevorsitzende Hauser in der Bundestagsdebatte vom Oktober 1985 diesen Beitrag als „friedenssichernd“ wertete, so dürfte er seinem Bundeskanzler Kohl im Mai 1983 wohl nicht richtig zugehört haben.

Kohl damals: „Die Verständigung über die Einbeziehung von Fragen des Verteidigungsbereichs (in die Kooperation mit Saudi Arabien; d. Red.) ... ist Ausdruck unseres vitalen Interesses an der Stabilität der Golfregion, das wir mit dem gesamten Westen teilen. Die USA, Frankreich und Großbritannien tragen diesem Interesse durch enge Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung bereits Rechnung.“

Die Politik der „vitalen Interessen“ der selbsternannten „Schutzmacht“ USA, d.h. ihr Aufmarsch in der Region Südwestasien gedeiht nun einmal nur in einer konfliktbeladenen Atmosphäre.

Wolfram Brönnner

Siegfried Pater / Torsten Striepke
ENTWICKLUNGSPOLITIK NACH DER WENDE

pad

Nikolaus Koch:
KIRCHE UND REVOLUTION

Inhalt: Zur Theologie der Befreiung - Die christliche Art Krieg zu führen - Kopernikanische Wende der politischen Theologie, Was ein christliches Konzil heute zur Kriegs- und Obrigkeitsfrage sagen müßte - Kirche und Revolution - „... völlige Bereitschaft ...“ - Zur Weltrevolution ohne Waffen
 63 Seiten, 6,- DM

Die Papstkirche brauchte fünfhundert Jahre, ehe sie die weltrevolutionäre Funktion des christlichen Glaubens durch illusionäre Heilsansprüche hindurch zu entdecken begann. Zögerlich erkennt sie die Christlichkeit reformatorischer Glaubensöffnung an. Mehr aus politischer Not als aus Einsicht übernimmt sie die unvergänglichen Errungenschaften der liberalen Revolution. Als letzter böser Feind bleibt ihr nur noch der weltrevolutionäre Marxismus. Auf ihn konzentriert sie allen klerikalen Haß. Nachdem sie tausend Jahre Partei für etablierte Gewalt genommen hat und die christliche Weise, ohne Gewalt stark zu sein, zum Kanzelmärchen machte, predigt sie nun den Opfern etablierter Gewalt Gewaltverzicht.

Bestellung und Informationen (sowie ein Gesamtverzeichnis kritischer Lesebücher und Unterrichtsmaterialien) bei:

pad Postfach 120143 4600 Dortmund 12

Siegfried Pater / Torsten Striepke:
 ENTWICKLUNGSPOLITIK NACH DER WENDE
 224 Seiten, 19,80 DM

Dieses Buch versucht zum ersten Male, die seit der Wende im Oktober 1982 eingetretenen Veränderungen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik systematisch zu erfassen und zu analysieren. Die Kritik der neuen Entwicklungspolitik, welche im Kern eine Verschärfung der von der sozial-liberalen Koalition eingeschlagenen Richtung entspricht geht von der Fragestellung aus, inwieweit diese wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einer eigenständigen Entwicklung der Dritte-Welt-Staaten beitragen kann. Die Dominanz sicherheits-, außenwirtschafts- sowie beschäftigungspolitischer Kriterien läßt Hilfe zu einer breitenwirksamen eigenständigen Entwicklung nur als zufallsbedingtes Randprodukt erscheinen. Aus dem Inhalt: Interessenpolitik von Anfang an; Zur Geschichte bundesrepublikanischer Entwicklungshilfe / Rahmenbedingungen bei der Regierungsübernahme im Oktober 1982 / Mosaik und Puzzle - Die ungeschriebenen Ziele der neuen Konzeption / Am deutschen Wesen soll die Welt genesen - Die Wendepolitik im Detail / Wende bei der Durchführung / Das bundesdeutsche Förderungsinstrumentarium / Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit / Bilanz

Reinhold Hemker / Else Warns (Hrsg.):
 "Dritte Welt" erfahrbar - oder:
 Einmal leben wie in der "Dritten Welt"

pad - Postfach 120143 - 4600 Dortmund 12

Reinhold Hemker / Else Warns:
DRITTE WELT ERFAHRBAR ODER: EINMAL LEBEN WIE IN DER "DRITTEN WELT"
 120 Seiten, A 4, Spiralbindung, 19,- DM

Im Bereich entwicklungsbezogener Bildungsarbeit gibt es kaum Modelle, die nicht primär kopflastig-kognitiv orientiert sind. Dies macht die Dokumentation des Projektes "Einmal leben wie in der Dritten Welt" besonders wichtig. Hier wurde versucht, durch eigenes Erleben und Erfahrung "am eigenen Leib" ansatzweise Grundelemente des täglichen Lebens in der Dritten Welt zu verstehen.

Aus dem Inhalt: Die Dritte Welt beginnt bei uns - Pädagogische Schlaglichter für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit / Überlegungen zu einer erfahrungsorientierten Religionspädagogik / Projektbeschreibung mit Reflexionen aus verschiedener Sicht / Transferversuch / Welchen Weg geht die entwicklungsbezogene Bildung?

Nikolaus Koch
 Kirche und Revolution

pad





Triumphierende iranische Soldaten nach ihrer Eroberung der irakischen Halbinsel Fao

Bettina Bouresh

Der Golfkrieg im siebten Jahr

Am 22. September 1986 geht der zunächst als „Blitzkrieg“ des Irak gegen den Iran in Szene gesetzte Konflikt, der mittlerweile für die Regimes beider Länder immer mehr zum Kampf um Leben und Tod gerät, ins siebte Jahr. In der Weltöffentlichkeit, d.h. vor allem in den Medien, spielt der Krieg am Golf immer dann eine Rolle, wenn eine neue Offensive Bewegung in die erstarrten Fronten bringt.

Ansonsten fragen sich die Beobachter dieses trotz beispiellos brutaler Methoden und hoher menschlicher und materieller Verluste „vergessenen Krieges“, was zur Beendigung der Auseinandersetzung, mindestens aber zu einem Waffenstillstand führen könnte. Schlachten ohne Sieger, ein Krieg ohne Ende? Wer außer den Waffenhändlern profitiert davon?

Seit der Iran im Jahre 1982 mit der Zurücktreibung der irakischen Aggressortruppen hinter die Grenzen vor Kriegsbeginn eine Wende im Krieg mit Irak herbeiführen konnte, versuchte das Teheraner Regime seinerseits, mit immer neuen Offensiven die Initiative zu ergreifen.

Dies geschah mit dem Ziel, das Regime Saddam Husseins tödlich zu treffen. Seit 1983 nahmen diese Offensiven ab-

„Morgenröte“ 8 und 9

Pünktlich zum Jahrestag der „Islamischen Revolution“, im Februar dieses Jahres, setzten offenbar gut vorbereitete iranische Truppen neuerlich zum Sturm an.

Erstmalig gelang es iranischen Verbänden, geschätzt werden etwa 30.000 Mann, den Grenzfluß Shatt al-Arab zu überqueren und sich auf irakischer Seite

festzusetzen. Den Sommer über tobten die Kämpfe um die irakische Halbinsel Fao im äußersten Süden Iraks mit der gleichnamigen Hafenstadt, Iraks einzigem Zugang zum Golf.

Rein militärisch beschränkt sich der Erfolg der diesjährigen iranischen Frühjahrsoffensive „Morgenröte 8“, gefolgt von „Morgenröte 9“ im April d.J. weiter nördlich im Gebiet von Suleimaniyah, nicht weit von den irakischen Ölfeldern bei Kirkuk, darauf, dem anhaltenden militärischen Patt zwischen den Kontrahenten weitere Reibeflächen hinzuzufügen. An ihnen verschleißten sich die Armeen beider Länder auf der ca. 1.200 km langen Front.

Doch „Morgenröte 8“ zielte auf mehr als nur die Einnahme einer seit Beginn des Krieges geräumten irakischen Hafenstadt. Fao, von den Iranern trotz massiver irakischer Rückeroberungsversuche bis jetzt in einer der wahrscheinlich verlustreichsten Schlachten (bereits Ende

Mai gingen die Schätzungen von 50.000 Gefallenen, davon 70% Iraner aus) des gesamten Krieges gehalten, liegt nur wenige Kilometer von der kuwaitischen Grenze entfernt.

Die Eroberung dieses Brückenkopfes, wodurch der Irak vom Golf abgeschnitten wurde, war nur ein Ziel der iranischen Februaroffensive. Ein anderes bestand darin, im Falle von Verhandlungen den Brückenkopf als Faustpfand gegenüber Teheran ausspielen zu können. Ein drittes Ziel der Offensive bestand für den





Iraner beim Vorstoß durch die Howeiza-Sümpfe nahe Basra

Iran – nach einer Erklärung von Parlamentspräsident Rafsandjani beim Freitagsgebet vom 21.2.1986 – darin, den arabischen Golfanrainern, die seit Kriegsbeginn den Irak unterstützen, eine „massive Warnung“ auszusprechen.

Die darin enthaltene Drohung, den Krieg auszuweiten, ist nicht völlig neu. Durch den seit 1984 auf die internationale Schifffahrt im Persischen Golf ausgeweiteten „Tankerkrieg“ sind indirekt längst andere außer den beiden kriegführenden Ländern betroffen. Dabei wurden inzwischen an die 150 Öltanker, die entweder iranische oder arabische Golfhäfen anlaufen, von jeweils gegnerischen Flugzeugen bombardiert.

Bush: Intervenieren nach Bedarf

Doch mit jeder weiteren Eskalation im Kriegsablauf wachsen die Unwägbarkeiten. In der ohnehin angespannten Lage des Nahen und Mittleren Ostens können so „Zwischenfälle“ produziert werden, deren Folgen für die Region unabsehbar sind. Sie drohen zur direkten Verwicklung der USA und der Sowjetunion zu

führen.

2 Monate nach der Einnahme von Fao durch den Iran bereiste US-Vize-Präsident Bush 10 Tage lang einige enge Freunde der USA in der Golfregion, um die dortigen Regierungen des Pflichtgefühls der USA zu versichern, für die Stabilität der Golfländer zu sorgen.

In Oman waren die Schiffe der vor dem Golf kreuzenden US-Flotte, die Bush besichtigen wollte, nicht in Sichtweite der omanischen Küste erwünscht, weshalb Bush sich also per Flugzeug dorthin begeben mußte. In Bahrain hingegen, wo die USA einen eigenen Stützpunkt unterhalten, schlug er schärfere Töne an.

Washington werde nicht unbedingt warten, bis es gefragt würde, um zu intervenieren, wenn es ausreichend provoziert sei, erklärte Bush. Handeln, auf amerikanisch „action“, im Persischen Golf würde von der Art der Provokation abhängen.

Auf solches Handeln bereiten sich die USA vor, seit US-Präsident Carter 1980 den Golf zur „Region von vitalem Interesse für die USA“ erklärte. Eine Kette ausgebauter Stützpunkte zu amerikanischer Verfügung zieht sich von Ägypten über Kenia, Somalia, Sudan bis Saudi

Arabien, Oman und Diego Garcia, die ausgebaut Basis im Indischen Ozean. Von Kreisen der Öl- und Schifffahrtsbranche wird bestätigt, daß „Schiffe der amerikanischen, britischen und französischen Kriegsmarine regelmäßig in der Golfzone präsent sind“. (Reuter, 1.4.1986)

Inzwischen ist auch der Aufbau einer 300.000 Mann starken Sondereinsatztruppe abgeschlossen, zu deren Aufgaben einer ihrer Kommandeure, Marinegeneral George Christ beim US-Zentralkommando, verantwortlich für die Verteidigung der Region Persischer Golf, sagt:

„Unser Job ist, einen Schutzschild oder Schirm über die Länder der Region gegen Kräfte zu halten, die sie (allein) nicht bewältigen, seien dies Iran, Libyen oder die Sowjetunion. Die Aufgabe des Central Command (CENTCOM) ist es, den Ländern des Gebiets zu helfen, sich selbst zu helfen, sie zu ermutigen, eigene regionale Verteidigungsvereinbarungen zu entwickeln und für Rückenstärkung zu sorgen bei allem, was über ihre Kräfte geht...“

Die Golfländer haben begonnen, Truppen aufzubauen, die einen Vormarsch (Irans) in Kuwait stoppen können. Das ist hypothetisch, aber ich denke, wir möchten diesen Truppen den Rücken stärken in einer Situation, die sie nicht bewältigen.“

Erinnert sei an dieser Stelle an die 1982 an die Öffentlichkeit gekommenen geheimen „Pentagon-Leitlinien 1984-88“ (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle, S. 36-38; d. Red.), in denen die Region am Golf nach den USA selbst und Westeuropa als wichtigste Aufmarsch- und Operationsbasis in der

Bombardierung von Wohnvierteln ist üblich



Iran - Irak im Vergleich

	Irak	Iran
Einwohner (in Mio ; 1983)	14,7	42,5
Fläche (in tausend qkm)	435	1.648
Bruttosozialprodukt (in Mrd Dollar; 1984)	33,2	114,9
Exporte (in Mrd Dollar; 1983)	9,8	19,5
Importe (in Mrd Dollar; 1983)	12,0	18,3
Erdölproduktion (in Mio t; 1985)	70	110
Auslandsverschuldung (in Mrd Dollar; 1984)	30	1
Lebenserwartung (in Jahren; 1983)	59	60
Analphabetenrate (in %; 1980)	57	50
Mannschaftsstärke der Streitkräfte und Milizen (in Mio; 1985)	0,52	1,2
Kampfflugzeuge (1985)	520	80
Panzer (1985)	3.570	1.250

Enthauptungsstrategie gegenüber der Sowjetunion aufgeführt ist.

Seit dem Verlust des Schah, des amerikanischen „Gendarmen am Golf“, und der Stabilisierung der afghanischen Revolution mit Hilfe der Sowjetunion haben die USA den Zugriff auf diese Region in zweifacher Hinsicht vorangetrieben.

Mit dem Aufmarsch eigener Truppen bzw. der Vorbereitung aller notwendigen Schritte für eine kurzfristige Verlegung von Truppen in die Region einerseits (dazu gehört auch das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen mit der BRD, siehe: ebenda, S. 39-40; d. Red.) und dem Aufbau enger Verbündeten bzw. der Schaffung neuer Abhängigkeiten, sowie der Suche nach Pakten ähnlich dem 1979 zerbrochenen CENTO-Bündnis, um der Region das US-Diktat langfristig aufzuzwingen, andererseits.

„Beide als Verlierer sehen!“

Diesen Bestrebungen kommt nicht nur die unmittelbare Auswirkung des Krieges am Golf auf die beiden Schlüsselkräfte der Region, Iran und Irak, entgegen, die Henry Kissinger am liebsten beide als Verlierer sähe.

Auch die Uneinigkeit der nicht zuletzt über den Golfkrieg gespaltenen „arabischen Nation“ hat dazu geführt, daß die USA und im Bund mit ihnen Israel ungestörter denn je ihren Druck entfalten können. Führte der israelische Überfall auf den Libanon 1973 noch zur Drohung mit der „Ölwaffe“ von arabischer Seite, so war nach dem amerikanischen Bombardement von Tripolis und Benghazi im



Iraner, die bei der Offensive gegen Basra in irakischen Schützengräben endeten



Einsatz von C-Waffen

In seiner Sitzung am 23. März 1986 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals den Irak direkt wegen des Einsatzes von Giftgas im Krieg mit dem Iran verurteilt. In der Erklärung des Präsidiums des Sicherheitsrates hieß es, die Mitglieder des Gremiums verurteilten den fortgesetzten Gebrauch chemischer Waffen, der eine eindeutige Verletzung des Genfer Protokolls von 1925 über das Verbot chemischer Kriegführung (das übrigens vom Iran und Irak unterzeichnet ist) darstelle.

Bei seiner Verurteilung bezog sich der Welt-Sicherheitsrat auf die Ergebnisse einer UN-Expertenkommission, die nach einem Besuch im Iran zu der einstimmigen Ansicht gelangt war, daß der Irak wiederholt chemische Waffen gegen iranische Soldaten eingesetzt habe. Der Irak pflegt diesen Vorwurf zu dementieren.

Ende Februar 1986 waren mehrere Transporte von iranischen Soldaten, die bei den Kämpfen um Fao durch Einsatz von Giftgas verwundet worden waren, zur Behandlung in mehrere europäische Städte geflogen worden.

Der iranische Botschafter in Bonn, Salari, hatte in diesem Zusammenhang von 1.700 durch Giftgas verletzten und 20 getöteten iranischen Soldaten gesprochen. Vorwürfen von irakischer Seite, auch der Iran setze Giftgas ein, widersprach Salari. Gasopfer unter den irakischen Truppen seien darauf zurückzuführen, daß Schwaden des Giftgases auch die irakischen Truppen nicht verschonten. Wie bei früheren Einsätzen von Giftgas an der Golfkriegsfront (der Iran wirft dem Irak erste Gaseinsätze bereits 1980 vor) bestätigten auch dieses Mal Mediziner, daß es sich unter möglichen anderen Substanzen um Senfgas handeln müsse. Doch sei das Ausmaß der Verbrennungen (trotz Schutzkleidung



UN-Untersuchungskommission an der südiranischen Front: Fund einer Giftgasgranate

und Masken) diesmal schlimmer als in früheren Fällen.

1986 ist das dritte Jahr, in dem Giftgase, darunter Senf- und Tabun-Nervengas im Golfkrieg eingesetzt werden. 1984 war der Einsatz solcher Gase erstmalig von einer UN-Beobachtergruppe bestätigt worden.

Der Iran hat wiederholt gefordert, den Irak am Einsatz von Giftgas zu hindern. Seit letztem Jahr droht der Iran damit, falls dies nicht gelänge, seinerseits Giftgas an der Front einzusetzen.

Alarmierend muß eine Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom 26.4.1986 stimmen, in der es über die Militärindustrie des Islamischen Revolutionswächterkorps (Pasdaran) nach Aussagen eines ihrer Vertreter heißt, sie „soll in den Bereichen (diverse aufgezählt, dann: d. Red.) chemische und Atomwaffen ... wesentliche Fortschritte gemacht haben“.

B. Bouresh

Iranisches Giftgasopfer, das zur Behandlung nach München ausgeflogen wurde



April d.J. (siehe AIB 6/1986, S. 3ff.; d. Red.) kaum noch eine Reaktion aus den arabischen Ländern zu spüren.

Libyen und Syrien, die einzigen arabischen Länder auf der Seite Irans im Golfkrieg, haben ihre eigenen Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache gezogen. Während Libyen aktiv seine Annäherung an den Warschauer Pakt betreibt, ist Syrien parallel zu seiner merklichen Abwendung vom Iran offenbar bemüht, mit einer diplomatischen Gratwanderung seine Position im Libanon und in der Palästinafrage zu sichern.

Das Öl ist zum erbitterten Streitgegenstand geworden, seit damit der Golfkrieg auf beiden Seiten finanziert wird.

Der Iran wie der Irak wenden je 2/3 ihrer Öleinkünfte zur Finanzierung des Krieges auf. Aus den Golfländern flossen bisher z.B. 50 Mrd nicht rückzahlbarer Kredit an den Irak. Nicht nur, daß jede Seite versucht, die andere möglichst an ihrer wirtschaftlichen Lebensader, Ölförderung und -export, zu treffen, was die Gefahr der Ausweitung des Krieges in sich trägt.

„Sicherheitsgarantien“ für Golfmonarchen

Eine zusätzliche, womöglich noch weitreichendere Folge ist der Verfall der Ölpreise, der wesentlich auf die Zerstrittenheit der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) zurückzuführen ist, deren Übereinkünfte seit Jahren systematisch von den am Konflikt direkt und indirekt beteiligten Ölförderländern am Golf unterlaufen werden.

Das Absinken des Rohölpreises von über 30 Dollar pro Barrel Anfang der 80er Jahre auf jetzt rund die Hälfte (1983/84: 37 \$/Barrel, 1986 Anfang: bis zu 8 \$/Barrel) bedeutet nicht nur für den Iran und Irak voraussehbare Finanzierungsschwierigkeiten. Sondern sie hat selbst Regierungen wie die in Saudi Arabien veranlaßt, eine Reihe von Entwicklungsprojekten einzustellen.

Die Reduzierung des Budgets einiger Golfstaaten um sich bis zu 60% läßt innere Spannungen erwarten. Dies zumal von den Folgen des Ausfalls der Öleinkünfte sogar Teile der Nationalbourgeoisie und Kleinbourgeoisie in diesen Ländern betroffen sind.

Es ist damit zu rechnen, daß in dieser Situation die Empfänglichkeit gerade der feudalen Regimes in den Golfstaaten für Washingtons „Sicherheitsgarantien“ wächst, obwohl das Mißtrauen gegenüber dem engsten Verbündeten Israels dem bisher jedenfalls Grenzen setzt.

So sind die Golfländer, die 1983-86 zusammen 35 Mrd \$ in gemeinsame Verteidigungsanstrengungen investieren wollten, an militärischer Zusammenarbeit

mit den USA und der NATO offen interessiert, lehnen aber deren direktes Intervenieren, z.B. im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, ab.

Währenddessen schreitet die 'Wandlung des 1981 ursprünglich als Rat zur Koordinierung wirtschaftlicher Probleme ins Leben gerufenen „Golfrats“ in eine Militär- und Sicherheitsallianz unter Führung des Washington engverbündeten Saudi Arabien voran. Die Unterstützung des Irak im Golfkrieg geschieht in erster Linie in der Hoffnung, daß beide letztlich gefürchteten Nachbarn sich durch den Krieg gegenseitig neutralisieren.

Politisch ist diese Rechnung bereits weitgehend aufgegangen.

Der Irak, der vor dem Krieg zur „Verweigerungsfront“ gegen das Camp-David-Abkommen (Nahost-Separatfrieden 1978 von Israel, Ägypten und den USA; d. Red.) zählte, hat sich inzwischen auf der Suche nach Verbündeten weitgehend den „Gemäßigten“ wie Ägyptens Mubarak und König Hussein von Jordanien angenähert. Durch Auslandsschulden in Höhe von mindestens 40 Mrd \$ (1985) u.a. an Frankreich, dem neben der Sowjetunion größten Waffenlieferanten Bagdads, ist der Irak auf lange Sicht abhängig. Die Auswirkung der Ende 1984 wiederaufgenommenen diplomatischen Beziehungen zu den USA läßt sich

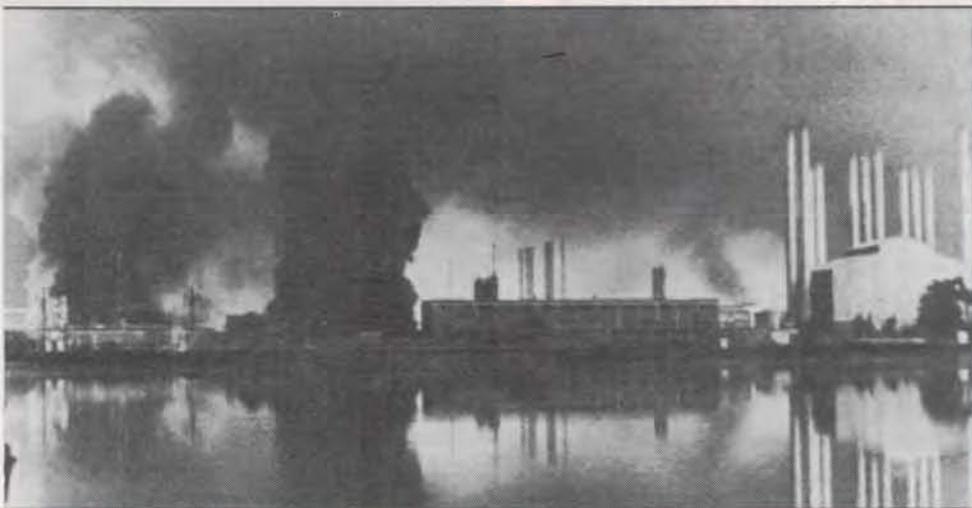
Vieles spricht dafür, daß selbst ein Waffenstillstand schon gefürchtet wird, da er dazu führen könnte, daß die kriegsmüde Bevölkerung in beiden Ländern zu einer Wiederaufnahme der Waffen kaum noch zu bewegen wäre.

Beide Regimes haben den Krieg zur Stabilisierung ihrer Macht nach innen ausgenutzt. Und für beide besteht die Gefahr, daß sie mit dem Ende des Krieges stürzen könnten.

Feuerpause schlimmer als Krieg?

Ein Waffenstillstand – so Rafsandjani laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom Mai d.J. – sei noch schlimmer als Krieg.

In der Tat scheint die iranische Führung Ajatollah Khomeinis fester Entschlossenheit Folge leisten zu wollen, Saddam Hussein zu stürzen und bis zu diesem Ziel den Krieg weiter zu führen. Ein Waffenstillstand würde Verhandlungen, beispielsweise über Grenzfragen und Reparationszahlungen nach sich ziehen, die Monate, wenn nicht Jahre dauern können und möglicherweise nicht zu den vom Iran gestellten Forderungen führen. Demgegenüber ist die Fortsetzung des Krieges die einzige Chance, das Regime in Bagdad über den Zwang zum Kriegfüh-



Zerbombte Ölraffinerie im iranischen Abadan

momentan noch nicht absehen.

Der Iran, das größte und bevölkerungsreichste und mit seiner Grenze zur Sowjetunion strategische Schlüssel-land in der Region, war nach dem Sturz des Schah vorübergehend die Hoffnung aller antiimperialistischen Strömungen und Bewegungen in der Region. Wie der Irak wird der Iran an den Folgen des Krieges Jahre zu tragen haben.

Beide Regimes haben den Krieg zur Stabilisierung ihrer Macht nach innen ausgenutzt. Und für beide besteht die Gefahr, daß sie mit dem Ende des Krieges stürzen könnten.

ren ökonomisch und innenpolitisch ins Wanken zu bringen. Man sieht darin in Teheran ferner die Chance, die eigene Macht zu festigen oder auf den Irak auszuweiten.

Dies dürfte den fortgesetzten Weigerungen des Iran zugrunde liegen, auch nur einen Schritt auf die moderat und auf das Interesse beider beteiligter Regierungen hin formulierten Appelle des UN-Sicherheitsrates und anderer internationaler, um Frieden am Golf bemühter Organisationen einzugehen. So weigerte sich der Iran Ende Februar 1986 an einer Sitzung des wegen der Schlacht um Fao

UNO-Sicherheitsrat Resolution 582 / 86

Der Sicherheitsrat, nach Behandlung der Frage „Die Lage zwischen dem Irak und Iran“, unter Hinweis darauf, daß der Sicherheitsrat mit der Frage der Lage zwischen dem Irak und Iran seit nahezu sechs Jahren befaßt ist und daß Beschlüsse dazu gefaßt worden sind, ernstlich besorgt über das Andauern des Konflikts zwischen den beiden Ländern, der zu schweren Verlusten an Menschenleben und erheblichen Sachschäden führt und den Frieden und die Sicherheit gefährdet, unter Hinweis auf die Bestimmungen der Charta und insbesondere darauf, daß alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und auf eine Weise beizulegen, daß der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden,

in Anbetracht dessen, daß sowohl der Irak als auch Iran Vertragsstaaten des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege sind,

unter Hervorhebung des Grundsatzes der Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung,

Kenntnis nehmend von den Vermittlungsbemühungen des Generalsekretärs,

1. beklagt die ersten Handlungen, die den Konflikt zwischen dem Irak und Iran ausgelöst haben, und beklagt das Andauern des Konflikts;

2. beklagt ferner die Eskalation des Konflikts, insbesondere die Gebietsübergriffe, die Bombardierung rein ziviler Bevölkerungszentren, die Angriffe auf neutrale Schiffe bzw. Zivilflugzeuge, die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und andere für bewaffnete Konflikte geltende Rechtsvorschriften und insbesondere den Einsatz chemischer Waffen entgegen den Verpflichtungen gemäß dem Genfer Protokoll von 1925;

3. fordert den Irak und Iran auf, sofort einen Waffenstillstand einzuhalten, sämtliche feindseligen Handlungen zu Lande, zur See und in der Luft einzustellen und unverzüglich sämtliche Streitkräfte an die international anerkannten Grenzen zurückzuziehen;

4. bittet eindringlich darum, daß kurze Zeit nach der Einstellung der Feindseligkeiten in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ein Austausch sämtlicher Kriegsgefangener durchgeführt wird;

5. fordert beide Parteien auf, sämtliche Aspekte des Konflikts sofort der Vermittlung bzw. jedweder anderen Form der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu unterstellen;

6. ersucht den Generalsekretär, die von ihm unternommenen Bemühungen fortzusetzen, die beiden Parteien bei der Durchführung dieser Resolution zu unterstützen und den Rat auf dem laufenden zu halten;

7. fordert alle anderen Staaten auf, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und jedwede Handlung zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Konflikts führen könnte, und auf diese Weise die Durchführung dieser Resolution zu erleichtern;

8. beschließt, mit dieser Angelegenheit befaßt zu bleiben.

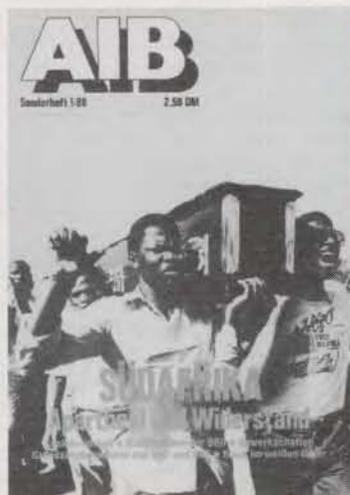
Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 2/1986, S. 82-83)

AIB-Sonderhefte



4/1985: Weltraumrüstung
28 Seiten, 2 DM



1/1986: Südafrika
40 Seiten, 2,50 DM



Hintergrund: Libyen-Krise
20 Seiten, 2 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

alarmierten Weltsicherheitsrates teilzunehmen.

Der Aufforderung der dort einstimmig verabschiedeten Resolution (Wortlaut siehe Kasten), „Vermittlungsbemühungen zu akzeptieren“ und „größtmögliche Zurückhaltung zu üben, jede Handlung zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Konflikts führen könnte“, widersetzte sich der Iran. Er tat dies mit der Begründung, der Weltsicherheitsrat sei zugunsten des Irak voreingenommen, der als Aggressor verurteilt werden müsse.

Dies, wie auch die Forderung des Iran nach 150 Mrd \$ Reparationszahlungen, ist für den Irak allerdings unannehmbar. Bagdad ist seinerseits international bemüht, die aggressive Rolle des Iran seit Khomeinis Machtübernahme („Export der islamischen Revolution“) darzustellen. Angesichts der ökonomischen Auswirkungen des Krieges (der beide Regimes monatlich je 1 Mrd \$ kostet) und des Scheiterns des kalkulierten „Blitzkriegs“ zeigt sich das Regime in Bagdad zu einem Friedensschluß zu fast allen Bedingungen bereit.

Gleichzeitig versucht es immer wieder, Teheran an den Verhandlungstisch zu bomben, eine Rechnung, die wiederum für den Irak, die Region und den Weltfrieden gefährliche Risiken in sich birgt. Daß es nur einen einzigen Ausweg gibt, nämlich den Konflikt sofort zu beenden und auf friedlichem Wege, auf der Basis gegenseitiger Respektierung, Wahrung von Unabhängigkeit, Souveränität und des Rückzugs auf die international anerkannten Grenzen zu lösen, ist der Standpunkt der progressiven Kräfte der Region (einschließlich derer im Irak und Iran).

In einer Erklärung vom 20. April 1986 wiesen eine Anzahl demokratischer Organisationen aus der Golfregion und der Arabischen Halbinsel auf die im Golfkrieg liegende Hauptgefahr für die gesamte Region hin. Sie erinnerten an die kürzlich vereinbarten Geheimabkommen der USA mit Saudi Arabien und Oman über die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen.

US-Kriegsflotte abziehen!

Und sie forderten den „Rückzug imperialistischer Kriegsflotten und -truppen von der Golfregion, dem Roten Meer und der Arabischen Halbinsel, Abschaffung seiner Stützpunkte, Respektierung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität, Nichtpaktgebundenheit, Begrenzung der riesigen militärischen Ausgaben und Umwandlung der Region in eine Zone des Friedens und der Sicherheit“. Was die Position der Weltmächte USA und UdSSR betrifft, sei aus einem Kom-

mentar Robert C. Johansens und Michael G. Renners vom World Policy Institute in der International Herald Tribune vom 15./16.2.1986 zitiert:

„Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion können und sollten helfen, den Kampf zu beenden... Die US-Diplomatie könnte die sowjetische Unterstützung für eine Friedensinitiative gewinnen, wenn sie ihre Bemühungen einstellen würde, die Sowjetunion diplomatisch auszuschließen und die US-Militärmacht in der Golfregion auszudehnen.

Die sowjetische Führung hat ihr Interesse an multilateralen Bemühungen zur Reduzierung der regionalen Spannungen ausgedrückt. Obwohl sie mit dem Irak liiert ist, hat die Sowjetunion den Irak kritisiert, den Krieg begonnen zu haben.“

Vorgeschlagen wird dort weiter, UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, auf dessen Bemühungen ein immerhin zeitweilig eingehaltenes Moratorium über die gegenseitige Bombardierung von Städten (1984) und die Entsendung unabhängiger Beobachterkommissionen in beide Länder zurückgehen, in seinem Bemühen um eine multilaterale Initiative, einschließlich der USA und UdSSR, zu unterstützen.



Interventionsbereit: Kernstück der US-Kriegsflotte am Golf ist der Flugzeugträger „Kitty Hawk“

Was Washington angeht, so zeigt es sich nach außen „tief besorgt“ durch die Spannung am Golf und fordert die sofortige Beendigung des Krieges. Doch während ein Ende des Krieges mit ca. 1 Mio Gefallenen in bisher 6 Jahren, enormen Verlusten und Kosten nicht abzusehen ist, tun US-Strategen alles, um in den Ländern des Mittleren Ostens längst überholte politische und sozial-ökonomische Bedingungen zu zementieren. Um die eigenen Profit- und strategischen Interessen zu sichern, sucht man so weit wie möglich jeglichen radikalen Wandel zu verhindern und alle Bestrebungen von souveränen Staaten nach Unabhängigkeit zu unterdrücken. US-Vizeaußenminister Richard Murphy drückte es vor dem Kongreß offen aus: „Sieg für einen der Kriegführenden ist militärisch unmöglich und (für die USA) strategisch unerwünscht.“



Iranische Militärparade mit G3-Gewehren

Jürgen Reents Rüstungsexporte verlängern den Krieg!

Auf der Gründungsveranstaltung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg im Januar d.J. im Hamburger Gewerkschaftshaus bilanzierte der Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, den Stand der Rüstungsexporte in die Golfregion. Er wies nach, daß bundesdeutsche Konzerne zu den größten Kriegsgewinnlern, ja Doppelverdienern gehören.

Der iranisch-irakische Krieg wäre nicht über 5 Jahre lang möglich gewesen, und er könnte nicht 1 Mio Opfer fordern, wenn es außerhalb des Iran und Irak nicht mächtige Kräfte gäbe, die die Fortsetzung dieses Krieges mit massiver Rüstungshilfe garantieren, die an diesem Krieg und seinen Toten verdienen, die gerade in der Aufrechterhaltung der Konfrontation am Golf gegenwärtig die Chance zur Verbesserung ihrer Einflußmöglichkeiten in dieser Region sehen. Natürlich gibt es international viel Krokodilstränen, die man öffentlich fließen läßt.

Aber wann und wo in den vergangenen 5 Jahren hat es eine wirklich engagierte Friedensinitiative, ein Vermittlungsbemühen und politischen Druck seitens der USA, der Sowjetunion oder der Staaten der Europäischen Gemeinschaft zur

Beendigung dieses Krieges gegeben? Man sucht vergebens danach.

Ansätze in dieser Richtung zwischen dem Golf und der EG wurden nicht weiter geführt. Sie wurden innerhalb der EG und durch Einflußnahme der USA blockiert.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im vergangenen Jahr eine Resolution eingebracht, die die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats auffordert, „für einen schnellstmöglichen Waffenstillstand“ am Golf zu arbeiten, und zu diesem Zweck u.a. einen Stop jeglichen Rüstungsexports in die Kriegsregion herbeizuführen. Aber der Rüstungsexport geht weiter.

Die Liste derjenigen Staaten, die den Irak oder den Iran mit Waffen und

kriegsverwendbaren Gütern beliefern, ist lang. Nach Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind es sogar mindestens 10 Staaten, die Doppelförderer und Doppelverdiener dieses Krieges sind: sie liefern an beide Seiten.

Die Hauptwaffenlieferanten des Irak sind die Sowjetunion und Frankreich. Im November 1983 berichtete der Spiegel, daß die Sowjetunion 70% des Rüstungsnachschubs in den Irak deckt; im März 1985 meldete Die Welt dann, daß die sowjetischen Rüstungsanteile inzwischen stagnierend seien, weil der Irak sich stärker an andere Lieferanten gewandt habe.

Frankreich hat zwischen 1982 und 1984 für 5 Mrd Dollar Waffen an den Irak geliefert. Mittlerweile sollen 40% aller französischen Rüstungsexporte überhaupt in den Irak gehen.

„Zivil“lieferant BRD?

Die USA, die sich offiziell angeblich jeglicher Waffenlieferungen an eine der beiden Kriegsseiten enthalten, haben Hubschrauber an den Irak geliefert, die sie als „zivil“ deklariert haben, die es aber nicht sind. Ansonsten kümmern die USA sich mit ihren Rüstungslieferungen mehr um das Umfeld und die Zwischenhändler für irakisches Kriegsgut, vor allem Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien.

Der Iran ist bis zum Sturz des Schah-Regimes (Februar 1979; d. Red.) vor allem mit hochmodernen amerikanischen Waffen zum Wächterstaat am Golf aufgerüstet worden. Da die USA nach der Geisellaffäre in der US-Botschaft von Teheran (1979/80; d. Red.) aber ein Handelsverbot gegen den Iran verhängt haben, besorgt das iranische Regime sich einen Großteil des Nachschubs an Waffen und Munition für ihre amerikanischen Systeme auf dem sog. grauen Waffenmarkt.

Im Mai 1984 ist z.B. in Hamburg ein Ring von Waffenhändlern aufgefliegen, der 250 Panzer des Typs M 48 an den Iran verkaufen wollte. Da der M 48 lange Zeit Standardpanzer der US-Streitkräfte war und auch in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten eingesetzt wurde, ist die eigentlich interessante Frage aber, wie Waffen eines solchen Umfangs aus NATO-Beständen überhaupt in die Hand von illegalen Waffenschiebern kommen können.

Andere amerikanische Ersatzteile und Munition besorgt Teheran sich u.a. über Argentinien, Taiwan und Großbritannien, angeblich auch über Südafrika und Israel. 40% des iranischen Rüstungsnachschubs kommen laut SIPRI mittlerweile aber aus Nordkorea, daneben viel aus Libyen und Syrien. (...)

Erklärung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg Den Krieg sofort beenden!

Das im Januar 1986 in Hamburg gegründete „Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg“ machte es sich zur Aufgabe, die bundesdeutsche Öffentlichkeit für die Beendigung des Golfkrieges, den Stopp insbesondere der bundesdeutschen Rüstungsexporte in die Konfliktregion und gegen die Untätigkeit Bonns bzw. der Westmächte hinsichtlich einer Friedenslösung zu mobilisieren. Das Komitee will auch die „erschreckende Lethargie“ der Friedens- und Dritte-Weltbewegung gegenüber diesem Krieg überwinden helfen.

Für diese Anliegen führten die Initiatoren am 20. Juni d.J. in Bonn, u.a. vor dem Bundeskanzleramt sowie den Botschaften des Iran und Irak Protestaktionen durch. Und sie starteten eine Unterschriftenkampagne für die hier dokumentierte Erklärung „Den Krieg sofort beenden!“. Zu den Gründungsmitgliedern des Komitees gehören die Ex-MdBs der Grünen, Jürgen Reents und Otto Schilly sowie Prof. Mohssen Massarat. Kontakte: M. Massarat, Am Natrupe-Steinbruch 10, 4500 Osnabrück, Tel. 0421-67952.

Der iranisch-irakische Krieg hat bisher Hunderttausende Opfer gefordert und in beiden Ländern unvorstellbare Zerstörungen angerichtet.

Das irakische Regime hat den Krieg begonnen, für die Fortsetzung des Krieges aber tragen heute die Regime beider Länder die Verantwortung. Das iranische Regime weitet den Krieg auf den irakischen Boden aus, das irakische Regime eskaliert den Krieg durch Angriffe auf die Zivilbevölkerung und den Einsatz chemischer Waffen.

Auch die rüstungsexportierenden Staaten sind mitverantwortlich, da sie durch Rüstungsexporte die Fortführung dieses Krieges überhaupt ermöglichen. Die Bundesregierung duldet den massiven Rüstungsexport in den Irak, in geringerem Ausmaß auch in den Iran und ist in dieses Geschäft mit dem Tod verstrickt. Die Fortsetzung des Krieges aber führt letzten Endes dazu, auf beiden Seiten die menschlichen Opfer noch zahlreicher und das Ausmaß der Zerstörung noch größer werden zu lassen.

Politische Vernunft und Prinzipien der Humanität und der Moral gebieten, alles Erdenkliche zu tun, damit dieser Krieg sofort beendet wird.

Deshalb fordern wir von den Regierungen des Iran und des Irak,

1. zu erklären, daß sie prinzipiell zu einer sofortigen Beendigung des Krieges bereit sind;
2. ihre Bereitschaft kundzutun, daß sie ein von beiden Seiten anerkanntes internationales Gremium, das die Verhandlungen für ein Friedensabkommen führt (Kriegsschuld, Reparationsfragen etc.), akzeptieren;
3. einen sofortigen Waffenstillstand, und zwar für die Dauer der Friedensverhandlungen,

gen, einzuberaumen;

4. die besetzten Gebiete auf dem Territorium des jeweils anderen Staates einer von beiden Seiten akzeptierten Überwachungskommission zu überlassen und die eigenen Truppen hinter die Grenzen von vor dem Kriegsbeginn zurückzuziehen;

5. die Kriegsgefangenen freizulassen;

6. die Unterdrückung des kurdischen Volkes und aller Minderheiten in beiden Ländern zu beenden;

7. die permanenten Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden.

Wir fordern das irakische Regime auf, auf jegliche Gebietsansprüche auf völkerrechtlich anerkannte Hoheitsgebiete des Iran prinzipiell zu verzichten. An das iranische Regime richten wir die Forderung, von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak abzusehen.

An die Bundesregierung richten wir die Forderungen:

1. den massiven Export als zivil deklarierter Militärgüter aus der Bundesrepublik in den Irak und in den Iran sofort zu verbieten;
2. den illegalen Rüstungsexport in die Golfregion ernsthaft und mit allen Mitteln zu verhindern;
3. innerhalb der EG und darüber hinaus dafür einzutreten, daß das Geschäft der euro-amerikanischen Rüstungskonzerne mit dem Tod von Hunderttausenden Menschen aufgehört und das kalkulierte Schweigen westlicher Regierungen über den Zermürbungskrieg zwischen dem Iran und dem Irak ein Ende nimmt;
4. sich mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln für den Beginn eines Friedensprozesses zwischen dem Iran und dem Irak einzusetzen.



MBB-Exportgut Kampfhubschrauber BO-105

Der Name eines Staates ist dabei bislang nicht genannt worden: die Bundesrepublik. Angeblich beteiligt sie sich überhaupt nicht am Rüstungsexport in die Golfkriegsregion, und es ist gelungen, diese Behauptung weithin als glaubhaft erscheinen zu lassen. Sie ist dennoch falsch.

Die Bundesrepublik erscheint deswegen nicht als Kriegslieferant, weil sie Lieferungen als „zivil“ deklariert, die tatsächlich militärische Verwendung finden; und weil alles, was in Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Rüstungsfirmen passiert, über die ausländischen Adressen abgewickelt wird und in den Rüstungsexportstatistiken der BRD unerwähnt bleibt.

Kampfhubschrauber, Gewehre usw.

Dies ist bereits unter der Schmidt-Regierung so gewesen: sie hat auf ein Veto-recht gegen Rüstungsexporte aus deutsch-französischer Koproduktion ausdrücklich verzichtet und noch ein halbes Jahr vor dem Machtantritt der Kohl-Regierung Beschränkungen im Rüstungsexport aufgehoben.

Der gerade begonnene Prozeß gegen die Waffenschmiede Rheinmetall, die eine Munitionsabfüllanlage an Paraguay adressiert und an Südafrika geliefert hat, die 1.500 Maschinengewehre an Italien deklariert und an Saudi Arabien geliefert hat, und die 100 Kanonen an Spanien deklariert und an Argentinien geliefert hat, läßt im übrigen erahnen, daß bei den Geschäften im Rüstungsexport Dinge ablaufen, deren Bedeutung den Flick-Skandal noch bei weitem überschreitet.

Zu den Tatsachen, die bekannt wurden:

- Im Iran wird das G3-Gewehr der deutschen Firma Heckler & Koch in Lizenz in einer Fertigungsanlage produziert, die von der bundeseigenen Firma Fritz Werner noch zu Shah-Zeiten errichtet wurde.
- Thyssen-Henschel ist an Entwicklung und Produktion des argentinischen TAM-Panzers beteiligt, der u.a. in den Iran geliefert wird.
- Über den Hafen in Bremen wurden u.a. Panzertransporter mit Zugmaschinen von Daimler-Benz und 90-t-Auflie-



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.
Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit - widerruflich -, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienvunsch aus dem AIB-Angebot:

8-9

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

.....
Solidaritätsshop Dritte Welt
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH



Gegen die US- Intervention

**Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken —
ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!**

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Kaffee-abo

Absender:

Neuer Preis: 45,— DM

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM45,— incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Unterschrift

POSTKARTE

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Absender:

70 PF

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52

P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA

gern von Titan Kässbohrer an die iranischen Pasharan geliefert; alles natoooliv gestrichen.

● Näherungszünder für die französischen Exocet-Raketen, die an den Irak geliefert wurden, kommen von MBB.

● 1982 erhielt die irakische Armee von der AEG/Westberlin 1.000 Funkempfänger des Typs E 6862. Die Erdkampflugzeuge Alpha-Jet, von denen der Irak 1981 30 Stück über Frankreich erhielt, werden gemeinsam von Dassault und Dornier hergestellt. Ebenso kommen die Panzerabwehrwaffen Hot und Milan und das Flugabwehrraketensystem Roland aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion.

● 24 Kampfhubschrauber BO-105 von MBB wurden mit Bestandteilen aus der

Auf beiden Seiten des Krieges werden Soldaten von Daimler-Benz und MAN ins gegenseitige Morden gefahren.

Der niederländische Abgeordnete van den Bergh hat in einem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Iran, und Frankreich die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Irak hätte.

Tatsache ist, daß das Exportvolumen der Bundesrepublik in den Iran 1983 bereits die BRD-Exporte zu Zeiten des Schah-Regimes überschritten hat. Der Krieg stört nicht, er scheint sogar zu nützen: die deutsche Industrie macht hervorragende Gewinne.



Französische Super Standard mit Exocet-Raketen. MBB liefert mit

BRD von der MBB-Kooperationsfirma Casa in Spanien montiert und an den Irak geliefert. Über Österreich wurden 6 MBB-Hubschrauber BK-117 von MBB in den Irak geliefert, nachdem sie zuvor in Augsburg trotz angeblich „ziviler Version“ mit Militärelektronik ausgestattet wurden.

Transportfahrzeuge von Daimler, MAN

Auch diese Liste ist nicht vollständig. Der vermutlich größte Teil direkter bundesdeutscher Kriegsunterstützung im Golf besteht in der Lieferung von unterschiedlichen Transportfahrzeugen.

Von 1981 bis heute sind aus der Bundesrepublik für mehr als 6,3 Mrd DM Fahrzeuge an den Irak und für mehr als 6,1 Mrd DM Fahrzeuge an den Iran geliefert worden. Das weitaus meiste davon sind alle Arten schwerer Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen, wobei bis 1982 hauptsächlich der Irak und nach 1983 hauptsächlich der Iran beliefert wurde.

Aufregung kommt nur da und nur dann auf, wenn Öllieferungen aus der Region beeinträchtigt werden oder die kriegführenden Staaten wegen ihrer hohen Kriegskosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Sterben von mittlerweile mehr als 1 Mio Iranern und Irakern am Golf läßt dagegen gleichgültig. Wir wollen diese Gleichgültigkeit, das Verschweigen der internationalen Mithäterschaft an diesem Krieg und die dahinter stehenden Interessen durchbrechen.

Wir fordern die sofortige Einstellung jeglicher direkten und indirekten Lieferung von Waffen und anderen kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak.

Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, endlich die wenigen Ansätze von Friedensbemühungen, die es aus der Dritten Welt gegenüber diesem Krieg gibt, mit eigenen Initiativen zu unterstützen, statt sich bei Besuchen in Teheran und Bagdad um bessere Kriegsgewinne für die bundesdeutsche Industrie zu kümmern. (...)

(Quelle: Arbeiterkampf, Hamburg, Nr. 267/10.2.1986, S.27)

BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“

Die Kampagne richtet sich gegen die ständig zunehmenden Rüstungsexporte bundesdeutscher Firmen und gegen die angeblich „restriktive“ Rüstungsexportpolitik der verschiedenen Bundesregierungen, die tatsächlich diese Exporte mit ihrer Politik gefördert und verschleiert haben.

Die Bundesrepublik ist inzwischen zu einem der größten Rüstungsexporture weltweit aufgestiegen. Neue Untersuchungen siedeln sie zwischen Platz 3 und 5 auf der Weltrangliste an! Laut ACDA, der Rüstungskontrollbehörde der US-Regierung, gehen 70% der bundesdeutschen Rüstungsexporte in die Entwicklungsländer.

Die Kampagne wurde 1984 auf dem 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Münster offiziell eröffnet. Dort fanden auch gleich zwei Aktionen gegen bundesdeutsche Rüstungsexportpolitik statt. Eine Demonstration gegen Polizeihilfe an Entwicklungsländer hatte als Ziel die Polizeiführungsakademie in Hilstrup, wo auch ausländische Polizei ausgebildet wird. Außerdem wurde der parallel zum BUKO stattfindende FDP-Parteitag zum Anlaß genommen, gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung zu protestieren.

Für 1985 wurden von der BUKO-Kampagne in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen die „Aktionstage gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika“ durchgeführt. Neben dem Aktionsschwerpunkt Südafrika beteiligte sich die Kampagne an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz „Atombomben – made in Germany“, die als Alternativkonferenz zu den Atomwaffensperrvertragsverhandlungen in Genf, in Bonn stattfand und auch den militärischen Aspekt bundesdeutscher Atomexporte behandelte.

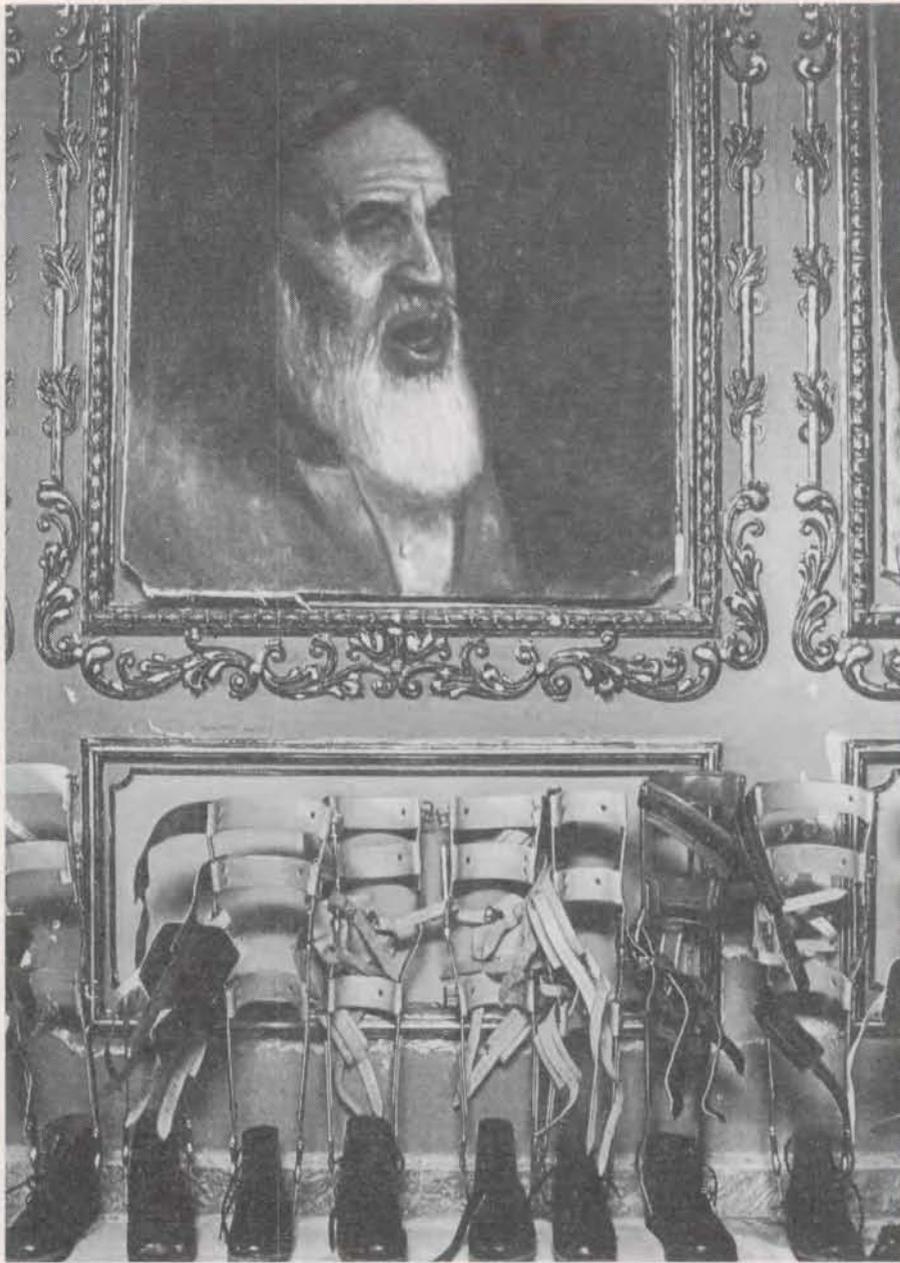
Für das Jahr 1986 wird die Kampagne schwerpunktmäßig zu Rüstungsexporten in den Nahen und Mittleren Osten arbeiten. Im Februar dieses Jahres wurde bereits ein Seminar zu diesem Thema veranstaltet.

Wichtige inhaltliche und organisatorische Entscheidungen über die Arbeit der Kampagne und ihrer Koordinationsstelle in Bremen werden auf Seminaren und Kampagnentreffen beschlossen. Zwischen den Treffen entscheidet der Koordinationskreis der Kampagne. Im Koordinationskreis sind z.Zt. Gruppen aus Bonn, Bremen, Karlsruhe und Osnabrück.

Die Forderungen der Kampagne lauten:

- Stoppt den Rüstungsexport!
- Umstellung von Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Produktion
- Offenlegung der bisherigen Rüstungsexporte, sowie der Genehmigungen und Anträge für geplante Rüstungsexporte
- Keine Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für ausländische Polizei und Militär
- Keine Rüstungs- und Militärwerbung, keine Messen dieser Art, keine Beteiligung von deutschen Firmen an ausländischen Rüstungsmessen.

Kontakte: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, Büchstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-326045



Nima Mina

Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik

Spontane Streiks, Demonstrationen gegen den Krieg und selbst Hungerstreiks von politischen Gefangenen sind längst keine Seltenheit mehr im heutigen Iran. Gründe für die wachsende soziale Unruhe sind vor allem die Fortführung des Krieges mit dem Irak, die sich verschärfende Wirtschaftskrise und das Ausbleiben von sozialen Reformen, die sich viele von der islamischen Revolution erhofft hatten.

Die Regierung wendet seit mehreren Jahren 40% ihrer Haushaltsmittel für den perspektivlosen Krieg auf.¹ Der Verfall

der Erdölpreise seit Januar 1986 belastet die bereits angeschlagene Wirtschaft erheblich, da der Erdöllexport 90% der Deviseneinnahmen des Staates ausmacht.

Aus dem Abschlußkommuniqué einer Konferenz der iranischen Industrie-, Bergbau- und Handelskammer geht hervor, daß im laufenden Haushaltsjahr (März 1986 bis März 1987) Deviseneinnahmen von maximal 6 Mrd Dollar (\$) zu erwarten seien, was nur die Hälfte der im Haushaltsplan vorgesehenen Summe ausmachen würde.

Allein die vom westlichen Ausland stark abhängige Industrie benötige noch im laufenden Jahr 7 Mrd \$, um den bisherigen Stand der Produktion halten zu können. Aufgrund des Kriegszustandes ist die Kapazität der Industrie ohnehin nur zu 30-40% ausgelastet.

Auch weiterhin, so versicherte Erdölminister Agha-Zadeh, werde der größte Teil der Devisenreserven für den Krieg verwendet, der im Monat 300-500 Mio \$ kostet. Es gelte, alle wirtschaftlichen und personellen Kapazitäten in den Dienst des Krieges zu stellen.

Das Regime plant offiziell, in der gesamten Schwerindustrie die Produktion einzustellen. Die Steuersätze werden im Laufe des Sommers 1986 für alle um 90% heraufgesetzt. Nach Angaben der Zentralbank der Islamischen Republik werden bis März 1987 weitere 3 Mio Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Aus der Firma Silkcom in Isfahan, aus Iran-Band in Garmsar, Iran-Yasa und Dochaniat in Teheran werden Protestaktionen und Widerstand gegen Entlassungen und die Stilllegung einzelner Betriebssektionen gemeldet.

Zwangsspenden für den Krieg

Die Bevölkerung wird zudem gezwungen, regelmäßig Geld- und Sachspenden für die Front abzugeben. Wer die Kosten dieser Kriegspolitik zu bezahlen hat, erkannte sogar das Zentralorgan der herrschenden Islamisch-Republikanischen Partei: „Die absolute Mehrheit unseres Volkes, die zur minderbemittelten Klasse gehört – Arbeiter, Angestellte und Rentner – sind die Leidtragenden ... des schwindelerregenden Anstiegs der Preise für Waren des Grundbedarfs und für Mieten.“²

Seit dem Sturz des Schahs sind die Preise um ca. 350% angestiegen, wurde die Arbeitszeit von 44 auf 48 Stunden erhöht, während die Löhne praktisch gleich geblieben sind. 2 Mio afghanische Flüchtlinge, 3 Mio Flüchtlinge aus den Kriegszonen, der Ansturm von „mehreren Mio“ Bauern, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte zichen, ... hatten bis jetzt zur Folge, daß 1/3 der Bevölkerung arbeitslos ist.

Infolge des Zustroms von Flüchtlingen und Umsiedlern wird die Einwohnerzahl Teherans bald die Grenze von 10 Mio überschreiten. 1/4 der Gesamtbevölkerung des Landes leben in diesem – nach Worten des Parlamentsabgeordneten Mahmudi – „Krebsgeschwür Irans“.³ Das Ministerium für Energie hat bekanntgegeben, es sei nicht in der Lage Teheran mit Strom zu versorgen. Der Etat der Teheraner Stadtwerke wurde im Jahre 1984/85 gegenüber 1981/82 um 90% gekürzt!

Täglich fallen 5.000 t Müll an, die die Stadtwerke nicht in Depots außerhalb der Stadt transportieren können. Teheran entwickelt sich deshalb allmählich zu einer Müllhalde, in der nach Angaben offizieller Stellen 100 Mio Ratten – teilweise in der Größe von Kaninchen – und 700.000 wilde Hunde herumkriechen bzw. -laufen und Krankheiten wie Tollwut und Cholera verbreiten.⁴

Daß die Lebensbedingungen auf dem Lande mindestens genau so schlecht sind, darauf deutet die massive Landflucht hin. Anfängliche Maßnahmen zugunsten der Bauern wurden aufgegeben, eine Landreform hat nie stattgefunden. Großgrundbesitzer, die wieder zurückkehren, erhalten ihr Land zurück.

„Mehr Opfer bringen!“

Jedoch wächst die Unzufriedenheit nicht nur aufgrund ausbleibender sozialer Reformen und der wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs, sondern auch wegen der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und der direkten Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung in den Krieg.

Momentan ist im Iran eine beispiellose Kampagne der staatlichen Organe zur Mobilisierung von neuem Personal für den Einsatz an den Fronten des Golfkrieges im Gange, die nach einer Rede des Staatsführers Ajatollah Ruhollah Khomeini in seiner Residenz Djamaran (Nordteheran) am 24. April 1986 begann.

Im Hinblick auf die begrenzten Erfolge der iranischen Offensive „Wal Fadjr 8 und 9“ – seit Anfang Februar 1986 – hatte Khomeini insbesondere die Jugendlichen des Landes aufgefordert, für

den Golfkrieg „mehr Opfer zu bringen“. An Teile seines Staatsapparates, die offenbar die perspektivlose Fortdauer des Krieges kritisieren, appellierte er, sich unter den gegenwärtigen Umständen zurückzuhalten und für die Belange des Krieges einzutreten.

Zur Zeit weigern sich die meisten Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter sich freiwillig zur Musterung und zum Kriegsdienst beim Militäramt vorzustellen. Viele Frontsoldaten nutzen immer wieder ihre Urlaubstage aus, um zu desertieren. Kürzlich wurden 200 Deserteure an der Front öffentlich hingerichtet. Damit sollte anderen „schwankenden Elementen“ eine Lektion erteilt werden.

Auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft versuchen nun die staatlichen Stellen das Leben zu militarisieren. Im Gegensatz zu früheren Mobilisierungskampagnen des Regimes im Laufe der vergangenen Jahre versucht das Regime verstärkt Jugendliche, Angestellte und Beamte des Staatsapparates zu rekrutieren.

Dabei bedient sich das Regime einer ganzen Palette von Methoden, von materiellen Versprechungen bis hin zur offenen Gewaltanwendung.

Gendarmerie, Polizei, Armee, die Milizorganisation Pasdaran (die größte staatliche Unterdrückungsmaschinerie) und die Islamischen Komitees haben spezielle Einsatztruppen ins Leben gerufen, die Straßen, Eingänge von Kinos, Betriebe und sogar Schulen, ständig überwachen. Diejenigen, die keine Wehrdienstbescheinigungen vorzeigen können, werden verhaftet und in Kasernen verschleppt.

Der Minister für Bildung und Erziehung, Akrami, verkündete am 13. April 1986, zwischen März 1985 und März 1986 seien 100.000 iranische Schulkinder prak-

tisch von der Schulbank weg an die Front geschickt worden. Man kann davon ausgehen, daß 1/3 dieser Kinder, die ohne militärische Ausbildung zur Räumung von Minenfeldern und dergleichen mißbraucht werden, bisher gefallen sind. Bereits im März d.J. hatte Khomeini die staatlichen Stellen aufgerufen, auch Frauen in den Kriegsdienst aufzunehmen. Die Präsenz von Frauen in den Schützengräben und Bunkern werde die Männer „ermutigen“. Nach amtlichen Angaben sind bereits 150 Lager für die militärische Ausbildung von Frauen überall im Land eingerichtet worden.

Am 6. April d.J. schließlich wurde ein Erlaß des Amtes des Ministerpräsidenten über die obligatorische Militärausbildung der Angestellten und Beamten des Staatsapparates veröffentlicht. Zuvor hatte das Amt des Ministerpräsidenten in einem anderen Erlaß gefordert, 10% aller Angestellten und 20% der Beschäftigten des Ministeriums für Bildung und Erziehung (hauptsächlich Lehrerinnen und Lehrer) müßten an die Front gehen.

Die jetzige Mobilmachung deutet auf eine erneute iranische Großoffensive hin.

Dabei will man durch einen Präventivschlag einer irakischen Offensive zuvorkommen. Diese könnte mit der warmen Jahreszeit beginnen, wenn die Sümpfe westlich der von den iranischen Truppen Anfang d.J. eroberten Hafenstadt Fáo austrocknen.

Jedoch ist angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Kriegsgegnern nicht zu erwarten, daß eine erneute „endgültige Offensive“ des Iran zu einem Sieg führen wird. Damit werden aber auch die patriotischen und religiösen Appelle an die Iraner weiter an Wirkung verlieren. Viele werden nicht mehr bereit sein, Opfer für einen Krieg zu bringen, der immer perspektivloser erscheint.

Spontane Proteste nehmen zu

Seit 1984 kommt es immer öfter zu spontanen Protesten gegen die Politik des Regimes, in Wohngebieten, in Betrieben, bei großen Sportveranstaltungen und selbst in den Gefängnissen.

Die Anlässe sind dabei sehr unterschiedlich. Als etwa Pasdaran in der südiranischen Stadt Farsan illegal errichtete Hütten in einem Slumviertel abreißen lassen wollten, kam es zu einer Demonstration der Bewohner, die sich gegen die Regierung und Khomeini selbst richtete. Die Pasdaran richteten daraufhin ein Blutbad an.

Im Frühjahr d.J. protestierten politische Gefangene mit einem Hungerstreik im Gefängnis Gohardascht gegen ihre Verlegung in Einzelzellen.

Iranische Kindersoldaten mit Opferbinde vor dem Fronteinsatz



Am 9. Juni d.J. wurde den Angehörigen der politischen Häftlinge des Teheraner Ewin-Gefängnisses die Besucherlaubnis verweigert. Die Menge marschierte daraufhin zum sog. Amt für landesweite Revision und legte dort eine kollektive Beschwerde ein. Als die Angehörigen lauthals das Regime zu kritisieren begannen, wurden sie von Pasdaran zusammengeschlagen und einige von ihnen verschleppt.

Alleingang der Volksmudjahedin

Zu offenen Demonstrationen gegen den Krieg kam es bereits im Dezember 1984 in den Städten Täbriz und Mashad. Diese breiteten sich im April 1985 auf weitere Städte aus. Anlaß war vor allem die Bombardierung von Wohngebieten durch die irakische Luftwaffe.

Am 11. April 1985 kam es in einem Stadtviertel von Teheran zu einem spontanen Protestzug, nachdem die Pasdaran einen jungen Mann erschossen hatten. Über 300 Teilnehmer wurden verhaftet. Ein weiterer Ausdruck der Kriegsmüdigkeit und der Proteste gegen die sozialen Verschlechterungen ist eine Streikwelle, die seit 1984 nicht mehr abreißt.

Obwohl keine Gewerkschaften bestehen, fanden allein im ersten Halbjahr 1985 ca. 100 Streiks statt. Um die Jahreswende 1984/85 streikten über 10.000 Arbeiter des Stahlwerks Isfahan. Anlaß sind meist Lohnkürzungen, drohende Entlassungen und erzwungene Lohnabgaben für den Krieg.

Diese Aktionen stellen jedoch aus mehreren Gründen längst noch keine ernsthafte Bedrohung für das Regime dar. Dies ist zu einem Teil auf die Wirksamkeit des umfangreichen Unterdrückungs- und Kontrollapparats zurückzuführen. Wichtigste Machtstütze und Repressionsinstrument sind die 250.000 Mann starken Pasdaran, die dem Regime vollständig ergeben sind. Die Funktion der sozialen und politischen Kontrolle erfüllt das weitverzweigte Netz der islamischen Komitees in den Städten. Sie sind sowohl für die Zuteilung von Lebensmittelkarten als auch für Wohnungs- und Arbeitsprobleme zuständig.

Das wichtigste Hemmnis für eine Organisation des spontanen Widerstands ist der politische Terror seitens des Regimes.

Er schreckt die Menschen nicht nur von politischen Aktivitäten ab. Er hatte auch zur Folge, daß die Widerstandsaktionen erheblich dezimiert wurden. Nach Angaben von internationalen Gefangenenhilfsorganisationen befinden sich derzeit über 100.000 politische Häftlinge in den Kerkern des Regimes. Die Zahl der Hingerichteten beläuft sich auf etwa 40.000,

von denen 12.000 mit Personalien bekannt sind.

Unter der Repression haben besonders demokratische und revolutionäre Organisationen zu leiden, die die Revolution von 1979 mitgetragen hatten und heute in Opposition zum Regime gegangen sind. Dazu gehören als wichtigste die Volksmudjahedin, die Demokratische Partei Kurdistans/Iran (DPK/I), die Tudeh-Partei und die Organisation der Volksfedajin Irans (Mehrheit) (OVFI (M)).

Die islamischen Volksmudjahedin, die sich seit 1981 dem bewaffneten Kampf verschrieben haben, hatten sich bereits im selben Jahr im Pariser Exil zusammen mit der DPK/I, kleineren Gruppierungen und dem ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr zum Nationalen Widerstandsrat (CNR) zusammengeschlossen. Aufgrund der Vorherrschaftsansprüche der Volksmudjahedin traten sowohl die DPK/I als auch Bani-Sadr aus dem Rat aus.

Im Juni d.J. mußten die Volksmudjahedin auf Druck der französischen Regierung hin, ihr Hauptquartier in den Irak verlegen, mit dessen Regime sie eng zusammenarbeiten.

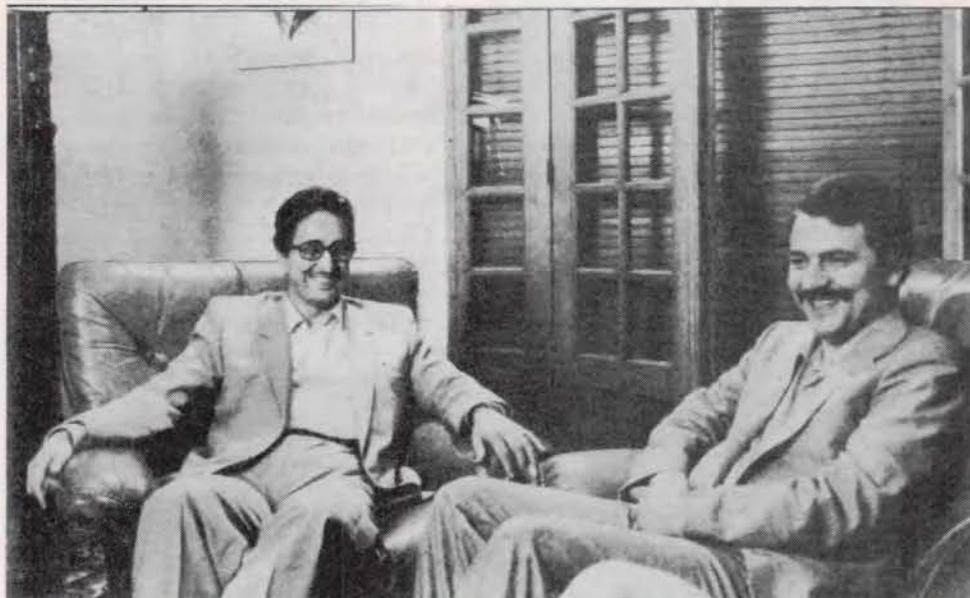
Ihr Führer Mas'ud Rajawie hatte bereits 1982 mit dem irakischen Außenminister

Kämpfen, ihres Alleinvertretungsanspruchs und des extremen Personenkults um Rajawie haben die Volksmudjahedin jedoch an Einfluß eingebüßt. Im Ausland hingegen genießen sie immer breiteren Rückhalt. Dies machen seitenlange Unterstützungsaufrufe in der internationalen Presse deutlich, die von tausenden Politikern, Parlamentsabgeordneten und Gewerkschaftsführern aus aller Welt unterschrieben wurden.⁵

Erstaunlich ist, daß ein Großteil der Aufrufer – neben Sozialdemokraten und Liberalen – konservative Politiker bis hin zu Ministern und Parteivorsitzenden aus CDU und CSU, der Konservativen Partei Großbritanniens, der Republikanischen Partei der USA usw. sind.

Die DPK/I operiert ebenfalls mit ca. 3.000 Partisanen von irakischem Territorium aus. Aufgrund der Offensiven des iranischen Militärs und der Vertreibung von ca. 80.000 Dorfbewohnern aus dem Gebiet Sardascht im Herbst 1984 hält die DPK/I keine befreiten Gebiete mehr. Kleinere DPK/I-Einheiten dringen jedoch regelmäßig in kurdische und nicht-kurdische Städte ein – wie Anfang 1986 in Täbriz – und führen Sabotageakte gegen das Regime durch.

Die kommunistische Tudeh-Partei, die –



Ehemalige oppositionelle Verbündete Expräsident Bani-Sadr und Volksmudjahedin-Führer Rajawie im Pariser Exil

Tarik Aziz einen gemeinsamen Entwurf eines Waffenstillstandsprogramms vorgelegt.

Die Volksmudjahedin leisten im Iran vor allem Propagandaarbeit, führen Attentate gegen Persönlichkeiten und Einrichtungen des Regimes durch und unterhalten in Irakischem-Kurdistan eine kleine Guerillaeinheit. Sie lehnen die Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsgruppen ab und stellen sich als einzige Alternative zum Khomeini-Regime dar.

Aufgrund der Repression des Regimes, ihrer Nichtbeteiligung an sozialen

ebenso wie die OVFI(M) – noch 1983 hoffte, durch die Unterstützung „progressiver Elemente“ in der iranischen Führung eine weitere Rechtsentwicklung des Regimes verhindern zu können, wurde Anfang 1983 durch die Verhaftung des Großteils ihrer Führung und von 8.000 Mitgliedern erheblich geschwächt. Sie ist jetzt dabei, ihren Parteiapparat wieder aufzubauen. Gemeinsam mit der OVFI(M) tritt sie für den Zusammenschluß aller linken und demokratischen Kräfte ein, um eine sofortige Beendigung des Krieges zu erreichen und

das Regime zu stürzen.

Die OVFI(M), der es 1983 gelang, ihren Apparat weitgehend vor der Repression zu schützen, ist heute die stärkste linke Organisation im Iran. Sie wirkt in legalen Organisationen des Regimes und versucht im Untergrund die Proteste weiterzuentwickeln.

Daß diese Widerstandsorganisationen heute noch keine Alternative zum Regime darstellen, liegt u.a. daran, daß es bisher zu keiner Einigung unter ihnen gekommen ist und sie sich sogar gegenseitig bekämpfen. Grund dafür sind nicht nur unterschiedliche politische Vorstellungen, sondern Vorherrschaftsansprüche und die Unfähigkeit begangene Fehler einzugestehen.

Einzelne Organisationen tragen ihre Differenzen sogar militärisch aus. So lieferten sich die DPK/I und die ultralinke Komele, die ebenfalls in Kurdistan operiert, im letzten Jahr Gefechte.

Monarchisten pro Armeeputsch

Dies hat nicht nur zur Folge, daß ein Vertrauenszuwachs für die Widerstandsorganisationen erschwert wird, sondern vergrößert zudem die Autorität der reaktionären monarchistischen Opposition sowie der bürgerlichen Regimekritiker. Der Obskurantismus der herrschenden islamischen Geistlichen, die Repression und die wirtschaftliche Verelendung lassen vielen Iranern selbst die Zustände unter dem Schah-Regime noch als ein anstrengenswertes Ziel erscheinen.

Dies machen sich vor allem der letzte Premierminister unter dem Schah, Schapur Bachtiar, und seine Nationale Widerstandsbewegung im Pariser Exil zunutze, die vor allem unter den Mittelschichten und der Bourgeoisie über Einfluß verfügt.

Seine Organisation und andere monarchistische Bewegungen setzten vor allem auf einen Putsch innerhalb der Armee, um das Regime zu stürzen. Angesichts der wachsenden Überlegenheit der Pasdaran gegenüber den Streitkräften dürfte dies jedoch ein aussichtsloses Unterfangen sein.

Innerhalb des Iran wirken zudem liberal-bürgerliche Oppositionelle, so der ehemalige Premierminister Khomeini, Mehdi Bazargan, der die Freiheitsbewegung anführt, sowie ehemalige Minister der ersten nachrevolutionären Regierung.

Sie können halblegal wirken, auch wenn das Büro der Freiheitsbewegung geschlossen, ihre Zeitung verboten, und Bazargan die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 1985 verweigert wurde. Diese Maßnahmen und Übergriffe von fanatischen Regime-Anhängern erfolgten vor allem, weil sich die geduldeten Opponen-

ten vorsichtig für eine Verhandlungslösung im Golfkrieg aussprechen.

Die rechte Opposition dürfte jedoch keine Chance haben an die Macht zu kommen, solange sich nicht eine Fraktion der herrschenden Geistlichkeit mit ihnen verbündet.

In letzter Zeit haben die Widersprüche und Fraktionskämpfe innerhalb der Staatsführung an Schärfe zugenommen. Grund dafür sind vor allem die Perspektivlosigkeit des Krieges, die Wirtschaftskrise und die wachsenden sozialen Proteste.

Diese Fraktionskämpfe und die Sorge um die Stabilität des Regimes traten am deutlichsten im Oktober und November 1985 bei der Vertrauensabstimmung über die neue Regierung unter Mir-Hossein Musavi und die Ernennung Ajatollah Hossain-Ali Montaseris zum Nachfolger Khomeinis zutage.

Da eine Beendigung des Krieges die Stabilität des Regimes erst recht in Frage stellen würde und dies dem Scheitern des wichtigsten Zieles der Herrschenden gleichkäme, sind sich alle Fraktionen darin einig – zumindest nach außen – die Kriegsanstrengungen zu verstärken. Einigkeit besteht auch darin, was den Terror gegen die Widerstandskräfte angeht.

Einheitsappelle Khomeinis

Widersprüche brechen vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen auf. Derzeit lassen sich in der Führung zwei Strömungen ausmachen, die grob als Radikal-Fundamentalisten und als Zentristen bezeichnet werden können.

Die Radikalen, zu denen Staatspräsident Khamene'i, Generalstaatsanwalt Kho'iniha und ein Großteil der Pasdaran-Führung gehören, befürworten eine größere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Außenpolitisch sind sie stärker anti-amerikanisch orientiert und befürworten den Export der „islamischen Revolution“.

Die Zentristen, die sich um Parlamentspräsident Hascheimi Rafsandjani und Premierminister Musavi gruppieren, treten für eine stärkere Liberalisierung der Wirtschaft und für den Ausbau der Beziehungen zu den westlichen Staaten (vor allem EG und Japan) ein.

Die Widersprüche traten offen zutage, als 1/3 des Parlaments der Regierung Musavi im Oktober 1985 die Zustimmung verweigerte.

Wieder einmal rief Khomeini daraufhin zur „geheiligten Einheit“ auf, damit eine „Niederlage des Islam“ verhindert werde. Und er verurteilte „parlamentarische Praktiken westlicher Art“.

Zu erneuten Auseinandersetzungen kam es, als am 23.11.1985 verkündet wurde,

daß Ajatollah Montaseri, der auf Seiten der Zentristen steht, vom Expertenrat zum Nachfolger von Khomeini ernannt wurde. Der Expertenrat, dem 12 Geistliche angehören, überprüft Parlamentsbeschlüsse auf ihre Verfassungsmäßigkeit.

Der in der Verfassung verankerten Doktrin der *welajat-e faghiih* (Statthaltschaft des religiösen Würdenträgers) zufolge wird Montaseri nach dem Tode Khomeinis die Position des Führers der Islamischen Republik übernehmen.

Die Benennung Montaseris stieß in Kreisen der erzkonservativen Geistlichkeit, etwa bei Ajatollah Golpajgani, auf heftigen Protest. Montaseri sei vom Wissen und von seinem Rang her für die Führungsposition nicht geeignet. Auch im Expertenrat hatten eine Reihe von Mitgliedern die Wahl eines „Rates von religiösen Würdenträgern“ befürwortet, dem u.a. Montaseri angehören könnte. Parlamentspräsident Rafsandjani, zugleich Vizepräsident des Expertenrates, sowie Khomeini persönlich waren hingegen für die Ernennung Montaseris eingetreten und hatten die endgültige Entscheidung hervorgerufen.

Mit Blick auf die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise des Landes verwies der Parlamentsabgeordnete Fachreddin Hedjasi im November 1985 auf die Bedeutung der Ernennung Montaseris:

„Die Entscheidung mußte schnell fallen und bekannt werden. Unser Land befindet sich in einer Situation, in der der Tod Ajatollah Khomeinis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könnte. Ich gehe noch weiter und sage, ein Bürgerkrieg im Iran wird weitaus furchtbarer und verheerender als im Libanon sein.“

Furcht vor einem Bürgerkrieg

Tatsächlich fungiert Khomeini heute als eine Klammer, die die verschiedenen verfeindeten Teile der Führung des Regimes zusammenhält. „Die Präsenz Khomeinis“, so Hedjasi weiter, „schützt das Land vor einem endgültigen Zerfall ... sonst bleibt kein Stein auf dem anderen.“

Ob mit der Bestimmung Montaseris diese Gefahr gebannt ist, scheint jedoch, aufgrund des geringen Ansehens, das er genießt, mehr als fraglich. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß mit der Fortdauer des Golfkrieges die Proteste und damit die Instabilität des Regimes zunehmen werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Ettlé'at, Teheran, 6.8.1984
- 2) Zit. nach: Djomhuri-e Eslami, Teheran, 12.8.1984
- 3) Zit. nach: Keyhan, Teheran, 12.12.1984
- 4) Angaben, Vergleich und Wertungen nach: Keyhan, 17.11.1985
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 10.7.1985



Peschmerga im Iran: Verteidigungsstellung in Rewanduz

Dieter Falk

Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern

Die kurdische Nationalbewegung, die bis in den 2. Weltkrieg hinein ihren Ausdruck in lokal begrenzten Aufständen unter Führung traditioneller politischer und religiöser Würdenträger gefunden hatte, ist auch in der Folgezeit unter den Bedingungen des Wachstums einer von bürgerlichen und schließlich sogar von sich zum Sozialismus, wenn nicht gar zum Marxismus-Leninismus, bekennenden Kräften geführten modernen Nationalbewegung in hohem Maße durch die unterschiedliche Lage in den vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien (siehe Kästen) geprägt.

„Autonomie“ allenfalls auf Papier

Am ungünstigsten ist ihre Situation zweifellos in Syrien. Die Kurden genießen hier keinerlei spezielle kulturelle oder gar politische Rechte.

Soweit in den vergangenen Jahren der Ausdruck eigener Kultur etwa in Form von Musikkassetten oder des Feierns des Neujahrfest „Newroz“ stillschweigend geduldet wurde, war das offensichtlich nur das Ergebnis der Tatsache, daß das Baath-Regime voll mit der Bekämpfung der islamischen Fundamentalisten – Muslimbrüder und andere – beschäftigt

war und in diesem Zusammenhang die Unterstützung oder Neutralität aller gegen diese eingestellten Kräfte suchte.

Seit das Regime dieses Problem mit Waffengewalt gelöst hat, ist die Duldsamkeit gegenüber derartigen Ausdrucksformen kurdischen Nationalbewußtsein deutlich geringer geworden. Daß aus Syrien zur Zeit keine spektakulären Maßnahmen gegen die Kurden gemeldet werden, mag einerseits das Ergebnis der Tatsache sein, daß das syrische Regime in seiner Auseinandersetzung mit dem Irak und teilweise der Türkei die dortigen kurdischen Organisationen zu instrumentalisieren sucht. Vor allem aber ist es ein Ausdruck dessen, daß der relativ geringe Bevölkerungsanteil der Kurden es diesen ohnehin nicht erlaubt, einen Kampf um mehr als gewisse kulturelle Freiheiten zu führen.

Entsprechend schwach scheinen auch die fünf – natürlich illegalen – kurdischen Parteien in Syrien zu sein. Unter den syrischen Kurden scheint die Kommunistische Partei Syriens eine größere Rolle zu spielen. Enger noch als in den übrigen Teilen Kurdistans ist die Situation der Kurden in Syrien mit dem Kampf um Demokratie im ganzen Land verbunden.

Im Irak, der in den 60er und frühen 70er Jahren Zentrum der kurdischen Nationalbewegung war, wurden die Kurden bereits in der nach dem Sturz der Monarchie 1958 veröffentlichten „vorläufigen Verfassung“ als eigenständige Nation anerkannt, eine Position, die am 11. März 1970 von der heute noch herrschenden Baath-Partei im Manifest über die „Autonomie Kurdistans“ bekräftigt wurde.

In der Realität mußte die kurdische Nationalbewegung im Irak jedoch alle über die grundlegendsten kulturellen Freiheiten hinausgehenden Rechte mit der Waffe in der Hand gegen alle aufeinanderfolgenden Regimes stets aufs neue erkämpfen. Die Bagdader Regimes haben sich dabei der gleichen kriminellen Mittel bedient wie die der anderen drei Staaten: Wirtschaftsblockade, systematische Bombardierung von Dörfern, Zwangsdeportationen – vor allem in den Grenzgebieten –, Ansiedlung von Arabern oder im Fall der Türkei von Türken – dort seit 1982 sogar von turksprachigen Afghanen – in kurdischen Gebieten, Massenexekutionen, Folter.

Dennoch sind im Irak die inzwischen allerdings auch stark zurückgenommenen kulturellen Rechte weit größer als in den anderen Ländern, vor allem als in der Türkei. Der Grund dafür liegt weniger in einer besonderen Aufgeklärtheit der irakischen Führung als vielmehr in deren relativer struktureller Schwäche.

Anders als die Türkei und der Iran, die eine lange zentralstaatliche Geschichte haben, ist der Irak ein vom Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg geschaffenes Kunstprodukt, in dem sich die herrschende Klasse wesentlich aus der arabisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppe rekrutiert, die weit weniger als 50% der Gesamtbevölkerung stellt.

Die „Republik von Mahabad“

Auch im Iran ist die kurdische Nationalbewegung stets blutig unterdrückt worden, obwohl sie bis auf die Zeit der nach einjähriger Existenz im Frühjahr 1947 aufgrund der inneren Schwäche und nach dem Einmarsch der kaiserlich-iranischen Armee zusammengebrochenen „Republik von Mahabad“ nie mehr als Autonomie innerhalb des Iran gefördert hatte.

Wie zur Schah-Zeit (bis Februar 1979; d. Red.) ist auch unter der „Islamischen Republik“ ihre mit der Autonomie verbundene Forderung nach Demokratie im Iran nicht mit den Interessen der herrschenden Bourgeoisie in Einklang zu bringen. Die „Islamische Republik“ eskaliert den von ihr seit 1979 geführten Krieg gegen Kurdistan in dem Maße, wie es ihr nicht gelingt, den Krieg mit dem

Irak für sich zu entscheiden und wie ihre Unterstützung in der Bevölkerung abbröckelt.

Die größere Stärke der kurdischen Nationalbewegung einerseits und der von den Herrschenden geschürte religiöse Fanatismus vor allem auf seiten der in Kurdistan eingesetzten „Pasdaran“ macht die Auseinandersetzungen noch brutaler als zur Schah-Zeit.

Am schwierigsten ist die Situation der kurdischen Nationalbewegung wahrscheinlich in der Türkei, wo ihre Entwicklung auf der anderen Seite gleichzeitig am wichtigsten ist.

Einerseits geht hier die nationale Unterdrückung seit der Zeit des Republikgründers Mustafa Kemal (ihm war es seinerzeit mit kurdischer Hilfe gelungen, die ausländischen Interventen zu schlagen und die kurdische und türkische Bourgeoisie auf Kosten der vertriebenen Griechen und Armenier zu bereichern) so weit, daß selbst die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet wird. Bis vor kurzem wurden sie als „Bergtürken“ bezeichnet.

Hartes Los der „Bergtürken“

Ihre Sprache, die angeblich nur ein degeneriertes Türkisch ist, wurde im öffentlichen Leben verboten. Unter der Herrschaft der Kemalisten trat der türkische Staat in Kurdistan bis 1950 vor allem als militärische Besatzungsmacht auf, die in jedem Dorf einen Militärposten unterhielt. Zwischen 1923 und 1938 waren drei Volksaufstände mit einer Brutalität niedergeschlagen worden, die in nichts der von den deutschen Faschisten in den besetzten Ländern entfalteten nachstand.

Ab 1950 wurde die bis dahin durchgeführte Politik der militärischen und kulturellen Unterdrückung durch eine direkte wirtschaftliche Ausbeutung ergänzt. Kurdistan wird wirtschaftlich entwickelt, aber fast ausschließlich zugunsten der westlichen Türkei. Es gerät somit auch ökonomisch in die Lage einer internen Kolonie.

Diese Entwicklung, die nicht zuletzt die – scheinbar endgültige – Liquidierung der kurdischen Nationalbewegung in den 20er und 30er Jahren zur Voraussetzung hatte, führte zunächst zu einer verstärkten Integration der „feudalen“ und bürgerlichen Kräfte der kurdischen Gesellschaft in die herrschende Klasse der türkischen Republik. Sie wurde darüber hinaus, da sie von der oppositionellen, zwar sozial konservativen, aber gegenüber der kemalistischen etatistischen Republikanischen Volkspartei (CHP)

politisch zunächst liberalen Demokratischen Partei eingeleitet wurde, auch in Kurdistan weitgehend begrüßt. Die kurdische Nationalbewegung hörte in dieser Zeit praktisch auf zu bestehen.

Und das in einem Land, das als einziges im Nahen Osten NATO-Mitglied wurde und in den folgenden Jahrzehnten eine, wenn auch vom Imperialismus abhängige, finanzkapitalistische Struktur herausbildete und auf dieser durch historische Ansprüche ideologisch verstärkten Grundlage (Osmanisches Reich; d. Red.) zum subimperialistischen Zentrum in der Region werden sollte.

Sowohl die Kurden in der Türkei als auch die im Iran waren mit einem starken Zentralstaat konfrontiert, eine Situation, die im Iran lediglich im Zuge des 2. Weltkrieges durch die teilweise Besetzung iranischen Territoriums durch die Rote Armee in Frage gestellt wurde, die



Unten: Mustafa Barzani (X) als Generalstabschef der Republik Mahabad und deren Präsident Quazi Mohammed (sitzend); oben: Exekution kurdischer Kämpfer 1979 im Iran



die Gründung der ephemären Kurdenrepublik von Mahabad und der Republik Aserbaidschan ermöglichte. Das Zentrum der kurdischen Nationalbewegung verlagerte sich daher nach dem Zusammenbruch der Republik von Mahabad in den Irak.

Im Irak war 1946 nach iranischem Vorbild eine Demokratische Partei Kurdistans (KDP) gegründet worden, deren Präsident Mulla Mustafa Barzani war, Sohn einer kleinen aber mächtigen Sheikh-Familie im Badinan-Gebiet im Norden Irakis-Kurdistans. Bis zum Sturz der irakischen Monarchie 1958 mußte sich die KDP-Irak, die gleich der KDP-Irans eher eine nationalistische Frontorganisation als eine ideologisch einheitliche Partei war, den Einfluß auf die kurdische Bevölkerung des Irak mit der Kommunistischen Partei des Irak (KPI) teilen.



Möglicherweise war die KPI, die nicht nur die stärkste marxistische Partei in der Region war, sondern die auch als einzige bereits 1935 den Kurden das Recht auf staatliche Unabhängigkeit zugestanden hatte, in dieser Zeit sogar die führende Kraft in Kurdistan. Diese Position konnte in der Folgezeit jedoch zweifellos die KDP übernehmen, nachdem sich die KPI in der Praxis zunächst gegenüber dem Kassem-Regime (1958-63) und dem zweiten Baath-Regime (ab 1968) veranlaßt sah, ihr Bündnis mit KDP gegenüber der jenem mit dem eine Zeit lang antiimperialistisch auftretenden Regime hintanzustellen.

Eines der grundlegenden Probleme der kurdischen Nationalbewegung im Irak bestand darin, daß die KDP ursprünglich im wesentlichen eine Gründung bürgerlicher Intellektueller aus dem städtischen Milieu des südlichen Teils des irakischen Kurdistan war. Im Irak bot sich aufgrund des gesamt-nationalen Kräfteverhältnisses der bewaffnete Kampf als Hauptkampfform besonders an.

Um einen solchen auf ein relativ schnelles Ergebnis abzielenden Kampf zu führen, war die KDP jedoch auf die bewaffnete Macht der kurdischen Stämme angewiesen. Sie ernannte daher Mulla Mustapha Barzani zum Präsidenten der Partei. In dem Maße, in dem der Konflikt mit der Regierung in Bagdad in verschiedenen Zeiten in bewaffneter Form ausgetragen wurde, gewannen die durch Barzani repräsentierten traditionalistischen Elemente der kurdischen Gesellschaft gegenüber der bürgerlichen und kleinbürgerlichen politischen Führung der Partei die Oberhand.

Sie verhinderten Anfang der 70er Jahre die Durchführung einer Agrarreform in Kurdistan und untergruben durch diese und andere sozialreaktionäre Maßnahmen die Möglichkeit einer kontinuierlichen Mobilisierung der kurdischen Volksmassen.

Die Tendenz zur Aufrechterhaltung der Macht der traditionellen Führung wurde und wird durch mehrere Faktoren gestärkt: Im irakischen Kurdistan haben die traditionellen Führer – oder zumindest eine große Zahl von ihnen – seit je für die Aufrechterhaltung der aufgrund des Kräfteverhältnisses gegebenen relativen Autonomie gekämpft. Anders als in der Türkei, wo sie nach ihren blutigen Niederlagen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ökonomisch und politisch voll in die herrschende Klasse der Republik integriert wurden, sind sie hier wichtiger Bestandteil der nationalen Bewegung geblieben. Darüber hinaus führt der auf die Kurden von der Zentralregierung ausgeübte Druck in Form von Krieg und Deportationen zu einer Verfestigung des Stammesbewußtseins.

Sozial ohne Perspektive und politisch mit kaum einem anderen Konzept ausgerüstet als dem „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ hat sich diese kurdische Führung Anfang der 70er Jahre völlig in die Hände solcher bekannter Feinde jeder nationalen Befreiungsbewegung und auch des kurdischen Volkes wie des Schahs, der USA und Israels begeben. Die Folge war der bis dahin katastrophalste Zusammenbruch der kurdischen Bewegung, als sich der Schah 1975 im Abkommen von Algier seine Unterstützung der irakischen Kurden vom Baath-Regime durch ein territoriales Zugeständnis am Schatt al-Arab abkaufen ließ.

Dieser Zusammenbruch führte zu einem Auseinanderfallen der bis dahin formal mit kurzen Unterbrechungen einheitlichen kurdischen Nationalbewegung.

Comeback der Barzanis

Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Formierung der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) unter Führung von Jallal Talabani und anderen Angehörigen der städtischen Intelligenz, die in den 60er Jahren von Barzani in der KDP entmachteten worden waren. Die PUK, deren Einflußbereich sich vor allem auf den Süden des kurdischen Gebietes erstreckte, nahm als erste den bewaffneten Kampf wieder auf.

Innerhalb der KDP ermöglichte es erst die iranische Revolution den Söhnen Barzanis, erneut die Macht an sich zu reißen. Vom iranischen Regime unterstützt und dafür im Gegenzug Söldnerdienste gegen die KDP-Iran leistend, ge-

lang es ihnen, die KDP-Irak wieder zu einem Machtfaktor zu machen. Mit dazu beigetragen hat zweifellos auch die Entscheidung der zwischenzeitlich von der Baath-Partei verfolgten und illegalisierten KPI, nach einem Monat die gegründete Oppositionsfront mit der PUK zugunsten eines Bündnisses mit der KDP faktisch zu kündigen.

Die wirklichen Gründe der KPI für diesen Schritt können nur vermutet werden. Ein Aspekt könnte die auch von der KPI zu Beginn geteilte falsche Einschätzung des Khomeini-Regimes als antiimperialistische „volksverbundene“ Kraft sein, mit der sich daher ein Bündnis anböte. Ein weiterer Aspekt könnten die traditionellen Animositäten zwischen der



Irakischer KDP-Führer Idris Barzani

KPI und der Liga der Werktätigen Kurdistan (Komele), einem wichtigen Bestandteil der PUK, sein. Die Komele bezeichnet sich als marxistisch-leninistische kurdische Organisation, steht in ihrem Selbstverständnis links von der KPI, und konkurriert somit seit ihrer Gründung 1970 mit der Kurdistan-Sektion der KPI.

Parallel zum Kampf gegen die Baath-Regierung, in dem es den kurdischen Organisationen gelungen ist, in verschiedenen Teilen Kurdistan halb- und völlig befreite Gebiete zu schaffen, ist es seit Ende der 70er Jahre immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Organisationen der kurdischen Nationalbewegung gekommen, vor allem zwischen der PUK und der KDP, aber auch zwischen der PUK und der KPI sowie in einem Fall auch zwischen der KDP und der relativ kleinen Volksdemokratischen Partei Kurdistan (KPDP).

Die KPDP wird von Muhammad Abd er-Rahman geführt, der von 1976-79 Generalsekretär der „KDP-Provisorische

Führung" war. Auf dem 9. Kongreß der KDP, der im Iran stattfand, weigerte er sich, die KDP als iranische Söldnerorganisation einzusetzen und verließ die von nun an wieder von den Barzanis geführte Partei.

Die Hintergründe der bewaffneten Zusammenstöße werden von den beteiligten Parteien völlig konträr dargestellt. Das verbindende Element scheinen der Monopolanspruch der jeweiligen Parteien über die kurdische Bewegung insgesamt oder zumindest über bestimmte Gebiete zu sein sowie auch alte persönliche Feindschaften, wie die zwischen den Barzanis, die mit dem iranischen Regime zusammenarbeiten, und Talabani, der mit den Organisationen der iranischen Kurden kooperiert.

Diese Auseinandersetzungen haben natürlich das Ansehen der kurdischen Parteien auch in der eigenen Bevölkerung nicht gestärkt, sondern dem Regime gedient. Das gilt im Hinblick auf die Unterstützung der nichtkurdischen Bevölkerung im Irak für die Rechte der Kurden sicherlich auch für die Zusammenarbeit der KDP mit dem Iran, eine Zusammenarbeit, die inzwischen – wenn auch mit der angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses naheliegenden Vorsicht – auch von Bündnispartnern der KDP, der KPI, der KPDP und der KSP, kritisiert wird.

Darüber hinaus ist die kurdische Bewegung im Irak mit einem weiteren Problem konfrontiert.

Wie die KDP-Iran kämpft sie für „Autonomie für Kurdistan und Demokratie für Irak“. Ihre nichtkurdischen Partner – im Falle der KDP vor allem die KPI, im Falle der PUK u.a. prosyrische Baathisten – waren jedoch bislang nicht in der Lage, in den nichtkurdischen Gebieten des Landes effektiv zu arbeiten.

Der Widerstand gegen das Baath-Regime bleibt daher weitestgehend auf Kurdistan beschränkt und scheint so vorerst kaum in der Lage, das Regime Saddam Husseins zu stürzen und durch ein demokratisches zu ersetzen.

Anlehnen an Teheran?

Seit etwa einem halben Jahr haben sich die Beziehungen zwischen den kurdischen Parteien im Land deutlich verbessert. Das geht soweit, daß die zur Nationaldemokratischen Front (Djud, gegr. 1980, siehe Irak-Artikel; d. Red.) Djud gehörende Sozialistische Partei Kurdistans eine gemeinsame Erklärung mit der PUK unterschrieben hat.

Zu den Gründen für diese Entspannung haben vermutlich die folgenden Faktoren beigetragen: Einerseits sind in der PUK gehörenden Komele seit langem bestehende ideologische Differenzen im

Wer sind die Kurden?



Mit über 20 Mio bilden die Kurden, die eine mit dem Persischen verwandte iranische Sprache sprechen, hinter Arabern und Türken das drittgrößte Volk im Nahen Osten. Die Mehrheit dieser 20-25 Mio Kurden lebt in einem geschlossenen Siedlungsraum, der sich im Westen ungefähr bis Sivas und Kahramanmaraş in der Türkei und Aleppo in Nordsyrien, im Norden bis Erzincan und Kars in der Türkei, im Osten bis zum Urmiya-See im Iran und im Süden bis Khanaqin im Irak bzw. südlich von Kermanshah im Iran erstreckt.

Mit über 10 Mio stellen die Kurden in der Türkei, wo außer in Kurdistan bedeutende Gruppen in den Städten der Westtürkei und als Ergebnis von Zwangsdeportationen in ganzen Dörfergruppen westlich und östlich des Tuz Gölü in der Provinz Konya leben, ca. 1/5 der Gesamtbevolkerung. Mit 3 Mio stellen sie im Irak rund 28% der Gesamtbevölkerung. Im Iran sind die 6 Mio Kurden die größte Minderheit dieses über 35 Mio Einwohner zählenden Landes. In Syrien stellen sie mit 825.000 Menschen etwa 11% der Bevölkerung. Kleinere Gruppen von Kurden befinden sich im Libanon, in der UdSSR – hier vor allem in Armenien und Aserbaidschan

aber auch bis nach Kirgisien –, in Afghanistan und sogar in Pakistan.

Das Siedlungsgebiet dieses Volkes, das sich auf das Staatsvolk des antiken Mederreiches zurückführt, ist überwiegend gebirgig und war durch seine geographische Lage stets dem Einfluß oder sogar direkten Zugriff stärkerer Nachbarvölker und ihrer Reiche ausgesetzt. Im Ergebnis ist es dem kurdischen Volk, das im Laufe seiner Geschichte verschiedene kulturell und wirtschaftlich blühende Fürstentümer und so bedeutende Persönlichkeiten wie den Sultan Salah ad-Din al Ayubi, der 1187 die Kreuzfahrer vernichtend schlug, hervorgebracht hatte, nie gelungen, einen kurdischen Gesamtstaat zu gründen. Vielmehr fand sich Kurdistan bis zum Ende des 1. Weltkrieges auf das osmanische und das persische Reich aufgeteilt und wurde danach im Zuge der Zerschlagung des osmanischen Reiches und der imperialistischen Aufteilung der arabischen Welt auf die vier Staaten Türkei, Iran, Syrien und Irak aufgeteilt.

Der kulturelle und ökonomische Niedergang der islamischen Welt hatte zuvor bereits die Ansätze der Staatenwerdung bei den Kurden zerstört und sie weitgehend auf die traditionellen Stammesstrukturen zurückgeworfen. Die naturräumlichen Gegebenheiten im Hochgebirge, das Zurückgeworfensein auf die Stammesstrukturen, die politischen Eingriffe zunächst der Reiche der Osmanen und der Perser und schließlich der Imperialisten und ihrer lokalen Statthalter im Irak und in Syrien waren und sind wesentliche Gründe für die sprichwörtliche Uneinigkeit der Kurden.

Diese Uneinigkeit ist ihrerseits einer der wichtigsten Gründe dafür, daß das kurdische Volk heute das wohl größte Volk auf der Welt ist, dem das nationale Selbstbestimmungsrecht immer noch erfolgreich von allen Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben, verwehrt werden kann. D. Falk

Kurdisches Bergdorf in der Türkei, nahe Hakkari



Zusammenhang mit den Verhandlungen der PUK mit der Regierung (1983-84; d. Red.) offen zu Tage getreten. Sie haben die PUK insgesamt geschwächt und damit auch ihren tendenziellen Hegemonieanspruch. In diesem Zusammenhang ist es gleichzeitig zu einer vorsichtigen Annäherung der PUK an den Iran gekommen, während sich der Abstand der KDP-Iraks zum Khomeini-Regime auf Druck ihrer Partner in der Djud etwas vergrößert hat.

Der die kurdische Nationalbewegung seit jeher spaltende äußere Faktor hat also leicht an Einfluß verloren. Unter diesen positiven Bedingungen hat die KDP nach eigenen Aussagen Mitte Mai 1986 den größten militärischen Sieg der kurdischen Bewegung der letzten 25 Jahre errungen, indem sie nach der Eroberung des Dorfes Mengisch bei Duhok nunmehr „unmittelbar die Straße zwischen Bagdad und Ankara und die Erdölleitung von Mossul nach Yumurtalik (Türkei) bedroht“.

Eine ähnliche Situation wie im Irak herrscht auch im Iran. Links von der KDP-Iran existiert in der Komele eine sich als marxistisch-leninistisch verstehende Partei, die vor allem Anklang bei der Jugend findet und die der KDP als der traditionellen Partei der iranischen Kurden ihren Platz in harten ideologischen Attacken streitig macht. Der Hegemonieanspruch der KDP und die oft linkssektiererische Praxis der Komele haben zu blutigen Kämpfen zwischen beiden geführt.

Die KDP, die ebenfalls Autonomie und Demokratie fordert, hat darüber hinaus durch Gespräche mit dem Khomeini-Regime das ihre dazu beigetragen, das durch deren Hegemonieanspruch ohnehin stark belastete Bündnis mit der kleinbürgerlichen linksislamischen Organisation der Volksmodjahedin im sog. Nationalen Widerstandsrat beendet, ohne stattdessen neue nichtkurdische Bündnispartner von Gewicht gefunden zu haben. Ihre langjährigen engen Beziehungen zur Tudeh-Partei sind durch deren lange Zeit zu positive Sicht des Kho-

meini-Regimes und ihren gleichzeitigen Konflikt mit der KDP stark gestört. Ein solches Bündnis stellt zur Zeit auch keine Alternative zum Bündnis mit den Volksmodjahedin dar, deren politische und vor allem auch militärische Präsenz im Iran viel größer als die der Tudeh ist.

Die aktuelle Situation in Iranisch-Kurdistan ist die, daß die kurz nach der iranischen Revolution befreiten Gebiete heute nicht mehr unter ausschließlicher Kontrolle der kurdischen Parteien und der noch immer dort operierenden Einheiten der Volksmodjahedin stehen. Diese mußten angesichts der manifesten Überlegenheit der iranischen Truppen, die zu einem Großteil in Kurdistan konzentriert sind, wieder zur klassischen Guerilla zurückkehren.

Hauptfront Türkei

Die Hauptfront der nationalen Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes befindet sich, ungeachtet der Tatsache, daß der Kampf hier – abgesehen von Syrien – mit Abstand am wenigsten entwickelt ist, zweifellos in der Türkei.

Als militärisch und wirtschaftlich stärkster Staat in der Region, der mit imperialistischer Unterstützung zum subimperialistischen Zentrum ausgebaut wird, hat die Türkei in der Vergangenheit bereits mehrfach im Irak aber auch im Iran gegen die kurdische Nationalbewegung eingegriffen. Die Schwächung oder gar der Sturz der in der Türkei herrschenden Bourgeoisie würde deshalb das regionale Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der kurdischen Nationalbewegung verändern.

Angesichts der explosiven Potenzen der Verbindung des sozialen mit dem nationalen Kampf wird die kurdische Nationalbewegung in der Türkei eine möglicherweise ausschlaggebende Rolle für eine Revolution in der Türkei spielen. Die kurdische Bewegung in der Türkei ist besonders eng mit der Entwicklung der Arbeiterklasse der Türkei und generell der marxistischen Linken verbunden.

Während ein großer Teil der Mitgliedschaft der linken Organisationen in der Türkei Kurden sind, können sich bis auf die KUK und die PPKK alle wichtigeren kurdischen Organisationen entweder – wie die TKSP – auf die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) oder die aus der Studentenbewegung hervorgegangene Neue Linke zurückführen. Mit ihr teilen sie charakteristische Schwächen und Stärken.

Zu den positiven Seiten gehört das gegenüber den großen Organisationen im Irak und Iran stärkere Bewußtsein von der Notwendigkeit der Verbindung des nationalen Befreiungskampfes mit dem Kampf um die soziale Befreiung der Arbeiter und Bauern. Gleichzeitig teilen sie auf der anderen Seite jedoch mit ihr auch die negative Tendenz zur Spaltung.

Die Zahl der kurdischen Organisationen aus der Türkei beträgt zur Zeit 15, von denen sich 14 als marxistisch bezeichnen. Sowohl bei der türkischen als auch bei der kurdischen Linken gehört die langjährige Unterbrechung einer organisatorischen Tradition und entsprechend das Fehlen einer oder weniger Organisationen mit eindeutiger Hegemonie zu den Gründen dafür. Speziell bei den kurdischen Organisationen mögen stets auf Spaltung gerichtete tribale Züge im Volkscharakter als Überbleibsel aus früheren sozialökonomischen Strukturen auch eine Rolle spielen.

Wie abenteuerlich ist die PKK?

Dennoch hat das höhere ideologische Niveau der meisten dieser Parteien mit dazu beigetragen, daß sie ihre ideologischen Streitigkeiten im allgemeinen nicht mit der Waffe ausgetragen haben. Eine relevante Ausnahme bilden dabei lediglich die KUK und die in jüngster Zeit besonders bekannt gewordene PKK. Die KUK, d.h. Nationale Befreier Kurdistan, ist die Linke Mehrheitsfraktion der 1965 nach irakischem Vorbild und mit Barzanis Unterstützung gegründeten KDP der Türkei.

Die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) ist aus der studentischen Linken Anfang der 70er Jahre entstanden. 1978 kam es zwischen beiden Organisationen zu blutigen Auseinandersetzungen, die über 200 Tote forderten.

Die PKK war die einzige Organisation, die bereits damals den bewaffneten Kampf propagierte. Seit August 1984 hat sie erneut den bewaffneten Kampf in Kurdistan aufgenommen, was von allen übrigen Organisationen, die ihr ohnehin mehr oder weniger feindlich gesonnen waren, als unzeitgemäß und abenteuerlich abgelehnt wurde. In jüngster Zeit ist die PKK erneut in den Verdacht geraten, für bis zum Mord reichende Gewalttätig-

Peschmerga-Versammlung der Komele in Iranisch Kurdistan





Eine kurdische Bäuerin in Silvan wird von türkischen Polizeibeamten verschleppt und anschließend gefoltert

keiten, bis hin zum Mord gegen Mitglieder anderer Linksorganisationen, aber vor allem gegen eigene Dissidenten, verantwortlich zu sein.

Der Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist im allgemeinen nicht die Existenz antagonistischer ideologischer Vorstellungen. Die PKK tritt wie die meisten kurdischen Organisationen in der Türkei für einen eigenen kurdischen Staat unter Führung der Arbeiter und Bauern ein. Sie lehnt auch nicht die Zusammenarbeit mit nichtkurdischen Organisationen ab.

In der Praxis betrachtet sie sich jedoch als die einzige kämpfende Organisation und bezeichnet die übrigen in dem Maße, wie diese die PKK kritisieren, als Reformisten, Kollaborateure oder, soweit es türkische Organisationen wie die TKP oder die proalbanische Halkin Kurtuluşu betrifft, als sozialchauvinistisch. Von der Beschimpfung zum Einsatz der Waffe ist es nicht besonders weit bei einer Organisation, die aufgrund ihres militanten und bewaffneten Charakters ohnehin nicht gerade die pazifistischsten Kräfte um sich sammelt, die durch die Betonung des bewaffneten Kampfes besonders stark militärische Strukturen ausgebildet hat und die außerdem als Hauptopfer der staatlichen Repression in besonderem Maße einen Absolutheitsanspruch stellt, der nicht mehr in Frage gestellt werden darf.

Im Ergebnis ist die PKK, die trotzdem heute möglicherweise alleine so stark ist, wie die übrigen Gruppen zusammen, innerhalb Türkisch-Kurdistan von anderen Organisationen isoliert. Nachdem sie aus militärstrategischen Gründen ein Bündnis mit der von ihr als „archaisch-nationalistisch“ bezeichneten KDP-Iraks

eingegangen ist, hat sie sich mit deren irakischen Bündnispartnern – vor allem der KPI – überworfen, als sich diese nicht bereit zeigten, ihre guten Beziehungen zu den der PKK feindlichen Organisationen in der Türkei aufzukündigen. Die blutigen Auseinandersetzungen, die daraus entstanden, mögen ein Faktor gewesen sein, der zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der PKK und der KDP beigetragen hat.

Darüber hinaus jedoch hat die KDP unter den Barzanis seit jeher ein rein instrumentales Verhältnis zum Befreiungskampf der Kurden außerhalb des Irak gehabt und auf dieser Basis nicht nur mit dem Iran zusammengearbeitet, sondern auch mit der Türkei.

Auf diesem Hintergrund ist die Meldung des PKK-Zentralorgans Serxwebûn vom November 1985 zu sehen, derzufolge es Anfang November zu einem Treffen zwischen Masud Barzani und drei Repräsentanten des türkischen Regimes gekommen sei, die die KDP – offenbar nicht ohne Erfolg – dazu bewegt hätten, ihren Teil der Grenze zur Türkei selbst zu kontrollieren, um so einen erneuten türkischen Einmarsch überflüssig zu machen. Unabhängig vom Heroismus der Kämpfer der PKK ist es unter den Bedingungen der wachsenden allseitigen organisatorischen Isolierung der Partei schwer vorstellbar, wie sie ihrem aktuellen Kampf die für eine qualitative Ausweitung zu einem späteren Zeitpunkt unter allgemein günstigeren Rahmenbedingungen notwendige Kontinuität verleihen kann. Ihr bewaffneter Kampf droht damit, anstatt Funke für einen langfristigen Volkskrieg oder gar eine gesamtgesellschaftliche Explosion zu werden, zu isolierten handstreichartigen Aktionen zu degenerieren.

Türkische Härteposition

Aber auch die anderen Parteien einschließlich der wichtigsten von ihnen – der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistan (TKSP) und der Avantgardistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PPKK) – haben noch kein überzeugendes Konzept gefunden, um aus der durch den faschistischen Putsch vom September 1980 besiegelten Niederlage der Linken in der Türkei herauszukommen.

Sie haben sich zwar mit der TKP und drei weiteren Linksparteien zur Linken Einheit (Sol Birlik) zusammengefunden (siehe AIB 12/1985, S. 39ff.) und damit einen praktischen Schritt zur notwendigen Vereinigung der linken Kräfte getan. Bislang gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, daß man im Zusammenwirken von Sol Birlik und der übrigen Linken vorangekommen ist.

Wenn diese Analyse zutreffend ist, be-

deutet die Übernahme dieser Strategie durch die kurdischen Organisationen natürlich auch, daß der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes in eine Sackgasse geführt wird, zumal gerade in der Kurdenfrage von keiner Fraktion der türkischen Bourgeoisie relevante Zugeständnisse zu erwarten sind.

Ungeachtet dieser aktuell und auf absehbare Zeit schlechten Situation des kurdischen Befreiungskampfes in der Türkei sind hier langfristig aufgrund der Zahl der Kurden, der Nichtteilnahme des überwiegenden Teils der Bourgeoisie und vor allem der traditionellen Führer (Aghas, Sheikhs) an der nationalen Bewegung sowie aufgrund der wegen des sozialökonomischen Entwicklungsstandes günstigsten Bedingungen für eine sozialistische Revolution die Voraussetzungen für eine politische und soziale Befreiung des kurdischen Volkes am günstigsten. Der subjektive Faktor entspricht allerdings den objektiven Möglichkeiten bisher in eklatanter Weise nicht.

Eine Befreiung des kurdischen Volkes – sei es in Form eines eigenen Staates oder auch nur in Form einer realen Autonomie – hat die Ausschaltung der bisher herrschenden Klasse innerhalb der kurdischen Gesellschaft, das Zurückdrängen des türkischen, arabischen und des – teils religiös verbrämten – persischen Chauvinismus sowie der imperialistischen Herrschaft über die Region zur Voraussetzung. Ein im Bewußtsein dieser Notwendigkeiten geführter Kampf für die nationale Befreiung ist damit ein bedeutender Beitrag für die sozialrevolutionäre Umgestaltung der Gesamtregion.

Literatur:

G. Chaliand (Hrsg.), Kurdistan und die Kurden, Bd.1, Reihe pogrom, Göttingen 1984, 477 S. Dieser Band mit Beiträgen verschiedener Autoren, unter ihnen aktive Teilnehmer an der kurdischen Nationalbewegung, stellt die beste Übersicht über das Problem auf Deutsch dar. In der 1. Jahreshälfte 1986 sollte ihm der 2. Band folgen, dessen Autor Ismet Cherif Vanly ist, der die aktuelle Lage thematisiert. G. Deschner, Saladins Söhne, Droemer Knauer, München 1983, 351 S. Eine mit 38 DM zwar relativ teure, aber spannend geschriebene, faktenreiche und objektive Einführung in die Geschichte und gegenwärtige Situation der Kurden.

H. Schlumberger, Durchs freie Kurdistan, Bertelsmann, München 1980, 219 S. Die Autorin reiste im Sommer und Winter 1979/80 durch die befreiten Teile iranisch Kurdistan und traf dort mit führenden Vertretern der kurdischen Nationalbewegung im Iran aber auch mit dem Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistan Iraks, Jellal Talabani, zusammen.

F. Ibrahim, Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 1983, 836 S., 117 DM. Wenn diese Doktorarbeit von Ferhad Ibrahim auch nur den irakischen Teil Kurdistan thematisiert, handelt es sich hierbei jedoch aufgrund der eingehenden historischen politischen und sozialen Analyse um das zum Verständnis der aktuellen Probleme wichtigste der zur Zeit vorliegenden deutschsprachigen Bücher zum Kurdenproblem.

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM



Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM



B. Graul
Das Land denen, die es bebauen
Agrarreform in Nicaragua
Weltkreis Verlag
224 Seiten, 14,80 DM

Interview mit Arturo Martinez

Von der Unregierbarkeit zum Sturz Pinochets



Die Pinochet-Armee traut sich nur noch mit Panzerfahrzeugen in die Armenviertel

Mit einem politischen Generalstreik wurden am 2./3. Juli d.J. weite Teile des Andenlandes lahmgelegt. Die meisten Geschäfte blieben geschlossen, Schulen und Universitäten wurden boykottiert. In 80% der Privatbetriebe kam die Produktion zum Stillstand. Aufgrund des massiven Aufmarsches von Polizei und Militär kam es in Santiago lediglich zu kleineren Demonstrationen. Die Aktion wurde von 75 Sprengstoffanschlägen begleitet. Sechs Menschen wurden durch die Repressionskräfte erschossen, über 600 Personen verhaftet.

Zu der bisher erfolgreichsten Protestaktion gegen das Pinochet-Regime hatte die am 26.4.1986 gegründete Versammlung der Bürgerschaft aufgerufen. Ihr gehören 230 Massenorganisationen – Gewerkschaften, Studenten-, Bauern- und Frauenorganisationen, Verbände von Selbständigen, Elendsviertelbewohnern, Klein- und Fuhrunternehmern – an. Sie wird von allen Parteien – von der Linken bis hin zur rechten Mitte – unterstützt.

Das Bündnis hatte für den Mai d.J. dem Diktaturregime eine Frist gesetzt, den in seinem nationalen Forderungskatalog aufgestellten elementarsten Demokratisierungswünschen stattzugeben. Als General Pinochet unnachgiebig verharnte, gab Juan Luis Gonzales, Präsident der Versammlung der Bürgerschaft, am 30. Mai d.J. deren Plan eines „patriotischen Ungehorsams“ bekannt. Er beinhaltete den Juni hindurch Boykottaktionen gegen ausgewählte staatliche Unternehmen und eine Serie von Aktivitäten der Volksmobilisierung (u.a. Studenten- und Schülerstreiks), um dann in einen landesweiten Generalstreik einzumünden.

Pinochets verstärkter Rückgriff auf Verhaftungen und Einsatz von Militäreinheiten gegen Demonstranten vermochten diesen Mobilisierungsprozeß nicht aufzuhalten. Über die Aussichten des antidiktatorischen Widerstands berichtet im folgenden Interview der Vorsitzende der chilenischen Druckergewerkschaft Arturo Martinez.

FRAGE: Ein Teil der Opposition spricht davon, daß 1986 das entscheidende Jahr im Kampf gegen Pinochet sei. Wie siehst du das?

A. MARTINEZ: Ich glaube, daß 1986 ein sehr wichtiges Jahr ist bezüglich des Aufschwungs des politischen und sozialen Kampfes gegen die Diktatur.

Viele neue Sektoren und gesellschaftliche Gruppen haben sich in die Opposition eingereiht bzw. ihre Aktivitäten intensiviert. Aber es wird auf keinen Fall das entscheidende Jahr sein, das Jahr, in dem das chilenische Volk die Diktatur stürzen kann. Es wäre schön, wenn dem so wäre. Aber noch sitzt Pinochet fest im Sattel.

Er kontrolliert und führt die Regierung und die Streitkräfte souverän und sein Sicherheitsapparat ist intakt. Zweifels- ohne ist die große Mehrheit gegen die Diktatur, doch Pinochet versteht es geschickt, die Opposition zu spalten.

Meiner Meinung nach wird die Gewalt weiter ansteigen. Pinochet wird die Repression verschärfen, auch gegen bislang verschont gebliebene Gruppierungen vorgehen.

Auf jeden Fall wird 1986 ein ganz wichtiges Jahr. Mit Hilfe der sozialen Mobilisierung und Pinochets Reaktion darauf können wir eine Übereinstimmung erzielen und den Aufbau eines politischen Projektes für die Zukunft einleiten. Das wird der große Fortschritt sein.

Keine philippinischen Verhältnisse

Aber man muß etwas anderes berücksichtigen. Es gibt Kräfte in der Opposition, welche die Ereignisse auf Haiti und den Philippinen auf Chile übertragen. Aber hier herrschen andere Verhältnisse. Ein Ausweg wie auf Haiti oder den Philippinen wäre für die Regierung Reagan mit Schwierigkeiten verbunden. Jene Kräfte, die sich Hoffnung auf eine Entwicklung wie dortzulande machen, sehen nicht, daß hier ganz andere Einflüsse zur Geltung kommen.

Noch hat die chilenische Diktatur viele Möglichkeiten. Die Streitkräfte funktionieren und sind nach wie vor monoli-

tisch. Für Chile gibt es nur eine Lösung: gemeinsam mit dem Volk.

FRAGE: Heißt das nicht, daß Pinochet — wie von ihm immer wieder öffentlich bekräftigt — bis 1989 weiter herrschen wird, um sich dann möglicherweise für weitere 9 Jahre zur Wahl zu stellen?

A. MARTINEZ: Erstmals gab es in diesem Jahr keine politische Sommerpause. Auch in den Hitze- und Ferienmonaten Januar und Februar gingen die Kundgebungen und Proteste weiter. Dies sind Indikatoren für den Aufschwung des Kampfes gegen die Diktatur.

Ich bin sicher, daß Pinochet 1989 nicht erreicht und Chile Ende '86, Anfang '87 unregierbar sein wird.

FRAGE: Wie siehst du die Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozeß?

A. MARTINEZ: Noch vor einiger Zeit hatten die Arbeiter Angst und beteiligten sich kaum an der Gewerkschaftsarbeit. Dann überwandnen sie, auch wegen des wirtschaftlichen Elends, ihre Furcht und engagierten sich stärker.

Danach machten die Gewerkschaften einen großen Schritt nach vorn und schlossen sich den politischen Auseinandersetzungen, bei denen sie bislang am Rande gestanden hatten, an. Man muß klar sehen, daß vorher nicht die Arbeiter, sondern die Führer aktiv waren. Und das hat sich geändert.

Dieses Jahr werden die Lohnabhängigen ihren Kampf noch stärker aus den Betrieben auf die Straße tragen.

Ich sehe die Gewerkschaften heute in erster Linie nicht für die Wiedererlangung ihres sozialen Status' und ihrer sozialen Rechte kämpfen, sondern für ihre politischen und humanitären Rechte. Denn die Arbeiter wissen, daß die Wirtschaft zerstört ist und die Unternehmer keine Antwort haben; der Kampf also gegen das Regime geführt werden muß. Darauf bereiten sich die Gewerkschaften vor. (...)

FRAGE: Du sprachst vorher von der Angst der Arbeiter. Glaubst du, daß un-

ter den aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen ein Generalstreik — wie geplant — erfolgreich möglich ist?

A. MARTINEZ: Nun, das hängt davon ab, was man darunter versteht.

Wenn ein Generalstreik in Chile nur die Lahmlegung der Wirtschaft durch die Lohnabhängigen bedeuten würde, dann sicher nicht. Aber wir planen eine andere Paralyisierung des Landes.

Wenn wir von Streik reden, dann heißt das auch: Stillstand des öffentlichen Nahverkehrs, Schließen der Läden und Kaufhäuser, Einkaufsboykott der Frauen, Lehr- und Lernstreik an den Schulen und Universitäten, Protestaktionen in den Armenvierteln und im Zentrum. Das ist ein politischer Generalstreik, bei dem nicht nur die Arbeiter Verantwortung tragen.

Das ist ein breiter Volksstreik. Und einen solchen haben wir trotz großer Angst im Oktober '84 schon einmal recht erfolgreich organisiert.

Unregierbarkeit herstellen!

FRAGE: Reichen denn diese Kampf-Formen aus, um die Diktatur zu stürzen? Chiles Zukunft wird ja nicht nur im Lande selbst entschieden.

A. MARTINEZ: Die Sache ist folgende: Wir wollen das Land unregierbar machen.

Dennoch könnte Pinochet an der Macht bleiben, sich beispielsweise im Regierungspalast Moneda verschanzen. Mit Unregierbarkeit allein können wir Pinochet nicht davonjagen. Das heißt, wir müssen andere Formen zusätzlich entwickeln.

Ich bin nicht so naiv zu glauben, es würde reichen, das Land lahmzulegen, um den Diktator zum Rücktritt zu veranlassen. Pinochet geht nicht freiwillig. Er hat sich mit Waffengewalt an die Macht geputscht und wir müssen ihn schon stürzen.

Dafür ist meiner Meinung nach eine Doppelstrategie nötig:

Einmal muß über eine Massenbewegung Unregierbarkeit hergestellt werden, um dadurch ein Klima zu schaffen, in welchem Konflikte innerhalb des Regimes aufbrechen. Zum anderen müssen wir eine Kraft schaffen, welche fähig ist, Pinochet und sein System zu stürzen. Darin täuschen wir uns nicht.

Diese Meinung teilt natürlich nicht die ganze Opposition. Teile davon meinen, Pinochet würde allein durch die Unregierbarkeit, durch Massendruck, zurücktreten. Auch deshalb, weil sie damit rechnen, daß externe Kräfte eine große Rolle spielen könnten, allen voran natürlich die Regierung Reagan.

Ich bin jedoch davon überzeugt, daß das chilenische Volk die Fähigkeit besitzt, seine Probleme selbst zu lösen. Wir leiden nun fast 13 Jahre unter diesem Verbrecherregime, aber wir haben es geschafft, Gegenwehr zu organisieren und systematisch zu verstärken. Das zeigt, daß wir die Diktatur stürzen können.

Wenn internationale Hilfe kommt, muß sie die Opposition unterstützen, sich nicht aber selbst in unsere Angelegenheiten bestimmend einmischen wollen. Wir, das heißt die linken Kräfte, lassen uns mit einer derartigen Lösung nicht beschießen. Wir haben nicht jahrelang diesen hohen Preis bezahlt, damit die Yankees kommen, das Regime durch eine ihnen genehme Regierung ersetzen und uns Bedingungen stellen. (...)

FRAGE: Heißt das, daß du mit jenen Teilen der Opposition, die neben der Mobilisierung auf Verhandlungen mit dem Militärregime setzen, nicht einverstanden bist?

A. MARTINEZ: Mit dem Militärregime kann man nicht verhandeln.

Dieses hat dazu auch keinerlei Bereitschaft gezeigt, allenfalls dann, wenn es darum ging, die Massenmobilisierung zu schwächen. Wir dürfen uns nichts vormachen über angebliche Verhandlungswünsche Pinochets. Das Wort „verhandeln“ hat für ihn nur taktische Bedeutung, um die Opposition zu zersplittern. Klar, wenn es hier Generäle gäbe, Sektoren des Militärs, die ernsthaftes Interesse an Gesprächen hätten, ehe Chile noch tiefer in die Krise getrieben wird, müßte die Opposition selbstverständlich mit ihnen reden. Aber mit Pinochet und seinen Handlangern — nein, das wäre wirklich naiv.

Die Opposition hat für derartige Hoffnungen bereits beträchtlich bezahlt und kann so nicht weitermachen. Pinochet kann nur eines tun: abhauen, bevor wir ihn davonjagen. Mit ihm gibt es nur ein Gesprächsthema: die Verantwortung für seine zahllosen Verbrechen.

(Quelle: Die Wochenzeitung, Zürich, 4.7.1986)



Günter Schucher

„Wird unsere Reform zum Kapitalismus führen?“



Werbung für Luxus-Elektronik als Arbeitsanreiz; Förderung der Privatinitiative: Bauer auf einem freien Markt in Xangshuo (r.)

Das Interesse, das westliche Politiker und Medien der Volksrepublik China entgegenbringen ist in letzter Zeit stark angewachsen. Grund hierfür sind vor allem die wirtschaftlichen Reformen die sich im bevölkerungsreichsten Land der Welt vollziehen und die verstärkte Bereitschaft Beijings zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland. Dies wurde im Juni d.J. mit der Westeuropa-Rundreise des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, erneut deutlich. Es zeichnen sich jedoch ebenfalls Positionsveränderungen in anderen außenpolitischen Fragen, etwa in der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern oder in der Friedensfrage ab. In einer Artikelreihe, die mit einem Beitrag zu den wirtschaftlichen Reformen beginnt, wollen wir die Hintergründe und Perspektiven der innen- und außenpolitischen Veränderungen der VR China beleuchten. Unser Autor, der Sinologe Günter Schucher, hält sich zu Studienzwecken seit einem Jahr in der VR China auf.

Als Ministerpräsident Zhao Ziyang am 25. März d.J. vor die Delegierten des Nationalen Volkskongresses trat und Rechenschaft über die letzten 5 Jahre ablegte, konnte er mit Recht stolz sein. Die erzielten Erfolge sind weit höher als im Plan vorgesehen.

Der Bruttoproduktionswert der Industrie war jährlich um 12% gestiegen, der der Landwirtschaft um 8,1%. „Diese Wachstumsrate der Wirtschaft entspricht ungefähr der in der Periode des 1. Fünfjahrplans (1953-57; d. Verf.) und liegt sowohl höher als die in den Perioden der anderen Fünfjahrpläne als auch höher als die vieler Länder der Welt im selben Zeitraum.“

Selbst wenn man das niedrige Ausgangsniveau und die vorhandenen großen, nur gering genutzten wirtschaftlichen Kapazitäten berücksichtigt, ist das Ergebnis beeindruckend.

Besonders die Landwirtschaft, die Grundlage der Volkswirtschaft, hat sich rasch entwickelt. Der durchschnittliche

jährliche Getreideertrag stieg von 305,2 Mio t im Zeitraum 1976-80 auf 370,6 Mio t. Noch ist die Pro-Kopf-Produktion der wichtigsten Produkte relativ niedrig, aber erstmals gelang es, mit nur 7% der Weltanbaufläche 1 Mrd Menschen, d.h. 22% der Weltbevölkerung aus eigener Kraft mit Getreide zu versorgen und bei der Baumwollproduktion Überschüsse zu erzielen.

Selbstversorgung mit Getreide und Baumwolle

Wenn auch immer noch ein Großteil der ländlichen Bevölkerung in ärmlichen Verhältnissen lebt, so verbesserte sich doch der Lebensstandard der Bevölkerung merklich. Nach Abzug der Preissteigerungen stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Angestellten um jährlich 6,9%, das der Bauern um 13,7%. In den Städten wurden insgesamt 35 Mio Arbeitsplätze geschaffen, womit sich die

städtische Arbeitslosenrate auf 1,8% verringerte.

Nicht nur der Konsum nahm zu, auch die Konsumstruktur veränderte sich zusehends. Viele Chinesen sind jetzt in der Lage, sich besser als früher zu ernähren, zu kleiden und sich mehr langlebige Konsumgüter zu kaufen.

Die Erfolge sind unbestritten, das Warenangebot hat beträchtlich zugenommen, Bezugsscheine sind weitestgehend abgeschafft. „Als wir begannen, den 6. Fünfjahrplan durchzuführen, ahnte keiner von uns, daß wir so große Erfolge erzielen könnten. Heute“, so versicherte Zhao, „ist das ganze Volk davon überzeugt, daß wir in der Lage sind, das Ziel der Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes der Industrie und Landwirtschaft bis Ende dieses Jahrhunderts zu erreichen.“¹

Das Programm, das Zhao vor den Delegierten skizzierte, ist ehrgeizig. Wie seit langem erwartet, steckte er in seiner zweistündigen Rede den Rahmen der Reformen ab, die China in eine „auf dem Gemeineigentum basierende planmäßige Warenwirtschaft“ verwandeln sollen.

Die intensive und systematische Neustrukturierung der Wirtschaft, so erklärte Zhao, erfordere vor allem dreierlei:

- Die Betriebe müssen tatsächlich zu relativ unabhängigen, für Gewinn und Verlust eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Einheiten gemacht und verschiedene Eigentumsformen und Bewirtschaftungsmethoden entwickelt werden.
- Art und Menge der vom Staat zu ver-

teilenden Produkte sind weiter zu reduzieren, die Preise dem Markt zu überlassen.

• Bei der Schaffung eines sozialistischen makroökonomischen Managementsystems sei schrittweise von der direkten zur indirekten Kontrolle überzugehen. Zur Entwicklung der Produktivkräfte, so geht aus Zhaos Ausführungen unzweideutig hervor, sollen also auch weiterhin die Marktkräfte an Gewicht gewinnen. Es wird nicht von dem Weg abgewichen, der 1978 eingeschlagen wurde.

„Ultralinke“ matt gesetzt

Im Dezember 1978 gelang es Deng Xiaoping, auf der 3. Tagung des XI. Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) eine Mehrheit von Reformbefürwortern um sich zu scharen und eine Änderung des „ultralinken“ Kurses durchzusetzen, der auch noch nach dem Sturz der „Vierbande“ 1976 vom damaligen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hua Guofeng fortgesetzt worden war.

Dieser „strategische Richtungswechsel in der Entwicklungsstrategie“² – vollzogen nach harten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die schließlich auch zum Sturz Huas führten – beinhaltete im wesentlichen, daß mit Beginn des Jahres 1979 der Schwerpunkt der Arbeit auf die „Modernisierung“, d.h. auf die

übermäßiger Kontrolle wurde gelockert und Marktkräften mehr Gewicht gegeben. Die 1955/56 überhastet vorgenommene Vergesellschaftung in Landwirtschaft und Industrie wurde rückgängig gemacht und mit der „Öffnung nach außen“ die Nutzung ausländischen Kapitals ermöglicht. Der Teufelskreis von „hohem Tempo, hoher Akkumulation, geringer Effizienz und niedriger Konsumtion“⁴ wurde durchbrochen.

Erste grundlegende Veränderungen gab es auf dem Lande.

Zunächst führte man mittels Formen der Produktionsverantwortlichkeit für Gruppen innerhalb der Produktionsteams Prinzipien des materiellen Anreizes unter den Bauern ein. Dann machte man ab 1981/82 die Einzelhaushalte zur Grundeinheit und gab ihnen die volle Verantwortung für die Produktion.

Die 200 Mio Haushalte schließen nun mit den Produktionsteams einen Vertrag über die Bearbeitung einer Parzelle Land und verpflichten sich dafür, eine bestimmte Menge der Ernte abzuliefern. Überschüsse können sie auf dem freien Markt verkaufen. Bereits Ende 1983 waren über 90% der Familien dem „vertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystem“ angeschlossen. Sie produzierten jetzt nicht mehr, „was der Staat will“, sondern „was der Markt will“.⁵

Diese grundsätzliche Änderung wurde unterstützt durch weitere Reformen, die alle die Unabhängigkeit der Haushalte wachsen ließen. Die Volkskommunen wurden aufgelöst (bzw. ihre ökonomischen von den Verwaltungsaufgaben abgekoppelt). Die mögliche Vertragszeit für das Land wurde im Januar 1984 von zunächst 3-5 auf 15 und mehr Jahre verlängert. 1983 wurde es gestattet, Verwandte, „Spezialisten“ und „Helfer“ als Arbeitskräfte anzustellen. Und den Bauern wurde der Kauf von Maschinen und Transportmitteln erlaubt. Besondere Förderung erlangten die „spezialisierten Haushalte“, die sich z.B. auf Viehzucht, Fischfang oder bestimmte Agrarprodukte konzentrieren.

Diese Politik hatte Erfolg. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion stieg von 1980-85 um 66,8%.⁶ Inzwischen wurde die 2. Phase der Reform eingeleitet, in deren Mittelpunkt die Neustrukturierung der ländlichen Wirtschaft und Veränderungen im Ankaufs- und Vermarktungssystem stehen sollen.

Im Industriesektor wurde zunächst in einigen Betrieben mit Reformen zur „Belebung“ experimentiert, mit geringem Erfolg.

Nur 15% der mittleren und großen Betriebe verzeichneten Fortschritte, 65% keine bedeutenden und 20% gar keine.⁷ Erst im Oktober 1984 beschloß das 3. ZK-Plenum den entscheidenden Schritt zur umfassenden Reform der

Wirtschaftsstruktur.

Jetzt rückten die Industrie und die Städte in den Mittelpunkt der Reform: Durch ein geändertes Plansystem erhielt die Marktnachfrage einen stärkeren Einfluß auf die Produktion. Die Entscheidungsbefugnisse in Planung, Produktion und Verkauf, bei der Preisgestaltung und der Nutzung der betrieblichen Fonds sowie in Lohn- und Prämienfragen wurden erweitert, staatliche und betriebliche Verwaltung getrennt. Die Direktoren sind jetzt dem Betrieb verantwortlich, der mit anderen Wirtschaftseinheiten in Konkurrenz tritt.

Durch innerbetriebliche Reformen – wie Verantwortlichkeitssysteme, Leistungslöhne, Koppelung der Prämien an die Produktionsergebnisse und die über Belegschaftskongresse mögliche Teilnahme der Arbeiter an Leitung und Verwaltung – wurde das Interesse der Arbeiter gesteigert. Die Ablieferung der Gewinne an den Staat wurde durch die Zahlung von Steuern ersetzt, um die ökonomische Aktivität der Betriebe zu stimulieren. Die staatlichen Unternehmen behielten 1984 ca. 35 Mrd Yuan an Gewinnen ein, 12,7 mal soviel wie noch 1978.⁸

Aufblähung des Privatsektors

Ein wichtiges Element der Reform ist die Förderung des kollektiven und privaten Sektors. Beide sind hauptsächlich auf den Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich orientiert und haben daher einen großen Anteil an der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung.

Der kollektive Sektor wurde von seiner Anbindung an den Staat befreit und nahm rapide zu. Sein Anteil an der Industrieproduktion stieg in den 6 Jahren seit 1979 von 19,7% auf 27,7%.⁹

Ist der Privatsektor auch von geringerer

Reformarchitekten: Deng Xiaoping und Hu Yaobang (r.)



Wirtschaftswachstum

(durchschnittliches jährliches Wachstum in %)

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Bruttoproduktionswert	
		Industrie	Landwirtschaft
1953-78	7,9	11,7	3,2
1981-85	11,0	12,0	8,1
1984-85	15,5	18,2	14,7

(Zahlen und eigene Berechnungen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 23.7.1985 und 15.4.1986; Far Eastern Economic Review, Hongkong, 20.3.1986)

Wirtschaftspolitik, gelegt wurde. Als Grundziel wurde wieder die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes anerkannt und damit dem Konsum als die Wirtschaft belebenden Faktor wieder Gewicht beigemessen.

Im Gegensatz zu den „Ultralinken“, denen das „richtige Verständnis des grundlegenden Wirtschaftsgesetzes des Sozialismus“ fehlte,³ wurden jetzt unter Rückgriff auf Erfahrungen der 50er Jahre Maßnahmen ergriffen, um die rein administrative Lenkung durch die Nutzung objektiver ökonomischer Gesetze zu ersetzen und die bisherige Vernachlässigung von Landwirtschaft und Leichtindustrie zu überwinden.

Durch materielle Anreize wurde die Leistungsbereitschaft von Arbeitern und Bauern gesteigert, das erstarrte System

Eigentumsverhältnisse

Bruttoproduktionswert der Industrie nach Eigentumsformen¹:
Angaben in %

Jahr	Staatlich	Kollektiv	Privat	Sonstiges ²
1978	80,8	19,2	0	0
1982	77,8	21,4	0,1	0,7
1985	70,4	27,7	0,5	1,4

¹Die ländliche Industrie auf Dorfebene ist nicht einbezogen (8,3% der gesamten Industrieproduktion)
²Gemischte Eigentumsformen (staatliche-kollektiv, kollektiv-privat und Joint Ventures)
Quellen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 15.4.1986 und Far Eastern Economic Review, Hongkong, 20.3.1986)

Bedeutung, so hat doch seine explosionsartige Ausdehnung vor allem im Ausland große Aufmerksamkeit erregt. Im Januar 1986 waren 17,66 Mio Chinesen hier beschäftigt, 120 mal mehr als noch 5 Jahre zuvor. Von 10,65 Mio im Juni 1985 registrierten Betrieben sind 5,8 Mio Handelsunternehmen, 1 Mio Essensstände und Restaurants, 750.000 Reparaturstätten und 800.000 Transportbetriebe. 76% aller privaten Geschäfte sind in den Dörfern tätig.¹⁰

Gesetzlich ist den Privaten zwar die Anstellung von zwei Helfern und fünf Lehrlingen erlaubt. Im Durchschnitt aber beschäftigt jedes Unternehmen nur 1,4 Arbeiter. Von „Ausbeutung“ in großem Stil kann also noch nicht die Rede sein. Vielmehr sind in diesem Sektor zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden: Bis Mitte 1985 hatten sich 900.000 arbeitslose Schulabgänger, 2,3 Mio Arbeitslose und 12,2 Mio Bauern als Private registrieren lassen.¹¹

Wenn inzwischen auch kleine volkseigene Betriebe an Private verpachtet werden, so ist doch insgesamt eine Erschütterung des Gemeineigentums noch nicht zu erkennen. Der Anteil der Privatbetriebe an der industriellen Bruttoproduktion betrug 1985 0,5%, am Einzelhandelsumsatz 14%.¹²

Mit der „Öffnung nach außen“, gab

China seine bisherige Weigerung, ausländische Kredite anzunehmen, auf und lud sogar zu direkten ausländischen Investitionen ein.

Zunächst allerdings erregte dieser Schritt mehr die westliche Presse als die Unternehmer. Erst als die gesetzlichen Sicherungen zunahmen, erste Erfahrungen gemacht und ausgewertet, die Vorzugsbedingungen erweitert, Sonderwirtschaftszonen eingerichtet und einer Reihe von Küstenstädten besondere Rechte bei der Anlockung von Investoren gestattet wurden, kam der Prozeß allmählich in Gang. Er erreichte 1985 ein bisher unbekanntes Tempo. Allein in diesem Jahr wurden fast so viele chinesisch-ausländische Joint Ventures (Gemeinschaftsunternehmen; d. Red.) errichtet (1.300) wie in den 5 Jahren zuvor. Bis Ende 1985 waren außerdem 120 rein ausländische Betriebe gegründet.¹³

Begünstigt wurde dies u.a. durch eine weitgehend pragmatische Politik. Diese beinhaltet zum Zweck, fortgeschrittenes Know-how und Verwaltungserfahrungen zu importieren, auch die Bereitschaft, ideologische Zugeständnisse zu machen und bei auftauchenden Problemen die Kontrollen zu lockern statt sie zu verschärfen.

Schlüssel Preisreform

Als Schlüssel der Reform aber gilt die Preisreform. Das Hauptproblem, so erläuterte Vizepremier Tian Jiyun, liege darin, daß die Preise – z.T. seit 1950 unverändert – weder den Wert der Waren noch die Beziehung von Angebot und Nachfrage widerspiegeln.¹⁴

So haben die Betriebe angesichts viel zu niedriger Preise für Rohstoffe, Halbfertigwaren und Energie, aber viel zu hoher für Fertigprodukte kein unmittelbares Interesse daran, die Produktion zu effektivieren. Gleiche Preise trotz unterschiedlicher Qualität führen dazu, daß sich die Lager mit minderwertigen Produkten füllen.

Hohe und ständig steigende staatliche Subventionen (1981 ein Drittel der Staatsausgaben), mit denen die Einzelhandelspreise niedrig gehalten werden, schränken die verfügbaren staatlichen Mittel stark ein. Einheitliche, niedrige staatliche Aufkaufpreise können die Bauern nicht zur Mehrproduktion bewegen.

Mit der Preisreform, das war klar, war die Preisstabilität, noch 1982 auf dem XII. Parteitag als Voraussetzung der Reform festgelegt, nicht mehr zu gewährleisten. Durch Lohnerhöhungen auf der einen und Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der anderen Seite sollen die Konsequenzen gemildert werden.

Nachdem die Reform lange verschoben



Studenten an der Universität Jiaotong

worden war, wurde Anfang 1985 schließlich das staatliche Monopol für den Aufkauf und die Vermarktung von Getreide und Baumwolle aufgehoben und die Preiskontrollen für Schweinefleisch, Gemüse und andere leichtverderbliche Lebensmittel gelockert. Die Preise auf dem freien Markt schnellten daraufhin in die Höhe. Unzufriedenheit und sogar Demonstrationen waren die Folge.

Die Führung aber vertraute darauf, daß sich die Preise bald fangen und auf einem „vernünftigen“ Niveau einpendeln würden. Unzufriedenen wurde entgegengehalten, daß nur über die Stimulierung der landwirtschaftlichen Produktion der Lebensstandard verbessert werden kann. Laut Statistik überstieg der Lohnanstieg die Preiserhöhungen.¹⁵

Gemeineigentum vorherrschend

Eine Reihe von Reformen, vor allem die Einführung des Haushaltsverantwortlichkeitssystems, die Zulassung von Privatbetrieben und ausländischen Investitionen nährten im Westen die Hoffnung, China sei auf dem Weg zu einem kapitalistischen Land.

Daß dies nicht ganz von der Hand zu weisen ist, bestätigte Deng Xiaoping selbst: „Wenn unsere Politik jedoch zu einer Polarisierung führt, dann sind wir gescheitert; wenn sie gar eine neue Bourgeoisie hervorbringt, dann haben wir den falschen Weg eingeschlagen.“¹⁶

Als er gar Mitte 1985 die Sonderwirtschaftszonen als „nur ein Experiment“ bezeichnete, da sie bisher die Erwartung hinsichtlich der Einfuhr moderner Technologie nicht erfüllt hatten und entgegen ihrer erklärten Funktion Chinas Devisenreserven schröpften statt harte Währung ins Land zu bringen, da geriet die inter-



nationale Geschäftswelt in Aufregung. Doch alsbald wurde versichert, daß die Reform ein strategischer Kurs und daher nicht an eine Änderung gedacht sei. Und an einheimische Kritiker gerichtet, versicherte Deng, die Reformen würden „mit Sicherheit nicht“ zum Kapitalismus führen, wenn die in Gemeineigentum befindliche Wirtschaft die absolute Oberhand behielte und eine Polarisierung verhindert würde.¹⁷

Und in der Tat kann bisher von einer „Reprivatisierung“ der Produktionsmittel noch keine Rede sein. Der Boden ist nach wie vor Kollektiveigentum. Er ist weder verkäuflich noch vererbbar. Der Anteil des ausländischen Kapitals an der Gesamtproduktion und den Gesamtinvestitionen (1979-84: 4,2%¹⁸) ist gering. Und auch die Stellung des Privatsektors ist eine andere als noch in den Jahren nach der Befreiung (1949). Damals war das sozialistische Gemeineigentum noch keineswegs vorherrschend.

Vor allem soll an der staatlichen Planung festgehalten werden, wenn auch Befehlspläne zugunsten von Leitplänen an Bedeutung verlieren werden. Aber immerhin werde mit dem 7. Fünfjahrplan erstmals ein Plan vor Beginn der Planperiode vorgelegt.

Das bedeutet jedoch nicht, daß es keine Probleme gibt. Einige sind dabei durchaus widersprüchlicher Natur, wenngleich es zu früh ist zu entscheiden, inwieweit sich ihre nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen und gesellschaftlichen Folgen eventuell auf das Gesellschaftssystem insgesamt auswirken werden.

Auf dem Lande z.B.¹⁹ ist es seit 1984 möglich, Land für 15 Jahre und mehr (in besonderen Fällen auch 30 Jahre) unter Vertrag zu nehmen, um so die Bauern zu Investitionen anzuregen.



Durchschnittsfamilie in Schanghai

Sogar auf dem gegenwärtig niedrigen Grad der Mechanisierung führt die Steigerung der Arbeitsproduktivität aber zur Freisetzung von Arbeitskräften – bis 1990 schätzungsweise 100 Mio Bauern.²⁰ Diese sowie 6 Mio Schulabgänger und 10 Mio in den Betrieben überflüssig gewordene Arbeiter strömen in den Privatsektor und die ländliche Kleinindustrie. Deren Expansion ist aber begrenzt und führt schon jetzt zu Energie- und Rohstoffengpässen. Die Volkszeitung sprach von „ungezügelterm Wachstum“.²¹

Auf der anderen Seite verlangsamt der Überfluß an Arbeitskräften die Mechanisierung der Landwirtschaft – die unumgänglich ist, wenn die gegenwärtige Steigerung der Erträge nicht wieder nachlassen soll. Mit der Einführung des Haushaltssystems traten kollektive Aufgaben in den Hintergrund.

So nahm das bewässerte Land ab und ohnehin knappes Agrarland wurde für den Hausbau zweckentfremdet und sogar „verkauft“. Hält der gegenwärtige Trend an, wird in der Provinz Sichuan das bebaubare Land bis zum Jahre 2000 um 30% abnehmen.²² Der Verkauf von Land ist zwar verboten, aber Unterverpachtung ist erlaubt und wird sogar gefördert.

Einkommensunterschiede beginnen sich herauszubilden. Die spezialisierten Haushalte in der Provinz Jiangsu verdienen im Durchschnitt 80% mehr als andere ländliche Familien.²³ Noch wichtiger aber als dieser nur in Ansätzen vorhandene Trend ist, daß der überwiegend private Charakter der Bewirtschaftung unter dem Kontraktssystem dem Entstehen eines kleinbürgerlichen Privateigentumsdenkens ausreichend Nährboden bietet. Auch vor diesem Hintergrund sind die

mahnenden Worte des Wirtschaftsfachmanns Chen Yun zu betrachten, die dieser im September 1985 an die Delegierten der Nationalen Konferenz der KP Chinas und die Mitglieder der Disziplin-kontrollkommission richtete.²⁴

Er kritisierte u.a. die Propagierung der sog. 10.000 Yuan-Haushalte (1 Yuan = 0,73 DM). Diese seien keinesfalls Vorbilder und ihre Zahl sei verschwindend gering.

Eine Untersuchung in der Provinz Heilongjiang ergab dazu folgendes Bild: Während die Zahl der 10.000 Yuan-Haushalte nur 0,18% der Bevölkerung ausmachte, betrug die Zahl derjenigen, die gerade genug verdienten, um sich Nahrungsmittel und Kleidung zu beschaffen, und der armen Bauern über 80%.²⁵

„Planwirtschaft ist die Hauptsache“

Die Mehrzahl der Bauern ist also noch weit davon entfernt, wohlhabend zu sein. Viel wichtiger, als die Spitzenverdiener als Vorbild hinzustellen, so griff Vizepremier Tian die Kritik auf, sei es, Maßnahmen zu ergreifen, um die „zur Zeit in gewissem Maße existierenden, zu großen Einkommensunterschiede ... zu verringern“, denn der Staat sei sozialistisch und alles andere könne die gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen.²⁶ Chen Yun wies weiterhin nachdrücklich daraufhin, daß die „Theorie – die Planwirtschaft ist die Hauptsache, die Regulierung durch den Markt die Ergänzung – nicht überholt“ sei. Man müsse sich darüber im klaren sein, daß bei der Durchführung der Öffnungspolitik unvermeidlich „die dekadente kapitalistische Ideologie“ ins Land eindringe. Daß

Einkommen der Familien

(Durchschnittliches jährliches Nominaleinkommen pro Familienmitglied in Yuan; 1 Yuan = 0,73 DM)

	1978	1984	jährliche reale Wachstumsrate (1979-84)
Arbeiter- und Angestelltenfamilie	316,0	607,6	8,2%
Bauernfamilie	133,6	355,3	15,0%

(Zahlen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 23.7.1985)

Ausstattung mit Konsumgütern

(Zahl der Waren pro 100 Familien)

	Arbeiter und Angestelltenfamilien		Bauernfamilien	
	1980	1984	1980	1984
Fahrräder	126,77	162,67	36,87	74,48
Armbanduhr	223,89	282,95	37,58	109,44
Radiogeräte	84,90	103,11	33,54	61,13
Nähmaschinen	65,57	77,52	23,31	42,57
Fernseher	32,29	85,36	0,39	7,24

(Zahlen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 23.7.1985)

angesichts dieser Gefahr viele, „Kommunisten eingeschlossen“, die sozialistischen Ideale vergessen hätten, könne möglicherweise dazu führen, daß die „gesamte Sache“ vom Marxismus und vom sozialistischen Weg abweiche.

Chens Rede wurde vielfach als Absage an die Reform insgesamt aufgefaßt. Sie ist aber wohl eher als Warnung an jene zu verstehen, die die Reform zur Überwindung des Sozialismus nutzen wollen. Die Reformen, so hob auch Deng auf der Parteikonferenz hervor, sei eine „Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems“. Ihre Prinzipien seien Vorherrschaft der sozialistischen staatseigenen Wirtschaft und allgemeiner Wohlstand.²⁷

Tatsache ist, daß trotz aller Verbesserungen die wirtschaftliche Lage nicht zufriedenstellend ist. Die angestrebte Effektivierung und Intensivierung der Wirtschaft hat vor allem mit zwei langfristig wirkenden Hemmnissen zu kämpfen: Die materiell-technischen Bedingungen sind weiterhin verhältnismäßig rückständig, 80% der Produkte in der

Industrie werden mit Maschinen aus den 30er Jahren hergestellt.

Die Nutzung moderner Produktionstechnologie macht vor allem in der Landwirtschaft, wo Handarbeit noch vorherrschend ist, zu langsamen Fortschritten. Jeder chinesische Bauer ernährt heute drei Personen, jeder indische aber fünf, sowjetische 11 und US-amerikanische sogar 67. In der Leichtindustrie, als rückständigstem Teil der Industrie, können nur 10% der Betriebe als modern eingestuft werden.

Noch rückständiger aber, so Zhao Ziyang, ist das Management. Administrieren, fehlende Entscheidungskompetenzen und -fähigkeiten sind neben unzureichender Ausbildung der Arbeiter und mangelnder Disziplin Gründe für die große Materialverschwendung und niedrige Qualität in der Produktion.²⁸

Seit Anfang 1985 wurde auf verschiedenen Konferenzen wiederholt auf die Probleme hingewiesen, die im Verlaufe der Reform auftraten.

So gingen im Ergebnis der Dezentralisierung Kontrollmöglichkeiten verloren.

Mangelnde Plandisziplin und blindes Wettfeiern um hohe Produktionsziele führten 1984 zu einer „Überhitzung“ der Produktion.

Zu schnell steigende Investitionen – aufgrund der Zerstückelung zudem zu einem Drittel ineffektiv – ließen Engpässe im Energiesektor, im Verkehrswesen und bei der Rohstoffversorgung entstehen. Sie führten durch die Belebung der Verarbeitungsindustrie zu einem großen Anstieg der Kredit- und Konsumfonds. Um das Entwicklungstempo aufrechtzuerhalten und zugleich Geld aus dem Umlauf zu ziehen, wurden große Mengen von Rohstoffen und hochwertigen Konsumgütern importiert. Die Devisenreserven sanken rapide. Erst ab Anfang 1985 gelang es diesen Prozeß abzubremsen.

Vor neue Schwierigkeiten sahen sich die Reformer gestellt, als sich 1985 herausstellte, daß die Preise zu schnell stiegen und die Getreideproduktion sank. Der Preisindex stieg 1985 im Landesdurchschnitt offiziell um immerhin 9%, in den Städten aber weit mehr. Nahrungsmittelpreise zogen hier um 20-30% an.²⁹

Tian Jiyun Reformen zur Selbstvervollkommnung

Auf einer Konferenz der zentralen Organe der VR China vom 6. Januar d.J. hielt der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun eine Grundsatzrede zur Wirtschaftslage und zur Reform des Wirtschaftssystems. Im folgenden Auszug äußert sich Jiyun zur Frage, ob durch die Reformen der sozialistische Charakter des Gesellschaftssystems infrage gestellt wird.

Schon zu Beginn der Reform wies unsere Partei darauf hin, daß unsere Reform keine Verneinung und Erschütterung des sozialistischen Systems, sondern seine Selbstvervollkommnung und Entwicklung darstelle. Wird unsere Reform zum Kapitalismus führen? Das ist eine Frage, die für viele Genossen im Inland und viele Freunde im Ausland von großem Interesse ist. Unsere Antwort ist ein absolutes Nein.

Die Praxis in den vergangenen Jahren zeigt, daß unsere Reform nicht von der sozialistischen Richtung abweichen wird, solange wir uns an folgende Punkte halten:

Erstens. Wir betrachten das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage unserer Volkswirtschaft.

Trotz ihrer schnelleren Entwicklung in den letzten Jahren betrug der industrielle Produktionswert der privaten Bereiche, der Joint Ventures und der von ausländischen Unternehmen mit Eigenkapital bewirtschafteten Betriebe nur 0,6% des gesamten industriellen Produktionswertes unseres Landes. Der Wirtschaftssektor des sozialistischen Gemeineigentums spielt nach wie vor die dominierende Rolle.

Zweitens. Wir halten am leistungsbezogenen Verteilungsprinzip fest, gehen aber den Weg zum allgemeinen Wohlstand und verhüten die Polarisierung zwischen reich und arm.

In den letzten Jahren stieg der Anteil der



Tian Jiyun

einkommensstarken Bauernhaushalte, während der Anteil der einkommensschwachen Haushalte sank. Das Einkommen der Bauern ist allgemein gestiegen, und der Einkommensunterschied zwischen den Bauern einerseits und den Arbeitern und Angestellten andererseits hat sich verkleinert. Auch bei den Einkommen der Arbeiter und Angestellten zeigte sich die gleiche Tendenz. Dies spricht dafür, daß man nicht behaupten kann, es gäbe eine Polarisierung zwischen reich und arm, und daß sich die ganze Gesellschaft allmählich zum allgemeinen Wohlstand entwickelt, obgleich wir von jetzt an in der praktischen Arbeit darauf achten müssen, die Frage der zu großen Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft zufriedenstellend zu lösen.

Drittens. Wir entwickeln die sozialistische planmäßige Warenwirtschaft, die sich grundsätzlich von der kapitalistischen Warenwirtschaft unterscheidet.

In den letzten Jahren haben wir viele Waren

freigegeben. Die Waren, die für die Volkswirtschaft und die Lebenshaltung des Volkes wichtig sind, und die bedeutenden Wirtschaftstätigkeiten, die die Gesamtsituation betreffen, wurden jedoch weiterhin einer planmäßigen Regulierung unterzogen. In Zukunft werden wir weiter in dieser Weise handeln. Hier muß darauf hingewiesen werden, daß wir bei der Planwirtschaft die Pläne mit direktivem Charakter nicht unbedingt als wichtigste Form betrachten müssen. Sowohl die Pläne mit direktivem Charakter als auch die Pläne mit anleitendem Charakter sind konkrete Formen der Planwirtschaft. Natürlich muß man für die Ausarbeitung von anleitenden Plänen schrittweise Untersuchungen und Verbesserungen anstellen.

Viertens. Alle Reformen müssen die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte fördern.

Das ist eine grundlegende Auffassung des Marxismus und die fundamentale Aufgabe des sozialistischen Systems. Die Reformen in den letzten Jahren haben die Entwicklung der Volkswirtschaft gefördert und die ökonomische Basis des Sozialismus weiter gestärkt.

Fünftens. Wir gehen bei allen Maßnahmen von den konkreten Verhältnissen unseres Landes aus.

Wir müssen weiterhin gewissenhaft die modernen Technologien und Management-erfahrungen vom Ausland studieren und dekadente und reaktionäre Dinge entschlossen boykottieren und eliminieren. Kurz gesagt, haben wir in den letzten Jahren auf diese Weise an der sozialistischen Richtung festgehalten. In Zukunft müssen wir weiterhin beharrlich in dieser Richtung handeln.

(Quelle: Beijing Rundschau, Beijing, Nr. 5/4.2.1986, S. 16 und 24)



Verschwinden mit den Mao-Bildern auch die letzten Relikte des Maoismus?

Die Getreideproduktion sank 1985 gegenüber dem Vorjahr um über 28 Mio t. Hier fehlte es an Anreizen, denn die Getreidebauern sind inzwischen die Niedrigstverdiener auf dem Lande. In anderen Bereichen sind die Durchschnittseinkommen mehr als doppelt so groß.³⁰

Diese Probleme mögen es u.a. gewesen sein, die die Diskussion über die Reformen auslösten und die Führung veranlaßten, das Reformtempo zunächst einmal zu drosseln. Der neue Fünfjahrplan sieht vor, in den nächsten 2 Jahren die bereits ergriffenen Maßnahmen zu „konsolidieren, auszuwerten, zu ergänzen und zu verbessern“. Die Preisreform wurde vorläufig gestoppt, um die gesellschaftliche Ordnung zu erhalten.³¹

Die „Beziehungen zwischen Reform und Aufbau“ sollen besser erfaßt werden, die Dezentralisierung nicht zu weit gehen und stattdessen die planende und kontrollierende Rolle des Staates wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden. „Inwieweit die Mikrowirtschaft belebt werden darf, das hängt von der Fähigkeit der makrowirtschaftlichen Steuerung ab“, erklärte Tian.³²

Die Änderungen sind unzweideutig ein Reflex auf die entstandenen Probleme einerseits und die Kritiker, die darin eine Gefahr für den Sozialismus sehen, andererseits.

So hat es seit dem letzten Jahr kein führender Politiker versäumt darauf hinzuweisen, daß China sozialistisch bleiben wird. „Wird unsere Reform zum Kapitalismus führen?“, fragte z.B. Tian vor über 8.000 Kadern im Januar 1986. Und er antwortete: „Unsere Antwort ist ein absolutes Nein.“³³

Die Reform wird den Sozialismus nicht schwächen, wird versichert, sondern im Gegenteil stärken. Zweifeln wird geradezu beschwörend immer wieder versichert, es sei nicht richtig, wegen aufgetretener Mängel die Reform als Ganzes zu verdammen. Nur die Reform selbst könne die Probleme beseitigen.

Andererseits ist aber durchaus nicht ein-

deutig, welcher Art der Sozialismus sein soll, den China anstrebt. Die Diskussion um den „Sozialismus chinesischer Prägung“ war von Beginn an praktisch orientiert.

Und auch nur durch die Praxis, so Zhao Ziyang im März 1986, wird „die Gestalt eines sozialistischen Wirtschaftssystems chinesischer Prägung immer klarer und der Weg dorthin immer deutlicher“. Bisher – so gestand er ein – seien Chinas Theoretiker zurückgeblieben.³⁴

Vizepremier Tian nannte fünf Punkte, die den Sozialismus garantieren sollen³⁵:

- Gemeineigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage;
- Leistungsbezogene Verteilungsprinzipien, aber Streben nach allgemeinem Wohlstand;
- Entwicklung einer sozialistischen planmäßigen Warenwirtschaft;
- Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte als Kriterium;
- die konkreten Verhältnisse Chinas als Ausgangspunkt.

Besonders der letzte Punkt ist ambivalent (zweischlächtig; d. Red.). Zum einen verlangt der Marxismus ohnehin die Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten. Zum anderen war es gerade diese Formel von der Anwendung des Marxismus auf die konkreten Bedingungen Chinas, die Mao seinerzeit nutzte, um den Marxismus zu „sinisieren“, d.h. seiner grundlegenden Bestandteile zu entkleiden.

Sozialismus „chinesischer Prägung“

Jetzt heißt es zwar, man wolle an den grundlegenden Prinzipien festhalten, aber – so Sekretariatsmitglied Hu Qili am 30. April d.J. vor Arbeitern – man müsse auch den Mut aufbringen, zu neuen Schlußfolgerungen „durchzubrechen“.³⁶

In einem Artikel der Volkszeitung hieß es: Der Marxismus ist ein offenes System; mit Schlußfolgerungen zu brechen, wenn sie inaktuell geworden sind, ist eine wichtige Aufgabe, mit der die Geschichte die Marxisten (zu ergänzen wäre: Chinas; d. Verf.) betraut hat.³⁷

Daß hier durchaus nationalistische Töne mitschwingen, geht auch aus einer Äußerung des Leiters der Chinesischen Forschungsgesellschaft, des braintrusts (Denkfabrik; d. Red.) der Reform, Tong Dalin, hervor.³⁸ Danach zerfällt die bisherige Geschichte des Sozialismus in zwei Etappen à 70 Jahren (1848-1917, 1917-78). Die dritte Etappe begann 1978 mit der Reform des Wirtschaftssystems in China. Die chinesischen „nationalen Besonderheiten“ werden damit zu neuen grundlegenden Prinzipien des Marxismus erhoben.

Diese Fortentwicklung vom „sowjetischen Vermächtnis“, die Tendenz zum Pragmatismus, wie auch andererseits die anhaltende Stärkung der Marktkräfte und die immer noch dominierende wirtschaftliche Ausrichtung auf die kapitalistischen Hauptländer (1984 über 90% des Außenhandels mit nichtsozialistischen Ländern) ist es, die dort die Hoffnung nicht ruhen lassen, China über die Einbindung in den Weltmarkt doch noch auf den kapitalistischen Weg zu bringen und zu einem stabilen Gegengewicht gegen die Sowjetunion zu entwickeln.³⁹

Anmerkungen:

- 1) Zahlen und Zitate aus: Gongren Ribao (Arbeiterzeitung; GRRB), Beijing, 14.4.1986
- 2) Ma Hong, Neue Strategie für Chinas Wirtschaft, Beijing 1985, S.2
- 3) Ebenda, S.20
- 4) Ebenda, S.23
- 5) Renmin Ribao (Volkszeitung; RMRB), Beijing, 31.12.1984
- 6) Angabe nach: Beijing Rundschau (BRu), Beijing, 11.2.1986, S. III
- 7) Vgl. China Quarterly, London, Juni 1985, S. 374
- 8) Zahlen nach: China aktuell (CA), Hamburg, Nr. 1/1984, S.20
- 9) Vgl. BRu, 15.4.1986, S.19
- 10) Angaben nach: RMRB, 23.1.1986; China Daily (CD), Beijing, 20.9.1985 und 3.5.1986
- 11) Nach: CA, Nr. 9/1985, S. 599 und RMRB, 10.3.1985
- 12) Ebenda und BRu, 15.4.1986, S.19
- 13) Vgl. CD, 11.4.1986
- 14) RMRB, 8.1.1985
- 15) Vgl. RMRB, 16.12.1985
- 16) RMRB, 9.3.1985
- 17) RMRB, 30.8.1985
- 18) Vgl. South, London, Oktober 1985, S.81
- 19) Zu den Problemen in der Landwirtschaft siehe: Z. Muromtseva, Modernisation of Agriculture in the PRC: the Question of Capital Investment, in: Far Eastern Affairs (FEA), Moskau, Nr. 2/1985, S. 95-104 und O. Volkova, Vertain Problems of the Chinese Countryside Today, in: FEA, Nr. 1/1986, S. 102-110
- 20) Nach: CA, Nr. 8/1985, S. 504
- 21) Vgl. RMRB, 4.10.1985
- 22) Vgl. CD, 22.1.1986 und Far Eastern Economic Review, Hongkong, 6.3.1986, S.33
- 23) Nach: CA, Nr. 11/1985, S. 754
- 24) In: „Reformen durchsetzen und für die sozialistische Modernisierung kämpfen“, Beijing 1985, S. 98-105 und 113-118
- 25) Vgl. RMRB, 17.8.1985
- 26) RMRB, 12.1.1986
- 27) Wie Anm. 24, S. 88f.
- 28) Vgl. CD, 24.3.1986; 1.5.1986; 2.4.1986 und 3.2.1986
- 29) Angaben nach: RMRB, 12.1.1986 und 16.12.1985
- 30) Vgl. CD, 14.3.1986 und 1.4.1986
- 31) Vgl. China Review, 17.3.1986, S.5
- 32) RMRB, 12.1.1986
- 33) Ebenda
- 34) GRRB, 14.4.1986
- 35) RMRB, 12.1.1986
- 36) CD, 1.5.1986
- 37) CD, 22.3.1986
- 38) Nach: O. Weggel, Sozialismus – oder was sonst?, in: CA, Nr. 8/1985, S. 516
- 39) Vgl. Y. Ryakin, The US View of the Future of Sino-American Relations, in: FEA, Nr. 3/1985, S. 101f.

Frank Braßel

Noch sind die Weichen nicht gestellt

„Eine vor kurzem vom Politbüro des Zentralkomitees vorgenommene Lagebeurteilung hat die Boykottpolitik als großen politischen Fehler eingestuft“, wodurch wir „wichtige politische und militärische Möglichkeiten versäumt haben“, hieß es in der Mai-Ausgabe von Ang Bayan, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), zum von der Linken vertretenen Boykott der Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 1986.¹

Damit wurde ein langer Diskussionsprozeß abgeschlossen und ein Weg angedeutet, mit dem die philippinische Linke aus ihrer teilweisen Isolation nach dem Machtwechsel von Ferdinand Marcos zu Corazon Aquino herauskommen könnte.

Selbstkritik der Linken

Der Boykott durch die Nationale Demokratische Front (NDF), in der die CPP eine führende Rolle spielt, und durch das Bündnis legaler Massenorganisationen BAYAN hat ihre Position speziell in der politischen Szene Manilas deutlich geschwächt (siehe AIB 5/1986, S. 24/25). So war in internen Diskussionspapieren der CPP auf die nur 10-30%ige Akzeptanz des Boykotts selbst unter ihren eigenen Sympathisanten verwiesen worden. Einige Persönlichkeiten und Organisatio-

nen der Linken hatten frühzeitig eine andere Position bezogen. Der große alte Mann der Opposition, Lorenzo Tañada, hatte zeitweise seinen Posten als Vorsitzender von BAYAN aufgegeben, um für Frau Aquino vor meist unübersichtbaren Massen zu werben, während seine Organisationen sich immer nur mit wenigen tausend Anhängern zufrieden geben mußten. Zudem hat der Boykott es den rechten und sozial- oder christdemokra-



„Cory“ Aquino nimmt die Militärparade zum Unabhängigkeitstag ab (oben); NPA-Guerilleros: Selbstkritik zum Wahlboykott



tischen Beratern der neuen Präsidentin vom Schlage Butz Aquinos erleichtert, reaktionäre und antikommunistische Positionen stärker zur Geltung zu bringen.

Die CPP-Linke konnte sich offensichtlich einen Machtwechsel in den Philippinen ohne eine gewaltsame Revolution im Februar 1986 noch nicht vorstellen. Dazu der katholische Priester Edicio de la Torre, nach dem Umsturz aus der Haft befreiter Kopf der NDF-Mitgliedsorganisation Christen für Nationale Befreiung (CNL): „Der Hauptgrund, warum die Linke so überrascht wurde, ist, daß seit dem Kriegsrecht (1972 von Marcos verhängt; d. Red.) die Begriffe von politischer und sozialer Revolution verschmolzen sind... Eine bürgerlich-demokratische Revolution als fortgesetzte Revolution ('continuing revolution') birgt ungeheure Potentiale, insbesondere wenn sie von einer faschistischen Diktatur in einer semifeudalen Gesellschaft ihren Ausgang nimmt.“²

Dieser Tenor schwingt auch in allen Interviews der führenden linken Politiker mit³ und Torres Gedankengang dürfte prinzipiell dem 3. Programmpunkt der NDF nach der „Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung“ (siehe AIB 5/1986, S. 28) entnommen sein, eine Möglichkeit, der sich die NDF im übrigen durch ihren Boykott selbst beraubt hat.

Der größte Verdienst der philippinischen Februarrevolution ist in der Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten zu sehen, auch wenn in vielen ländlichen Gebieten der hohe Grad an Militarisierung bislang beibehalten worden ist.

Politische Freiheiten durchgesetzt

Neben der Erfüllung ihres Wahlversprechens gegen den Widerstand des Militärs, alle politischen Gefangenen freizulassen, hat Frau Aquino mit José Diokno einen bekannten Nationalisten zum Menschenrechtskommissar gemacht. Er hat angekündigt, bis in die höchsten Ränge des Militärs nach den Schuldigen zu forschen.

Da Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile als der Architekt des Kriegsrechts von 1972 und somit als einer der Hauptverantwortlichen der millionenfachen Menschenrechtsverletzungen gelten muß, kündigt sich hier eine ernste Belastungsprobe für die Regierung an. Enrile und der neue Stabschef Fidel Ramos haben bereits eine Amnestie für das Militär verlangt, wenn es eine solche für die Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) geben sollte.

Dazu Diokno: „Warum sollte ihnen (den Militärs; d. Verf.) Amnestie gewährt werden für die Verletzung des Gesetzes, das

sie durch ihre Pflicht und ihren Eid gefordert waren aufrechtzuhalten? Andererseits mußten NPA und MNLF (Moro Nationale Befreiungsfront; d. Red.) das Gesetz verletzen, da sie gegen Herrn Marcos gekämpft haben. Also ist es angebracht, ihnen Amnestie zu gewähren."⁴ Spannungen zwischen Militärs und Präsidentin, die diese inzwischen öffentlich eingestanden und gleichzeitig auf eine weitere Kandidatur bei Neuwahlen verzichtet hat,⁵ bestehen des weiteren auf dem Feld der Auseinandersetzung mit der NPA. Die NPA hat Ende Mai d.J. den von Aquino vorgeschlagenen Waffenstillstandsverhandlungen zugestimmt und Satur Ocampo (siehe AIB 3/1986, S.11) als ihren Verhandlungsführer bestimmt.⁶

Gleichzeitig aber scheinen Ramos und Enrile diese Bemühungen unterlaufen zu wollen, indem sie in den NPA-Hochburgen einen unerklärten Krieg gegen die Guerilla eröffnet haben. Besonders betroffen ist das Cagayan-Tal im Norden der Hauptinsel Luzon, die Heimat Enriles. Hier sind seit Ende April gut 2.000 Soldaten – ausgerüstet mit schweren Waffen, Kampfflugzeugen und Helikoptern – bemüht, 120 NPA-Kämpfer zu eliminieren.⁷

IMF-Kurs versus Gewerkschaften

Angesichts der Nichtgreifbarkeit der Guerilla setzt das Militär auf unter Marcos erprobte Praktiken wie die Errichtung von Wehrdörfern („hamletting“) und die massive Einschüchterung der Zivilbevölkerung.

Wie eine Fortsetzung der Marcos-Ära mutet auch die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Aquino unter ideologischer Führung von Finanzminister Jaime Ongpin an, der sich um eine konsequente Umsetzung der Diktate des Internationalen Währungsfonds (IMF) bemüht. Allerdings bekam er in dieser Hinsicht die Gegenwehr von Planungsminister Solita Monsod zu spüren, die sich der Sympathie der Präsidentin erfreuen soll und für eine Beschränkung der Schuldentrückzahlung nach dem peruanischen Modell auf 10% der Exporteinnahmen eingesetzt hat.⁸

Weitgehend positiv bewertet werden muß die bisherige Arbeit von Arbeitsminister Augusto Sanchez. Sein Einsatz für die Gewerkschaften bei den zahlreichen Arbeitskämpfen (nach dem Sturz von Marcos, der Vorschlag einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter und seine Wertschätzung für Streiks als demokratische Meinungsäußerung der Arbeiterbewegung haben zwar die Gemüter der in- und ausländischen Kapitalvertreter erhitzt. Ihn selbst aber hat dies zum anerkannten Gesprächspartner der größten Gewerk-

schaft des Landes, der linken Bewegung des 1. Mai (KMU), gemacht. Anscheinend findet Sanchez auch die Unterstützung Aquinos, die auf der ersten gemeinsamen 1. Mai-Kundgebung aller philippinischen Gewerkschaften (mit mehreren hunderttausend Teilnehmern) eine Entschärfung des Arbeits- und Streiksrechts angekündigt hat.⁹

Weniger erfreulich verläuft die Entwicklung in Sachen Landreform. Hier tut sich bislang gar nichts, wenn man von der Anfang Mai d.J. erfolgten Ernennung eines „Ministers für die Agrarreform“ in Person des aus dem US-Exil zurückgekehrten Aquino-Freundes Alvarez absieht. Konkrete Vorschläge liegen aber noch nicht vor.

Linke gesprächsbereit

Auch diesbezüglich hat die NDF Kompromißbereitschaft angedeutet, als sie darauf verwies, daß in ihrem Minimalprogramm nicht die sofortige Landumverteilung, sondern lediglich die Verminderung des Pachtzinses und die Abschaffung von Wucherzinsen verlangt wird.¹⁰

Seitens der philippinischen Linken wird derzeit also durchaus Gesprächsbereitschaft mit dem nichtreaktionären Flügel der neuen Regierung signalisiert.

Angesichts der anhaltenden Massenunterstützung für die Präsidentin erscheint dies auch notwendig. Inwieweit Frau Aquino zu einer ernsthaften Zusammenarbeit mit der Linken bereit ist, läßt sich aus ihren wenigen inhaltlichen und teilweise widersprüchlichen Äußerungen noch nicht ablesen.

Eine Chance, die philippinische Linke stärker in bedeutsamen Fragen zu konsultieren, hat sie mit der Besetzung der Verfassungsgebenden Versammlung Anfang Juni d.J. versäumt. In Manila war erwartet worden, Aquino würde den einstigen NPA-Chef Bernabe Buscayno und

den CPP-Gründungsvorsitzenden José Maria Sison in das Gremium berufen.

Beide hatten öffentlich Interesse und Bereitschaft bekundet. Doch fehlten ihre Namen auf der Liste, so daß Jaime Tadeo von der militanten Bauerngewerkschaft KMP einziger namhafter Vertreter der Linken in dem Gremium ist, das bis Anfang September d.J. eine neue Verfassung ausarbeiten soll.

Vertreten sind in der überwiegenden Mehrzahl Aquino-Anhänger – und fünf Mitglieder der Marcos-Partei KBL, darunter Blas Ople, einstiger Arbeitsminister und einer der Drahtzieher der Pro-Marcos-Demonstrationen, an denen am 1. Juni d.J. immerhin 50.000 Menschen teilnahmen.¹¹

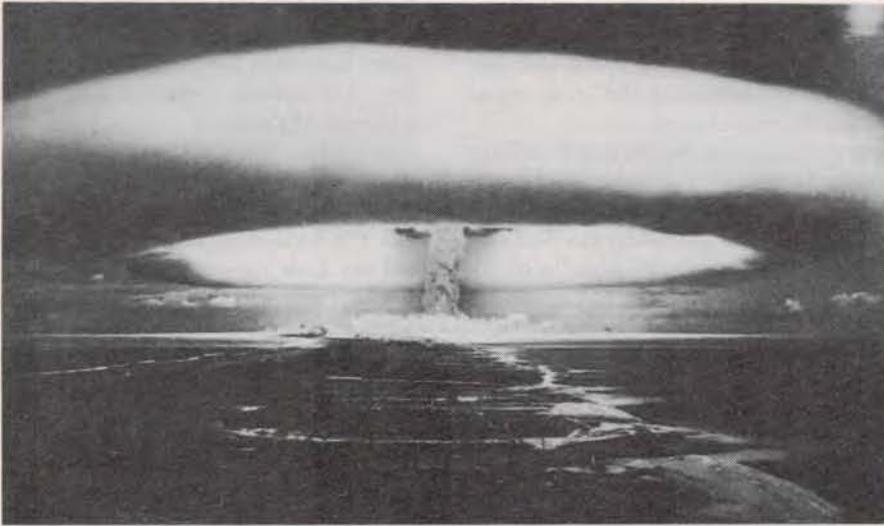
Zusammenfassend läßt sich die bisherige Politik der Regierung Aquino nur als widersprüchlich charakterisieren. Und es muß sich zeigen, welche Antworten die Linke auf diese nicht einfache Situation zu geben weiß. Ein erster Schritt mag diesbezüglich die von Sison für den 6./7. Juli d.J. angekündigte Gründung einer legalen fortschrittlichen Partei – die CPP wird wohlweislich zunächst im schützenden Untergrund verbleiben –, der Partido ng Bayan (Volkspartei), sein.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 7.6.1986 und Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 12.6.1986
- 2) Aus einem Interview in: National Midweek (NM), Manila, 26.3.1986, S. 19
- 3) Vgl. H. Morales in: AIB 5/1986, S.34; J.M. Sison und B. Buscayno in: Philippinen Informationen, Nr. 28/Mai 1986 und der derzeitige NPA-Kommandeur R. Kintanar in: NM, 30.4.1986, S. 4-8
- 4) Zit. nach: ebenda, 23.4.1986, S.16
- 5) Vgl. SZ, 9.6.1986
- 6) Vgl. SZ, 6.6.1986; FEER, 29.5.1986 und Interview mit S. Ocampo in: AIB 3/1986, S.11
- 7) Vgl. WE Forum, Manila, 13.5.1986
- 8) Vgl. NM, 23.4.1986, S. 17ff.
- 9) Vgl. WE Forum, 6.5.1986
- 10) Vgl. Liberation Philippines, Utrecht, Januar-April 1986
- 11) Vgl. SZ, 2.6.1986 und FEER, 5.6.1986

Jeden Sonntag versammeln sich Tausende von Marcos-Anhängern





Wladimir Kutscharianz

Das ökologische Ende Folgen eines „nuklearen Winters“

Unter Wissenschaftlern ist eine lebhafte Diskussion darüber im Gange, welche Folgewirkungen ein atomarer Schlagabtausch für die Menschheit und Umwelt zeitigen würde. Über das Ausmaß der ökologischen Katastrophe haben insbesondere Forscher der USA und der Sowjetunion Kalkulationen angestellt, Szenarien entworfen. In UNESCO Features, dem Bulletin der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), faßte der sowjetische Redakteur Wladimir Kutscharianz den Stand und die wichtigsten Erkenntnisse dieser Diskussion zusammen.

Nehmen wir an, das Unvorstellbare geschähe... Wie würde die Welt nach einer nuklearen Katastrophe aussehen? Die Antwort darauf kann – und sollte – als entscheidendes Argument gegen die Existenz des gegenwärtigen Bestandes von etwa 50.000 Kernsprengköpfen in der Welt genutzt werden.

Auf Spezialistenkonferenzen, die in Moskau, Washington und anderen Städten stattfanden, lenkten Wissenschaftler aus aller Welt die Aufmerksamkeit auf die jüngsten Einschätzungen der Auswirkungen des Einsatzes von Kernwaffen.

Von Feuerstürmen...

Noch vor 3 Jahren gingen viele Wissenschaftler von der Annahme aus, daß die Situation nach einem Kernwaffenkrieg zwar außerordentlich unangenehm wäre, Lebewesen jedoch nicht unbedingt massenweise dahingerafft würden.

Nachdem ihnen neue Tatsachen zur Kenntnis gelangten, aus denen hervorgeht, daß es kaum Grund für einen derartigen „Optimismus“ gibt, haben sie nun ihre Ansicht geändert. So also würde – nach Meinung der Wissenschaftler – der „Tag danach“ aussehen:

Wenn die verschiedenen Szenarios für einen Kernwaffenkrieg, unabhängig davon, ob die eingesetzte Gesamtsprengkraft sich auf 100 Mt oder 5.000 Mt (weniger als die Hälfte der gesamten Kernwaffenbestände der Welt) beläuft, einer gründlichen Prüfung mittels Experimenten und Computermodellierung unterzogen werden, führen sie alle zu der gleichen Schlußfolgerung: Die Nachwirkungen der Explosionen wären um ein Vielfaches schrecklicher und würden mehr Leben vernichten als die direkten Auswirkungen, wie z.B. Druckwellen, Hitzestrahlung und Strahlung.

Klimamodelle, die von amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftlern, so z.B. dem Team um Carl Sagan an der Cornell University; Spezialisten des Nationalen Zentrums der USA für die Erforschung der Atmosphäre unter Leitung von Steve Schneider; Wladimir Alexandrow und Georgi Stentschikow vom Mathematischen Zentrum der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften sowie Georgio Golitsin und Alexander Ginzburg vom Institut für Physik der Atmosphäre, unabhängig voneinander entwickelt wurden, ergeben ein ähnliches Bild.

Die schwerwiegendste Folge eines

nuklearen Krieges wäre ein plötzlicher, starker und anhaltender Temperaturrückgang. Innerhalb weniger Tage würde die Welt von einer fast arktischen Kälte erfaßt, die mindestens 1 Jahr lang anhalten würde.

1 Woche nach der Explosion würde der „nukleare Winter“ beginnen, in dem fast völlig Dunkelheit herrscht. Hunderttausende Tonnen Staub und Rauch der über die Kontinente dahinrasenden Feuer würden den Himmel verdunkeln. Die normale Luftmassenverteilung in der Atmosphäre wäre auf den Kopf gestellt; die warme Luft würde sich in den oberen und die kalte Luft in den unteren Schichten befinden.

Wladimir Alexandrow erklärte, daß die Temperatur der Atmosphäre in Höhen zwischen 10.000 und 15.000 m bis auf 100° C ansteigen und am Boden bis zu 50° C unter die Normalwerte absinken würde. Das würde eine Kettenreaktion auslösen, die in einer weltweiten ökologischen Katastrophe endet.

Das sowjetische dreidimensionale hydrodynamische Modell des Klimas der Welt hebt die entsetzlichen Nebenwirkungen eines nuklearen Winters hervor.

So würde z.B. der große Temperaturunterschied zwischen den Kontinenten und Ozeanen (die Luft kühlt sich über dem Meer viel langsamer ab) riesige Wirbelstürme in den Küstenzonen auslösen, die ihrerseits so heftige Schneefälle verursachen, daß jegliches Leben erstickt würde. Darüber hinaus würden die Veränderungen in der Atmosphäre den Wasserkreislauf völlig durcheinanderbringen, und auf den frosterstarrten Kontinenten, die von den Sonnenstrahlen nicht erreicht werden können, herrschte eine endlose Dürre.

...zu Kälte, Dürre, Sintflut

Mit anderen Worten, jedes Leben, das den Feuerstürmen getrotzt hat, würde durch die Kälte oder Dürre vernichtet. Der von Alexandrow und Stentschikow vorausgesagte plötzliche und starke Frost hätte katastrophale Auswirkungen auf die Wälder in den mittleren Breiten. Tropische und subtropische Wälder, die fast die Hälfte der Landmasse der Erde bedecken, würden in kürzester Zeit absterben, denn sie können nicht einmal geringen Temperatur- oder Belichtungsschwankungen standhalten.

Alexandrow vertritt die Ansicht, daß sich erst nach etwa 1 Jahr das Tageslicht durchsetzen würde. Was würde es sichtbar machen?

Weite Waldgebiete wären zu Wüsten oder Halbwüsten geworden. Die Albedo (oder Lichtreflexion) der Erdoberfläche hätte sich verdoppelt oder verdreifacht. Das Ergebnis wäre, daß viel weniger Sonnen-

licht absorbiert wird und sich folglich das gesamte Klimasystem der Welt verändert.

Das deutet auf die Möglichkeit einer neuen Eiszeit hin. Alexandrow und Stentschikow haben auch errechnet, daß etwa 8 Monate nach einem nuklearen Schlagabtausch heiße Luft über Tibet und den Anden das Abschmelzen der Schneedecke und Gletscher dieser Gebirge verursachen könnte, wodurch sich riesige Wassermassen über die Kontinente ergießen würden. Es wäre eine neue Sintflut, die jedoch mit arktischen Temperaturen einherginge.

Alle „Szenarios“ gehen davon aus, daß ein nuklearer Konflikt auf der nördlichen Halbkugel ausgetragen würde.

Da die Luftmassen der beiden Halbkugeln durch die unsichtbare Klimagrenze des Äquators getrennt sind, die nur von den Passatwinden überquert wird, könnte man annehmen, daß Überlebende wenigstens auf der Südhalbkugel Zuflucht finden.

Staubstürme auf der Südhalbkugel

Bedauerlicherweise sind solche Hoffnungen ungerechtfertigt. Alexandrow vertritt die Ansicht, daß diese Grenze durch die Temperaturgegensätze zwischen den beiden Halbkugeln vernichtet würde.

Die Hypothese, daß keine Region der Welt verschont bliebe, wurde durch andere selbständige Forschungsarbeiten bestätigt. Der Amerikaner Carl Sagan und die Russen Golitsin und Ginzburg kamen bei ihren Untersuchungen über die möglichen Veränderungen der Atmosphäre nach einem Kernwaffenkrieg zu gleichen Ergebnissen. Als Beispiel verwendeten sie die Staubstürme, die auf dem Planeten Mars auftreten. Golitsin erklärte, daß die Staubwolken, die sich am Sommeranfang auf dem Mars bilden, innerhalb weniger Wochen den gesamten Planeten einhüllen und so sein

Temperaturschema drastisch verändern. Seine Oberfläche kühlt sich ab, während sich die Atmosphäre aufheizt und ihre Zirkulation verändert. Ähnliches würde auf der Erde geschehen.

Sehr vorsichtigen Schätzungen zufolge würde die von einem Nuklearkrieg verursachte weltweite Verseuchung der Atmosphäre die Intensität der Sonneneinstrahlung auf die Erdoberfläche innerhalb weniger Wochen auf etwa den 150. Teil reduzieren. Die amerikanischen und sowjetischen Klimamodelle zeigen, daß nach der Explosion von „nur“ 100 Mt (dem Äquivalent von 8.000 Hiroshima-Bomben) die Erde für den Fortbestand des menschlichen Lebens oder irgendeiner anderen Lebensform ungeeignet wäre.

Nehmen wir an, daß Millionen Männer und Frauen die unmittelbaren Auswirkungen eines nuklearen Angriffes überleben und mit einer Welt ohne Wälder, Felder, Blumen und Vogelgezwitscher konfrontiert sind, d.h. einer Welt, über die eine lange Nacht des Schweigens hereingebrochen ist. Ist es möglich, daß alles Leben vernichtet wird?

Die Erde hat schon früher verheerende Katastrophen erlebt, in der zahlreiche Arten zugrunde gingen, ohne daß die Evolution zum Stillstand kam. Paul Ehrlich, Biologe an der Stanford University in Kalifornien, stellte fest, daß der Teil der belebten Welt, der der nuklearen Vernichtung entginge, einfach deshalb zum Tode verurteilt wäre, weil die Photosynthese, die Lebensgrundlage der Pflanzen, in der Dunkelheit unmöglich ist. Und ohne pflanzliches Leben würden alle überlebenden Tiere umkommen.

Selbst wenn wir davon ausgehen, daß es der Natur dank ihrer Widerstandsfähigkeit gelingt zu überleben, wäre sie doch mit einer weiteren Gefahr konfrontiert, nämlich der starken UV-Strahlung. Im Vergleich dazu muten die giftige Luft und der radioaktive Niederschlag fast harmlos an.

Durch die Bildung riesiger Mengen Stickoxyde in der Umgebung des Feuerballs einer Explosion würde die Ozonschicht der Atmosphäre vernichtet, die die lebenden Organismen vor der UV-Strahlung schützt, wie Juri Israel, korrespondierendes Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, erklärte. Die UV-Strahlung, die einst das Leben auf der Erde anregte, könnte es nun ein für allemal auslöschen. Die Ozeane würden besonders unter solcher Strahlung leiden, da diese die meisten Einzeller, das Hauptglied in der Nahrungskette der Meeresfauna, vernichten und folglich auch für die übrigen Teile der Kette tödlich sein würde.

Auch die Pflanzenwelt bliebe nicht verschont: die UV-Strahlung würde die DNS-Moleküle, die genetische Informationen tragen, zerstören.

Erblindete Überlebende

Was die Tiere anbelangt, so könnten ihr Fell oder ihre Federn vielleicht vor der Strahlung Schutz bieten, ihre Augen jedoch wären ungeschützt: Die Welt würde erblinden.

Millionen erblindeter Vögel und Tiere würden sich mühsam auf Nahrungs- und Wassersuche begeben. Der Mensch könnte ihnen nicht helfen, denn er würde sich in der gleichen Notlage befinden wie sie.

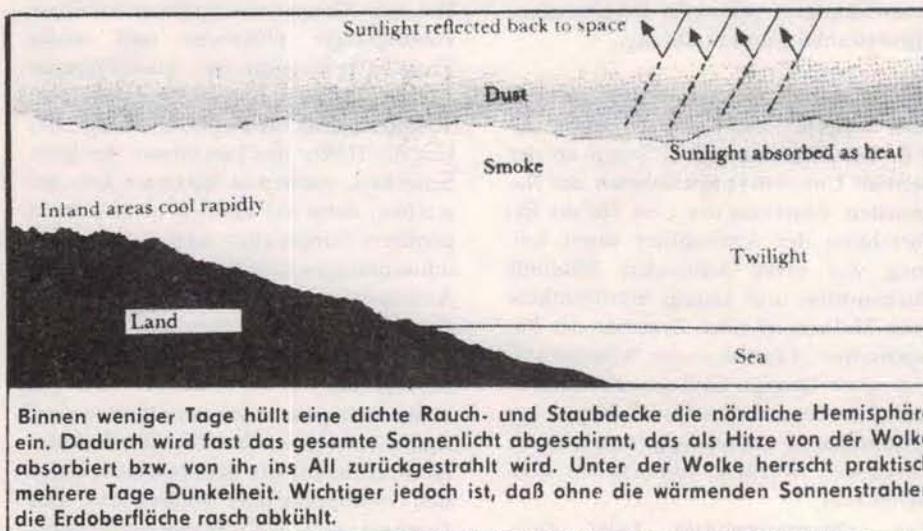
Der Genetiker Nikolai Botschkow von der Sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften vertritt die Ansicht, daß es unter diesen Umständen naiv wäre zu erwarten, daß die menschliche Rasse genetisch wiederbelebt oder ihre weitere Evolution gesichert werden könnte.

Ionisierende Strahlung und radioaktiver Niederschlag würden bei allen überlebenden Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren – der Menschen eingeschlossen – zahlreiche Mutationen hervorrufen. Die harmlosesten Keime könnten für die Menschen zu einer tödlichen Gefahr werden.

Außerdem könnten die Überlebenden die Fähigkeit zur Fortpflanzung verlieren, da ihre Gesamtzahl eine kritische Grenze unterschritten hat. Dadurch würde nicht nur die genetische Vielfalt auf ein Minimum reduziert, sondern es wäre auch unmöglich, Inzucht und folglich die Gefahr zu vermeiden, daß sich latente Mutationen manifestieren.

Außerdem würde die Bürde der Erbkrankheiten, die die Menschheit im Laufe ihrer Entwicklung auf sich geladen hat, durch neue Faktoren verschlimmert, die schließlich die menschliche Rasse auslöschen könnten.

(Quelle: New Perspectives, Helsinki, Nr. 3/1986, S. 15-16)



Moçambique in den RGW?

Zunächst einmal meinen Glückwunsch zur Serie „SU und 3. Welt“! Da habt Ihr einen guten und nützlichen Beitrag gegen den bornierten Antikommunismus geleistet, wie er auch in den Köpfen vieler Linker leider noch immer anzutreffen ist. Macht weiter so!

Zur Aufklärung eines speziellen Problems möchte ich hiermit beitragen: Die Ablehnung einer Vollmitgliedschaft Moçambiques durch den RGW, die im Leserbrief von H.C. Wagner (AIB, 12/1985) angesprochen wird, wird der UdSSR kritisch vorgehalten.

Die ist sachlich unbegründet, wenn man weiß, was eine Vollmitgliedschaft bedeutet. Der RGW hat nämlich für seine Vollmitglieder ein sehr hohes Maß an ökonomischer Integration herausgebildet (Abstimmung von Fünfjahres- und Perspektivplänen, Arbeitsteilung usw.). Moçambiques Wirtschaft erfüllt aber in keiner Weise die Voraussetzungen, um eine derart enge Integration einzugehen und Nutzen daraus zu ziehen. Moçambiques Wirtschaft ist eine der unentwickeltesten des Kontinents, sehr schwach und zudem durch den Bandenkrieg und die Destabilisierung durch Südafrika fast zusammengebrochen. Die Planungsinstrumente der Regierung sind naturgemäß noch im Anfangsstadium.

Selbst die Bereitstellung auch nur der minimalsten statistischen Daten für eine Volkswirtschaftsplanung bereitet große Schwierigkeiten. Unter solchen Umständen wäre eine Vollmitgliedschaft nur ein bürokratisches Hemmnis gewesen, das viel Aufwand erfordert, ohne daß Moçambique etwas davon gehabt hätte, geschweige denn die anderen RGW-Mitglieder. Ein assoziierter Status – neben bilateralen Wirtschaftsabkommen mit einzelnen RGW-Ländern – ist dagegen ein flexibles und angepaßtes Instrument der wirtschaftlichen Kooperation, das Moçambique ungeschmälert in den Genuß aller Vorteile kommen läßt, die der RGW einem sozialistisch orientierten Entwicklungsland überhaupt bieten kann.

Die Entscheidung für einen assoziierten Status ist also eine reine Zweckmäßigkeitentscheidung unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gewesen.

Ich weiß, daß einige FRELIMO-Kader hier zeitweilig eine andere Meinung vertreten haben, aber in eine antisowjetische Stimmung wurde dies nie umgemünzt. Der Besuch Samora Machel in Moskau bestätigt überdies einmal mehr, daß keine Rede davon sein kann, daß der RGW Moçambique „habe im Regen stehen lassen“ o.ä. Die FRELIMO-Führung weiß, daß ihr Land die Solidarität der sozialistischen Länder besitzt, und sie kann sich darauf verlassen.

Anna-Isabel da Bragançães, Maputo

Die UdSSR betreibt Machiavellismus!

1. Für die UdSSR gelten keine Marktgesetze, Geld verfügt im RWG über keine Eigendynamik, sondern ist Berechnungsmittel. Gewirtschaftet wird nach einem Plan. Die Existenz eines Planes bedeutet aber noch lange nicht, daß dessen Inhalt deswegen schon uneigennützig für die UdSSR wäre oder zu beiderseitigem Nutzen. Der Inhalt kann ebenso chauvinistisch und imperialistisch sein. Nur weil kein Profit

existiert, ist der Schluß nicht zulässig, daß keine Unterdrückung, Ausbeutung der eigenen Arbeiterschaft und der anderer Länder bestünde. Ausbeutung kann ebenso planmäßig stattfinden, ohne über einen Markt realisiert zu werden.

2. Die UdSSR betreibt sehr wohl Machiavellismus. Verbündeter kann nur sein, wer gegen US- bzw. NATO-Kurs einen nationalen Kurs stellt. Auf dieser Grundlage interessiert dann nicht mehr, ob Kommunist oder Bourgeois, sondern nur wer von beiden mehr Macht hat. So setzte die UdSSR zuerst auf Tschiangkai Tschek, obwohl dieser Zehntausende von Kommunisten niedermetzeln ließ. Erst als sich abzeichnete, daß Mao siegen würde, schwenkte der Kreml um. Geschichtliche Parallele: Die Gratulation der UdSSR an Marcos 1986 zu seinem „Wahlsieg“. Die Hoffnung, daß Marcos vielleicht einen neutralistischen Kurs einschlagen würde, sollte er merken, daß ihn die USA fallen lassen würden, dürfte hierbei ausschlaggebend gewesen sein. Es ist also der UdSSR egal, ob nun der skurrilste Ausbeuter und Menschenschlächter herrscht, Hauptsache: neutralistisch oder Verbündeter, auch wenn dies Leichenberge unter der Arbeiterschaft kostet.



Diese wird damit vertröstet, daß eines Tages in der Zukunft einmal „der Kommunismus“ herrschen werde und ihre Leiche oder Opfer eben der Preis hierfür sei.

3. Die UdSSR betreibt sehr wohl Wirtschafts-imperialismus und Chauvinismus: Gegenüber China machte und macht sie Ansprüche auf die Mandchurie geltend. Unter Stalin wollte sich die UdSSR die Mandchurie einverleiben und als China sich widersetzte, beutete die UdSSR die dortigen Bodenschätze über sog. „Verwertungsgesellschaften“ unter Weltmarktpreisen aus. Ebenso ist der Abtransport von Industrieanlagen in Osteuropa nach dem 2. Weltkrieg zu sehen. Letzteres zeigt, daß der RGW nicht als „Wirtschaftsraum der Arbeiterklasse“ empfunden wird, sondern als Gebilde aus Nationalstaaten.

4. Allgemein bleibt zu fragen, was den Ländern der 3. Welt die Revolutionen mit Ausnahme Chinas, Kubas und Vietnams gebracht haben? Zerstörung und Elend, Krieg und Wirtschaftsboykott in Äthiopien, Moçambique, Angola, Nicaragua, Afghanistan, Kambodscha. Diese Länder kommen vor lauter Zerstörung doch gar nicht zu dem von ihnen erhofften

Aufbau oder nur so spärlich, daß man an der moralischen Legitimation dieser Revolutionen zweifeln muß. Versprochen wird Unabhängigkeit, Demokratie und besserer Lebensstandard, doch sieht die Wirklichkeit in krasser Weise anders aus? Dazu reagiert die NATO mit dem Vordringen der Revolutionen mit aggressivem Hochrüstungs- und Konfrontationskurs. Verfall der Rohstoffpreise und erhöhte Zerstörung als auch Kriegsgefahr sind die Folgen. Wo bleibt der Nutzen dabei für die 3. Welt? Dieser ist doch bei der bisherigen geschichtlichen Erfahrung ein verbaler.

5. Die Rohstoffpreise bei Kuba und Vietnam sind noch lange kein Beleg dafür, daß die UdSSR eines Tages keinen Wirtschafts-imperialismus betreiben würde. Die anfänglichen Verluste der Kolonialmächte waren schließlich auch Anfangsinvestitionen. Die Verträge zwischen der UdSSR und der 3. Welt werden nicht veröffentlicht – was soll man nun von dieser Tatsache halten?

Thomas Jakosch, München

„Das Ganze ist das Wahre“

Mit nur wenigen Ausnahmen dreht sich die Debatte im SU-Diskussionsforum um die Handelsbeziehungen zwischen Sowjetunion (SU) und 3. Welt. Offenbar durch die Leserbriefe K. Fritzsche (siehe AIB 12/1985 und 5/1986) provoziert, haben sich die meisten Beiträge auf diese schmale und bei weitem nicht wichtigste Terrain aus dem Gesamtgebiet des Verhältnisses SU – 3. Welt bezogen.

Es fehlen vor allem bei Fritzsche selbst die wichtigeren, prinzipiellen Aspekte der sowjetischen Außenpolitik. Dazu einige Stichworte:

1. Fritzsche ignoriert die weltpolitische Bedeutung der SU als wichtigsten Gegenspieler des Imperialismus und damit als wichtige – wenn auch nicht einzige – Voraussetzung dafür, daß emanzipatorische Veränderungen in der 3. Welt überhaupt eine Chance haben. Die Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten der imperialistischen Metropolen als Resultat der bloßen Existenz bereits der SU ist eine historische Bedingung gewesen, die den Entkolonialisierungsprozeß (und in einigen Ländern auch sozialrevolutionäre Veränderungen) ermöglicht hat. Und sie ist auch für alle zukünftigen Veränderungsmöglichkeiten eine bedeutende Rahmenbedingung.

2. Fritzsche ignoriert die aus historischen Gründen (z.B. Sozialismus in einem Land, Systemantagonismus etc.) und aus der akuten Weltpolitik (derz. US-Politik, Rüstung etc.) herrührenden Zwänge und Grenzen für die sowjetische Außenpolitik. Insbesondere ignoriert er, daß das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und den imperialistischen Hauptzentren USA, Japan, Westeuropa noch immer ca. 1:3 steht, ebenso wie die Tatsache, daß die Liquidierung des realen Sozialismus noch immer das strategische Hauptziel imperialistischer Politik ist.

3. Fritzsche ignoriert die solidarische Rolle der SU bei der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen, sozialrevolutionärer Bewegungen und progressiver Staaten, darunter Korea, Vietnam, Kuba, Angola, Mosambik, Nicaragua, SWAPO, ANG, PLO, FDR/FMLN u.a. Daß die sowjetische Unterstützung dabei ein wichtiger Faktor war bzw. noch ist, muß erst einmal erkannt werden, selbst wenn dann – bei linken Kritikern der SU sehr beliebt – die Hilfe als nicht umfangreich genug bewertet werden sollte.

Diese Hilfe kann auch nicht aufgewogen werden gegen andere Bereiche sowjetischer Außenpolitik, in denen die SU vermeintlich (oder vielleicht auch tatsächlich) keine progressive

Mi-en-lehs Gleichnis vom Besteigen hoher Berge

Als die Pflugschmiede und armen Bauern mit Hilfe Mi-en-lehs (= W.I. Lenin; d. Red.) die Macht erobert hatten, konnten sie nicht gleich alle ihre Pläne verwirklichen. Ihr Vormarsch schien zu erlahmen, und manchmal mußten sie sogar einige Schritte zurück. Dieser Anblick war für viele, die aus der Ferne zusahen, unerträglich. So oft die Pflugschmiede unter der Führung des Mi-en-leh'schen Vereins der Eigentumslosen (= Bolschewiki bzw. die KPdSU; d. Red.) einen Mißerfolg hatten oder zur Vermeidung eines solchen einen Plan aufschoben, stimmten die Zuschauer ein großes Geheul an, die Pflugschmiede verrieten ihre Prinzipien und der Verein lasse alles beim Alten. Sie betrachteten die Umwälzungen als einen einmaligen Akt, etwa wie einen Sprung über eine Felspalte, der entweder gelingt oder nicht, und wenn er mißlingt, den Springer tötet. Mi-en-leh sagte:

Denken wir uns einen Menschen, der auf einen sehr hohen, steilen und bisher noch unerforschten Berg hinaufsteigen will. Nehmen wir an, daß es ihm gelungen ist, nach Überwindung von unerhörten Schwierigkeiten und Gefahren viel höher zu steigen, als seine Vorgänger, daß er aber die Spitze noch nicht erreichte.

Er befand sich in einer Lage, wo sich nach vorwärts in der gewählten Richtung zu bewegen nicht nur schwer und gefährlich, sondern einfach unmöglich war. Er mußte umkehren, sich nach unten begeben und neue Wege suchen, die, wenn vielleicht auch langweiliger, doch immerhin die Möglichkeit zur Erreichung des Gipfels bieten. Das Heruntersteigen von dieser noch nie in der Welt erreichten Höhe, auf der der von uns gedachte Wanderer sich befand, stellt aber mehr Gefahren und Schwierigkeiten dar als der Aufstieg: Man gleitet leichter aus beim Abstieg, es ist beim Abstieg schwerer, die Stellen zu betrachten, wohin man die Füße stellt.

Beim Abstieg herrscht nicht mehr die gehobene Stimmung, die bei der Bewegung nach oben da war, direkt zum Ziel. Man muß sich mit einem Strick anseilen, verliert manche Stunde dadurch, daß mit dem Pickel Stellen herausgehauen werden, um den Strick sicher befestigen zu können. Man muß sich mit Schildkrötenlangsamkeit bewegen und dabei immer nach unten steigen, weiter fort vom Ziel und ohne zu sehen, ob dieser gefährliche und qualvolle Abstieg mit der Entdeckung eines hoffnungsvollen Umweges enden wird, auf dem man wieder sicherer, schneller und gerader vorwärts, aufwärts zum Ziel, zum Gipfel gelangen kann.

Ist es nicht natürlich, anzunehmen, daß bei dem Menschen in dieser Lage, trotzdem er zu einer unerhörten Höhe aufgestiegen war, Minuten des Verzagens sich einstellen? Und sicher werden diese Minuten zahlreicher, häufiger und schwieriger einsetzen, wenn er Stimmen von unten hört, die aus ungefährlicher Ferne mit dem Fernglas den gefährlichen Abstieg betrachten, der nicht ein „Bremsen“ genannt werden kann, weil ein Bremsen einen schon früher berechneten, schon ausprobierten Wagen, einen gut vorbereiteten Weg, einen vorher ausprobierten Mechanismus voraussetzt. Und hier gibt es keinen Wagen, keinen Weg, überhaupt nichts, rein gar nichts, was vorher ausprobiert wäre.

Von unten her hört man schadenfrohe Stimmen. Die einen geben ihrer Schadenfreude



offen Ausdruck, indem sie schreien: Gleich wird er herunterfallen, das geschieht ihm recht! Warum ist er so verrückt? Die anderen bemühen sich, ihre Schadenfreude zu verbergen, indem sie nach dem Muster des Judas Golowlew handeln. Sie verdrehen kummervoll die Augen nach oben und klagen: Leider haben sich unsere Befürchtungen als berechtigt erwiesen. Haben wir nicht unser ganzes Leben auf die Ausarbeitung eines richtigen Planes für die Beseitigung dieses Berges verwandt, verlangten wir nicht die Verschiebung der Besteigung bis zur gänzlichen Fertigstellung unseres Planes?

Und als wir so leidenschaftlich gegen den Weg kämpften, der jetzt auch von diesem Toren selbst verlassen wird (schaut, schaut, er geht zurück, er steigt herunter, er arbeitet stundenlang, um ein paar Zoll zurückzukommen. Und uns hat er mit den schlimmsten Schimpfworten beschimpft, als wir systematisches Maß und Akkuratessse verlangten), als wir so heiß den Unsinnigen verurteilten und jeden davor warnten, ihm Beistand oder Hilfe zu leisten, taten wir das ausschließlich aus Liebe zu dem großen Plan des Aufstiegs auf den Berg, damit dieser große Plan überhaupt nicht kompromittiert wird.

Zum Glück kann der in den gegebenen Bedingungen unseres Beispiels gedachte Tourist die Stimme dieser „wahren Freunde“ der Idee des Aufstiegs nicht hören, sonst wäre es ihm übel geworden. Übelwerden aber, sagt man, ist nicht günstig für die Frische des Kopfes und die Festigkeit der Füße, insbesondere auf hohen Höhen.

(Quelle: Bertolt Brecht, Me-ti/Buch der Wendungen, in: Gesammelte Werke, Bd. 12, Frankfurt/M. 1967, S. 425-428)

Rolle gespielt hat – sozusagen ein Nullsummenspiel, wo sich positives und negatives aufheben und am Ende die sowjetische Außenpolitik zum Neutrum wird.

Vielmehr beziehen sich die o.a. Beispiele immer auf geschichtliche Brennpunkte des anti-imperialistischen Kampfes und nicht auf Nebenschauplätze. In den genannten Fällen handelt(e) es sich um Auseinandersetzungen, die über die regionale Bedeutung hinaus weltpolitisches Gewicht besitzen, wo Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung fielen bzw. anstehen.

Eine sozialistische Außenpolitik ist zuerst daran zu messen, auf welcher Seite sie in den entscheidenden internationalen Auseinandersetzungen steht. Und erst dann ist die Frage aufzuwerfen, ob sie auch die ethnische Minderheitenfrage X oder die Grenzquerelle Y vom antiimperialistischen Standpunkt aus anpackt (was sie natürlich in jedem Fall tun sollte).

4. Die vorgenannten Punkte zu ignorieren, ist für Fritsches methodisches Vorgehen notwendig. Dieses hat nämlich als Voraussetzung für seine Sichtweise, seine Faktenauswahl und deren Interpretation das Supermachtdogma. Alles, was in diesen Rahmen nicht hineinpaßt, muß dann zwangsläufig übersehen werden. Andernfalls bricht das dogmatische Fundament ein.

5. Leider hat Fritsche auch zu einem zweiten, in 3. Welt-Kreisen sehr verbreiteten Dogma, ein unkritisches Verhältnis: Er übernimmt unbesehen die Rede von der „3. Welt“, als ob sich das, was darunter verstanden wird, tatsächlich unter dieser einen Kategorie zusammenfassen ließe. Er übersieht die sozialökonomische Differenziertheit der 3. Welt und vor allem die Dialektik von Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Verhältnis von kapitalistischer Peripherie und Metropolen, wie sie von uns dargestellt wurde (siehe AIB 8-9/1985). Dieser Standpunkt, der sich mit der 3. Welt ungeachtet ihrer sozioökonomischen Vielfalt identifiziert (in der lateinamerikanischen Diskussion spricht man spöttisch von „tercer mundo“) muß natürlich zwangsläufig zu falschen Schlüssen kommen.

6. Bei seinem Versuch, der SU spiegelbildlich zum Imperialismus Ausbeutung der 3. Welt vorzuwerfen, wird sichtbar, daß Fritsche sich einen sehr reduzierten Begriff von dem macht, was neokoloniale Ausbeutung tatsächlich ist. Die derzeit wichtigsten Formen (Kapitaltransfer aus der 3. Welt über den Hebel der Verschuldung und die Tätigkeit der transnationalen Konzerne) kommen dabei gar nicht ins Blickfeld. Verständlich, denn Vergleichbares von sowjetischer Seite existiert überhaupt nicht. Nur, das paßt natürlich nicht ins Supermachtschema. Gleiches gilt für Erscheinungen wie „brain drain“ u.ä.

7. Bleiben die Handelsbeziehungen, bei denen Fritsche das „Sozialistische, Weltrevolutionäre“ vermißt. Dabei unterlaufen ihm von Anfang an eine Reihe grundlegender Denkfehler. Z.B. ist der Anspruch, über Handelsbeziehungen „die Weltrevolution“ zu betreiben oder zu fördern, absurd. Überspitzt: Der Kakaopreis kommt bisher in keiner mir bekannten Strategie zur Gesellschaftsveränderung als revolutionäre Potenz vor. Zumindest die marxistische Revolutionstheorie ist der Auffassung, daß gesellschaftliche Umwälzungen auf anderem Wege zustandekommen.

Gleichwohl ist es natürlich notwendig, daß die Exporterlöse für die Entwicklungsländer beträchtlich größer werden und stabil bleiben. Nur, diese wichtige Zielstellung erreicht man nicht, indem eine drittträngige Handelsmacht – denn die SU ist als Handelsmacht keineswegs „Super“, sondern allenfalls vergleichbar mit

Theaterstück „Oscar Romero“



Der Geist von Romero lebt im Volk weiter

imperialistischen Ländern wie Belgien, Dänemark und Kanada – höhere Rohstoffpreise zahlt. Das Problem ist nur durch eine umfassende Strukturreform der Weltwirtschaft, d.h. mindestens die Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO), wie sie von der UNO gefordert wird, zu lösen. Es bleibt dabei, auch wenn der indische – bürgerliche – Nationalökonom Chandra, auf den Fritsche sich so gern beruft, tausendmal beklagt, daß die UdSSR von den terms of trade profitiert und nicht so sehr seine indische Monopolbourgeoisie: so lange Chandra, Fritsche u.a. nicht nachweisen, daß höhere Rohstoffpreise den armen und ausgebeuteten Klassen in der 3. Welt zugutekommen (und nichts spricht dafür, daß es so ist), gibt es keinen Grund für die UdSSR ihre Politik zu ändern.

Auch die im großen und ganzen richtige Feststellung Fritsches, die Ost-Süd-Handelsstruktur entspräche der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Produzenten von Rohstoffen und von Industriegütern, wird zur Absurdität, wenn sie als Vorwurf formuliert wird. Solange ein Entwicklungsland keine exportfähigen Industriegüter produziert, kann die SU sie auch nicht kaufen. Entscheidend ist: Welche Strategie gibt es, diese Arbeitsteilung zu überwinden. Hierzu gibt es sehr interessante praktische Erfahrungen in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Industrie- und Entwicklungsländern (z.B. Kuba, Vietnam, Nord-Korea, China in den 50er Jahren). Für die kapitalistischen Entwicklungsländer gilt auch hier, daß eine Lösung des Problems mindestens die Verwirklichung der NIWO voraussetzt.

8. Zusammenfassend läßt sich zu Fritsches Argumentation zweierlei sagen: a) sie unterschlägt die entscheidenden Aspekte sowjetischer 3. Welt-Politik, b) im Bereich der ausschließlich behandelten Handelsbeziehungen geht sie von falschen Prämissen und Denkfehlern aus.

Das Wahre aber ist, wie schon Meister Hegel sagte, das Ganze, und nur das Ganze ist das Wahre! Nicht aber das Herausgreifen einzelner Tatsachen und das Jonglieren mit Beispielen. „Beispiele einfach zusammentragen macht keine Mühe, hat aber auch keine oder nur rein negative Bedeutung, denn worauf es ankommt, das ist die konkrete historische Situation, auf die sich die einzelnen Fälle beziehen. Tatsachen sind, nimmt man sie in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang, nicht nur 'hartnäckig', sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge. Nimmt man aber einzelne Tatsachen, losgelöst vom Ganzen, losgelöst aus ihrem Zusammenhang, sind die Daten lückenhaft, sind sie willkürlich herausgegriffen, dann ist das eben nur ein Jonglieren mit Daten oder etwas noch Schlimmeres.“ (Lenin, Statistik und Soziologie, Bd. 23, S. 285)

Peter Wahl, Frankfurt

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in ländlichen Gebieten El Salvadors katholische Gemeinden, die das Evangelium stärker als bisher mit der sozialen Wirklichkeit ihres Landes konfrontierten. In der Folge wurden Gewerkschaften von Landarbeitern gegründet, es gab Kundgebungen, es wurde sogar gestreikt.

Als 1977 für San Salvador ein neuer Erzbischof zu wählen war, entschied sich die kirchliche Hierarchie für einen Kandidaten, von dem sie annahm, er werde die widerspenstigen Basisgemeinden zum Gehorsam bringen.

Aber der in sich gekehrte, konservative Bischof Oscar Arnulfo Romero erwies sich als ein unerschrockener Erzbischof, der in seinen übers ganze Land ausgestrahlten Sonntagspredigten 3 Jahre lang Verletzungen der Menschenrechte und die Ungerechtigkeit der Gesellschaftsstruktur El Salvadors anprangerte, der Auskunft über den Verbleib von Verschwundenen forderte und die Bestrafung der Mörder. Allein in seiner Amtszeit waren in El Salvador 12 Priester, 6 Nonnen und 100 Katecheten getötet worden. Romeros Sprache wurde immer deutlicher: „Der Grund unseres Übels ist die Oligarchie, ein kleiner Teil der Bevölkerung von El Salvador, der sich nicht um den Hunger der Menschen kümmern will, weil er nur daran interessiert ist, seine Profite zu vergrößern.“

Romero ließ sich beim Aussprechen der Wahrheit nicht beirren. Weder die Warnungen des vatikanischen Botschafters noch die Drohungen der Militärs schüchterten ihn ein – auch nicht der

Umstand, daß er sich von seinen Bischofskollegen alleingelassen fand (obwohl ihm die Spaltung der Kirche große Sorgen bereitete).

Er weigerte sich, Soldaten und Kampfflugzeuge zu segnen, an den Empfängen der Regierung nahm er nicht teil; schließlich forderte er die Soldaten angesichts eines Befehls zu töten zum Ungehorsam auf. Romero war zur Stimme des unterdrückten Volkes geworden.

Am 24. März 1980 wurde er während der Predigt in seiner Kathedrale von einem Geheimpolizisten erschossen. Im Volk lebt er bis heute weiter. Es bewahrheitete sich, was er noch kurz vor seinem Tod prophezeite: „Wenn sie mich töten, werde ich auferstehen im Volk von El Salvador.“

Auferstehen im Volk

In ihrem neuen Stück „Oscar Romero“ versucht die Theatergruppe Berliner Compagnie das Kräftefeld aufzuzeigen, in dem dieser mutige Mann gelebt, in dem er sich und sein Evangelium radikalisiert hat. Die Uraufführung findet am 10. September 1986 in Aachen im Rahmen des „Kirchentages von Unten“ statt. Tourneen durch das Bundesgebiet und das deutschsprachige Ausland sollen sich anschließen.

Die Berliner Compagnie machte bereits mit ihren Stücken „Der Prozeß gegen die Neun von Catonsville“, „Auferstehung der Sonne“ und besonders mit „Die Kuba Krise“ von sich Reden. Wie diese

Radio Venceremos
señal de libertad
SIGNAL DER FREIHEIT ★
 Die internationale Zeitschrift
 von Radio Venceremos
 Berichte Analysen Dokumente 
 Ausgabe Juni 86 gerade herausgekommen!!
 Probeheft 3 DM in Briefmarken
 Sistema Radio Venceremos
 Lütticher Str. 64-66
 5000 Köln 1
 Tel. 0221/523192
 Konto: Karl Müller
 Kto.-Nr. 2106872500
 BIG Köln, BLZ 37010111

 Offizielle Stimme der FMLN / El Salvador

links

Sozialistische Zeitung

- Seit 1969.
- Das Forum der Neuen Linken.
- 36 Seiten. Jeden Monat neu.
- Für Leser, die mitdenken wollen.

Juli/August '86

USA - Libyen
Linke und Demokratie
Fußball-WM
u. v. a. m.

links
jetzt abonnieren!

Jahresabonnement DM 45,-
(incl. Versandkosten)

Bezug über:

Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach 1



Ich möchte die "links" kennenlernen
(kostenloses Probeexemplar)

Ich möchte die "links" abonnieren
ab

Name

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

1.

Datum/Bestell-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach

Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Wic

2.

Datum/Bestätigungs-Unterschrift

so will sie auch ihr neuestes Werk wieder in enger Zusammenarbeit mit Gruppen gestalten, die sich im Bereich der Friedens- und Dritte-Welt-Arbeit engagieren (Kontaktadresse: Bernhard Broszkowski, Dernburgstr. 57, 1000 Berlin 19, Tel. 030 - 3227236).

Das Stück „Oscar Romero“ bringt Ereignisse aus der letzten Lebensphase des Erzbischofs in einer einzigen Handlung zusammen. Ort ist eine Kirche in der salvadorianischen Hauptstadt San Salvador. Zeitpunkt der Handlung ist die letzte Stunde vor Romeros Tod.

Der Landpfarrer Antonio und der Küster Humberto bereiten eine Messe vor. Nervosität ist spürbar. Es ist eine besondere Messe. Der Erzbischof wird die Soldaten in seiner Predigt zur Befehlsverweigerung auffordern.

Aber ein Kabel der Tonanlage ist durchschnitten, ein Zettel mit einer Morddrohung unter dem Kirchenportal durchgeschoben worden. Zu allem Überfluß taucht eine Nonne aus der Bundesrepublik auf, die unbedingt ein Interview mit Monsignore Romero führen möchte. Statt ein Gespräch mit Romero auf Band aufnehmen zu können, wird sie Zeuge von einander überstürzenden Geschehnissen.

Aufruf zum Ungehorsam

Der Jesuit Ernesto berichtet von einem erneuten Überfall auf Aquilares, auf das Dorf, in dem Pater Rutilio Grande die erste Basisgemeinde gegründet hatte. Die Gruppe ist schockiert, aber ehe sie sich besinnen kann, kommt, offensichtlich durch den Hilfsbischof Romeros benachrichtigt, der Nuntius. Er will die Messe verhindern, Romero die Konfrontation mit der Regierung ausreden. Er warnt davor, die Kirche ihres Einflusses bei der Regierung zu berauben, tritt ein für eine leise Diplomatie. Er äußert auch die stärksten Bedenken gegen den Hirtenbrief Romeros, in dem dieser sich seiner Meinung nach nicht klar genug von der Gewalt abgrenze.

Romero entgegnet: „Die Aufgabe der Christen ist der Frieden, aber wenn die Unterdrückung unmäßig wird, müssen die Armen sich wehren können. Die Kirche muß auf der Seite der Armen stehen und wird immer warnen vor der Sünde der unverhältnismäßigen Reaktion.“

Ernesto hält dem Nuntius das Schweigen des Papstes zur Somoza-Diktatur vor. Nun, Ernesto gehört zu den Jesuiten, die das Land bald verlassen müssen. Romero schwankt. Er möchte dem Heiligen Vater gehorsam sein, will auf keinen Fall die Kirche spalten, fragt sich, ob er genügend zum Frieden aufgerufen hat.

Da erscheint ein zweiter Besucher: der

Major D'Aubouisson, Chef des Geheimdienstes und Chef der Todesschwadronen. Auch er will Romero von seiner Predigt abhalten. Der Umgang mit Romero ist für die Herrschenden im Land eine heikle Sache geworden. Man würde ihn gerne töten, aber er ist international allzu bekannt geworden.

Romero läßt sich nicht auf ein diplomatisches Gespräch ein. „Ich habe Sie gewarnt, noch einmal einen meiner Priester anzurühren.“ D'Aubouisson gibt sich unwissend. Natürlich, bestimmte Maßnahmen gegen Subversion sind nötig. Folterungen? Nein, die gibt es nicht. Aber er, Romero, solle alles unterlassen, was das Volk zur Revolte ermuntern könnte. Schließlich droht er ihm: „Wenn Sie Ihr Vorhaben durchführen, wird es eine lange Bartholomäusnacht geben. Viele Priester werden sterben.“

Romero ist sich seiner Verantwortung bewußt. Wie immer er entscheidet, ob er sich vorsichtig zurückhält oder den Aufruf an die Soldaten erläßt, es wird viele Tote geben. Kraftlosigkeit, Todesangst befallen ihn, er gerät in seine tiefste Krise. Er zieht sich zum Gebet zurück. In tiefster Verzweiflung bittet er Gott, er möge diesen Kelch an ihm vorübergehen lassen. „Ich bin nicht würdig, Märtyrer zu werden, aber nicht mein Wille, sondern Dein Wille geschehe.“

Eine Bäuerin taucht hinter dem Altar auf. Sie hält Romero für ihren Sohn, der beim Massaker in Aquilares vor ihren Augen ermordet worden ist, ruft ihn zum Mahl, erzählt, wie er schon als Kind die Wahrheit geliebt hat. Romero gesteht ihr seine Angst, sie tröstet ihn. Sie zeigt ihm am Ende ein Photo von ihrem Sohn. Romero erkennt sich darin selbst.

Die Glocken läuten. Die Messe findet statt.

Romero predigt über das Weizenkorn, das in den Boden fällt und stirbt und dann aufgeht und Frucht bringt. Er feiert das Abendmahl mit der Gemeinde und ruft schließlich die Soldaten angesichts des Tötungsbefehls zum Ungehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten auf. Da fallen Schüsse. Romero bricht auf dem Altar zusammen.

Epilog der Nonne. Sie erzählt, wie es weiterging: von der Beerdigung des Erzbischofs, zu der das ganze Land zusammenströmte und auf der 50 Menschen erschossen wurden. Sie berichtet weiter, daß seitdem 50.000 Menschen in El Salvador ermordet worden sind, Menschen, deren Namen wir nicht kennen.

Am Ende läßt sie vom Tonband noch einmal die Stimme Romeros hören: „Falls Gott das Opfer meines Lebens annimmt, hoffe ich, daß mein Blut wie der Same der Freiheit sein wird. Ein Bischof wird sterben, aber die Kirche Gottes, das ist das Volk, wird nie untergehen.“

Alfons I. Bresche



Weltspitze in Mexiko: Brasiliens Fans verbreiteten Karnevalsstimmung.

Georg Diederichs

Die „Exoten“ und die Fußball-WM in Mexiko

„Welche Namen sie bisher auch immer bekamen, ob 'Entwicklungsländer' oder 'Exoten', 'Dritte-Welt-Kicker' oder schlicht die 'Kleinen', immer war jenes Maß an Überheblichkeit herauszuhören, mit dem der Köhner meist dem Lernenden begegnet. Doch das war einmal.

Bei der WM in Mexiko haben sich die Verhältnisse geändert, und die Fußballfans der ganzen Welt konnten es beobachten. Marokko amüsiert sich spielend-königlich, Paraguays Trainer verspricht weitere große Taten seiner Mannschaft, Südkorea kratzte am azurblauen Ruhm der Italiener, der Irak verunsicherte Mexiko, und nur mit Glück gewann Europameister Frankreich gegen den vermeintlichen Weltmeister Kanada.

Noch nie traten die Länder, in denen der Fußball nur eine Gegenwart, aber keine Vergangenheit hat, so stark in den Vordergrund wie diesmal.“

Als diese Zeilen am 13. Juni d.J. in der Süddeutschen Zeitung (SZ) erschienen, „...stand die Fußballwelt Kopf“. Besser gesagt: sie wurde auf den Kopf gestellt. Denn Marokko hatte sich als erstes afrikanisches Land für die zweite Runde einer Fußballweltmeisterschaft qualifiziert. Und das nicht etwa mit Hängen und Würgen, sondern – nach zwei Unentschieden gegen Polen und England sowie einem bravourös herausgespielten 3:1-Sieg über Portugal – als Sieger der

Vorrundengruppe F. Namen wie Baddou Zaki, Aziz Bouderbala, Mohammed Timouni, Abderazak Khairi oder Merry Krimau waren plötzlich in aller Munde. Und die Begeisterung über marokkanische Fußballkünste schloß auch die anderen „Entwicklungsländer“, „Exoten“ und „Dritte-Welt-Kicker“ mit ein.

So einerseits richtig – und dazu durchaus sympathisch – der eingangs zitierte SZ-Kommentar auch war, so sehr verdeutlichte er andererseits aber auch das allgemeine Dilemma bundesdeutscher Berichterstattung über die XIII. Fußballweltmeisterschaft in Mexiko.

Aufmüpfige „Underdogs“

Immer dann nämlich, wenn von teilnehmenden Mannschaften aus Entwicklung- bzw. Dritte-Welt-Ländern die Rede war, wurden zwar der Irak, Südkorea, Marokko und Algerien, allenfalls noch Paraguay, genannt, nie jedoch Länder wie Brasilien, Argentinien, Uruguay oder der Gastgeber Mexiko selbst. Das Anerkennen Letztgenannter als Nationen, die im internationalen Fußball etwas darstellen, verdrängte zwar

einmal mehr deren sonst übliche weltpolitische Zuordnung, machte aber auch deutlich, welche Wertigkeit hierzulande mit Begriffen wie „Entwicklungsländer“ oder „Dritte Welt“ propagiert wird. Die der „Underdogs“ nämlich.

Versucht man eine sportliche Bilanz der Teilnahme von Dritte-Welt-Ländern an der diesjährigen Fußball-WM zu ziehen, so bleibt zunächst festzuhalten, daß mit Algerien, Südkorea und dem Irak die ersten drei bereits nach Abschluß der Vorrunde ausschieden.

Die Algerier, bei der WM 1982 in Spanien noch stolze 2:1-Bezwinger der Bundesrepublik, blieben in Mexiko blaß. Ihr überragender Spielmacher, Lakhdar Belloumi, der nach einem Beinbruch lange Zeit ausgefallen war, vermochte diesmal keine spielentscheidenden Akzente zu setzen. Überzeugend war im Team der Nordafrikaner eigentlich nur Torwart Nasr-Eddine Drid.

Bei den Südkoreanern hatte man in deren erstem Gruppenspiel gegen Argentinien eher den Eindruck, daß sie das Fußballspiel mit Kungfu verwechselten, so brutal gingen sie zur Sache. Doch gegen Bulgarien gab es dann immerhin ein Unentschieden und gegen den bis dahin noch amtierenden Weltmeister Italien nur eine knappe 2:3-Niederlage.

Mit dem Irak präsentierte sich das wohl schwächste Team des gesamten WM-Turniers. Übersehen werden darf allerdings nicht, daß sich die irakischen Fußballer, übrigens Gewinner der Asienspiele 1982, wegen des Kriegs mit dem Iran die Qualifikation für die WM ohne Heimvorteil erkämpfen mußten.

Gespielt wurde ausschließlich im Land des jeweiligen Gegners oder auf neutralem Boden. In zehn Spielen schossen die Irakis immerhin 26 Tore und, mit Hussein Saeed haben sie einen Regisseur, der auch für jede europäische Mannschaft eine Bereicherung wäre.

Maulkorb für Socrates

Im Achtelfinale schied dann mit Marokko die Überraschungsmannschaft des WM-Turniers aus. 0:1 hieß es denkbar knapp gegen das Team der Bundesrepublik.

Von der WM verabschieden mußten sich ebenfalls die Mannschaften Uruguays und Paraguays. Uruguays Nationalelf, vor der WM als möglicher Titelaspirant gehandelt, war wohl die größte Enttäuschung in Mexiko. Durch ihr spielerisches Unvermögen und ihren überhartem Einsatz verscherzte sie sich sämtliche Sympathien. Bedauerlich vor allem für einen Weltklassenspieler wie Enzo Francescoli, dessen fußballerisches Können in diesem Team nicht zur Entfaltung kam.



Ganz oben in Mexiko: Diego Maradona, Kapitän des Weltmeisters Argentinien und überragender Solist des Turniers

Achtbärer zogen sich da schon die Spieler Paraguays aus der Affäre. Das 0:2 gegen England bedeutete für sie zwar das Aus, aber ihr Vorrundenspiel gegen Belgien gehörte zu den besten des gesamten Turniers.

Schon während der Vorrunde hatten kritische Äußerungen des brasilianischen Fußballstars und Kinderarztes Socrates über angebliche Manipulationen bei der Fußball-WM für erheblichen Wirbel gesorgt. Socrates, der sich übrigens in Brasilien als Kritiker der sozialen Verhältnisse in seinem Land einen Namen gemacht hat, wurde in verschiedenen mexikanischen Tageszeitungen mit den Worten zitiert:

„Die Spiele der Nationalmannschaften von Mexiko und Brasilien bei der Fußball-WM werden zugunsten beider Mannschaften manipuliert. Die Resultate werden vorausbestimmt. Es gibt wichtige wirtschaftliche Gründe, diese beiden Mannschaften solange wie möglich im Turnier zu halten. Das ist die Ursache für Ungerechtigkeiten in den Spielen, die Mexiko und Brasilien bestreiten.“ Sprachs – und bekam prompt einen Maulkorb vom Weltfußball-Verband (FIFA) verpaßt.

Wie diese Äußerungen von Socrates auch immer zu bewerten sind, für Brasilien und Mexiko brachte das Viertelfinale jedenfalls das vorzeitige Aus. Brasilien unterlag, nach Verlängerung und Elfmeterschießen, dem Europameister aus Frankreich. Die Mexikaner scheiterten,

ebenfalls nach Verlängerung und Elfmeterschießen, am Team der Bundesrepublik.

Und dennoch war es zumindest für die brasilianische Mannschaft um die Altstars Socrates, Zico, Falcao, Junior und Edinho ein grandioser Abgang. Denn ihr Spiel gegen die Franzosen war das mit Abstand beste des gesamten WM-Turniers.

Daß die Mexikaner überhaupt bis ins Viertelfinale vorstoßen konnten, lag wohl vor allem an ihrem Heimvorteil und der fanatischen Unterstützung durch die Zuschauer. Vielleicht aber auch daran, was der Brasilianer Socrates mit seinen Äußerungen über mögliche WM-Manipulationen andeutete.

Denn spielerisch wußte das Team um Kapitän Tomas Boy und den vor der WM mit soviel Vorschußlorbeeren bedachten Stürmerstar Hugo Sanchez kaum zu überzeugen. Anstelle eines dynamischen Offensivspiels praktizierten sie über weite Strecken nur Sicherheitsfußball zum Abgewöhnen.

Anders dagegen die Mannschaft aus Argentinien. Ihr Viertelfinalspiel gegen England wurde von den Massenmedien und vor allem von Rechtskräften in Großbritannien zum „Falklandspiel“ aufgemotzt.

Doch die Spieler wehrten sich gegen jede Gleichstellung des politischen Konflikts mit ihrer sportlichen Auseinandersetzung. „Wir schießen mit Bällen und nicht mit Gewehren“, meinte denn auch Argentinien's Fußballgenie Maradona. Und wie er das tat.

Glanzpunkt Diego Maradona

Zwei Tore gegen England und später dann noch einmal zwei gegen Belgien im Halbfinale. Antrittsschnell, dribbelstark, jederzeit torgefährlich und dabei noch ausgesprochen mannschaftsdienlich spielend, wurde der kleine Argentinier zum alles überragenden Akteur dieses WM-Turniers.

England und Belgien waren draußen, Argentinien hatte, dank einer soliden Abwehr und der unnachahmlichen Virtuosität eines Diego Maradona, das Endspiel um die XIII. Fußballweltmeisterschaft erreicht.

Als Gegner stand den Ballkünstlern aus Argentinien die spielerisch blasse, aber kampfstärke Mannschaft der Bundesrepublik gegenüber, die ohnehin eher in das Endspiel gestolpert war. Argentinien siegte denn auch hochverdient mit 3:2 Toren. Wobei der Unterschied in der Spielanlage beider Mannschaften schon allein dadurch deutlich wurde, daß die drei argentinischen Tore durch José Brown, José Valdano und Jorge Bur-

ruchaga allesamt klug herausgespielt waren, die beiden Gegentreffer der bundesdeutschen Elitekicker dagegen eher die Qualität von Abstaubertoren hatten. Für Argentinien war es, nach dem Erfolg von 1978 im eigenen Land, der zweite Gewinn einer Fußballweltmeisterschaft. Und die begehrte WM-Trophäe ging damit einmal mehr, auch wenn das die Kommentatoren hierzulande in diesem Zusammenhang nicht wahrhaben wollen, in ein Land der Dritten Welt.

Zum Fazit der diesjährigen Fußball-WM gehört auch die Feststellung, daß es den herrschenden Kreisen Mexikos nur kurzfristig gelungen ist, von der schweren Krise, die das Land beutelt, abzulenken. Zwar kam ihnen die WM, die von einem anderen lateinamerikanischen Land, Kolumbien nämlich, wegen Geldmangels abgelehnt wurde, gerade recht.

Doch nach Beendigung des Fußball-Spektakels bleiben Verschuldungskrise und Massenverelendung (siehe P. Imbusch in: AIB 6/1986; d. Red.) weiterhin trister Alltag der Mexikaner. Die Armen wurden ohnehin wegen der hohen Eintrittspreise vom Fußballgeschehen in den Stadien ausgeschlossen.

Rein sportlich läßt sich festhalten, daß die Leistungsdichte im internationalen Fußball enger geworden ist.

Anders noch als vor 4 Jahren in Spanien, als große Leistungsunterschiede klafften, ist in Mexiko deutlich geworden, daß die Fußballwelt zusammengerückt ist. So hat denn auch FIFA-Präsident Joao Havelange (Brasilien) bereits erklärt, daß die nächste Fußball-WM in 4 Jahren ebenfalls wieder mit 24 Mannschaften durchgeführt wird.

Havelange will auch weiterhin am „Reißverschluß-System“ der WM-Vergabe zwischen Europa und anderen Kontinenten festhalten. Nachdem Italien für 1990 bereits als Ausrichter bestätigt worden ist, konzentrieren sich die Bemühungen williger Bewerber um die Fußball-Titelkämpfe 1994, 1998 und sogar schon 2002.

Erstmals bewirbt sich dabei für 1994 mit Marokko ein afrikanisches Land. König Hassan II., angetan von den guten Leistungen seines Teams, darf sich wohl der Unterstützung vieler Entwicklungsländer sicher sein. Und auch der polyglotte Joao Havelange, dessen Präsidentenstuhl nicht zuletzt durch das Votum der Entwicklungsländer 1974 gesichert worden war, könnte sich mit den Plänen des marokkanischen Königs anfreunden.

Ob es allerdings jemals einen Fußballweltmeister aus Afrika oder Asien geben wird, sei dahingestellt. Der Gedanke daran ist jedenfalls reizvoll und lenkt dankenswerterweise vom Jahrmarkt der Eitelkeiten ab, auf dem sich die etablierten Fußballnationen nur allzu häufig tummeln.

Tagebuch vom Anfang einer Guerilla

Mario Payeras, „Wie in der Nacht ... die Morgenröte“. Tagebuch einer guatemaltekischen Guerilla, hg. von der Infostelle Guatemala, München/Bonn und Rotpunktverlag, Zürich 1985, 168 S., 18,80 DM

Ist ein Erlebnisbericht besonderer Art, der sich sowohl von den polit-theoretischen als auch den einfachen Lebensschilderungen, wie wir sie sonst von Mittelamerika kennen, in spannender Form aber trotzdem mit dem Ansatz eines analytischen Gesamtrahmens, deutlich abhebt.

Die Anfänge der Guerillabewegung in Guatemala, oder besser gesagt die Neukonstituierung nach der Zerschlagung der fortschrittlichen Bewegungen durch den Rechts-/CIA-Putsch von 1954, sind die Ausgangssituation dieses Buches. Geschildert wird die Bildung und Weiterentwicklung einer Guerillagruppe (aus der später die EGP, das Guerillaheer der Armen, wird) in den nordwestlichen Provinzen Guatemalas von 1972-76, als die Companeros in Urwald und Hochland, oft abgeschnitten von Kontakten mit der vorwiegend indianischen Bevölkerung und ständig auf der Flucht vor Entdeckung und Verrat, unter elenden Bedingungen eher um ihr physisches Überleben gegen Krankheit und Hunger kämpften, als daß es ihnen möglich war, systematisch eine Organisation aufzubauen. Aber sie schafften es schließlich trotzdem.

Dabei ist die Stärke des Buches – der unmittelbare Erlebnischarakter durch den Rückgriff auf die Tagebuchaufzeichnungen – zugleich auch eine gewisse Schwäche. Denn das, was der Kampfgenosse des Autors Payeras, Rolando, im Prolog hervorhebt: „Wahrnehmungen der konkreten Realität, ideologische und wissenschaftliche Abstraktionen sowie menschliche Gefühle nebeneinander darzustellen“ und „die Dinge miteinander zu vereinen“, ist natürlich auf nur gut 100 Seiten kaum möglich. Dadurch ist der ideologische Teil etwas zu kurz geraten und das eine oder andere ist für den Leser (vor

allem für uns als Nicht-Mittelamerikaner wohl) nicht ganz einleuchtend und etwas oberflächlich – in einigen Passagen auch unnötig hart und grausam.

So zum Beispiel ein Vorfall, die Hinrichtung des jungen Genossen Minche, der offenbar aus Unerfahrenheit und persönlichen Schwierigkeiten mit den harten Existenzbedingungen nicht fertig wird und eines schönen Morgens, nach vorausgegangen eingehenden Beratungen und Abwägungen des Kollektives, als „Sicherheitsrisiko“ erschossen wird – da muß man schon ganz schön schlucken.

Als es nach der ersten Verankerungsphase der Gruppe, der Gewöhnung an die Überlebensbedingungen in der Natur, die Abhängigkeit von den Jahreszeiten und die in gewissem Umfang fortgeschrittene Überwindung des Mißtrauens der Campesinos zur ersten militärisch geplanten Aktion kommt, wird der verhaßte Großgrundbesitzer Arenas, der „Tiger von Ixcán“, von den Guerilleros als Exempel erschossen. Die Aktion wird begleitet von der Sympathie der Landbevölkerung. Aber die brutale Repressionswelle der Armee, die sich daran anschließt, läßt die Frage aufkommen, ob da nicht etwas früh losgeschlagen wurde – zu einem Zeitpunkt, wo Schutz der von der Repression am schwersten betroffenen indianischen Bevölkerung nicht geleistet werden kann.

Humanitär-strategische Überlegungen dieser Art fehlen leider, obwohl im allgemeinen der menschliche Aspekt, die Gefühle der Bevölkerung, ihre Ängste und Zweifel, aber auch ihre oft blinde Begeisterung und Selbstüberschätzung sehr sensibel und anschaulich dargestellt werden.

Darin besteht auch das Liebenswerte und Persönliche dieser Tagebuchaufzeichnungen, denn die Eigenheiten und charakterlichen Stärken und Schwächen der Guerilleros werden lebendig und treffend geschildert, wobei auch mit Selbstkritik nicht sparsam umgegan-



gen wird. Ebenso die Campesinos – sie werden nicht als Sympathisantenmasse verallgemeinert, sondern individuell und mit feinem Gespür für die Ursachen ihrer zustimmenden oder ablehnenden Einstellung, voller Respekt für ihre Besonderheiten und vor allem ihrer Verwurzelung mit Natur und Mythen als zwar fremdartige, aber oft bewundernswerte Persönlichkeiten anerkannt. Dieses Feingefühl kommt auch bei Schilderungen von Tieren und Natur, von Stimmungen und Hoffnungen wohlthuend zum Ausdruck.

Das letzte Kapitel ist Fonseca gewidmet, dem Verräter, der die Genossen ans Messer liefert, der aber trotzdem nicht verachtet wird, da er schweren Folterungen ausgesetzt war und an dessen Grab die neue Companera weint.

Neben dem Hauptteil des Tagebuches bilden das Glossar, der ausführliche Dokumentations- teil über die Entwicklung der verschiedenen Guerillagruppen in Guatemala sowie der Anhang mit den vielen, sehr treffend ausgewählten Fotos eine ausgezeichnete Ergänzung und Illustrierung der Gründungsgeschichte.

Gisela Grahl

horizont

Sozialistische Monatszeitung
der DDR für internationale
Politik und Wirtschaft

weltweit informativ konkret lebendig

Kupon

Ich möchte „horizont“ zum Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl. Portogebühren von 2,40 DM beziehen.

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Datum Unterschrift

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Fa. Gebr. Petermann, Kurfürstenstr. 111, 1000 Berlin 30 widerrufen kann. Zur Wahrnehmung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum Unterschrift

„horizont“ vermittelt Ihnen
Interessantes und
Wissenswertes aus allen
Kontinenten

Journalisten aus der DDR und
anderen Ländern informieren
Sie in Tatsachenberichten,
Reportagen und
Dokumentationen zu
Fragen der internationalen
Politik und Weltwirtschaft.

Übersichten, Grafiken,
Karten, Schaubilder
und Diagramme ergänzen
Ihre Nachschlagwerke.

Direktversand ab Berliner Verlag

Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Gebr. Petermann
Buch + Zeitung international
Kurfürstenstraße 111
1000 Berlin 30
Ein Probeexemplar kann vom Verlag
direkt angefordert werden.
Berliner Verlag
DDR - 1026 Berlin
Karl-Liebknecht-Straße 29

Bestürzt über Eritrea-Reportage

Seit April 1985 habe ich jede einzelne Nummer des AIB studiert und dasselbe als zuverlässiges Sprachrohr der unterdrückten Mehrheit in der 3. Welt geschätzt. Neben all den faulen Verleumdungen der Tagespresse Ihr Produkt ernstgemeiner Informationsbestrebungen einmal monatlich zu erhalten, ist mir eine Freude gewesen.

Umso größer meine Bestürzung bei der Lektüre der Eritreareportage, die mir heute mit der Juni-Nummer (6/1986) zugeschickt worden ist. In einer Informationsfülle (Beweisführung aufgrund der Aussage eines einzigen Zeugen, Fehlen der üblichen Quellenangaben am Ende des Artikels), einer Art der Polemik und des Sprachgebrauchs, wie ich sie jeden Morgen in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vorfinde, wird hier gegen den separatistischen Kampf der eritreischen Volksbefreiungsfront ins Feld gezogen.

Theoretisch wäre der Sowjetunion in ihrem Verteidigungskampf gegen die US-Aggression ein Stützpunkt am Roten Meer zu gönnen – wenn das wahr wäre, was Frau Hinterwirth über die EPLF zum Besten gibt. Doch nach der unvergleichlich glaubhaften Information über den Geist des eritreischen Befreiungskampfes, die ich durch eine Filmdokumentation von G. Troeller (Radio Bremen/CON-Filmverleih) erhalten habe, hat die eritreische Bewegung eine größere Sprengkraft in der Eindämmung der US-Machtpolitik als jeder militärische Stützpunkt.

Soll man dem Bestreben des Ostblocks, die Souveränität des kleinen Eritrea im Hinblick auf eigene Zielsetzungen zu übergeben, Recht geben? Gehört es etwa zum antiimperialistischen Kampf, lästige Minderheiten vom Tisch zu wischen? Oder ist dies nicht Ausdruck einer patriarchalisch-autoritären Elite (die sämtliche Greuel der Geschichte verschuldet hat)?

Daher bin ich zutiefst empört über die fahrlässige Veröffentlichung dieser schändlichen Reportage und richte den Appell an die Redaktion, eine Berichtigung zu publizieren.

B.M., Zürich

Zweifelhaftes zu Eritrea

Einige sehr kritische Anmerkungen scheinen mir zu den Eritrea-Artikeln in AIB 6/1986, insbesondere der Reportage von E.M. Hinterwirth, doch sehr erforderlich.

Ich halte es für ein sehr zweifelhaftes Vorgehen, die Einschätzung der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) fast ausschließlich an den Aussagen eines Kriegsgefangenen, der übrigens die Gründung der EPLF um 10 Jahre vordatiert, festzumachen. Augenzeugen aus

den von der EPLF kontrollierten Gebieten berichten von einer sehr guten und fortschrittlichen sozialen Praxis der EPLF. Diese bemüht sich dort, die Basis einer neuen Gesellschaft zu schaffen.

Es wurden Schulen und Gesundheitsdienste eingerichtet. In unterirdischen Werkstätten werden unter schwierigsten Kriegsbedingungen Güter des täglichen Bedarfs hergestellt. Es wurden auch Bewässerungssysteme angelegt und Landreformmaßnahmen durchgeführt. Dürreopfer werden durch die sehr gut organisierte Eritrean Relief Organisation (ERA) versorgt. Die EPLF hat die Bevölkerung politisch gut organisiert und genießt die Unterstützung der Mehrheit der eritreischen Bevölkerung.

Durch ihre enge politische Verbindung mit der Bevölkerung unterscheidet sich die EPLF von der äthiopischen Regierung. Die Bodenreform der äthiopischen Zentralregierung hat zwar insbesondere in den Südpinzonen das Los der Bauern wesentlich verbessert, die bäuerliche Bevölkerung ist in die politischen Entscheidungsprozesse, selbst wenn diese sie unmittelbar betreffen, jedoch praktisch nicht einbezogen.

Zwischen der Regierung und den Bauern klafft eine große Lücke, die auch durch die Bauernassoziationen nicht überbrückt wird. In der Arbeiterpartei Äthiopiens sind Militärangehörige und Staatsfunktionäre nach Angaben von Le Monde Diplomatique (Februar 1985) in der Mehrheit, Arbeiter und Bauern stellen nur 30% der Mitglieder. Für die Vorgängerorganisation Organisationskommission der Partei der Äthiopischen Arbeiter liegen mir noch detailliertere Angaben vor: Hier machten die Bauern, immerhin ca. 85% der Bevölkerung, im Oktober 1982 gerade 3,3% der Mitgliedschaft aus, Arbeiter 21,7%.

Auch die laufende Umsiedlung in Dörfer zeichnet sich wie üblich durch die mangelnde Konsultation der Betroffenen aus. Teilweise wurde nicht einmal die Ernte abgewartet, bevor die Umsiedlung vorgenommen wurde. Die Methoden waren oft rüde, Mangelnde Konsultation und Einbeziehung der Bevölkerung, autoritäres Vorgehen und ein Fehlen politischer Sensibilität kennzeichnet auch die äthiopische Regierungspolitik in anderen Bereichen.

Konservativen arabischen Staaten ist die äthiopische Regierung ein Dorn im Auge, wegen ihrer fortschrittlichen sozialen Praxis ist ihnen aber auch die EPLF, die ziemlich auf sich allein gestellt ist, höchst suspekt. Ihr Favorit ist die konservative, in Eritrea inzwischen bedeutungslose Eritreische Befreiungsfront (ELF). Eine politische Lösung zeichnet sich in Eritrea nicht ab. Die äthiopische Regierung scheint auch weiterhin voll auf die „militärische Karte“ der Aufstandsbekämpfung zu setzen. Ihre Haltung ist wenig konstruktiv.

Joachim Becker, Marburg

Nachschub für eritreische Rebellen



Konrad Ege/Jürgen Ostrowsky

Ronald Reagan

Eine politische Biographie



Pohl-Rugenstein

Buchtip: Reagan-Biographie

Wer sich über den Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft ein Bild machen oder wissen will, wie dort Politik gemacht wird, muß nicht unbedingt wissenschaftliche Werke wälzen.

Konrad Ege/Jürgen Ostrowsky, Ronald Reagan. Eine politische Biographie, Pohl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 331 S., 16,80 DM

ist ein spannend geschriebenes Buch über den politischen Werdegang Ronald Reagans vom Roosevelt-Anhänger, Vorsitzenden der Schauspielergewerkschaft, Helfershelfer McCarthy zum Sprachrohr der Rüstungskonzerne. Es beschreibt zudem seine berufliche Laufbahn vom Fotomodell bis zum Präsidenten der USA. Dabei werden nicht nur der Schauspieler und Politiker Reagan selbst, sondern die ihn prägenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Kräfte ausgeleuchtet.

Buchtips: Politische Thriller

Wer die Lust verloren hat, Spionage- und Agentenromane zu lesen, weil die Helden meist im Dienste irgendeines imperialistischen Geheimdienstes stehen und es sich bei ihren Gegenspielern meist um hinterhältige Russen oder um dumme Asiaten oder Afrikaner handelt, dem kann neuerdings beim Weltkreis Verlag geholfen werden. Auf zwei soeben erschienene realistische und spannende Spionageromane einer 1985 begonnenen Reihe sei hier besonders verwiesen.

Luis Rogelio Noguera, Cuba libre in Miami, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 302 S., 16,80 DM

spielt vor dem Hintergrund der kubanischen Revolution. Es schildert die Geschichte von Fanjull Casanova, der vom kubanischen Geheimdienst nach Miami geschickt wird, sich dort vom CIA anwerben läßt und Informationen über die kubanischen Contras nach Havanna liefert. Er wird schließlich bei einer bewaffneten Auseinandersetzung ermordet.

Das Buch beschreibt den Lebensweg und die Spionagetätigkeit von Fanjull Casanova aus der Sicht der CIA-Agenten, die herausfinden wollen, ob er ein kubanischer Agent war, anhand von Gesprächen, die er in Havanna mit seinem Vorgesetzten führt, sowie anhand der Beschreibungen des kubanischen Autors.

Curt Letsche, Operation Managua, Weltkreis



Verlag, Dortmund 1986, 162 S., 9,80 DM beschreibt, mit welch skrupellosen Mitteln der CIA den Sturz der sandinistischen Regierung plante. Authentischer Hintergrund ist der Fall Marlene Moncada, die 1983 vom US-amerikanischen Geheimdienst beauftragt wurde, den Außenminister Nikaraguas, Miguel d'Escoto Brockmann, mit einem vergifteten Likör zu ermorden. Der Roman ist die Geschichte von Robert Brugger. Ein Bekannter aus den USA vermittelt ihm einen Traumjob. Er soll die Mittelamerika-Vertretung eines multinationalen Pharmakonzerns übernehmen. Nur an seine finanziellen Schwierigkeiten denkend, willigt er ein. Politik hat ihn noch nie interessiert. Ohne zu ahnen für wen er letztlich arbeitet, bleibt er bis zu seiner Verhaftung in Managua ein willfähriges Werkzeug des CIA.

UNIMOG-Umrüstung für die SWAPO

Für die vom Mai bis September d.J. geplante zweite Umrüstungsaktion, bei der ein Militär-LKW der Firma Daimler-Benz des Typs UNIMOG in eine fahrbare Klinik für die namibische Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) umgewandelt werden soll (siehe AIB 7/1986, S. 10), haben die Initiatoren einige empfehlenswerte Materialien herausgebracht.



Der Service Civil International (SCI), die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) erstellten eine 40seitige „Dokumentation: Aktion 'Umrüstung'“ (Preis: 2 DM). In knalligem Rot gehalten sind ein UNIMOG-II-Poster (3 DM) und ein Aufkleber (1,50 DM; ab 50 Stück 1,20, ab 100 nur noch 1 DM) mit demselben Motiv. Hinzu kommt ein Anstecker (2 DM; ab 50 Stück 1,60 DM, ab 100 Stück 1,40 DM).

Bestellungen an: Aktion Umrüstung II, Blücherstr. 14, 5300 Bonn; Tel. 0228 - 222835

Asylrecht

Die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP haben sich am 26. April d.J. darauf geeinigt, das Asylrecht weiter einzuschränken. Für Asylbewerber soll demnach ein fünfjähriges Arbeitsverbot gelten – mit Ausnahme von Flüchtlingen aus den sozialistischen Ländern, denen ein Jahr lang eine Arbeit verweigert werden soll. Flüchtlinge die sich mehr als 3 Monate in Drittländern aufhalten, soll zukünftig das Asylrecht verwehrt werden.

Terre des hommes (tdh) bezeichnete dies als einen „Anschlag auf die Verfassung“. Das tdh-Vorstandsmitglied Jost Hess kritisierte auch die Nichtanerkennung von „Nachfluchtgründen“. Demnach können Asylbewerber, die sich erst in der Bundesrepublik politisch engagieren, in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Für die Flüchtlinge aus dem Deutschland der 30er Jahre, so Jost Hess, hätte eine solche Regelung bedeutet, daß sie bei antifaschistischer Betätigung im Ausland das Risiko einer Abschiebung ins nationalsozialistische Deutschland eingegangen wären.

Terre des hommes zu Südkorea

Anläßlich ihrer Mitgliederversammlung am 7./8. Juni d.J. hat die Kinderhilfsorganisation terre des hommes (tdh) den südkoreanischen Staatschef Chun Doo Hwan aufgefordert, unverzüglich für die Freilassung der Anfang Mai d.J. von Sicherheitskräften entführten Gewerkschaftsmitglieder Kim Moon Soo, Yoon Hyun-Sook, Choi Han-Ban, Seoh Hye Kyung, Kim Jin Thai und Chun Soon Ok zu sorgen.

tdh verurteilte in der Resolution die täglichen Übergriffe von Polizei und paramilitärischen Kräften gegen die südkoreanische Bevölkerung. Wer sich für Demokratie und ein menschenwürdiges Leben einsetze, müsse mit Verfolgung rechnen, heißt es in der Entschließung. Die in Südkorea inhaftierten Gewerkschafter sind nach Aussagen von Angehörigen mit Schlägen, Verbrennungen und Elektroschocks gefoltert worden. tdh unterstützt die Cheongye-Gewerkschaft bei der Einrichtung einer Ausbildungsstätte für junge Arbeiterinnen und einer Gesundheitsstation. Die inhaftierte Chun Soon Ok ist Mitarbeiterin einer ebenfalls von tdh unterstützten Kindertagesstätte in Seoul.

Anti-Apartheid-Aktionen

In fast allen Großstädten der Bundesrepublik kam es am 16. Juni d.J., dem 10. Jahrestag des Soweto-Schüleraufstandes, zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen das südafrikanische Apartheidregime.

In Bonn bildeten Apartheidgegner eine Menschenkette und schlugen „Krach gegen Apart-

heid“. In München fand eine Mahnwache statt. In Bremen liefen den ganzen Tag über Aktionen auf dem Marktplatz. Bei Aktionen in Frankfurt forderte der Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), V. Tshabalala, die Bevölkerung dazu auf, alles zu tun, „damit die Bundesregierung nicht mehr mit dem südafrikanischen Rassisten zusammenarbeitet“.

Aus Anlaß des Soweto-Tages und der Verhängung des Ausnahmezustandes forderte die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) von der Bundesregierung:

unverzüglich auf eine Aufhebung des Ausnahmezustandes in Südafrika zu drängen; den südafrikanischen Militärattaché aus der Bundesrepublik auszuweisen und die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika zu beenden;

wie Dänemark einen Handelsboykott gegen Südafrika zu verhängen;

sich für die Freilassung von Nelson Mandela und allen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia einzusetzen.

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 134 · Juni 1986

Nachrichten und Berichte zu:

Kurdistan, Iran, Wast Sahara, Guatemala

Außerdem:

Mit Hut und Sonnenbrille für die Befreiungsbewegung
Der Manantalistaudamm in Mali
Interview mit Ed de la Torre – Philippinen

Themenblock:

Der Krieg und seine Folgen für die Wirtschaft

Stellen Sie sich vor,
Sie wären Nicaraguaner
Menschenrechte in Nicaragua
Sozialdemokratie und Nicaragua
Ein Contra packt aus
Die Miskito-Indianer

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Sozialistische Internationale

In der peruanischen Hauptstadt Lima fand vom 20.-23. Juni d.J. der 17. Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) statt. Die SI repräsentiert 77 Parteien – Vollmitglieder oder mit beratendem Status –, angeschlossene und brüderliche Organisationen mit insgesamt 16 Mio Mitgliedern.

Der diesjährige Kongreß – der erste in einem lateinamerikanischen Land und in einem Land der Dritten Welt – war vom Massaker an mindestens 276 Häftlingen in drei peruanischen Gefängnissen überschattet (siehe Peru-KI).

Im sog. Manifest von Lima sprachen sich die 450 Delegierten gegen das US-Weltraummilitarisierungsprogramm SDI und die Produktion neuer chemischer Waffen sowie für einen Atomteststopp aus. Sie unterstützen den Vorschlag der französischen Sozialisten, weltweit die Rüstungsausgaben um 10% zu senken und die freiwerdenden Mittel in einen „internationalen Abrüstungsfonds für die Entwicklung“ einzuzahlen.

Zur Schuldenkrise heißt es in dem Dokument, daß „die in diesem Jahrzehnt aufgezwungene Austeritätspolitik eine Geißel für die Armen aber auch eine Bedrohung für die Reichen des Planeten“ sei. Es wird die Streichung der Schulden der ärmsten Länder und eine Umschuldung auf mindestens 30 Jahre für die anderen Staaten gefordert. Die Rückzahlung soll 20% der Exporterlöse nicht überschreiten. In der Resolution wird zudem die Destabilisierungspolitik der Reagan-Administration gegen Nicaragua, die Wirtschaftsblockade und Unterstützung der Contras verurteilt. Diese Politik würde die Gefahr eines allgemeinen militärischen Konflikts heraufbeschwören. Gleichzeitig wird Nicaragua vorgehalten, daß es den Aufbau eines Systems der Nichtpaktgebundenheit, des politischen Pluralismus und der gemischten Wirtschaft nicht verwirklicht habe.

Haiti

Am 10. Juni d.J. fand in Haiti ein Generalstreik statt, zu dem die größte Gewerkschaft, die Autonome Zentrale der Haitianischen Werktätigen (CATH), das Komitee für demokratische Einheit (KTD), die Christdemokraten und die sozialistische Union der Patriotischen und Demokratischen Kräfte (IFODAPA) aufgerufen hatten. Sie forderten den Rücktritt des Finanzministers Leslie Delatour sowie des Innenministers und Juntamitglieds Williams Regala, die als „Leute Washingtons“ bezeichnet wurden.

Die Protestaktionen in Haiti reißen nicht ab



Bereits in der Woche zuvor war es in der Hauptstadt Port-au-Prince, in Gonaives und vielen anderen Städten zu erneuten tagelangen Demonstrationen gegen die Regierung gekommen. Zur Unterdrückung solcher Aktionen haben die USA dem Regime inzwischen 400.000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Zu den Protesten war es gekommen, nachdem der Informationsminister einen mit dem ehemaligen Diktator befreundeten Sportreporter beim Fernsehen einstellte, um über die Fußball-WM zu berichten. Daraufhin trat der Direktor des Senders zurück und die Angestellten in den Streik.

Die Proteste richteten sich vor allem gegen Delatour, weil er staatliche Unternehmen an US-Firmen verkaufen will, und gegen Regala, weil er Anhänger Duvaliers und für den Mord an 7 Demonstranten im Mai d.J. verantwortlich war.

Staatschef General Namphy erklärte am 5. Juni, daß das Land sich nahezu im Bürgerkrieg befinden würde. Er kündigte 2 Tage später Wahlen an, um die Wogen wenigstens etwas zu glätten. Im Oktober d.J. soll demnach eine Verfassungsgebende Versammlung, 1 Jahr später ein Parlament und ein Präsident gewählt werden.

Peru

Bei der Niederschlagung einer Häftlingsrevolte wurden in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni d.J. mindestens 276 Häftlinge durch peruanische Armee- und Polizeieinheiten umgebracht. Angehörige sprechen von ca. 400 Toten.

Am Vorabend des Kongresses der Sozialistischen Internationale (SI) hatten die Häftlinge in den Gefängnissen Luringancho, Fronton und in der Frauenhaftanstalt Callao, die Großteils der Mitgliedschaft in der maoistischen Guerillaorganisation Leuchtender Pfad beschuldigt werden, Wächter als Geiseln genommen und eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen gefordert.

Die Regierung lehnte jedoch Verhandlungen ab und gab den Befehl zur Niederschlagung des Aufstands. Im Gefängnis Luringancho wurden nach offiziellen Angaben 124 von 170 Gefangenen getötet. Ein Großteil hatte sich bereits ergeben und alle waren unbewaffnet.

Nachdem der Generalsekretär der regierenden Revolutionären Amerikanischen Volksallianz (APRA), Armando Villanueva, das Massaker erst gerechtfertigt hatte, kündigte Staatspräsident Alan Garcia nach vielen Protesten, u.a. von Delegierten des SI-Kongresses eine Bestrafung der Schuldigen an. 95 Angehörige der



Angehörige der ermordeten Häftlinge

Republikanischen Garde wurden verhaftet, ihr Chef des Amtes enthoben. Der Justizminister trat zurück.

Daß Garcia dennoch keinen Konflikt mit der Armee riskieren will, die ein schärferes Vorgehen gegen den Leuchtenden Pfad fordert, läßt sich aus seinem Lob für das Vorgehen der Marine gegen die Häftlinge auf der Gefangeneninsel Fronton schließen. Dabei wurden zwar 150 Häftlinge getötet, aber die 35, die sich ergeben hätten, seien nicht erschossen worden, heißt es.

Paraguay

Auch im Mai/Juni d.J. hielten die Proteste und Demonstrationen gegen die Diktatur Alfredo Stroessners an.

Im Mai d.J. streikte tagelang das Personal des Universitätsklinikums in Asuncion aus Anlaß der Verhaftung eines ihrer Sprecher. Anfang Juni d.J. demonstrierten 4.000 Menschen, angeführt von Nonnen und Priestern, gegen die politische Unterdrückung. Erzbischof Ismael Rolon von Asuncion rief die Nonnen und Priester auf, sich aktiv für einen Wandel einzusetzen, der zur Befreiung des Landes führe.

Ende Juni d.J. verweigerten die Behörden dem exilierten Vizepräsidenten der Authentischen Radikalliberalen Partei (PLRA), Domingo Laino, zum fünften Mal die Einreise. Bereits Anfang Juni d.J. waren fünf Führungsmitglieder der PLRA verhaftet worden, weil sie eine politische Versammlung geleitet hatten.

Die Demonstrationen gegen das Regime haben erste Risse innerhalb der herrschenden Colorado-Partei hinterlassen, denn es wird mittlerweile offen über den Fortbestand der Stroessner-Diktatur diskutiert. Während die Fraktion der „Militanten“ an einer neuerlichen Kandidatur Alfredo Stroessners, mindestens aber seines Sohnes, Gustavo Stroessner, 1988 festhalten, lehnen die „Traditionalisten“ diese dynastische Lösung ab. Sie plädieren für vorsichtige politische Öffnungen – ohne allerdings die Vorherrschaft der Colorado-Partei aufgeben zu wollen.

Libanon/Palästina

Am 3. Juli 1986 legte ein vom gewerkschaftlichen Dachverband des Libanon, dem Allgemeinen Arbeiterbund, ausgerufenen Generalstreik das öffentliche Leben weitgehend lahm. Erstmals seit dem Bürgerkriegsausbruch 1975 fanden dabei beide Hauptsektoren, der islamische und christliche, zu einer gemeinsamen Protestaktion, unter dem Motto „Gegen Krieg

und Hunger", zusammen. Nicht zuletzt durch die Wiederzunahme der bewaffneten Konflikte waren im ersten Halbjahr 1986 die Preise für Grundbedarfsgüter um 68,5% und die Arbeitslosenquote auf ca. 50% gestiegen.

Zu den schwersten Kämpfen war es im Mai/Juni d.J. in Westbeirut und den angrenzenden palästinensischen Lagern Borj al-Brajneh, Sabra und Schatila gekommen. Trotz eines von Syrien Mitte Juni in Damaskus vermittelten Waffenstillstands, den verschiedene moslemische Gruppierungen und die Linksalianz Palästinensische Nationale Rettungsfront aushandelten, flammte der sog. Lagerkrieg wieder auf. Bis dahin verbrut man bereits 150 Tote und hunderte Verwundete.

Ausgelöst wurden die Kämpfe durch Artillerieangriffe der schiitischen Amal-Bewegung Mitte Mai d.J. auf die drei Flüchtlingslager, wobei ihnen die schiitisch dominierte 6. Brigade der regulären Armee assistierte. Dahinter verbarg sich die Absicht, die Wiederherstellung einer starken militärischen Präsenz durch Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu unterbinden.

In der Tat hatte die PLO- bzw. Fatah-Führung, laut ihrem Vorsitzenden Yassir Arafat, seit dem ersten Lagerkrieg vom Frühjahr 1985 (800 Tote!) rund 2.000 PLO-Guerilleros wieder nach Beirut eingeschleust. Zugleich hatte sie sich mit den unterrepräsentierten sunnitischen Kräften in Westbeirut verbündet, um die Vorherrschaft der Amal zurückzudrängen. Anfang Juni d.J. überrannte diese jedoch im Stadtteil Tariq Jididah die neuformierte sunnitische Miliz „Bewegung des 6. Februar“.

Die Hoffnungen auf eine bleibende Waffenruhe aber bleiben gering, solange an einer Verhandlungslösung relevante libanesische Kräfte (Hezbollahs u.a.) und PLO-Fraktionen (Fatah) nicht beteiligt werden. Und der Graben zwischen der Fatah und Syrien, dem Arafat Unterstützung bzw. Duldung der Amal-Angriffe vorwarf, droht sich so weiter zu vertiefen.

ASEAN

Die Außenminister der Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN; Philippinen, Brunei, Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand) beschlossen am 24. Juni d.J. in Manila auf ihrem Jahrestreffen, einen Plan zur Umwandlung der Region in eine atomwaffenfreie Zone auszuarbeiten.

Ähnlich dem Vertrag für die Region des Südpazifiks sollen Erwerb, Stationierung, Anwendung und Erprobung von Atomwaffen untersagt werden. In anderen militärischen Bereichen, etwa der Bündnispolitik, der Anschaffung von Waffen und der Nutzung von Häfen und Flughäfen durch ausländische Schiffe und Flugzeuge sollen die einzelnen Regierungen weiterhin Entscheidungsfreiheit behalten. Außerdem soll atomwaffenbestückten Flugzeugen und Schiffen nicht die Passage durch internationale Gewässer und Lufträume in der Region verwehrt werden.

Aufgrund ihrer militärischen Bündnisse mit den USA haben vor allem die Philippinen (hier lagern US-Atomwaffen) und Thailand Vorbehalte gegen den Vertrag angemeldet. US-Außenminister Shultz bezeichnete am 24. Juni d.J. während einer Südostasienrundreise in Singapur eine solche atomwaffenfreie Zone als einen Fehler, da US-Atomwaffen in der Region dazu beitragen, das Kräftegleichgewicht mit den sowjetischen Streitkräften aufrechtzuerhalten.

Sri Lanka

In Sri Lanka hat Präsident Junius Jajawardene Mitte Juni d.J. einen Plan vorgestellt, demzufolge den neun Provinzen des Landes ein begrenztes politisches und wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden soll.

Er sieht die Wahl von Regionalparlamenten und die Vertretung der einzelnen Volksgruppen – also auch der Tamilen – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben vor. Bei der Polizei sollen die Tamilen, auch in den Regionen wo sie in der Mehrheit sind, jedoch nur in den unteren und mittleren Rängen vertreten sein. An der Spitze der Provinzen soll ein von der Zentralregierung ernannter Gouverneur stehen, der den Chefminister ernannt.

Die Verkündung des Autonomieplanes auf einer „All-Parteien-Konferenz“ vollzog die Regierung im Alleingang. Diese wurde daher von den wichtigsten Oppositionsparteien, der Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) und der Tamilischen Vereinigten Befreiungsfront (TULF) boykottiert. Die TULF verwies in diesem Zusammenhang auf die zunehmenden Massaker an tamilischen Zivilisten, auf wahllose Bombardierungen tamilischer Dörfer und auf die Vertreibungen der Bevölkerung. In der Ostprovinz um die Hafenstadt Tricomalee bestehen von 40 Dörfern 1985 nur noch zwei.

Von den Guerillaorganisationen, die einen unabhängigen tamilischen Staat fordern, wird dieser Autonomieplan ebenfalls nicht akzeptiert, weil er noch nicht einmal einer möglichen Kompromißlösung mit weitgehender Autonomie eines ungeteilten tamilischen Gebietes nahekommte (siehe AIB 7/1986).

AFRICASIA

A fresh approach to the issues of the day in Africa, Asia, Latin America and the Arab World

AFRICASIA
Your Monthly Window on the Third World



Subscribe Now!

AFRICASIA Subscription Coupon

Please PRINT clearly and return this form with your payment, to:
AFRICASIA, 13 rue d'Uzès, 75002 PARIS, France

Mr/Ms

Address

..... City

Postal Code Country

Payment Bank Cheque enclosed International money/postal order
* YEARLY RATES: U.K. and Ireland £12 sterling; France, 145FF; Rest of Europe, US\$27.50; Maghreb and Franc zone, 190FF; Rest of Africa and Middle East, US\$30; Asia, US\$33; North, Central and South America, US\$40.

D 7426 E
Postvertriebs
 Zeitungsgebühr bezahlt
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marbu

Probelesen

Wir halten für Sie ein kostenloses Probeexemplar bereit, damit Sie unser Zeitschriftenprogramm in aller Ruhe prüfen können.



Eine Plattform für die Literatur die kein Luxus ist, die das Leben und die Kämpfe unsers Landes widerspiegelt und Orientierung gibt.



Standpunkte und Diskussionen zur sozialkritischen Fotografie. Herausgegeben vom Verband Arbeiterfotografie e.V.



Die Zeitschrift über die rote Insel der Karibik. Neues und Wissenswertes aus Politik und Gesellschaft.



Zeitschrift für engagierte Kunst. Entstanden aus der Initiative „Künstler gegen den Atomtod“.



Das bunte Monatsmagazin aus der Sowjetunion. Reportagen, Erzählungen, Informationen und Berichte aus erster Hand.



plambeck & co
 Druck und Verlag GmbH
Zeitschriftenprogramm
 Postfach 10 10 53
 4040 Neuss 1
 Telefon (021 01) 59 03-0

kostenlos

Schicken Sie mir bitte von folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Meine Anschrift: _____

Coupon ausschneiden und einsenden an:
 Plambeck & Co.
 Postfach 10 10 53
 4040 Neuss